G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Johannes Weidenheim
Dreißig Jahre 22. Juni 1941

Gunnar Matthiessen
Wege zu Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Lorenz Knorr
Wie funktioniert die Inflation? Wem nützt sie?

Michael Gerhards und Wilhelm Wiegreffe
Zur Funktion der integrierten Gesamtschule

Kenneth M. Lewan
Die Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten

6'71

Juni 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM, für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1971

CHRONIK DES MONATS MAI 1971 549

HILDE BENTELE † 552

KOMMENTARE UND BERICHTE

Dreißig Jahre 22. Juni 1941 . . . . . *Johannes Weidenheim* 553

Rudolf Heß zum Beispiel . . . . . *Klaus Ehrler* 555

Strauß im südlichen Afrika . . . . . *Eduardo de Sousa Ferreira* 557

Wehrsteuer? . . . . . *Winfried Schwamborn* 561

HAUPTAUFSÄTZE

Wege zu Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa . . . . . *Gunnar Matthiessen* 564

Einige Thesen zu Fragen der europäischen Sicherheit *Nikolai Inosemzew, Moskau* 578

Wie funktioniert die Inflation? Wem nützt sie? . . . . . *Lorenz Knorr* 585

Die Frühlingsoffensive der Opposition in den USA *Martin Hall, Los Angeles* 600

Zur Funktion der integrierten Gesamtschule *Michael Gerhards und Wilhelm Wiegreffe* 608

Jugend im Betrieb. Zur Problematik betrieblicher Berufsausbildung in der BRD . . . . . *Horst Kern* 617

Die Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten *Kenneth M. Lewan* 625

BÜCHER

Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus . . . . . *Karl Ihmels* 636

Walter Flachsenberg, Bundeswehrzeit — verlorene Zeit?
Jürgen Schreiber, Pflichten und Rechte des Soldaten der Bundeswehr . . . . . *Winfried Schwamborn* 638

Philippe Gavi, Konterrevolution in Indonesien.
Batjo Daeng Bintang / Einar Schlereth, Indonesien *Werner Otto v. Hentig* 642

Deppe/Lange/Peter (Hrsg.), Die neue Arbeiterklasse . . . *Wulf D. Hund* 643

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 647

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

UNO-Dokumentation über Kriegs- und Kolonialverbrechen Portugals in Angola 648

Brief des Generalrats der Weißen Väter über die Einstellung ihrer Tätigkeit in Mozambique (Wortlaut) 655

Manifest des Weltfriedensrates (Wortlaut) 657

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 6/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE †
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1971

1. 5. — Jugoslawien. Über eine Beratung des Präsidiums des Bundes der Kommunisten vom 28.—30. 4. auf der Adria-Insel Brioni wird in Belgrad eine Mitteilung herausgegeben, die die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation Jugoslawiens als ernst bezeichnet und ein Anwachsen des Nationalismus und des Chauvinismus im Verhältnis der einzelnen Nationalitäten feststellt. Es sei beschlossen worden, einen außerordentlichen Kongreß des Bundes einzuberufen, der sich mit dem inneren Zustand der Partei befassen solle. Außerdem müsse so rasch wie möglich eine „ideologisch-politische Plattform" für die zweite Phase der in Gang befindlichen Verfassungsreform ausgearbeitet werden.

2. 5. — VAR. Präsident Sadat verfügt die Entlassung seines Stellvertreters Ali Sabri. In den folgenden Tagen verlieren einige Mitglieder des Kabinetts, darunter Verteidigungsminister Fawzi und Informationsminister Faik, sowie zahlreiche Offiziere und Funktionäre der Arabischen Sozialistischen Union ihre Ämter. — Am 14. 5. erklärt Sadat in einer Rundfunkansprache, er habe mit den von ihm getroffenen Maßnahmen einen Umsturzversuch verhindert, der von dem entlassenen Vizepräsidenten Sabri ausgegangen sei. Anlaß für die Auseinandersetzungen innerhalb der Führung sei die am 17. 4. beschlossene Bildung der „Union der Arabischen Republiken" zwischen der VAR, Libyen und Syrien ge-

wesen. Sadat kündigt weitreichende Reformen innerhalb der staatlichen Verwaltung, der Justiz und der Regierungspartei an.

2.—7. 5. — *Naher Osten.* Der amerikanische Außenminister William Rogers unternimmt in Begleitung von Unterstaatssekretär Sisco eine ausgedehnte Nahost-Reise. Rogers und Sisco besuchen Saudi-Arabien (2. 5.), Jordanien (2.—3. 5.), den Libanon (3. 5.), die Vereinigte Arabische Republik (4.—6. 5.) und Israel (6.—7. 5.). In Kairo konferiert Rogers auch mit Staatspräsident Sadat. Nach Gesprächen in Tel Aviv mit Ministerpräsidentin Golda Meir und mehreren Ministern reist Sisco am 9. 5. überraschend noch einmal in die ägyptische Hauptstadt.

3. 5. — *DDR.* Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hält seine 16. Plenartagung ab. In einem Kommuniqué heißt es: „Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Genosse Walter Ulbricht eine Erklärung ab. Er bat das ZK, ihn aus Altersgründen von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der SED zu entbinden, um diese Funktion in jüngere Hände zu geben. Das ZK stimmte einstimmig der Erklärung des Genossen Ulbricht zu und beschloß auf Vorschlag des Politbüros, seinem Ersuchen stattzugeben. Genosse Ulbricht wurde in Ehrung seiner Verdienste als Vorsitzender der SED gewählt und wird weiter als Vorsitzender des Staatsrates der DDR tätig sein. Das ZK wählte einstimmig Genossen Erich Honecker zum Ersten Sekretär des ZK der SED."

5. 5. — *Währung.* Die Bundesregierung und die Regierungen anderer westeuropäischer Staaten reagieren auf den anhaltenden Dollarzufluß mit einer Schließung der Devisenmärkte. — Am 9. 5. beschäftigt sich der Rat der Europäischen Gemeinschaften auf einer nach Brüssel einberufenen Sondersitzung mit der Währungskrise. Die anwesenden Wirtschafts- und Finanzminister können sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Noch am gleichen Tage faßt das Bundeskabinett den Beschluß, den Wechselkurs der D-Mark freizugeben. Die Deutsche Bundesbank wird aufgefordert, „die bisherigen Interventionen an den Devisenmärkten vorübergehend einzustellen". Die niederländische Regierung trifft eine ähnliche Anordnung. Die Schweiz wertet den Franken um 7 Prozent, Österreich den Schilling um 5,05 Prozent auf.

7. 5. — *Berlin.* Unter dem Vorsitz des britischen Vertreters treffen sich im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrates in Westberlin erneut die Botschafter der drei Westmächte in Bonn und der sowjetische Botschafter in der DDR. Botschafter Abrassimow erklärt beim Verlassen des Gebäudes, man sei einen Schritt vorwärts gekommen. — Am 12. 5. konferieren Senatsdirektor Müller und Staatssekretär Kohrt in Ostberlin über eine Besucherregelung für Westberliner in der DDR. Über dieses fünfte Zusammentreffen werden Einzelheiten nicht bekannt. — Am 25. 5. findet das 20. Botschaftertreffen der vier Mächte statt.

11. 5. — *USA.* Senator Mike Mansfield (Demokrat) bringt im Senat einen Zusatzantrag zum Wehrpflichtgesetz ein. Ziel des Antrages ist es, die Regierung zu veranlassen, die in Europa stationierten amerikanischen Truppen innerhalb einer bestimmten Frist um die Hälfte zu reduzieren. — Am 12. 5. stellt sich Präsident Nixon an die Spitze einer Kampagne gegen die Vorschläge des Senators. Das Weiße Haus veröffentlicht eine Stellungnahme, in der die Auffassung des Präsidenten wiedergegeben wird, eine Truppenverminderung müsse „schwere nachteilige Auswirkungen auf die amerikanische Sicherheit und den Aufbau des NATO-Bündnisses haben". — Am 14. 5. beziffert Senator Mansfield die Kosten des amerikanischen militärischen Engagements in Europa mit jährlich 14 Mrd. Dollar zuzüglich 1 Mrd. Dollar Zahlungsbilanzdefizit. In Bonn verliest am gleichen Tag Staatssekretär Ahlers vor der Presse eine Erklärung, in der die Bundesregierung ebenfalls eine Verringerung der US-Streitkräfte in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, ablehnt. — Am 19. 5. wird die Mansfield-Initiative mit 61 gegen 36 Stimmen verworfen.

13. 5. — *Bundesregierung.* Auf einer Pressekonferenz gibt Staatssekretär Ahlers den überraschenden Rücktritt von Bundesfinanzminister Möller bekannt. Bundeskanzler Brandt habe dem Bundespräsidenten vorgeschlagen, Minister Schiller zum „Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen" zu ernennen. — Am 14. 5. begründet Möller gegenüber der Zeitung „Die Welt" sein Ausscheiden aus dem Kabinett mit der „Bilanz über die Haushaltsführung". Sein Standpunkt sei ausführlich in einer

dem Bundeskanzler übergebenen Dokumentation dargelegt.

— Großbritannien. Bei den Kommunalwahlen muß die seit elf Monaten regierende Konservative Partei empfindliche Stimmenverluste hinnehmen. Von den 32 Gemeindebezirken (Boroughs) der Hauptstadt fallen nur noch 10 (1964: 12, 1968: 28) an die Konservativen.

14. 5. — Abrüstung. In einer Rede aus Anlaß des 50. Jahrestages der Sowjetrepublik Georgien in Tiflis befürwortet Parteisekretär Breschnew die Aufnahme von Verhandlungen über die „Frage der Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstungen in Zentraleuropa". — Am 17. 5. empfängt der sowjetische Außenminister Gromyko den amerikanischen Botschafter in Moskau, Jacob Beam, zu einer Unterredung über dieses Thema. — Am 18. 5. präzisiert Ministerpräsident Kossygin gegenüber dem in Moskau weilenden kanadischen Premierminister Trudeau die sowjetischen Vorstellungen. Kossygin spricht von einer Minderung des Truppen- und Rüstungsbestandes in Europa, wobei die Frage einer Reduzierung der ausländischen Truppen besonders im Mittelpunkt stehe.

17.—20. 5. — Rumänien/Bundesrepublik. Bundespräsident Heinemann stattet Rumänien einen Staatsbesuch ab. Der Bundespräsident, zu dessen Begleitung auch Außenminister Scheel gehört, führt in Bukarest Gespräche mit Staatspräsident Ceausescu und anderen rumänischen Politikern.

19. 5. — Sowjetunion / Kanada. Ministerpräsident Kossygin und Premierminister Trudeau treffen eine Vereinbarung, die regelmäßige politische Konsultationen (mindestens einmal jährlich) zwischen den Außenministern beider Länder vorsieht. Kanada ist (nach Frankreich) das zweite westliche Land, das ein Konsultationsabkommen mit der Sowjetunion abschließt. — Am 20. 5. bezeichnet Trudeau vor der Presse in Moskau den Einfluß des „übermächtigen Nachbarn", der Vereinigten Staaten, als eine Gefahr für die „nationale Identität" Kanadas. Deshalb strebe sein Land eine Verstärkung der Auslandsbeziehungen an; diesem Zweck diene auch sein elftägiger Besuch in der UdSSR.

20. 5. — SALT. In Washington und Moskau wird gleichlautend mitgeteilt, beide Regierungen seien übereingekommen, ihre Bemühungen innerhalb der abwechselnd in Helsinki und Wien geführten „Strategic Arms Limitation Talks" (SALT) auf die „Ausarbeitung einer Vereinbarung über die Begrenzung des Aufbaus von Raketenabwehrsystemen" zu konzentrieren.

21. 5. — Frankreich/Großbritannien. Premierminister Heath folgt einer Einladung Präsident Pompidous nach Paris. Wichtigstes Thema der Gespräche, die zum Teil unter vier Augen geführt werden, ist der geplante Beitritt Großbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften. In einem Kommuniqué heißt es: „Über das Funktionieren der Gemeinschaft und ihre künftige Entwicklung haben die Gespräche eine völlige Übereinstimmung der Standpunkte ergeben."

26. 5. — Österreich/China. Zwischen Österreich und der Volksrepublik China wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und der Austausch von Botschaftern vereinbart. Ein am 27. 5. in Wien und Peking veröffentlichtes Kommuniqué enthält die folgenden Feststellungen: „Die chinesische Regierung respektiert den Status der Neutralität der Republik Österreich. Die österreichische Regierung anerkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas."

27. 5. — VAR/Sowjetunion. Präsident Sadat und der sowjetische Staatspräsident Podgorny, der sich seit dem 25. 5. in Kairo aufhält, unterzeichnen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Das Abkommen, das für 15 Jahre gilt, verpflichtet beide Staaten zu Konsultationen und zur Abstimmung ihrer Positionen in allen Situationen, die nach Ansicht der Vertragspartner den Frieden gefährden oder verletzen. Die Sowjetunion sagt der VAR weitere wirtschaftliche und militärische Unterstützung zu.

30. 5. — Tschechoslowakei. Mit der Wahl eines neuen Zentralkomitees, das Gustav Husak mit dem Amt eines Generalsekretärs betraut, wird in Prag der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei beendet. In seinem Eröffnungsbericht hatte Husak am 25. 5. heftige Kritik an der Politik der früheren Parteiführungen unter Antonin Novotny und Alexander Dubcek geübt. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen im August 1968 sei ein Akt der internationalen Solidarität gewesen.

Hilde Bentele †

Die Nachricht vom Ableben unserer Mitherausgeberin Frau Hilde Bentele hat uns tief bewegt. Dies um so mehr, als Hilde Bentele sich nach schwerer Operation und langer Krankheit wieder auf dem Weg der Besserung zu befinden schien.

Seit Jahren war das Haus Bentele in Stuttgart für Herausgeber und Redaktion der „Blätter" nicht nur eine Stätte für Arbeitstagungen, sondern auch ein Ort freundschaftlicher Begegnung mit Menschen aus dem In- und Ausland. Charakteristisch für diese Begegnungen im Hause Bentele war das Zusammenspiel vielfacher Überlegungen und Vorstellungen, die sich schließlich zu gemeinsamer Haltung formten und nicht selten zu öffentlicher Aktion führten. Dabei war die ebenso schlichte wie dynamische Persönlichkeit Hilde Benteles stets treibende wie auch verbindende Kraft.

In weniger als Jahresfrist sind beide, Wilhelm und Hilde Bentele, von uns gegangen. Herausgeber und Redaktion der „Blätter" können ihren Dank für alles, was Hilde und Wilhelm Bentele für unsere gemeinsame Sache getan haben, nicht besser bekunden als darin, weiterhin mit ganzer Kraft einzutreten für Frieden und Demokratie.

Herausgeber und Redaktion

Kommentare und Berichte

Dreißig Jahre 22. Juni 1941

Am 22. Juni 1971 jährt sich zum 30. Male jener folgenschwere Tag, an dem in den ersten Morgenstunden die wochenlang vorher heimlich an der Westgrenze der UdSSR zusammengezogenen, hochgradig motorisierten, bis an die Zähne bewaffneten deutschen Truppen in genagelten Knobelbechern und bis dicht über die Augenbrauen herabreichenden Stahlhelmen ohne Kriegserklärung nach Rußland einbrachen.

Das damalige, das Dritte, das letzte Deutsche Reich hatte mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Nichtangriffspakt abgeschlossen. Dessen ungeachtet überfielen die deutschen Faschisten, einem lange zuvor ausgeheckten Plan „Barbarossa" folgend, den Vertragspartner. Dieser lieferte, den Wirtschaftsklauseln des Vertrages strikt und detailliert nachkommend, noch nach dem Einfall der Deutschen Waggonladungen Weizen nach Ostpreußen... Als vor Tagesanbruch des 22. Juni 1941 der damalige deutsche Botschafter in Moskau, Graf v. d. Schulenburg, pflichtgemäß den damaligen sowjetischen Außenminister, Wjatscheslaw Molotow, in dessen Amtssitz über die soeben begonnene deutsche Invasion unterrichtete, bekam der „Hammer" genannte russische Revolutionär Tränen in die Augen und sagte: „Man hätte doch verhandeln können..."

Diese nicht verhohlenen Tränen eines sowjetischen Staatsmannes werden in die Geschichte eingehen als Ausdruck bitterer Enttäuschung der slawischen Völker den Deutschen gegenüber: Ein derart blutiger Wortbruch ausgerechnet der so gern als „redlich", „ehrlich" hochstilisierten Deutschen mußte sie besonders tief treffen. Kein Zweifel: Selbst im Kreml zu Moskau — wo bekanntlich rational vorgegangen wird — hatte man den unersättlichen Wolfshunger des deutschen Imperialismus unterschätzt.

Der namhafte spätbürgerliche deutsche Zyniker Konrad Adenauer hat in den fünfziger Jahren als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland jedes mögliche Übereinkommen mit der Sowjetunion (von dieser immer wieder angeboten) gern mit der Behauptung sabotiert, „die Soffjets" seien als vertragsbrüchig bekannt. Ohnehin nie glaubwürdig gewesen, erweist sich diese Behauptung vor dem Hintergrund des 22. Juni 1941 doppelt als schamlose Lüge: Es gibt in der Geschichte in umgekehrter Richtung kein Gegenstück. Nie ist dem deutschen Volk aus östlicher Richtung etwas Ähnliches widerfahren wie den Russen aus westlicher Richtung an jenem 22. Juni 1941...

Der Überfall auf die Sowjetunion baute sich folgerichtig auf den schon vorher eingeleiteten Vernichtungsfeldzug gegen das Volk von Polen auf; der aus allen geschichtsnotorischen Aggressivitäten der deutschen Bourgeoisie unter dem Patronat des Kapitalismus hervorgegangene, sich „Nationalsozialismus" nennende deutsche Faschismus hatte damit seinen imperialen Höhepunkt erreicht — und überschritten. Anders als bei den deutschen Einmärschen nach Frankreich, Belgien, Holland etc. handelte es sich beim Einbruch in die Sowjetunion um einen Akt missionarischen Wahnsinns: der erste, zugleich größte sozialistische Staat der Erde sollte beseitigt, der „bolschewistische Untermensch" sollte vernichtet werden. Historisch ist das nur mit dem Wüten der Gegenreformation zu vergleichen

— und ist, wie wir wissen, ebenso vergeblich geblieben wie diese.

Der Größe des Aberwitzes entsprach dann die Größe der Niederlage. Und doch ist diese, das muß man als Deutscher zugeben, glimpflich ausgefallen: Während es bei einem Sieg der deutschen Faschisten heute weder einen polnischen noch einen russischen Staat mehr gäbe, hat die von Deutschland meuchlings überfallene Sowjetunion dem besiegten Deutschland nicht mit gleicher Münze heimgezahlt.

Nicht zu vergessen ist, daß nach dem Ende des vom deutschen Industrie-Militär-Kartell angezettelten Zweiten Weltkriegs die ersten Stimmen der Lossprechung der Deutschen von der Kollektivschuld weder aus den USA noch aus England oder gar Frankreich kamen, sondern aus der Sowjetunion. Die marxistische Geschichts- und Gesellschaftsinterpretation stellt ein Vokabular zur Verfügung, das zu differenzieren weiß und nicht ganze Völker für die Untaten gewisser Cliquen haftbar macht. Die UdSSR und die seit 1945 neu entstehenden sozialistischen Staaten Osteuropas haben das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet.

Dennoch ist der Antikommunismus unverändert Staatsreligion in unserem Lande. Zwar haben wir in der SPD-FDP-Koalition zum erstenmal in der Bundesrepublik eine Regierung, die der Wahrheit auf der Spur und ihrem Charakter nach im Stande ist, den Bürgern dieses Staates ein Bewußtsein zu vermitteln, das im Durchschnitt auf der Höhe der Zeit wäre, — doch steht genau diese bisher progressivste Administration der BRD infolge von Halbherzigkeit sich selbst im Wege. (Womit sie, nebenbei, wider besseres Wissen ihrer Ablösung seitens der Reaktion Vorschub leistet.)

Alle Welt hat aufgeatmet, als endlich eine westdeutsche Regierung mit den Regierungen von Polen und der UdSSR Verträge abschloß, die eine erste Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Tatsachen zum Gegenstand hatten. Seither ist fast ein Jahr verstrichen — ratifiziert sind diese Verträge immer noch nicht. Das heißt: sie sind nach wie vor so gut wie nicht existent. Unterschriebene, doch nicht in Kraft gesetzte Verträge sind erst recht ein moralischer Alpdruck. Das Volk der Bundesrepublik Deutschland kann es sich nicht beliebig lange leisten, unter solchen Auspizien weiterzuwursteln. Dreißig Jahre nach dem deutschen Raubzug durch Rußland gilt es endlich, klaren Tisch zu machen. Die andere Seite hat uns die Hand zur Versöhnung längst angeboten.

Wir sind Zeugen dafür, daß die älteste deutsche politische Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, immer mehr von der typisch bürgerlichen Unverschämtheit des aalglatten Vokabulars überspült wird, und zwar aus den eigenen Reihen. Demgegenüber heißt es, immer von neuem jene einfachen, sehr einfachen Forderungen in Erinnerung zu rufen, die das ostpolitische Minimum der Bundesrepublik umreißen: 1) Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau; 2) völkerrechtliche Anerkennung der DDR; 3) Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von Anfang an. Das ist, ich wiederhole, das ostpolitische Minimum.

Vor mehr als einem Jahrzehnt hat Thomas Dehler einmal das zornige Wort geprägt: „Wir führen einen Dreißigjährigen Krieg gegen die Sowjetunion . . ." Inzwischen ist es ein fast fünfzigjähriger geworden. Soll es ein hundertjähriger werden? Nur eine dünne Schicht, niemals das deutsche Volk in seiner Gesamtverfassung könnte daran ein Interesse haben.

Johannes Weidenheim

Rudolf Heß zum Beispiel

Der 10. Mai 1971 erneuerte die Erinnerung an Rudolf Heß, der dreißig Jahre zuvor Hitlers Reich im Alleingang auf dem Luftweg nach England verlassen hatte, um die vorhersehbare Niederlage des nationalsozialistischen Systems auf dem Verhandlungswege abzufangen oder zu mildern. Der subjektive Wille des schon damals von Hitlers Sekretär Martin Bormann in den Hintergrund gedrängten „Stellvertreters des Führers" mochte nicht zuletzt darauf gerichtet gewesen sein, „überflüssige" — wie es in der damaligen Militärsprache hieß — Opfer an Menschen und Werten zu vermeiden. Ob dieser von Hitler selbst als Wahnsinnstat abqualifizierte Schritt mehr als Akt des „Gehorsams im Protest" oder als Ansatz zum Widerstand gegen eine sehr spät als unheilvoll erkannte Entwicklung einzuschätzen ist, bleibe dahingestellt; jedenfalls hat dieses Ausscheiden aus der Führungsgruppe des Hitler-Reiches noch vor den höchsten Kulminationspunkten der Naziverbrechen Rudolf Heß vor dem Todesurteil des Internationalen Militär-Tribunals bewahrt; andererseits hat der Titel „Stellvertreter des Führers" vermutlich dazu beigetragen, die Frist seiner Gefangenschaft im Nürnberger Schluß-Urteil auf lebenslänglich zu bemessen.

Seit geraumer Zeit und von sehr unterschiedlichen Befürwortern wird nun die Entlassung von Rudolf Heß gefordert. Die vier alliierten Gewahrssamsmächte sind inzwischen sogar dem Vorwurf ausgesetzt, die Rückführung des letzten Spandauer Gefangenen aus dem britischen Militärhospital ins Gefängnis trotz erheblich geschwächten Gesundheitszustandes aus politischen Gründen verfügt zu haben. Was bedeutet das?

Rudolf Heß, von dem gesagt wurde, daß er seinen Führer niemals sonst so bedeutsam vertreten habe wie seit 1946 in Spandau, ist der letzte inhaftierte Verurteilte des Nürnberger Internationalen Militärgerichtshofes. Seine allmonatlich unter den vier Alliierten wechselnde Bewachung in Kompaniestärke ist längst zu einem festen Ritus geworden — ein seltenes und doch effektives Relikt der alten, sonst höchstens spurenweise noch vorhandenen gemeinsamen Viermächte-Präsenz in Deutschland. Außer der Westberliner Luftsicherheitszentrale und der traditionell werdenden Westberliner Viermächte-Botschafterkonferenz ist das Spandauer Gefängnis das wichtigste der mehr als nur symbolischen Elemente alliierter Ko-Präsenz und sogar *Kooperation*. Es ist gewiß höchst bemerkenswert, daß selbst die schärfsten Zuspitzungen des Kalten Krieges zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkrieges diese Restbastionen gemeinsamer Verantwortung nicht zerstören konnten; es ist außerdem bedeutsam, daß sie in Westberlin ihren Ort und Sitz haben.

Westberlin ist in mancher Hinsicht noch zu charakterisieren als der letzte Rest des aufgelösten Deutschen Reiches. Während sich BRD und DDR seit dem Verlöschen der Wiedervereinigungs-Chancen in der Mitte der fünfziger Jahre zu eigenständigen Nachfolgestaaten mit teils sehr verschiedenen Traditionspflege- und Entwicklungsprofilen herausgebildet haben, ist Westberlin trotz seiner faktischen Einbeziehung in das Wirtschafts- und Währungssystem der BRD und trotz seiner geographischen Lage inmitten der DDR Besatzungsterritorium geblieben; die drei Westmächte veranstalten noch immer alljährlich Mitte Mai ihre anachronistisch wirkende Siegerparade; der Besiegte existiert als Staatswesen und Völkerrechtssubjekt gar nicht mehr; Westberlin ist im Laufe der Nachkriegsgeschichte von ihm übriggeblieben. Wenn die menschlichen und politischen Konsequenzen einer solchen statusmäßig wie entwicklungsperspektivisch ungeklärten kommunalen oder

regionalen Rest-Existenz nicht so einschneidend wären — man denke nur an die unterbrochene Familien- und Nachbarschaftskommunikation sowie an die Weisung des UNO-Generalsekretärs U Thant, vorläufig, also bis zu einem positiven Ergebnis der Westberliner Botschaftergespräche, keine offiziellen UNO-Vertreter in Westberlin auftreten oder auch nur anwesend sein zu lassen —, wenn es also nur um dieses Phänomen selbst ginge, das von mancherlei Paradoxien und Absurditäten gekennzeichnet ist, so ließe sich seine Betrachtung mit dem Bonmot abschließen, daß Teilungen eben höchst selten ohne Rest „aufgehen".

Diese abstrakte Betrachtungsweise aber ist menschlich unmöglich, das heißt unzumutbar für ein Gemeinwesen, dessen Glieder hoffen, wirken und sinnvoll leben wollen. Verantwortlich geführte Politik bezieht die menschliche Dimension und Konsequenz ihrer Entscheidungen von vornherein in ihre Planungen und Kalkulationen ein; aber Menschen gibt es immer auf beiden der jeweils einander gegenüberstehenden Seiten: das eben macht scheinbar abstrakte politische Fragen sozial und menschlich so unerhört, ja oft schmerzlich konkret.

Auf der einen Seite Rudolf Heß hinter den Spandauer Gefängnismauern als individuell und exemplarisch Sühnender und — nicht nur räumlich-nachbarschaftlich um ihn herum — die Westberliner, Bürger des letzten Reichs-Restes, der als völkerrechtliches Pfandobjekt eine Art Anspruchs- oder Sicherheitsgarantie für die ohne Friedensvertrag gebliebenen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition geworden ist — auf der anderen Seite die Völker der von Hitler und seinen Armeen überfallenen und besetzten Staaten, deren Menschen- und Güteropfer alles bis zu dieser Zeit Bekannte in den Schatten stellen. Der juristische Schlußstrich des Zweiten Weltkrieges, ein Friedensvertrag oder ein System von Ersatzverträgen, ist noch immer nicht vollzogen, so daß die vom Faschismus besonders hart betroffenen Völker Osteuropas das fortgesetzte Ausbleiben einklagbarer Friedens- und Sicherheitsgarantien mit politischer und menschlicher Sensibilität registrieren. Das langjährige aalglatte Herausschlüpfen der Bundesrepublik aus ihrem Anteil politisch-moralischer Verantwortung für die Schaffung ausreichender Sicherheiten der einst überrollten Nachbarn des Deutschen Reiches hat bis heute nicht genug Rücksicht auf die erinnerungsschweren Angstträume der vielen vom deutschen Kriegs„schicksal" betroffenen Menschen in diesen Ländern genommen. Daß die dem vordergründigen Blick menschlich so wenig rücksichtsvolle Haltung der Alliierten gegenüber einem Rudolf Heß, der doch längst begnadigt sein könnte, mit der Frage des fehlenden Schlußstrichs und der vorenthaltenen Garantien gegen wie immer geartete Neuauflagen der Nazipolitik des Zweiten Weltkrieges zusammenhängt, ist heutzutage, 26 Jahre nach der Kapitulation des Deutschen Reiches, nicht mehr leicht zu vergegenwärtigen — aber dennoch darf es um der Zukunft und des Friedens willen nicht vergessen werden.

Eine vertraglich besiegelte und mit einklagbaren Garantien ausgestattete europäische Friedensordnung, an der die souveränen Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches, BRD und DDR, als eigenverantwortliche Völkerrechtssubjekte vollen Anteil haben, wird in der Tat die juristischen Absicherungsklauseln enthalten müssen, die als Ersatz der deutschen Friedensvertragsregelung gelten können. Müssen aber der kranke Rudolf Heß und die statusverunsicherten Westberliner erst auf den Abschluß der Europäischen Sicherheitskonferenz(en) warten, ehe sie auf ein Ende ihres — spezifisch zwar verschiedenen, politisch aber gleichartig bedingten — Schwebezustandes hoffen dürfen?

Ein kleiner Kreis von Westberlinern hat deshalb den vier Alliierten vorgeschlagen, dem Spandauer Gefängniskomplex neue Funktionen und Westberlin damit die Aussicht auf sinnvolle und positive Zukunftschancen zu geben. In ihrer Denkschrift vom 8. Mai 1971 heißt es: „... Spandau könnte nach den langen Jahren der Benutzung als ein Ort der Vollstreckung der Nürnberger Urteile neue Bedeutung gewinnen als ein Ort der prinzipiellen Verallgemeinerung und aktuellen Auswertung der mit dem Londoner Statut über den Internationalen Militärgerichtshof vom 8. August 1945 und den darauf basierenden Nürnberger Urteilen eingeleiteten Völkerrechtsentwicklung.... Zur Vertiefung und Verbreitung der Kenntnisse ... über den imperialistischen Charakter und die antifaschistisch-demokratischen Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges empfiehlt sich die Einrichtung eines Internationalen Museums, in dem die Teilnehmerländer des Zweiten Weltkrieges, zum Teil auch ihre Nachfolgestaaten in Europa und in der Dritten Welt, die ja in je spezifischer Weise sämtlich Opfer und Gegner des imperialistischen Krieges geworden sind, ihren Anteil am Durchleiden sowie an der Überwindung der Kriegsperiode zur öffentlichen und verbindlichen Darstellung bringen sollten. ... Die Bereitschaft aller Staaten zur Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Friedensschutzrechts in einem UN-Institut Spandau könnte atmosphärisch wie politisch nur positiv auf die Bemühungen um die Klärung aller europäischen Friedensfragen zurückwirken. ... Aus dem historisch gewordenen Sühnezentrum Spandau sollte ein aktuell bleibendes theoretisch-bewußtseinsbildendes Friedens- und Sicherheitszentrum Spandau werden. ... Es gilt jetzt ... zu helfen, von vornherein zu verhindern, daß Westberlin zur Siegfriedlinie des nationalistisch-irredentistischen Revanchismus und daß Spandau zum Kyffhäuser ... des Rechtsradikalismus wird ..."

Der Hinweis dieses als Westberliner Spandau-Komitee an die Öffentlichkeit getretenen Kreises, der als eine Nachfolgegruppe der Ostermarschbewegung betrachtet werden kann, auf die Gefahr des chauvinistischen Rechtsextremismus ist nicht zu unterschätzen. Schichten und Gruppen, denen Hoffnung und Entwicklungsmöglichkeiten fehlen oder geschwunden sind, neigen — wie die Geschichte lehrt — zum Rechtsradikalismus. Der Zweite Weltkrieg war bisher die grauenvollste Manifestation dieses Phänomens der Zeitgeschichte. Wenn es unter Berücksichtigung des dialektischen Zusammenhangs politischer Entscheidungen und menschlicher Daseinsbedingungen gelingen würde, aus den Westberliner Restpositionen der Vergangenheit Ausgangspositionen für eine allseits ersprießliche Zukunft zu schaffen, hätten sowohl Formen und Inhalte der Politik als auch die Perspektiven der praktizierbaren Menschlichkeit ihre Vorteile davon. Die Schicksale Westberlins und des „letzten Spandauers" Rudolf Heß sollten diesen Zusammenhang verstehen und anwenden lehren.

Klaus Ehrler

Strauß im südlichen Afrika

Franz Josef Strauß ist heimgekehrt von einer Ferienreise, die ihn in den Monaten April und Mai nach Südafrika, Rhodesien und in die portugiesische Kolonie Angola führte. Der private Charakter seiner Tour diente zwar der Ausschaltung von Öffentlichkeit und Protokoll, mindert jedoch schwerlich das Gewicht der Reise, auf das sich anhand seiner früheren Besuche bei den gleichen Gesprächspartnern schließen läßt.

1962 besuchte Strauß Portugal — der Zeitung „Diário de Lisboa" zufolge als Feriengast, allerdings in Begleitung von General Panitzki und Oberst Becker. In Lissabon verhandelte er bei dieser Gelegenheit über ein wichtiges Militärabkommen, das 1963 paraphiert wurde. Diesem Abkommen zufolge darf die Bundesrepublik in Beja einen Truppenstützpunkt unterhalten und in der Garnisonsstadt Santa Margarida 17 000 Bundeswehrsoldaten stationieren. Als Gegenleistung verpflichtete sich Bonn, Portugal verstärkte Militärhilfe zu leisten, in den Kolonialkriegen verwundete portugiesische Soldaten in der Bundesrepublik zu behandeln und auf dem portugiesischen Markt Munition für die Bundeswehr im Wert von 100 Mio. Dollar zu kaufen.[1])

1966 besuchte Strauß — wiederum privat — die südafrikanische Republik und Rhodesien. In Südafrika wurde er von Verwoerd empfangen und mit ihm führte er zum ersten Male Gespräche über die Notwendigkeit der Bildung einer Nord-Süd-Achse: „Wir Europäer sollten erkennen, daß es nicht nur eine Ost-West-Achse, sondern auch eine politische Nord-Süd-Achse gibt. Europa und Afrika sind aufeinander angewiesen, decken sich strategisch ab und können einander viel geben."[2]) In Rhodesien traf Strauß damals mit Ian Smith zusammen, mit dem er ähnliche Gedanken austauschte. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, etwas für das bundesdeutsche Kapital zu tun. Die Zeitung „Daily Express" meldete dazu aus Johannesburg: „Eine Gruppe deutscher Firmen plant für die nächsten Wochen die Errichtung einer deutsch-rhodesischen Handelsmission. Das Projekt genießt die stillschweigende Unterstützung des ehemaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, der sich gegenwärtig zu einem ‚privaten' Besuch hier in Südafrika aufhält."[3]) Nun hat Strauß seinen alten Gesprächspartnern wieder einen Besuch abgestattet — wieder einmal auf Privatsafari.

Was hat Franz Josef Strauß im südlichen Afrika vor? Seine Reise fiel in eine Zeit, in der Äußerungen einiger afrikanischer Politiker, die für einen „Dialog" der afrikanischen Staaten mit Südafrika und Portugal plädieren, viel Aufsehen erregt haben. Eine Analyse der Problematik eines solchen „Dialogs" wird Stellenwert und Funktion der Reise von Franz Joseph Strauß verdeutlichen können.

Auf einer Pressekonferenz hatte der Präsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, im April dieses Jahres die afrikanischen Staaten aufgefordert, den „Dialog" mit der Republik Südafrika und mit Portugal aufzunehmen. Er erklärte: „Das unabhängige Afrika ist nicht in der Lage, das Regime von Pretoria und die portugiesische Armee militärisch zu besiegen. Nachdem die UNO so lange Jahre Südafrika verurteilt hat, reicht man uns jetzt von offizieller Seite die Hand. Ergreifen wir sie! . . . Der südafrikanischen Regierung muß von außen geholfen werden, ihre Innenpolitik zu ändern."[4])

Diese Äußerungen sind vielfach so eingeschätzt worden, als sei mit ihnen ein einheitlicher Block der Afrikaner gegen die weiße Herrschaft in Afrika zerbrochen. Tatsächlich aber hat ein einheitlicher Block nie existiert. Der Afrikaner Hastings Banda, Präsident des unabhängigen Malawi, fördert zum Beispiel die Auswanderung malawischer Arbeitskräfte in die südafrikanischen, Konzentrationslagern ähnelnden, Arbeitslager und läßt einen so fast an die afrikanischen Häuptlinge vergangener Jahrhunderte denken, die ihre Untertanen den weißen Sklavenhändlern verkauften. Wie Banda, so verhielten sich mehr oder weniger offen zahlreiche afrikanische Staatsoberhäupter, indem sie, gestützt auf eine privilegierte Schicht, nach der Unabhängigkeit ihres Staates die Stellung des ehemaligen fremden

1) „Africasia", Paris, Nr. 12, 30. 3. — 12. 4. 1970, S. 15.
2) „Die Welt", 15. 5. 1966.
3) „Daily Express", 20. 4. 1966.
4) „Deutsche Volkszeitung", 20. 5. 1971.

Herrschers übernahmen und gegen ihr Volk, mit dem sie während des Unabhängigkeitskampfes verbündet gewesen waren, eine Diktatur errichteten. (Dieses Phänomen läßt sich allerdings nicht nur in Afrika, sondern auch in der Geschichte der restlichen Welt immer wieder finden.) Diese neuen Herren in Afrika teilten die Vorteile ihrer Machtposition mit den ehemaligen Kolonisatoren, die weiterhin die Wirtschaft des Landes kontrollierten. Der nationale Befreiungskampf blieb unvollendet. Diejenigen unter den afrikanischen Führern, die versucht haben, die Revolution im Sinne eines Klassenkampfes bis zu Ende zu führen, wurden bisher entweder ausgeschaltet oder derart isoliert, daß ihr Aktionsradius sehr beschränkt blieb. Ein typisches Beispiel in diesem Zusammenhang ist Kwame Nkrumah. Jüngste Beispiele sind die Angriffe gegen Uganda, die Republik Guinea und Sierra Leone.

Im Rahmen dieser Strategie sind auch die diplomatischen Angriffe der Republik Südafrika gegen den Präsidenten von Sambia, Kaunda, kurz vor der Pressekonferenz Houphouet-Boignys zu sehen. Vorster erklärte, Kaunda hätte geheime Kontakte mit Südafrika im Sinne einer Annäherung aufgenommen, was Kaunda durch die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen ihm und Vorster widerlegte. Ziel dieses Angriffs am Vorabend der Houphouet-Boigny-Initiative war die Diffamierung Kaundas, der als einer der prominentesten Verfechter des unabhängigen Afrika gilt. Damit sollten unentschlossene Staaten zum „Dialog" bewegt werden. Von dieser Aktion versprach man sich offenbar besondere Wirkung, weil Kaunda der gegenwärtig amtierende Präsident der OAU, der Organisation der Afrikanischen Einheit, ist. Noch wichtiger ist jedoch, daß Sambia und Tansania heute die einzigen afrikanischen Staaten sind, die den Befreiungsbewegungen von Rhodesien, Südafrika, Namibia und in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique logistische Hilfe gewähren. Hier liegt das Schwergewicht des südafrikanischen Interesses an der Ausschaltung Kaundas und Nyereres.

Da ein einheitlicher afrikanischer Block gegen die weiße Herrschaft eine Fiktion ist, kann es nicht verwundern, daß bald mehrere afrikanische Regierungen den „Dialog" mit Südafrika und Portugal befürworteten. Zuerst Banda, in Malawi, der schon lange enge Kontakte mit den beiden Ländern unterhielt; dann Tsiranana in Madagaskar, das eine Schlüsselposition im Indischen Ozean einnimmt, sowie Busia in Ghana und Bokassa in der Zentralafrikanischen Republik. General Amin, der vor kurzem in Uganda die Macht übernahm, vertritt die gleiche Meinung und Senghor, Präsident des Senegal, äußerte sich zwar vorsichtiger, aber dennoch zugunsten des „Dialog".

Die Haltung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika gegenüber diesem „Dialog" kommt deutlich in dem folgenden Satz von A. Nzo, dem Generalsekretär des ANC, zum Ausdruck: „Wenn man den Dialog an die Stelle des bewaffneten Kampfes setzen will, so ist das grober Verrat an der Bevölkerung Südafrikas."[5]) Analog gilt dieser Ausspruch für alle Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.

Die wachsende Aktivität der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien sowie die Verschärfung der politischen Kämpfe in den unabhängigen Staaten Afrikas sind Faktoren, die die imperialistischen Mächte besonders in der letzten Zeit stark beunruhigen. Denn hier bahnt sich für sie die Gefahr an, daß diese Länder eine tatsächliche Unabhängigkeit erlangen und somit ihre Funktion als billige Rohstofflieferanten und billiges Arbeitskräftereservoir für die westliche Welt nicht mehr erfüllen können. Dagegen versuchen nun diese Mächte mit ihren Verbündeten und Quislingen eine gemeinsame Front zu bilden, und es ist verständlich,

[5]) „Sechaba", London, Februar 1971, S. 2.

daß diese Front um den stärksten und stabilsten Partner entsteht, d. h. um Südafrika. Südafrika seinerseits hat erkannt, daß diese Rolle seine eigene Position stärkt und erklärt sich daher damit einverstanden, den Part zu übernehmen. (Es mag nicht ohne Zusammenhang hierzu sein, daß Südafrika jetzt eine Sondermission in der EWG einrichtet.) [6]) Den Ländern, die zum „Dialog" bereit sind, versprach die Buren-Regierung bereits erhöhte „Entwicklungshilfe".[7])

Für das anglo-amerikanische Kapital stellt sich die Problematik allerdings etwas nuancierter. Die Engländer sind nicht an einer Stärkung der Burenpolitik und damit der Apartheid interessiert. Sie plädieren für den „Dialog", weil sich dann die Diskussion auf die Apartheid — die Problematik der Rassentrennung, Repression und Landverteilung — konzentriert, und solange diese Problematik im Brennpunkt der Diskussion steht, bleiben die anglo-amerikanischen Interessen, vor allem im Bergbau, unangetastet.

Houphouet-Boigny tritt in Afrika als der Sprecher französischer Interessen auf, allerdings muß er sich vorsichtig äußern, damit seine Absichten seinem Volk nicht allzu deutlich werden. Trotz dieser gebotenen Vorsicht vertritt Boigny wirksam die Interessen der französischen Finanzzentren, die sich selbst nicht zu exponieren brauchen, da sie in ihren ehemaligen Kolonien über „Sprachrohre" verfügen. Anders verhält es sich mit dem westdeutschen Kapital: da die Bundesrepublik keine Kolonien hat, in denen eine abhängige Bourgeoisie Politik in ihrem Interesse macht, war es notwendig, sich direkt zu äußern. Nun wird deutlich, warum die Aussagen von Strauß weitgehend und zum Teil sogar wörtlich mit denen Boignys übereinstimmen. Ein Unterschied liegt nur darin, daß Strauß offener reden konnte als Boigny.

Die Stabilität der Republik Südafrika, die eine Bedingung darstellt für das Funktionieren der antiafrikanischen Front, hängt entscheidend davon ab, ob Südafrika isoliert wird oder ob es mit Rhodesien, den portugiesischen Kolonien und Malawi einen Block bilden kann. In diesen Zusammenhang gehört die Forderung, die Strauß bereits auf seiner Südafrikareise von 1966 zum Ausdruck brachte: „... so sollte die Bundesrepublik ihre Möglichkeiten nutzen. Seine riesigen Bodenschätze könnten Südafrika zur Quelle des Wohlstandes im ganzen südlichen Teil des Kontinents werden lassen im Sinne eines großen Wirtschafts-Kooperativs, das Südwest, Rhodesien, die portugiesischen Überseegebiete und einige schwarze Staaten umfassen könnte."[8]) Diese Worte von Strauß sind weniger eine Privatmeinung als die des westdeutschen Finanzkapitals. Das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft drängt diese zu Kapitalexport und Expansion und verlangt besonders die Garantie der direkten, d. h. von den USA unabhängigen, Kontrolle über die Rohstoffquellen sowie die Verlagerung von Produktionsstätten, damit die Abhängigkeit vom Warenexport soweit wie möglich reduziert wird. Die Eisenerzkonzessionen des Kruppkonzerns in Cassinga/Angola, die der Ferienreisende Strauß in Begleitung der Generale von der Hidt und Trettner besichtigte, und der Bau des Staudammes von Cabora Bassa in Mozambique sind klassische Beispiele hierfür. In diesem Rahmen gehören die Ziele, die der „Strauß-Plan"[9]) zu verwirklichen sucht. Die Realisierbarkeit solcher Pläne wird dadurch abgesichert, daß die Bundes-

[6]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 11. 5. 1971.
[7]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7. 5. 1971.
[8]) „Die Welt';', 11. 5. 1971.
[9]) „Das Strauß-Programm enthält folgende Ziele: 1. Errichtung von Arbeitsplätzen dort, wo Arbeitskräfte vorhanden sind (denn in der BRD gibt es erhebliche Engpässe auf dem Arbeitsmarkt), 2. ‚Verringerung der Krisenanfälligkeit für unsere exportorientierte Wirtschaft und langfristige Sicherung der Exporte und Rohstoffbezugsquellen'. 3. ‚Umstrukturierung unserer Zahlungsbilanz durch steigenden Kapitalexport', 4. Verringerung des Rückstandes deutscher Direktinvestitionen gegenüber denen der anderen Länder." Zit. nach Gewandt, H., „Grünes Licht für Auslandsinvestitionen", in: „Entwicklung und Zusammenarbeit", 7/1969, S. 11.

republik Waffen an Portugal liefert zur Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in den Kolonien. Was den Stand der Entwicklung der portugiesischen Kolonien anbetrifft, so zeigte sich Strauß übrigens überrascht, daß z. B. Angola „so entwickelt" [10]) sei. Allerdings. In die Kolonien steckt die Lissaboner Regierung heute pro Tag 1 Million Dollar an Militärausgaben!

Zur Unterstützung der zunehmenden Bedeutung Südafrikas versprach Strauß auf seiner Safari die Lieferung von Waffen an Südafrika, sobald die CDU an die Macht komme.[11]) Dieses Versprechen erinnert deutlich an die Haltung der britischen Konservativen vor der Ablösung der Labour-Regierung.

Es ist nur folgerichtig, daß die Initiative Houphouet-Boignys und ihre Resonanz Strauß zu befriedigter Zustimmung veranlaßte. Er vermerkte „das Wachsen der Einsicht ‚vernünftiger' afrikanischer Führer, daß eine Kooperation mit Südafrika möglich ist und dazu Konzessionen nötig sind."[12])

Nach dem Versuch, den palästinensischen Widerstand im Nahen Osten zu liquidieren, beginnen die imperialistischen Mächte jetzt mit Manövern zur Vernichtung der Befreiungskräfte in Angola, Mozambique, Rhodesien, Südafrika und Namibia. Die NATO, deren jüngste Tagung zum Protest der Organisation der Afrikanischen Einheit bezeichnenderweise in Lissabon stattfand, zeigt großes Interesse an Portugals Kolonien und an Südafrika. In dieser Situation ein „Dialog"? Noch niemals hat ein friedlicher Dialog eine ausbeutende Klasse davon überzeugen können, ihre Privilegien abzugeben, geschweige denn ein imperialistisches Land, auf seine Herrschaft zu verzichten. Wieder einmal wird hier klar, daß das Problem nicht ein Rassenproblem ist, sondern ein Problem wirtschaftlicher Macht; daß der Rassismus nur ein Auswuchs ist. Von den afrikanischen Völkern zu verlangen, daß sie im Kampf gegen bewaffnete Unterdrückung auf Gewalt verzichten, bedeutet, von ihnen zu verlangen, daß sie sich für immer der Unterwerfung und Ausbeutung beugen.

Eduardo de Sousa Ferreira

10) „Süddeutsche Zeitung", 27. 4. 1971.
11) „Die Zeit", 14. 5. 1971.
12) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7. 5. 1971.

Wehrsteuer?

In der intensiv geführten Diskussion um Wehrstruktur und Wehrgerechtigkeit hat ein Aspekt erneut an Aktualität gewonnen, den Helmut Schmidt im Namen der Bundesregierung noch im Weißbuch 1970 lapidar verworfen hat: die Einführung einer Sonderabgabe (Wehrsteuer) für Nichtdienende. Das Weißbuch stellt zu dem Vorschlag der sogenannten Adorno-Kommission von 1968 fest: „Nichtdienende durch eine Ausgleichsabgabe zu belasten, hält die Bundesregierung nicht für ein geeignetes Mittel zur Erreichung von Wehrgerechtigkeit." Heute, ein Jahr später, hat sich die Lage scheinbar grundlegend geändert.

Die Hardthöhe arbeitet gegenwärtig eine Gesetzesvorlage aus, die dem Bundestag im Herbst zugehen soll, wenn der umfangreiche Bericht der von der Regierung Brandt/Scheel eingesetzten Wehrstruktur-Kommission zur Debatte ansteht.

Zur Wiederbelebung der Diskussion um die Einführung einer Wehrsteuer hat die Wehrdebatte des Bundestages vom 12. Mai beigetragen, die die Absichten der Bundesregierung bestätigte. Für die FDP erklärte deren Wehrexperte Jung, seine Partei sei als einzige schon immer für die Einführung der Wehrsteuer gewesen, und Helmut Schmidt gar ließ die Treue zu seinem

von ihm ansonsten mit Vehemenz gelobten und verteidigten Weißbuch vermissen: „Ich habe in den letzten Wochen mit großer Sorgfalt die Ergebnisse der seinerzeit von Ihnen (Adorno — d. Verfasser) geleiteten Kommission erneut unter die Lupe genommen. Sie enthalten viele Gedanken, die heute aktueller sind als damals, einschließlich desjenigen, den Adelbert Weinstein heute in der ‚Frankfurter Allgemeinen Zeitung' abgehandelt hat: ich meine den Gedanken einer Besteuerung derjenigen, die nicht dienen."

Die Wehrsteuer soll also — das ist die offenkundige Absicht — kommen. Was noch nicht so offenkundig, aber dennoch leicht zu erraten ist, sind Art und Umfang dieser geplanten Steuer, ebenso ihre Verwendung im Haushalt. Und so dürften Funktion und Auswirkungen dieser Steuer heute schon an einigen Beispielen vorstellbar und darzustellen sein. Dem kritischen Beobachter wird dabei nicht entgehen, daß es schon beachtlicher ideologischer Klimmzüge bedarf, wenn man auch diese Sonderabgabe in den ohnehin reichlich strapazierten, in seinem Zynismus noch von zu wenigen voll erfaßten Begriff der „Wehrgerechtigkeit" zwingen will. Die Wehrsteuer ist eben keine strukturelle Änderung des gegenwärtigen Wehrpflichtsystems — die sich in Dienstzeitänderung, Änderung der Truppenstärke und des Ausbildungssystems u. ä. äußern müßte —, sondern sie greift als Klammer gleichsam da über, wo die Wehrpflicht nicht mehr hinreicht. Mit Recht bezeichnet Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 12. 5. 1971 „die militärische Dienstpflicht" nur noch „als eine Sonderform der Wehrsteuer". Die Wehrsteuer soll das Allumfassende werden, ist Synonym für „Militarisierung der Gesellschaft".

Bis zum Herbst will die Bundesregierung — so Schmidt — dafür Sorge getragen haben, daß 75 Prozent aller verfügbaren Wehrpflichtigen eingezogen werden. Diejenigen, die zufällig nicht zur Ableistung des Grundwehrdienstes bzw. -zivildienstes gezogen werden, will man zur Kasse bitten. Allerdings würden von der Wehrsteuer gerade zu einem großen Teil die sozial Schwachen betroffen, die sich auf Grund ihres Alters entweder noch in der Ausbildung zum Beruf oder aber am Beginn ihres Berufslebens befinden. Hinzu kommt, daß die Zahl der jungen Ehemänner unter den zur Einberufung anstehenden Wehrpflichtigen wächst.

Im Falle einer Einberufung zur Bundeswehr oder in den Zivildienst wäre für den Unterhalt eines — bleiben wir beim Beispiel — jungen Familienvaters gesorgt: er selbst erhält Verpflegung und Sold, seine Familie Leistungen aus dem Unterhaltssicherungsgesetz. Im Gegensatz hierzu würde eine Wehrsteuer allmonatlich das Einkommen empfindlich schmälern. Dem Wehrpflichtigen, der mit einem geringen Einkommen leben muß, bleibt nur eine Möglichkeit, der Wehrsteuer zu entgehen: die freiwillige Verpflichtung zur Bundeswehr. Ohne diese Verpflichtung bliebe seine Einberufung dem Zufall überlassen. Ebenso wäre eine Kriegsdienstverweigerung für ihn nicht möglich, da er sich zum Zivildienst nicht freiwillig verpflichten kann.

Eine Wehrsteuer würde sicherlich dem Steuerprinzip der Bundesrepublik treu bleiben und in erster Linie die sozial Schwachen treffen. Sie würde dem Mangel der Bundeswehr an Längerdienenden abhelfen, da von ihr der Zwang zur Längerverpflichtung ausgeht. Die Wehrsteuer würde unter dem Deckmantel der „Wehrgerechtigkeit" neue Ungerechtigkeiten schaffen.

Es wäre jedoch nur logisch — und Schmidt hält diesen Weg durch die Formulierung „Besteuerung derjenigen, die nicht dienen" offen — die Wehrsteuer alsbald auch auf Nicht-Wehrpflichtige auszudehnen. Das betrifft sowohl Frauen wie auch Männer, die nicht mehr zum Grundwehrdienst zur Verfügung stehen. Zumal die Frage der

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht mehr im Bereich der Utopie liegt, wäre eine Wehrsteuer sicherlich das geeignete Mittel, um die Mehrkosten einer Berufsarmee aufzubringen, den Zivilisten aber auch zu bedeuten, daß sie genau wie die Soldaten zur Leistung eines „Verteidigungsbeitrages" gefordert sind.

Die Vision ist erschreckend, aber doch real. Gilt es doch — so Weinstein — „anzuerkennen, daß der Beitrag zur äußeren Sicherheit vielfache Gestalt annehmen kann". Und sicherlich nicht zufällig wird die Wehrsteuer zu einem Zeitpunkt diskutiert, wo der Bundeswehrgeneral Oster ungestraft den Reichsarbeitsdienst der Nazis als positive und wiederherzustellende Einrichtung loben darf, wo Pläne zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bestehen und die Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst als erster Schritt hierhin gesehen werden muß. Niemand soll sich künftig mehr — Grundgesetz hin, Grundgesetz her — der Militarisierung entziehen können.

Kriegsdienstverweigerer werden in ein System von Diensten integriert, die mit der Bundeswehr im Ernstfall kooperieren, einen Beitrag zur Sicherung ihrer Schlagkraft leisten. Diejenigen Teile der Bevölkerung, die nicht dienstverpflichtet werden können, werden zusätzlich besteuert; sie finanzieren Starfighter und Raketen und schnallen den Gürtel enger. Niemand wird sich entziehen können.

Die Auswirkungen der Besteuerung auf die „Moral der Truppe" sind bereits bestens kalkuliert: „die vielen Disziplinlosigkeiten der jüngeren Soldaten, ihre Gleichgültigkeit der Gemeinschaft gegenüber und ihr mangelndes Pflichtbewußtsein" (FAZ) sollen abgestellt werden: wer nicht pariert, der fliegt und zahlt.

Aber auch das Verhältnis der Zivilbevölkerung zur Bundeswehr dürfte ein anderes werden, wenn wir erst erkennen, daß wir für „unsere" Bundeswehr Steuern zahlen. Wer weiß heute schon, wieviel Prozent der von ihm gezahlten Steuern für die Rüstung ausgegeben werden?!

Das soll sich ändern. Künftig kann jeder Bürger dieses Staates seinen Anteil an der Finanzierung der Streitkräfte vom Lohnstreifen ablesen. Das wird ein neues, ein persönliches Gefühl zur Bundeswehr und ihrer Ausrüstung vermitteln. Wer wollte es denjenigen, die mehr als zwanzig Jahre lang primitivsten Antikommunismus züchten konnten, bestreiten, daß sie fähig sind, ein Gefühl des Stolzes zu erzeugen; des Stolzes auf all das glitzernde technische Gerät, angeschafft aus den Mitteln der Wehrsteuer. Wer wird, wenn er eine Rakete sieht, die sich imposant zum Himmel emporhebt, denn schon daran denken, daß diese Rakete Träger millionenfachen Mordes ist?

In den USA werden heute schon Raketen auf Parkplätzen von Supermärkten zur Schau gestellt. Die Demonstration wird, obwohl permanente Symbolisierung des Kriegs — etwa in Indochina —, hingenommen. Wann sind auch wir so weit?

Das System der Militarisierung dieser Gesellschaft soll so dicht werden, daß niemand durch seine Maschen schlüpfen kann. Wer nicht dient, muß zahlen. Krieg führen alle — so oder so.

Es ist — um letztmals Weinstein zu zitieren — „mehr als eine Wehrsteuer", die zur Debatte steht. Die Wehrsteuer ist ein wichtiger Beitrag zur Mobilmachung eines ganzen Volkes. Sie muß bekämpft werden wie alle Tendenzen, einen Primat militärischen Denkens wiederum im Bewußtsein zu verwurzeln.

Die Regierung muß sich entscheiden, ob sie Entspannung in Europa will oder „Wehrgerechtigkeit" im Sinne der Hardthöhe. Das eine schließt — trotz aller gegenteiligen Beteuerungen — das andere aus.

Winfried Schwamborn

Wege zu Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Von Gunnar Matthiessen

Das Interesse an der Außenpolitik, an den Fragen der europäischen Entspannung und Abrüstung ist seit den Verträgen, die die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik abgeschlossen haben, wesentlich intensiver geworden. Die Hoffnungen und Erwartungen, daß in der europäischen Entwicklung und in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander ein neues Kapitel begonnen wird, sind seit diesem Zeitpunkt gewachsen. 25 Jahre nach der Niederlage des Faschismus wurden erstmals von einer Bundesregierung völkerrechtlich verbindlich die Nachkriegsverhältnisse anerkannt.

Das ist nicht zuletzt auch ein Ausdruck der wachsenden Ablehnung der bisherigen CDU/CSU-Politik, die in zwanzig Jahren kein politisches Problem im Europa der Nachkriegszeit gelöst hat, sondern im Gegenteil durch ihren aggressiven Antikommunismus, durch forcierte Aufrüstung und die Politik der Stärke dafür verantwortlich ist, daß in Europa und insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten eine gefährliche Spannungslage entstanden ist.

Nach zwanzig Jahren erwies sich diese illusionäre Politik endgültig als bankrott. An ihrem Ende stand die Isolierung der Bundesregierung nicht nur von den sozialistischen Nachbarn, sondern im wachsenden Umfang auch von allen anderen europäischen Staaten.

In diesem Zusammenhang sind die Verträge von Moskau und Warschau zu werten. Sie können ein erster, wesentlicher Ansatzpunkt zu einer realistischen Einschätzung der politischen Lage Europas sein; die verhängnisvolle Politik der Stärke überwinden helfen und unter Beachtung der internationalen Prinzipien der friedlichen Koexistenz neue politische Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einleiten. Es ist heute unübersehbar, daß die überwiegende Mehrheit der europäischen Völker und Regierungen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Sozialsysteme, auf eine Politik der Entspannung und friedlichen Zusammenarbeit drängen. Es kann im Verhältnis der europäischen Staaten zueinander nur eine Politik geben, die den Interessen und Bedürfnissen der Völker Europas und der ganzen Welt gerecht wird, die geeignet ist, die globalen Aufgaben der Zukunft, die Aufgaben des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Fortschritts zu lösen und die Perspektiven für ein Europa ohne Krieg zu eröffnen: Die Politik des friedlichen Nebeneinanders und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten der beiden Gesellschaftssysteme auf unserem Kontinent. Die Chancen, eine solche Politik zu verwirklichen und sie zur allgemeinen Grundlage der europäischen Entwicklung zu machen, sind gewachsen.

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz stellt bereits einen realen Faktor in den internationalen Beziehungen dar. Eine Politik, die sich gegen diese Möglichkeiten der friedlichen Koexistenz als Grundlage für die Beziehungen der europäischen Länder zueinander wehrt, die an den Illusionen des Kalten Krieges festhält, die immer neue Hemmnisse und Schwierigkeiten in den Weg legt, um eine europäische Entspannung zu bremsen oder gar zu verhindern, stellt sich immer deutlicher in Widerspruch zum Friedenswillen der europäischen Völker.

Die Verträge von Moskau und Warschau haben diese Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit nachdrücklich bewußt gemacht. In ihrem Zusammenhang ist der Gedanke einer Europäischen Sicherheitskonferenz aktueller denn je geworden. Er wird auf allen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ebenen aller europäischen Staaten diskutiert und weithin begrüßt. Mittlerweile ist das Projekt einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz aus dem Diskussionsstadium herausgetreten und soweit gediehen, daß es in die Phase der aktiven Vorbereitung einmünden kann. Alle europäischen Staaten haben sich mehr oder weniger nachdrücklich zu dieser Konferenz bekannt. In keinem Kommuniqué, in keiner Regierungserklärung, in keiner politischen Rede führender, europäischer Staatsmänner fehlt der Hinweis auf die Dringlichkeit einer gesamteuropäischen Konferenz. Alle fortschrittlichen demokratischen Organisationen in Europa, alle Gewerkschaftsverbände, alle fortschrittlichen Jugendorganisationen, einflußreiche Kräfte der evangelischen und katholischen Kirche haben sich positiv geäußert. Selbst die, die wesentlich an der Verhinderung einer Konferenz interessiert sind, können nicht umhin, die Attraktivität, die sie bei allen europäischen Staaten hat, zu respektieren und sich verbal zu ihr zu bekennen.

Die Bedeutung der Europäischen Sicherheitskonferenz

Welche Dringlichkeit einer Europäischen Sicherheitskonferenz als konsequenter Fortsetzung der mit den Verträgen von Moskau und Warschau eingeleiteten Politik zukommt, ergibt sich aus dem Zustand, in dem wir Europa heute vorfinden. In der Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" sieht Prof. Carl Friedrich v. Weizsäcker den gegenwärtigen Zustand Europas als Gefahrenherd für einen atomaren, weltweiten Vernichtungskrieg. 25 Jahre nach der Niederlage des Faschismus ist keine der den Frieden in Europa betreffenden Fragen gelöst. Mit dem Potsdamer Abkommen hatten nach Kriegsende die europäischen Völker die Möglichkeit, ihre Beziehungen zueinander auf friedlicher Grundlage zu regeln und eine Periode der friedlichen Zusammenarbeit in Europa einzuleiten. Jenes Potsdamer Abkommen, das in den bundesrepublikanischen Presseorganen so gerne mißfällig beurteilt wird, bot seinerzeit die Chance, einen neuen Krieg in Europa endgültig auszuschließen.

Durch die Roll-back-Strategie, durch den Kalten Krieg wurde diese Chance vertan. Heute finden wir in Europa einen Zustand vor, als ob es die erschütternden Erfahrungen mit dem Faschismus niemals gegeben hätte. Für das friedliche Zusammenleben gibt es immer noch keine völkerrechtlichen und politischen Garantien.

Im Herzen Europas stehen sich die zwei großen Gesellschaftssysteme, das kapitalistische und das sozialistische, gegenüber. Die Staatsgrenze zwischen Bundesrepublik und DDR ist zur Grenze der Sozialsysteme geworden. Gerade an dieser Grenze können kriegerische Konflikte nur dann ausgeklammert werden, wenn es zu einer völkerrechtlich verbindlichen Abmachung über die Anerkennung des Status quo, über die Anerkennung der Nachkriegsergebnisse kommt. Diese Gesellschaftssysteme stehen zwar auch in anderen Teilen der Welt einander gegenüber, begegnen sich aber hier in Europa in ihrer organisiertesten Form. Hier stehen sich die größten Militärkoalitionen der Welt gegenüber; hier versammeln sich die größten industriellen Potenzen; hier auch wird ein unvorstellbar großer Teil des gesellschaftlichen Reichtums für Rüstungsproduktion ausgegeben. In Europa sind die meisten Ziele für atomaren Raketeneinsatz projektiert. Der geringste militärische Konflikt muß sich auf diesem Kontinent unweigerlich zu

einem weltweiten atomaren Vernichtungskrieg eskalieren. Trotz der verheerenden Erfahrungen mit dem Faschismus wächst heute in vielen westlichen Ländern, leider gerade auch in der Bundesrepublik, die faschistische Gefahr; sind es eben jene Kräfte, die seinerzeit von der Anti-Hitler-Koalition und den demokratischen Kräften in Deutschland als Rüstungs- und Kriegsprofiteure gebrandmarkt wurden, die auch heute wieder im Rahmen des militärisch-industriellen Komplexes sich immer mehr ökonomische, politische und soziale Macht aneignen.

Das heißt, wir stehen hier in Europa vor der primären, grundsätzlichen, alles bewegenden Frage, wie 25 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig Lösungen gefunden werden, die den Ausbruch eines dritten Weltkrieges ein für allemal verhindern. Die relative Ruhe, die wir in den beiden Jahrzehnten verzeichnen konnten, kann uns über diese Gefahr nicht hinwegtäuschen und die Labilität eines völkerrechtlich nicht anerkannten Zustandes vergessen lassen. Es gibt auf diesem Kontinent keine andere Frage, die Vorrang hätte. Die Lösung aller anderen politischen Probleme ist nur auf der Grundlage des garantierten Friedens möglich. Jede Fortdauer des Spannungszustandes der militärisch-politischen Konfrontation und des Rüstungswettlaufs behindert und verhindert die Wahrnehmung dringender sozialer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Aufgaben zum Wohle und Vorteil der Völker Europas. Es gibt heute nur eine ganz einfache, simple Frage, die zu beantworten ist: Welches Interesse sollten die europäischen Völker an der weiteren Anhäufung eines selbstmörderischen atomaren Vernichtungspotentials haben, welches Interesse an der Vergeudung des von ihnen produzierten gesellschaftlichen Reichtums in der Rüstungsproduktion, welches Interesse, sich gegenseitig millionenfach zu vernichten. Nicht das Gleichgewicht des Schreckens als Grundlage ihrer Beziehung zueinander entspricht ihren Bedürfnissen, sondern allein das friedliche Mit- und Nebeneinander, ohne Furcht vor einem neuen Krieg.

Es ist festzustellen, daß am Beginn der siebziger Jahre die Diskussion begonnen hat über die Zukunft und die Entwicklungsperspektiven in Europa, die von der Frage ausgeht, wie auf der Grundlage der industriellen Potenzen, des Reichtums, der in Europa produziert wird, die beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu einer Kooperation kommen können. Die Vergeudung von Volksvermögen, die durch die Aufrüstung und die verhinderte Zusammenarbeit bewirkt wird, steht in einem eklatanten Widerspruch zu der Tatsache, daß mehr als zwei Drittel der Menschheit noch immer Hunger leiden, daß die ökonomische, wissenschaftlich-technische Entwicklung derart internationale Ausmaße angenommen hat, daß der Erfahrungsaustausch, die Kooperation, die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit eine dringliche Notwendigkeit geworden sind. Die zu lösenden Probleme, vor denen die einzelnen Länder, insbesondere auch die hochindustrialisierten, stehen, haben ein derart globales Ausmaß erreicht, daß sie über die Kraft und die Möglichkeiten einzelner Staaten längst hinausgewachsen sind. In Anbetracht dessen ist ein Europa, das sich in zwei Teile abkapselt und nicht alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit wahrnimmt, anachronistisch. Eine EWG ist heute weniger denn je in der Lage, die vorgegebenen wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen. Eine selbständige und konstruktive Rolle kann Europa heute in der Weltpolitik ökonomisch und wissenschaftlich nur durch eine intensivierte Zusammenarbeit spielen. Wenn von vielen Repräsentanten Westeuropas beklagt wird, daß es heute in der Weltpolitik in der Gesamtheit nicht anwesend sei und daß das ökonomische und technologische Gefälle zu den USA zu deren Vorherrschaft auf dem westeuropäischen Kontinent geführt habe, dann folgt daraus, daß die westeuropäischen Staaten für die Zukunft ihre Hoffnung auf

Selbständigkeit und Souveränität nur durch engere Kooperationsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern erreichen können. Wie die EWG, so erweist sich vor allem die NATO noch als Institution des Kalten Krieges. Sie bewirkt geradezu, wie es in der Weizsäcker-Studie zum Ausdruck gekommen ist, das Gegenteil von dem, was sie offiziell zu ihrer Absicht erklärt. Sie sichert nicht, sondern verunsichert den Frieden in Europa. Ihre Strategie des Gleichgewichts des Schreckens trägt immer in sich die Kalkulation mit dem militärischen Risiko und damit die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung. Die Ideologie dieses Gleichgewichts des Schreckens ist unbeweisbar, denn wenn einmal der Krieg ausbricht, dann ist sie zwar widerlegt, aber dieser Beweis kommt zu spät. Sicherlich wird es auch während der Existenz der NATO zu Formen der Zusammenarbeit in Europa kommen. Auf eine langfristige Perspektive aber hin verlieren durch Zusammenarbeit und Kooperation solche Blockinstitutionen, die im Zuge des Kalten Krieges entstanden sind, ihre ursprüngliche Funktion.

Kollektiver Gewaltverzicht

Wesentlich für die Sicherung des Friedens und für die Intensivierung der Zusammenarbeit ist nicht die Überlegung, wie die beiden antagonistischen Weltsysteme überwunden werden könnten. Wesentlich ist vielmehr, wie sie trotz ihres Antagonismus, in dessen Rahmen sie jeweils engere Kooperationsformen eingehen werden, zur Zusammenarbeit finden und die Verwicklung in militärische Konflikte ausschalten können. Notwendig werden Beziehungen zwischen diesen beiden Gesellschaftssystemen, die auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit aufbauen und darin Garantien schaffen, die jede Rüstung, die jede militärische Konfrontation überflüssig machen. Politische Sicherheit in Europa ist damit zugleich definiert als Abbau der Rüstungspotentiale in Ost und West und Durchsetzung der Politik der friedlichen Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, der Nichteinmischung in die Angelegenheit anderer, als Respektierung des territorialen Status quo. Wenn wir von einer solchen Fassung der politischen Sicherheit ausgehen, dann fragt sich, was ist gegenwärtig notwendig, was entspricht den objektiven Anforderungen, denen wir heute in der europäischen Entwicklung im Hinblick darauf ausgesetzt sind, daß sich hier die hochindustrialisierten Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen gegenüberstehen. Vor allen Dingen schließt eine so verstandene Sicherheitspolitik jeglichen Versuch, den Status quo in Europa zu verändern, aus, unter welchen spezifischen Formen auch immer diese Zielsetzung vorgetragen wird.

Modelle über europäische Perspektiven, die von solchen Überlegungen ausgehen, widersprechen den veränderten Kräfteverhältnissen, behindern und verschleppen eine konsequente Entspannung und tragen nicht dazu bei, die Positionen des Kalten Krieges endgültig zu überwinden. Notwendig zur Durchsetzung dieser Friedenspolitik ist ein kollektiver Gewaltverzicht, den alle europäischen Länder miteinander abschließen und dessen Einhaltung sie gegenseitig garantieren. Insofern ist ein solcher kollektiver Gewaltverzicht nur die Fortsetzung jener Vereinbarungen, die im Moskauer und Warschauer Vertrag zwischen jeweils zwei Staaten getroffen wurden. Sie sind ein wichtiger Ansatzpunkt. Notwendig aber wird die Vereinbarung des Gewaltverzichts zwischen den beiden Systemen überhaupt, nicht nur zwischen einzelnen ihrer Länder. Die geschichtliche Erfahrung hat zur Genüge bewiesen, daß bilaterale Gewaltverzichtsverträge zur Verhinderung des Ausbruchs von Kriegen nicht ausgereicht haben. Ihre Einbettung aber in einen kollektiven Sicherheitsvertrag macht es einzelnen Staaten

geradezu unmöglich, sich gegen alle anderen zu stellen und aus der multinationalen Vereinbarung auszuscheren.

Für die Europäische Sicherheitskonferenz ist diese Vereinbarung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Systemen in Form eines kollektiven Gewaltverzichts die dringlichste Aufgabe. Ihre Realisierung ist möglich, weil sie den Interessen und Bedürfnissen aller beteiligten Länder objektiv entspricht. Sie ist an keine Vorbedingungen, an keine Zugeständnisse, an keine Benachteiligung einzelner Staaten gebunden. Es kann in Europa keinen Staat geben, in dessen Sicherheitsbedürfnis nicht diese Vereinbarung des kollektiven Gewaltverzichts liegt. Jeder beteiligte Staat kann hier in eigener Verantwortung, souverän und für seinen territorialen Bereich sprechen.

Multinationale Zusammenarbeit

In dieser Sicherung der friedlichen Entwicklung und des friedlichen Nebeneinanders der beiden Gesellschaftssysteme ist der Ausgangspunkt zu sehen für die schnellere Lösung aller weiteren Aufgaben. Die Vereinbarung des kollektiven Gewaltverzichts schafft eine Grundlage für die beschleunigte Durchführung anderer Abmachungen und Übereinkommen über Probleme der Zusammenarbeit und Abrüstung.

Zum ersten haben wir im Bereich der Wirtschaft zunehmend eine Internationalisierung zu beobachten. Es bedarf der zunehmenden Arbeitsteilung und Spezialisierung, der Kooperation und des Erfahrungsaustausches in der Produktion. Das wirtschaftliche Wachstum findet heute in solchen Größenordnungen statt, daß die Kapazitäten einzelner Länder nicht mehr ausreichen. Es gilt, die wirtschaftlichen Möglichkeiten, soweit es der Systemgegensatz erlaubt, zu vereinheitlichen und durch Arbeitsteilung und Zusammenarbeit im Rahmen des Ost/West-Handels bessere Bedingungen für die Produktivitätssteigerungen herbeizuführen. Aus diesem Charakter ergibt sich, daß die bilaterale Zusammenarbeit nicht ausreicht, sondern es der Zusammenfassung verschiedener nationaler ökonomischer Potenzen bedarf. Vereinbarungen im Rahmen des Ost/West-Handels dienen keineswegs in den westlichen Ländern nur den Unternehmern, sondern auch der arbeitenden Bevölkerung. Es gibt eine Reihe von Anhaltspunkten, die es erlauben, einen unmittelbaren materiellen und sozialen Vorteil auch für sie zu sehen. Vorerst einmal gilt es, die schwierigen Wachstumsbedingungen in der Wirtschaft zu berücksichtigen, denen heute die westlichen Länder weitgehend ausgesetzt sind. Gegenwärtig zeichnet sich in der Bundesrepublik wieder ein konjunktureller Rückgang ab, der durch mangelnde Auftragseingänge in Großkonzernen zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit führen kann. Ein längerfristiger Auftragsbestand, wie beispielsweise Röhrenlieferungen an die Sowjetunion oder andere über einen bestimmten Zeitpunkt hinaus projektierte Vereinbarungen, stabilisieren natürlich die finanzielle Lage der jeweiligen Konzerne, die damit weniger anfällig gegenüber konjunkturellen Schwankungen sind. Es sind gerade diese langfristigen Auftragsbestände aus den sozialistischen Ländern, die den Arbeitern in den Betrieben bessere Bedingungen für den Kampf um ihre Arbeitsplätze ermöglichen. Ermöglicht auch wird im Rahmen des Ost/West-Handels die Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Ausbau der Infrastruktur in der Bundesrepublik. Zu nennen wäre als Beispiel hierfür das Land Niedersachsen, das zu den industriell am wenigsten ausgebauten Ländern in der Bundesrepublik gehört und selbst keine eigene Rohstoffbasis hat, um eine Industrie zu entwickeln, aber durch Erdgas- und Erdölleitungen aus der Sowjetunion eine Möglichkeit zur Industrialisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze

erhielte. Wenn man gar die Intensivierung der Zusammenarbeit an die Stelle der Rüstungsproduktion setzt, dann erweist sie sich als stabilisierend für die Preisentwicklung und als Möglichkeit, inflationäre Tendenzen in der Bundesrepublik abzubauen. Insgesamt trägt der Ost/West-Handel zu einem schnelleren und intensiveren wirtschaftlichen Wachstum, zu Spezialisierung und Ausbau der Produktivkräfte und zu erhöhter Produktivität bei. Das ermöglicht auch eine weitere Steigerung des Lebensstandards in unserem Lande. Jede auch noch so partielle Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums kann der arbeitenden Bevölkerung im Interesse ihrer sozialen Sicherheit nicht gleichgültig sein.

Einleuchtender noch sind die Vorteile, die sich aus einer intensivierten wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen für uns ergeben würden. Im Rahmen ihrer zunehmenden Internationalisierung zeigt sich ein einzelnes Land immer weniger in der Lage, die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten voll auszunutzen. Der ungeheure Kapitalaufwand, der für manche Forschungsbereiche notwendig ist, kann von einzelnen Ländern nicht aufgebracht werden und führt zu einer nur unvollkommenen Ausnutzung mancher Gebiete.

Arbeitsaufwand, Spezialisierung, Forschungsplanung und Kooperation gehen längst auch über die Kapzaitäten supranationaler Gebilde wie der EWG hinaus. Erforschung der Umweltbedingungen, Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, in der Metereologie, in der Weltraumforschung, in der Energie-, Nahrungsmittel- und Wasserversorgung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der globalen Aufgaben der kommenden Jahrzehnte.

Ein Land, das heute die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit nicht wahrnimmt, verschenkt nicht nur Positionen der Zukunft, schwächt nicht alleine seine Rolle in der zukünftigen internationalen Politik, sondern handelt zugleich auch gegen die unmittelbaren sozialen Interessen seiner Bevölkerung. Ein besonderes Augenmerk gilt es hierbei auch auf die Möglichkeit und Notwendigkeit gewerkschaftlicher Zusammenarbeit zu richten, auf gemeinsame Forschungsvorhaben in der Arbeitsphysiologie, auf dem Gebiete der Arbeits- und Sozialmedizin. In Ost und West stellen die rasche industrielle Entwicklung und der beschleunigte technische Wandel uns vor die Frage, welche Auswirkung sie auf die Gesundheit und die Psychologie der arbeitenden Bevölkerung haben. Erforscht sind schon schwerwiegende biologische und organische Veränderungen, ja Verkümmerungen, die aus einer ungenügenden Vorsorge resultieren. Zugleich macht das schnelle Wachstum der Produktivkräfte durch die wissenschaftlich-technische Revolution eine Berufsforschung für die Zukunft und eine Anpassung der Berufsausbildung an die künftigen Berufe von morgen notwendig.

So erweist sich auch die Vereinbarung multilateraler Zusammenarbeit und der Abbau jeder Diskriminierung anderer Staaten und die Beseitigung jeglicher Übervorteilung von Handelspartnern als ein unmittelbares Anliegen, das alle Staaten Europas haben. Die wissenschaftlich-technische und ökologische Zusammenarbeit stärkt die Position jedes einzelnen Landes und trägt zur verbesserten Möglichkeit bei, den gesellschaftlichen Bedürfnissen im eigenen Lande Rechnung zu tragen. Umgekehrt muß jede Verzögerung intensivierter Zusammenarbeit zur Vergeudung und Vernachlässigung wissenschaftlich-technischer Potenzen führen, sich schädlich auf die Umweltbedingungen, die Gesundheit und die soziale Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung auswirken.

Gremien

Sicherlich bedarf es über die Vereinbarung solcher multilateraler Zusammenarbeit hinaus auch eines Gremiums, in dem im einzelnen und konkret solche Möglichkeiten vereinbart werden. Ein solches Gremium wäre zugleich ein geeigneter Rahmen, in dem andere, längerfristige Aufgaben erörtert und gelöst werden könnten. Dies gilt auch im Hinblick auf die vordringlichen Abrüstungsverhandlungen, wie wir sie seit Jahren und Jahrzehnten verfolgen. Die langen Fristen, in denen der Atomwaffensperrvertrag und das Atomteststoppabkommen vereinbart wurden, die Dauer der SALT-Gespräche und die jahrelangen Bemühungen der Genfer Abrüstungskonferenz zeigen uns, daß eine einzelne Konferenz zum Scheitern verurteilt wäre, wenn sie mit derart komplizierten Erörterungen belastet würde. Allerdings könnte die Vereinbarung eines kollektiven Gewaltverzichts günstige politische Voraussetzungen für die beschleunigten Abrüstungsvereinbarungen aller in dieser Frage tätigen Institutionen schaffen.

Kein Problem muß auf einer gesamteuropäischen Konferenz ausgeschlossen werden. Ihre Erörterung zu einem fruchtbaren Ergebnis zu führen, dient dieses zu bildende Gremium und der Wille aller beteiligten Staaten, die aktuellen und politisch prinzipiellen Fragen vorrangig zu lösen.

Funktion und Ergebnis einer Europäischen Sicherheitskonferenz

Diese drei Tagesordnungspunkte — kollektiver Gewaltverzicht, Vereinbarung multilateraler Zusammenarbeit und die Schaffung eines Gremiums, in dessen Rahmen alle weiteren europäischen Fragen zur Diskussion stehen — sind es, die in jahrelangen bilateralen und multilateralen Gesprächen herausgearbeitet wurden als jene Punkte, die im Interesse aller europäischen Staaten liegen und auf einer Konferenz gelöst bzw. zu ihrem Gelingen beitragen werden. Einer Europäischen Sicherheitskonferenz fällt damit die zentrale Aufgabe zu, die lösbaren Grundfragen der zukünftigen europäischen Entwicklung zu behandeln und damit die Perspektiven eines Europäischen Sicherheitssystems zu eröffnen, das nicht mehr auf der militär-politischen Konfrontation, auf dem Gleichgewicht des Schreckens, sondern auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker beruht. Insofern auch ist in dieser Konferenz kein beliebiges Projekt zu sehen, über das man stillschweigend hinweggehen könnte. Eine gesamteuropäische Konferenz steht heute mehr und mehr im Mittelpunkt der zukünftigen Sicherheitspolitik dieses Kontinents.

Eine fragwürdige Strategie

Trotz dieser zentralen Bedeutung, die einer europäischen Konferenz zukommt, gibt es eine Reihe von Hemmnissen, Vorbehalten und Einwänden, die ihre schnelle Einberufung verzögern. Solche Initiativen gehen insbesondere von amerikanischen Regierungskreisen, in der Bundesrepublik von der CDU/CSU, aber auch von Politikern wie Helmut Schmidt aus, die auf eine Stärkung und Stabilisierung der NATO, ihren Ausbau, die Ausrüstung der Bundeswehr mit neuen Waffensystemen orientieren, statt auf die Einleitung einer neuen Friedenspolitik in Europa. Eine kritische Einschätzung aber verlangt auch die illusionslose Feststellung, daß in vielen offiziellen Reden und Artikeln führender politischer Repräsentanten in der Bundesrepublik nach wie vor einer Politik das Wort geredet wird, die sich die Veränderung des Status quo zum Ziel setzt. Alle politischen Maßnahmen und Initiativen werden unter dem Gesichtspunkt dieser Absicht beurteilt und gerade dann relativiert oder gar verrneint, wenn man in ihnen keinen Beitrag zur Liquidierung des Sozialismus in Europa sieht. Dies muß zwangsläufig die Kräfte des Kalten Krieges und die nationalistische Demagogie bestär-

ken, die in jeder Vereinbarung mit den sozialistischen Ländern schon Verrat und Ausverkauf der Nation sieht. Eine Politik aber, die sich nicht endgültig mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges abfindet, sondern den territorialen Status quo lediglich anerkennen will, um den politischen besser verändern zu können, bleibt inkonsequent, verfängt sich in eigenen Widersprüchen und birgt die Gefahr in sich, jeden positiven Ansatzpunkt wieder zunichte zu machen. Eine europäische Sicherheit aber ist unvereinbar mit jener Globalstrategie, wie sie gegenwärtig die USA in Vietnam, Südamerika, im Nahen Osten und nur scheinbar weniger aggressiv und bedrohlich eben in Europa verfolgen. Die europäische Sicherheit ist unvereinbar mit den reaktionären und aggressiven Zielen, wie sie in der CDU/CSU vertreten werden. Eine wirkliche Sicherheitspolitik kann keine Gemeinsamkeit mit solchen Kräften haben, die die Bundesrepublik in die Gräben des Kalten Krieges zurückzerren und die Politik der Stärke als Drohmittel gegen die sozialistischen Länder einsetzen wollen. Nach wie vor wird auch gegenüber der Europäischen Sicherheitskonferenz das Kalkül geltend gemacht, wie weit es mit ihr gelingen könne, auf die sozialistischen Länder einzuwirken, um bessere Möglichkeiten für die Veränderung des Status quo zu erhalten. Die Aussichtslosigkeit, solche Absichten mit einer echten Friedenspolitik zu koppeln, wie sie auf einer gesamteuropäischen Konferenz zu vereinbaren wäre, hat zu der Reihe von Hemmnissen geführt, die heute der Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz noch im Wege stehen.

Rüstung und Abrüstung

Bedenken werden gegen die Tagesordnung geäußert, wie sie sich bislang in der internationalen Diskussion herausgebildet hat. Helmut Schmidt hält nichts von der Vereinbarung des kollektiven Gewaltverzichts, vielmehr betonte er wiederholt eine Truppenreduktion als jenen Punkt, der auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz zentral zur Diskussion gestellt werden solle. Einmal abgesehen davon, daß eine solche Konferenz diese komplizierte Thematik überhaupt nicht lösen kann und an ihr scheitern müßte, weil keine kurzfristigen Vereinbarungen zu erzielen wären, ist es das Motiv, das hinter der Schmidt'schen Vorstellung von Truppenreduktion steht, selber, das äußerst problematisch ist und offenkundig keinen Beitrag zur wirklichen Abrüstung darstellt.

In einer Rede vor dem Parlament, die in seinem Buch „Beiträge" abgedruckt ist, hat Helmut Schmidt seinerzeit die Funktion der Truppenreduktion dahingehend definiert, daß sie bessere militärische Ausgangspositionen für die Anwendung konventioneller Waffen in Europa bewirken sollte, ohne daß diese Form des militärischen Konflikts zwangsläufig in einen atomaren Schlagabtausch eskalieren müsse. Von den rüstungsverdünnten Zonen in Mitteleuropa, von denen er im übrigen feststellt, daß die UdSSR sich militärisch viel weiter zurückziehen müsse, als die NATO und dann viel schwieriger in alte Positionen zurückgelangen könne, erhofft er sich einen größeren Bewegungsspielraum für kleinere, mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete Truppeneinheiten. Sein ganzes ehrgeiziges militärisch-politisches Programm, der Vorschlag der Truppenreduktion, die Zentralisierung der militärischen Entscheidung im Generalstab, die Umstrukturierung der Bundeswehr und ihre Ausrüstung mit neuen Bewaffnungssystemen dient diesem Ziel, Bedingungen zu schaffen, die die Anwendung der NATO-Strategie der „flexible response" erlauben. Die bewußte, illusionäre Kalkulation mit der Möglichkeit eines begrenzten Konflikts, die Koppelung dieser Strategie der „flexible response" bei gleichzeitiger Stärkung der NATO mit der Entspannungspolitik, zeigt die besondere Gefährlichkeit, die von Helmut Schmidts Überlegungen für den Frieden in Europa ausgehen. Insofern ist es nicht ver-

wunderlich, daß gerade er eine starke Affinität zur CDU/CSU und den USA an den Tag legt und als scharfer Kritiker einer Europäischen Sicherheitskonferenz auftritt.

Die Kritik an den Versuch, die Truppenreduktion auf die Tagesordnung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu setzen, bedeutet ganz und gar nicht eine Geringschätzung einer qualitativen Truppenverdünnung und der Abrüstungsproblematik überhaupt. Im Gegenteil, zählt sie zu den vorrangigsten Aufgaben, die auf der europäischen Tagesordnung stehen.

Eine vorrangige Bedeutung kommt hierbei den gegenwärtigen SALT-Gesprächen zwischen UdSSR und USA zu. Vereinbarungen, die zum Einfrieren und zur Einschränkung bestimmter Kategorien der strategischen Rüstung führen, schaffen günstige Bedingungen für die Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR und USA in Europa. Beide Komplexe gehören unmittelbar zusammen. In diesem Sinne ist der jüngste Vorschlag von Breshnew zu werten, bereits im Verlaufe der SALT-Gespräche und ihrer positiven Wendung mit den USA über den Abzug ausländischer Streitkräfte zu verhandeln.

Die Festsetzung globaler Kriterien für die Eindämmung der strategischen Rüstung und die Auflockerung der militärischen Konfrontation zwischen UdSSR und USA im atomaren und konventionellen Bereich werden sich auf die europäischen Abrüstungsbemühungen auswirken, ihnen fruchtbare Impulse und eine Grundlage für schnelle Vereinbarungen geben. Hierbei allerdings gilt es die Spezifik des europäischen Rüstungswettlaufs zu berücksichtigen, die sich aus der Umstellung der NATO-Strategie auf die „flexible response" ergibt. Ihre charakteristische Tendenz ist die schnelle Entwicklung der taktischen Atomwaffen und der konventionellen Streitkräfte, wobei deren Ausbau weniger nach den Gesichtspunkten der Mannschaftsstärke als der Qualität beschleunigt wird. Unter der Devise „bessere Kampfkraft bei geringerer Mannschaftsstärke" werden die militärischen Entscheidungszentren erweitert, so das Offizierscorps und der Generalstab, die atomare Schwelle heruntergestuft, d. h. die Ausrüstung selbst kleinster Feldeinheiten mit taktischen Atomwaffen vorgesehen, und das Mobilisierungssystem perfektioniert. Die Militär- und Rüstungspolitik im Rahmen der gegenwärtigen Strategie ist allgemein gekennzeichnet durch die Neugruppierung der taktischen und konventionellen Potentiale unterhalb der strategischen Stufe.

Die NATO-Modelle von „symmetrischen" und „asymmetrischen" Truppenreduktionen lassen diese qualitative Veränderung in der Bewaffnungs- und Organisationsstruktur des Militärs nicht nur unberücksichtigt. Vielmehr erweisen sie sich als geeignetes Instrument ihrer Beschleunigung und Verwirklichung, da sie eine Verbesserung dieser qualitativen Eigenschaften begünstigen.

Daher müssen europäische Abrüstungsgespräche, die die Impulse und Kriterien der SALT-Gespräche und möglicher Vereinbarungen über den Abbau der ausländischen Streitkräfte aufnehmen und den regionalen Bedingungen anpassen, von dieser neuen Qualität des europäischen Rüstungswettlaufs ausgehen.

Folgender Stufenplan erscheint realistisch.

Das Einfrieren der atomaren Rüstungen in Zentraleuropa, wie es Polen seinerzeit vorschlug, wäre die Fortführung und Anwendung der SALT-Überlegungen im regionalen Rahmen.

Von hier aus wäre an einen allmählichen Übergang zur Reduktion der nuklearen Rüstung zu denken, die insbesondere bei taktischen Atomwaffen mit geringer

Tonnage begänne. Dadurch würde die Atomschwelle heraufgedrückt und die Ausrüstung kleinster Truppeneinheiten mit taktischen Atomwaffen verhindert.

Von hier aus würde sich — entsprechend der europäischen Rüstungsqualität — eine Verringerung der konventionellen Streitkräfte, insbesondere des Offizierkorps anbieten und die Perspektive einer auf allen drei Ebenen, der strategischen, der taktischen und konventionellen, gleichzeitig vollzogenen, systematischen Abrüstung eröffnen.

Eine so verstandene Truppenreduktion im Zusammenhang mit taktischer und strategischer Abrüstung wäre nicht mehr nur formaler Art. Sie würde der Notwendigkeit der allgemeinen, echten Abrüstung gerecht werden und einen effektiven Beitrag zur Entspannung und Überwindung der militärischen Konfrontation leisten.

Es kann daher kein Versuch, kein Ansatzpunkt geringgeschätzt werden, der die Behandlung dieser Fragen erlaubt. Abrüstungsgespräche und Europäische Sicherheitskonferenz sind keine wechselseitige Vorbedingungen füreinander, sondern parallele Maßnahmen, die sich gegenseitig beeinflussen. Der Atomwaffensperrvertrag, das Atomteststoppabkommen, die SALT-Gespräche und die Genfer Abrüstungsgespräche, die Vereinbarungen über das Verbot der Stationierung von nuklearen Waffen im Weltraum und auf dem Meeresboden sind solche Schritte, die die völlige Abrüstung positiv beeinflussen. Die Vereinbarung eines kollektiven Gewaltverzichts, die Stabilisierung der friedlichen Koexistenz würde eine weitere günstige Voraussetzung für die Beschleunigung und die Effektivität solcher Gespräche bieten. Bei ihnen kann es nicht um die Modifizierung bestehender Strategien gehen, bei Aufrechterhaltung der militärisch-politischen Konfrontation, sondern um deren Beseitigung — das heißt: um eine qualifizierte Abrüstung, die wirksam zur Friedenssicherung und zur Lösung globaler Probleme beiträgt.

In diesem Sinne bleibt es unverständlich, daß gerade die Bundesregierung, die auf die Truppenreduktion drängt, bis heute noch nicht den Atomwaffensperrvertrag im Parlament ratifiziert hat und auch noch nicht, wie sie sich äußert, die Zeit gefunden hat, den bereits von über hundert Nationen unterzeichneten Vertrag über das Verbot der Stationierung nuklearer Waffen auf dem Erdboden und im Weltraum zu prüfen und zu unterschreiben. Auf der Münchner Wehrkundetagung war es Helmut Schmidt, der die SALT-Gespräche kritisierte und forderte, daß in ihnen auf keinen Fall ein Passus enthalten sein dürfe, der den sogenannten pre-emptive-strike, den ersten Einsatz von Atomwaffen verbietet. Dies spricht für sich.

Die Völker und die meisten Regierungen Europas aber sind daran interessiert, zu einem echten, konstruktiven Abrüstungsprogramm zu kommen, um sich von den Gefahren des Krieges zu befreien und Atem für die Lösungen innenpolitischer Aufgaben zu bekommen. Es besteht kein Interesse daran, die Rüstungspolitik und die Kalkulation mit dem Krieg auf anderer Ebene fortzusetzen.

BRD und DDR

Ein weiterer Einwand, der gegen die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz erhoben wird, fordert die vorherige Klärung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander. 25 Jahre nach der Niederlage des Faschismus scheint es auf den ersten Blick vielleicht vorrangig, daß die „deutsche Frage" endlich gelöst wird. In einer solchen Kategorie überhaupt zu denken, setzt allerdings die Illusion voraus, daß das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR

„als nationale Frage" oder gar „innerdeutsche Beziehung" und die Nachkriegsergebnisse im Sinne eines traditionellen Friedensschlusses zu behandeln seien. Aber solche Möglichkeiten sind geschichtlich längst vergangen. In den Rahmen des Verhältnisses der beiden Weltsysteme in Eruopa ordnet sich auch die Frage des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR ein. 25 Jahre nach dem Kriege existiert kein traditionelles Verhältnis mehr zwischen Besiegten und Siegern, weder in Form einer nationalen Einheit der Besiegten, noch in der politisch-ideologischen Übereinstimmung der Sieger.

Die Kernfrage vielmehr für die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik und der DDR ist, wie sie im Rahmen des Systemkampfes in ein Verhältnis der friedlichen Koexistenz auf völkerrechtlicher Basis zueinander kommen können. Insofern ist es nur konsequent, wenn die DDR die völkerrechtliche Anerkennung nicht als Vorbedingung einer Europäischen Sicherheitskonferenz erhebt. Vielmehr könnte die „deutsche Frage" in ihrem Rahmen eben die Funktion erhalten, die sie geschichtlich real heute hat, nämlich nicht eine selbständige, isolierte, eine „nationale Frage" zu sein, sondern eine Frage der friedlichen Koexistenz. Gerade die Vereinbarung eines kollektiven Gewaltverzichts könnte zur Klärung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten beitragen und der Lage etwas von der Gespanntheit und Explosivität nehmen, die durch die Weigerung der Bundesregierung hervorgerufen wird, die DDR völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen. Dies allerdings kann in der Tat die völkerrechtliche Anerkennung nicht ersetzen, sondern diese bleibt nach wie vor ein Kernstück der europäischen Sicherheit im Sinne nicht nur der Anerkennung der Existenz, sondern auch der völkerrechtlichen Existenzbedingungen der DDR als eines Staats, der aus der Niederlage des Faschismus hervorgegangen ist. Insofern auch ließe sich der Weg zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz, wenn man auf die vorherige Klärung des Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander wert legt, leicht öffnen durch ihre völkerrechtliche Anerkennung.

Aktuell würde es nicht nur die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander verbessern helfen, wenn die DDR in die Gesamteuropäische Wirtschaftskommission (ECE) und die Weltgesundheitsorganisation aufgenommen würde.

Dies und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO wäre ein wertvoller Beitrag für die Sicherung des europäischen Friedens. In der Erinnerung an den Faschismus läge gerade darin eine Gemeinsamkeit, daß beide deutsche Staaten alles in ihren Kräften stehende tun, damit kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgeht. Dies verlangt von der Bundesregierung allerdings, jenen diskriminierenden Artikel im Deutschlandvertrag für nichtig zu erklären, in dem nach wie vor der Anspruch erhoben wird, in der DDR eine Restauration nach dem Modell der Bundesrepublik herbeizuführen und sie in den Westen einzugliedern. Dies verlangt auch, sich nicht in die innenpolitischen Verhältnisse und außenpolitischen Beziehungen der DDR einzumischen. Wenn die Kräfte in der BRD zunehmen, die mit ernster Sorge das Anwachsen der Rechtskräfte beobachten, die nationalistische Demagogie der Springerpresse und die Machtkonzentration des militärisch-industriellen Komplexes als akute Gefahr für Demokratie und sozialen Fortschritt in allen gesellschaftlichen Bereichen erkennen, dann gewiß kann es nicht verwundern, wenn die DDR entschieden dem Anspruch des Deutschland-Vertrages entgegentritt und sich von solchen Perspektiven abgrenzt. Das aber braucht nicht zu bedeuten, daß das Verhältnis der beiden deutschen Staaten derart gespannt bleiben muß. Möglich ist ihr konstruktives Zusammenwirken in den Organisationen der UNO, ihre gemeinsame Anstrengung für den Frieden. Dies liegt im Interesse der Bevölkerung beider Staaten.

Die völkerrechtlich gesicherte Beziehung der beiden deutschen Staaten zueinander schafft ein günstiges Klima und eine politische Grundlage, auf der weitergehende Einzelfragen erörtert und geklärt werden können, die dem Verhältnis bei bleibender gesellschaftspolitischer Verschiedenheit etwas von der Anormalität nehmen könnten, die aus der zwanzigjährigen Bevormundungspolitik der Bundesrepublik herrührt und die Gefahr militärischer Verwicklung nicht ausschließt.

So ist auch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten die Frage, wie im Interesse ihrer Bevölkerung der Frieden zu sichern und Formen der internationalen Zusammenarbeit zu finden sind, vorrangig. Eine Europäische Sicherheitskonferenz könnte einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten und günstige Perspektiven eröffnen.

Westberlin

Der gegenwärtig aktuellste Vorbehalt gegen die Ratifizierung der Verträge von Moskau und die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz ist die Westberlin-Frage. Auch mit ihr wird ein Einzelproblem, das zudem eins der kompliziertesten Nachkriegsprobleme in Europa überhaupt ist, der Klärung und Einigung über grundsätzliche, im Interesse aller liegender Probleme in den Weg gerückt. Unverständlich erscheint die Koppelung des Westberlin-Problems mit der Ratifizierung, weil es in den Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen um die verbesserte und freundschaftliche Beziehung zwischen zwei Ländern geht. In Westberlin sitzen sich nicht die Sowjetunion und die Bundesrepublik, sondern die Sowjetunion und die anderen drei Mächte, der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition gegenüber, die jeweils ihre besonderen Interessen im Hinblick auf die Lösung des Westberlin-Problems verfolgen. Die Bundesregierung hat sich damit in ihrem Bemühen, freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion herzustellen, völlig in die Hände anderer Staaten begeben, auf deren Entscheidung sie keinen Einfluß hat. Die Ratifizierung der beiden Verträge wäre ein nächstmöglicher Schritt, die Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern zu verbessern und einen weiteren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Es ist immer diplomatische Regel gewesen, wenn man ernsthaft langfristige Erfolge erzielen will, bei den Schritten zu beginnen, die die leichtesten sind und am meisten Erfolg versprechen, um dann die Lösung komplizierterer Fragen anzustreben. Niemals aber ist es diplomatische Regel gewesen, mit den schwierigsten Fragen zu beginnen und von ihnen alle anderen hier und heute regelbaren Probleme abhängig zu machen. Sicherlich werden sich in Westberlin Lösungen finden und eine Übereinkunft zwischen den beteiligten Vertragspartnern herstellen lassen, wie im übrigen alle Nachkriegsprobleme bei gutem Willen der Beteiligten zu einem befriedigenden Ende geführt werden können. An der Westberlin-Frage ist die Bundesregierung völkerrechtlich nicht beteiligt, Und kaum wird sie von der Sowjetunion erwarten können, was ihr die drei westlichen Bündnispartner seit Existenz Westberlins stets in Dokumenten, Reden und schriftlichen Zeugnissen verweigert haben, nämlich die Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik. Im Interesse des Friedens und der Westberliner Bevölkerung liegt es, die Souveränität und Existenzfähigkeit dieser Stadt zu sichern. Dies aber bedeutet, sie als selbständige politische Einheit zu respektieren und ihr nicht seitens der Bundesrepublik oder auch seitens der westlichen Alliierten im Sinne eines „originären" Besatzungsrechtes zu diktieren, welche politische Beziehung sie zu allen Ländern einnimmt. Im Sinne ihrer Existenzfähigkeit und der Erleichterung der Lage der Westberliner Bevölkerung liegt es auch, vernünftige und natürliche Verhältnisse zur sozialistischen Umwelt herzustellen und

sich wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell lebensfähiger zu erweisen, als sie dies gegenwärtig als Bastion gegen die sozialistischen Länder ist. Lebenswichtig für die Westberliner Bevölkerung ist es nicht, daß dort die CDU/CSU tagt, lebenswichtig aber ist es, daß sie eine normale Milchversorgung, Wasserversorgung, ein normales ökonomisches Hinterland hat, was ihr nur durch freundschaftliche und nicht durch feindliche Beziehung zur DDR möglich wird.

Unverständlich auch ist der Westberlin-Vorbehalt gegenüber einer Europäischen Sicherheitskonferenz, gerade deswegen, weil die Vereinbarung eines kollektiven Gewaltverzichts und die Anerkennung des euorpäischen Status quo günstige Bedingungen abgeben würden, die Regelung der Westberlin-Frage zu beschleunigen. Immer mehr erweist sich, daß nicht nur in den sozialistischen Ländern gegenüber einer solchen Junktimpolitik die Reserviertheit zunimmt, sondern daß auch die westlichen Bündnispartner, die neutralen, kleineren und mittleren NATO-Staaten in Westeuropa mit wachsendem Unbehagen eine Politik beobachten, die die für alle wesentliche Frage der Europäischen Sicherheitskonferenz blockiert.

Mit Nachdruck hat der belgische Außenminister darauf verwiesen, daß das Westberlin-Problem eine Angelegenheit der vier Siegermächte sei und die Staaten, die am Zustandekommen dieses Problems nicht beteiligt waren, kein Interesse daran hätten, in es hineingezogen zu werden. Der französische Staatspräsident Pompidou, der österreichische Kanzler Kreisky und führende politische Repräsentanten der nordischen Länder haben mit Nachdruck auf der Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz insistiert und in mehr oder minder diplomatisch offener Sprache die Arroganz einer Bundesregierung kritisiert, die ihre speziellen Interessen allen anderen europäischen Nationen aufzwingen möchte.

Als eigentliches Motiv für das Westberlin-Junktim erweist sich weniger die Absicht, hier zu einer schnellen Lösung zu kommen, als insbesondere das Ziel der US-Regierung, ihre Globalstragegie für Europa aufrechtzuerhalten, den hegemonialen Einfluß zu festigen und jede Entspannungspolitik, die zur Verständigung der westeuropäischen Staaten mit den sozialistischen Staaten, insbesondere der UdSSR führen würde, zu blockieren. Zu diesem Zweck hat sie erneut auf ihren Vorbehaltsrechten gegenüber der Bundesrepublik insistiert. Unterstützt wird sie hierbei durch die NATO-Bürokratie, die das willfähigste Instrument zur Aufrechterhaltung des Hegemonieanspruches gegenüber Westeuropa darstellt, in der Bundesrepublik durch die CDU/CSU bis hin zu Politikern wie Helmut Schmidt. Das Westberlin-Junktim ist weniger als Prüfstein für den sowjetischen Entspannungswillen, sondern offensichtlich mehr als Stolperstein für die europäischen Entspannungsbemühungen gedacht.

Friedliche Koexistenz

Es gibt im Zuge der Entspannungspolitik keinen starren Mechanismus, der die Lösung der einen von der anderen Frage abhängig machen könnte. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, die Fortführung der Westberlin-Verhandlungen, die Intensivierung der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, Abrüstungsvereinbarungen und -gespräche, die Einberufung und Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz, die Aufnahme der DDR in die UNO, in die ECE und in die Weltgesundheitsorganisation sowie ihre völkerrechtliche Anerkennung, die Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages, die Unterzeichnung des Vertrages für das Stationierungsverbot von Nuklearwaffen auf dem Meeresboden und im Weltraum, das alles sind einzelne Schritte, einzelne Maßnahmen, einzelne Initiativen, die näher an die Sicherung des Friedens in Europa heranführen und die Perspektive eines Europäi-

schen Sicherheitssystems und der totalen Abrüstung eröffnen. Sie beeinflussen sich wechselseitig und schaffen ein günstigeres Klima für weitere Fortschritte bei der Sicherung des Friedens. In diesen Fragen Junktims herzustellen, läßt an der Ernsthaftigkeit des Entspannungswillens zweifeln und muß auf der Grundlage der objektiven Aufgaben, die heute vor Europa stehen, gegenüber anderen Staaten in die Isolierung führen.

Deshalb auch wird es, solange eine Politik aufrechterhalten wird, die den Status quo noch verändern zu können hofft, immer neue Hemmnisse und Hindernisse auf dem Wege der europäischen Entspannung geben. Aber sie wird nicht zu verhindern sein. Die Tendenz wächst, daß die mittleren und kleineren NATO-Staaten eher aus dieser Organisation austreten werden, als sie weiterhin als Instrument des Kalten Krieges zu dulden. Eher werden sie sich von den USA lösen, als ständig durch ihre Bevormundung die nationalen Interessen zurückzustellen. Auch in der internationalen Sozialdemokratie verfolgt man die antikommunistischen, sich der US-Strategie bedingungslos unterordnenden Aktivitäten der SPD-Führung mit wachsendem Unbehagen. Und es wächst auch die Einsicht, daß die Intensivierung der friedlichen Zusammenarbeit auf dem Boden der friedlichen Koexistenz im Interesse aller gesellschaftlichen Kräfte und aller europäischen Nationen liegt. Jede versäumte Gelegenheit, die Rüstung einzudämmen und zu einer friedlichen Zusammenarbeit zu kommen, wird uns Monate und Jahre harter Arbeit kosten, um alle die Mängel und Notstände zu beseitigen, die durch diese Politik der verpaßten Chancen entstehen.

In diesem Zusammenhang wird die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz aktueller denn je. Der Gedanke ist trotz der Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, weiterhin in den Vordergrund gerückt. Das umfassende Interesse an ihr zeigt, daß der Entspannungskurs in Europa sich kontinuierlich fortsetzen und Perspektiven der europäischen Entwicklung eröffnen wird, in denen wir all die Probleme auf friedliche Art lösen können, die seit den letzten 20 Jahren anstehen. Allerdings — so meine ich — bedarf es hierzu der Initiativen und Aktivitäten der europäischen Völker, bedarf es des Einsatzes der Bevölkerung in der Bundesrepublik, um der Regierung mit allem Nachdruck kundzutun, daß sie in ihrem eigenen, unmittelbaren, sozialen, materiellen und politischen Interesse nur eine Politik in Eruopa wünschen: Nämlich die Politik der Verständigung, Entspannung und Sicherung des Friedens, die Politik der Abrüstung und Konzentration auf die immensen gesellschaftspolitischen Aufgaben, die aus dem Rüstungswahn und der Politik des Kalten Krieges selbst entstanden sind.

Einige Thesen zu Fragen der europäischen Sicherheit

Von Nikolai Inosemzew, Moskau

1) Eine der bedeutendsten Erscheinungen des gegenwärtigen internationalen Lebens ist die bekannte Wende im Gang der europäischen Angelegenheiten in Richtung auf Entspannung, auf Normalisierung der politischen Lage und Erweiterung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa. Die Bewegung für die europäische Sicherheit verbreitert und vertieft sich ständig. Ihr schließen sich verschiedene politische und gesellschaftliche Kräfte, Regierungen vieler Länder an. Keine unbedeutende Rolle kommt in dieser Bewegung der Wissenschaft und deren Vertretern zu. Die Interessen der möglichst vollen Ausnutzung der entstehenden günstigen Bedingungen zur Festigung des Friedens in Europa und gleichzeitig die Lebensnotwendigkeit, die hier bestehenden Gefahren abzuwenden, bestimmen die Notwendigkeit der allseitigen Einschätzung der inneren Gesetzmäßigkeiten des Problems der europäischen Entspannung, seiner Wechselwirkung mit dem globalen System der internationalen Beziehungen, des Verhältnisses der positiven und negativen Tendenzen, der Perspektiven der Entwicklung dieses Prozesses und seines Einflusses auf die politische Zukunft Europas und der ganzen Welt. Die Bemühungen der Wissenschaftler auf diesem Gebiet können zur Ausarbeitung effektiver praktischer Vorschläge beitragen — das erlegt den Wissenschaftlern eine besondere Verantwortung auf.

2) In Europa kommt deutlicher als in anderen Regionen der Erdkugel einerseits die Abgrenzung zwischen den beiden gegensätzlichen sozialen Systemen und andererseits die objektive Notwendigkeit und reale Möglichkeit der friedlichen Koexistenz, des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung zum Ausdruck. Das steht mit den wesentlichen Militärfaktoren, mit dem Komplex der wirtschaftlichen Ursachen und insbesondere mit der Gruppierung der sozialen, politischen und Klassenkräfte in den europäischen Staaten sowie mit dem Kräfteverhältnis — vor allem zwischen den Staaten zweier Systeme — in Europa und in der ganzen Welt in Zusammenhang.

3) Wir wollen uns vorerst den Militärfaktoren zuwenden. In bezug auf Europa ist die Konzeption, Frieden könne durch die wechselseitige Vernichtungsandrohung gesichert werden, besonders destruktiv. Eine derartige Konzeption stimuliert nicht nur den Prozeß des Wettrüstens und fördert eine Atmosphäre der Spannung und Unsicherheit, sondern sie erhält auch immerfort die Gefahr der militärischen „Lösung" politischer Konflikte am Leben.

Es ist nützlich, daran zu erinnern, daß in den 70 Jahren seit Beginn unseres Jahrhunderts die reale Last der Kriegsausgaben durchschnittlich um 5 Prozent jährlich größer wurde, und seit 1948 ist diese Ziffer noch mehr gestiegen.Wenn die derzeitige Wachstumsrate auch weiter erhalten bleibt, dann werden sich die realen Militärausgaben bis 1980 ungefähr verdoppeln. Das Wettrüsten und die Spirale der Militärausgaben hemmen die wissenschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle Entwicklung Europas. Gleichzeitig führen sie zur Anschaffung immer neuer Vernichtungsmittel, deren Wirkungseffekt in seinem vollen Ausmaß schwer vorstellbar ist.

Wenn man Europa Anfang des Jahrhunderts „Pulverfaß" genannt hat, so stellt es heute ein eigenartiges „Nuklearfaß" dar. Es genügt zu sagen, daß nach Presseangaben zu Beginn der 70er Jahre allein die NATO-Länder in Europa über 7000 Atomsprengköpfe, 4000 Flugzeuge, Tausende von Atomgeschützen, viele Militärschiffe verfügen. Ende des vorigen Jahrhunderts sagte Engels, der Militarismus hersche über Europa und fresse es auf. Die Armeen jener Zeiten mit ihrer marschierenden Infanterie, mit ihren Kanonen von 5 km Reichweite und der leichten Kavallerie sind wie Zinnsoldaten im Vergleich zu den zeitgenössischen Streitkräften und den ihnen zur Verfügung stehenden Vernichtungsmittel.

Im Verlauf seiner Geschichte bescherte Europa der Welt sowohl die höchste Kultur als auch beide Weltkriege, deren Epizentrum es war. Seit dem 17. Jahrhundert kosteten die Militärkonflikte die Menschheit 90 Mio. Tote. 60 Mio. davon allein im 20. Jahrhundert. Die europäischen Verluste im Ersten Weltkrieg betrugen gegen 10 Mio. Menschen, im Zweiten Weltkrieg sind allein an den Fronten 30 Mio. Menschen gefallen und insgesamt mehr als 50 Mio. umgekommen. Die Dynamik der Verluste nimmt heute im Zusammenhang mit den Raketen- und Kernwaffen besonders drohende Ausmaße an. Nach Berechnung einiger westlicher Spezialisten kann sogar ein Drittel der in Europa vorhandenen Kernladungen, falls sie das Ziel treffen, alles Leben auf dem größten Teil des europäischen Territoriums vernichten. Das ist keine Phantasie oder Übertreibung. Was die weiteren Perspektiven anbetrifft, so versprechen sie, wenn keine wesentlichen Veränderungen vor sich gehen, keine Erleichterung für Europa.

MIRV („multiple indenpendently targetable re-entry vehicles"), Erhöhung der Treffsicherheit der Raketen, Ausarbeitung erhöhter Zielsicherheit von kleinen Objekten, Umrüstung der atomaren Unterseeboote mit modernsten Raketen, Schaffung von neuen Bomber-Typen — das können die 70er Jahre bringen, und all das wird unvermeidlich das Niveau der Gefahr von Konfliktsituationen erhöhen. Es ist daher das Lebensinteresse aller Völker, nach neuen Wegen zu suchen, die die Gefahr der Entfesselung eines neuen Krieges beseitigen und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit führen.

4) Schon in den 30er Jahren wurde in der Außenpolitik der Sowjetunion die These von der Unteilbarkeit der Welt formuliert, gemäß welchen ein bewaffneter Konflikt an einem Punkt der Erdkugel unvermeidlich die gesamte Weltlage beeinflußt. Diese These wurde den hartnäckigen, aber leider erfolglosen Versuchen der UdSSR zugrunde gelegt, ein einheitliches System der kollektiven Sicherheit in Europa zu schaffen, das die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges hätte verhindern können.

In unseren Tagen ist die Richtigkeit dieser These noch offensichtlicher — ebenso offensichtlich wie die Haltlosigkeit jeglicher Versuche, ohne die Sowjetunion oder gar gegen sie „Europa aufzubauen". Anders kann es auch nicht sein: die Sowjetunion, eine Weltmacht, ist zugleich der größte europäische Staat, der mehr als die Hälfte der europäischen Fläche einnimmt; im europäischen Teil der Sowjetunion lebt die überwiegende Mehrheit ihrer Bevölkerung — 180 von 240 Millionen. Dazu kommt noch, daß die Konfrontation zwischen West- und Osteuropa auch die innereuropäischen Angelegenheiten und die Rolle des europäischen Kontinents in der Weltwirtschaft und Politik negativ beeinflußt.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren in Europa reale Schritte auf dem Wege zur Normalisierung der Lage, der Verbesserung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Staaten unternommen wurden. In erster Linie sind ernste positive Veränderungen in den Beziehungen zwischen der

UdSSR und Frankreich hervorzuheben, charakterisiert durch zunehmende Übereinstimmung der Positionen in zahlreichen internationalen Fragen. Eine positive Rolle spielt auch der Abschluß der Verträge zwischen der UdSSR und der BRD, der Volksrepublik Polen und der BRD, die zur Gesundung des Klimas in den Beziehungen sowohl zwischen diesen Staaten wie auch zwischen allen Ländern des Kontinents führen können. Die Sowjetunion und andere sozialistische Länder schlugen vor, eine gesamteuropäische Beratung über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen, was von vielen europäischen Staaten unterstützt wird.

Der ganze Verlauf der europäischen Angelegenheiten beweist, daß die Schaffung des Systems einer garantierten und stabilen Sicherheit auf unserem Kontinent ohne Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich ist. Zweifellos wäre eine Herstellung der auf den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts beruhenden normalen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD sowie mit anderen Staaten, die solche Beziehungen mit der DDR vorläufig noch nicht hergestellt haben, ein bedeutender Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa. Auch die Aufnahme der DDR gleichzeitig mit der BRD in die Organisation der Vereinten Nationen würde den gleichen Zielen dienen.

Unter anderen europäischen Plänen, für deren Lösung günstige Bedingungen vorhanden sind, ist auch das Westberlin-Problem zu nennen. Es bestehen objektive Voraussetzungen, eine beiderseitige Vereinbarung zu erlangen, die den Interessen der Westberliner Bevölkerung sowie den Rechten der DDR entsprechen und zur Gesundung der Atmosphäre im Zentrum Europas beitragen würde.

Es hat sich die Annäherung der Anschauungen über so kardinale Probleme der europäischen Sicherheit wie die Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen und Verzicht auf Gewaltanwendung abgezeichnet. Geklärt ist auch die Frage der Teilnehmer an den Beratungen. All das schafft Voraussetzungen für große Aktionen im gesamteuropäischen Maßstab, die imstande wären, Europa aus einem explosivbedrohten Herd der permanenten Spannung in einen Faktor des Friedens und der Entspannung zu verwandeln. Dies würde die politische Atmosphäre der ganzen Welt günstig beeinflussen.

5) Wenden wir uns dem wirtschaftlichen Faktor zu. Ohne Zweifel sind weitreichende objektive Voraussetzungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten, darunter zwischen den Mitgliedern der unterschiedlichen Organisationen Ost- und Westeuropas, vorhanden. Aber zur Zeit werden diese Voraussetzungen bei weitem nicht vollständig genutzt. So betrug z. B. der Anteil der osteuropäischen Länder am Außenhandelsumsatz Westeuropas im Jahre 1937 7 Prozent, im Jahre 1969 waren es nur 5 Prozent, obwohl, bekanntlich, die Tendenz zur Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung in aller Welt spürbar ist, vorangetrieben durch die sich stürmisch entwickelnde wissenschaftlich-technische Revolution.

Der zuverlässige und stabile, Konjunkturschwankungen nicht ausgesetzte osteuropäische Markt könnte einen stabilisierenden Einfluß auf die westeuropäische Wirtschaft ausüben, insbesondere in den Perioden verschiedener Komplikationen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Die Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Europa würde noch mehr zum soliden Anwachsen des wirtschaftlichen Potentials und u. a. zur Lösung des Problems der sogenannten „technologischen Lücke" zwischen Westeuropa und den USA beitragen.

6) Die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Schaffung eines solchen internationalen politischen Systems, das den Krieg als eine „europäische

Institution" ausschließt und die Möglichkeit der Einbeziehung Europas in von nichteuropäischen Kräften entfesselte Konflikte verhindern würde, sind vorhanden. Aber die Anwendung der vorhandenen Möglichkeiten in der Wirklichkeit kann nicht automatisch, ohne zielgerichtete vereinte Bemühungen der Anhänger der europäischen Sicherheit vor sich gehen. Um die praktische Verwirklichung dieser Aufgabe zu gewährleisten, müssen die Bemühungen auf jene Fragen konzentriert werden, die für die Lösung besonders reif sind.

Das Problem der europäischen Sicherheit ist, selbstverständlich, mit einer Reihe von anderen europäischen und Weltproblemen verbunden, aber eine solche Etappe ihrer Lösung wie die Einberufung der gesamteuropäischen Beratung kann in ihrer Gesamtheit unabhängig vom Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen über andere gegenwärtige Probleme verwirklicht werden. Die an der europäischen Sicherheit interessierten Staaten verfügen über alle Möglichkeiten, um an die praktische Lösung des Problems der Gewährleistung des territorial-politischen Status quo in Europa und der gegenseitig vorteilhaften gesamteuropäischen Zusammenarbeit heranzugehen, ohne sie in Abhängigkeit von irgendwelchen Vorbedingungen oder Nebenfragen zu stellen, wie dies die Gegner der europäischen Entspannung tun.

Wenn man über die nächsten Schritte, deren Verwirklichung zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen würden, spricht, so verdienen, unserer Ansicht nach, Maßnahmen wie Gewaltverzicht oder Verzicht auf Gewaltandrohung, Reduzierung der ausländischen Streitkräfte auf Territorien europäischer Staaten, Schaffung eines Organs über die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Erweiterung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen, spezielle Untersuchung und Ausarbeitung.

7) Man sollte der positiven Lösung der Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Der Erfolg solch einer Zusammenarbeit hängt in bedeutendem Maße selbstverständlich vom Nachlassen der internationalen Spannungen ab; dies fördert als Gegenwirkung die Schaffung einer Atmosphäre größeren Vertrauens zwischen den Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen, dient sozusagen als materielle Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz dieser Staaten. Hier könnten in Anbetracht der Suche nach konkreten Möglichkeiten und Entwicklungswegen ökonomische Verbindungen und die moderne Wirtschaftswissenschaft viel dazu beitragen.

Nach unserer Überzeugung könnten den Erfolg der Sache drei Faktoren fördern:
— *erstens* Verzicht auf die Ausnützung der Wirtschaftsbeziehungen als politisches Druckmittel (Erbe aus den Zeiten des Kalten Krieges) und auf die Versuche, die sozialistische Weltgemeinschaft durch wirtschaftliche „Brückenschläge" in einzelne Länder zu spalten;

— *zweitens* Einstellung jeglicher Diskriminierung in den Beziehungen zwischen den Staaten, darunter zwischen den zu verschiedenen wirtschaftlichen Gruppierungen gehörenden Ländern; gemeint sind in erster Linie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW);

— und *drittens* ein neues, breiteres Herangehen an wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten zweier Systeme. Es ist gut bekannt, daß man sich unter den gegenwärtigen Bedingungen auf den Außenhandel in der sogenannten „reinen Art" nicht beschränken kann, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Spezialisierung und Kooperation in der Produktion sowie andere Formen

der außenwirtschaftlichen gegenseitigen Beziehungen eine immer größere Bedeutung gewinnen.

Unserer Ansicht nach gibt es eine Reihe von konkreten Richtungen, in welche sich die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion mit den Ländern Westeuropas entwickeln könnten. Als feste Grundlage einer solchen Entwicklung dient das bereits erreichte hohe Niveau der sowjetischen Wirtschaft und das langfristige Programm ihres allseitigen Wachstums, das in dem vor kurzem veröffentlichten Entwurf der Richtlinien des 24. Parteitages der KPdSU über den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für 1971—75 enthalten ist.

Einen nicht geringen Nutzeffekt kann die Zusammenarbeit der UdSSR und westeuropäischer Länder bei der Erschließung unserer Naturschätze mit der späteren Lieferung von Erdöl, Gas und anderen Produkten in diese Länder bringen. Schon in der nächsten Zukunft werden die Lieferungen von Erdgas nach Westeuropa bedeutend erweitert, wozu die von der UdSSR abgeschlossenen bekannten zweiseitigen Abkommen beitragen werden. Große beiderseitige Vorteile verspricht die Schaffung der europäischen Supertransmissions-Verbindungen durch gemeinsame Bemühungen der daran interessierten Länder, die die Energiesysteme der RGW-Länder und der Staaten Westeuropas vereinen.

Enorme Perspektiven gibt es auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der industriellen und energetischen Objekte. Als Beispiel kann man die Abkommen der Sowjetunion mit einer Reihe von europäischen Ländern über den Bau von Autowerken in der UdSSR und zugleich über die Teilnahme der Sowjetunion an der Schaffung von Metallurgiekombinaten in einigen dieser Länder nennen.

Vielversprechend ist auch eine solche Form der Zusammenarbeit wie Kooperation und Spezialisierung bei der Produktion von Maschinen und Ausstattung. Diese Zusammenarbeit bringt einen doppelten Nutzeffekt: sie führt dank der rationellen Arbeitsteilung zur Reduzierung der Produktionskosten und vergrößert den Warenumsatz zwischen entsprechenden Ländern im Ergebnis der gegenseitig kooperierten Lieferungen. Vorläufig gibt es nicht viele Beispiele für solche Zusammenarbeit, aber sie sind vorhanden. So ist z. B. die Organisation für gemeinsame sowjetisch-französische Produktion metallschneidender Werkbänke mit programmierter Lenkung programmierter Drehbänke anzuführen.

Große Möglichkeiten sind auch für die Erweiterung des eigenen Handels vorhanden. Bekanntlich ist die Sowjetunion die zweitgrößte Industriemacht der Welt. Sie kann den westeuropäischen Ländern einige Arten von Ausrüstung für Schwermaschinenbau anbieten. Das sind u. a. einzigartige Kafusselbänke, hochqualitative Ausrüstungen für energetische Objekte, moderne Transportmittel (Dieselloks, Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe, darunter Tragflächenschiffe), verschiedene medizinische Apparate. In diesem Zusammenhang verdient die Frage der Schaffung gemischter Firmen in westeuropäischen Ländern besondere Aufmerksamkeit. Sie würden ein Netz von technischen Service-Reparaturwerkstätten und Lehrzentren zur Nutzung der aus der Sowjetunion importierten Ausrüstung organisieren.

8) Unter Berücksichtigung der konkreten Maßnahmen zur Normalisierung der Lage in Europa, die schon heute zur verwirklichen sind, muß man auch an die Zukunft denken.

Man könnte selbstverständlich schon jetzt versuchen, einen Blick in die Zukunft zu werfen und gewisse Modelle der Struktur und der Funktion des Systems der europäischen Sicherheit entwickeln. Aber die Effektivität dieser Modelle würde sich darauf beschränken, daß als Ausgangspunkt die heutige Lage gelten müßte

NAGEL

Reiseführer für hohe Ansprüche

«Der weltbekannte Verlag untertreibt mit der Bezeichnung, die er seinen Länderbüchern gibt. Was der Benutzer hier in die Hand bekommt, ist weit mehr als der übliche Touristenfreund, nämlich eine komplette Volks- und Landeskunde.

Eine allgemeine Einführung unterrichtet zunächst in mehreren Kapiteln über geographische Beschaffenheit, Geschichte, Bevölkerung, Kunst, Literatur, Religion, Brauchtum und Wirtschaft des Landes.

Es folgt die Einzelbeschreibung der Städte und Gebiete mit Ausflugs- und Besichtigungsvorschlägen und einer Fülle größtenteils farbigen Kartenmaterials.

Das letzte Drittel vermittelt dem Reisenden praktische Hinweise über alles irgend Wissenswerte zur Meisterung seines Unternehmens und darüber hinaus ein Verzeichnis der wichtigsten fremdsprachlichen Ausdrücke und Redewendungen.

In gedrängter Form und einem handlichen, vortrefflich gedruckten Buch besitzt man so eine kleine Enzyklopädie des Landes, das man bereist oder studieren will.»

DAS PARLAMENT

NAGELS ENZYKLOPÄDIEREISEFÜHRER sind durch jede Buchhandlung zu beziehen. Katalog kostenlos.

NAGEL VERLAG 8 MÜNCHEN 21

und nicht jene, die nach der Annahme einer Reihe von konkreten Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa entstünde. Dieser Prozeß aber wird mit der Zeit immer dynamischer und wird sich immer mehr selbst bereichern. Seine späteren Stadien verlangen detailliertere und konkretere Ausarbeitung einer Reihe von Vorschlägen, die sich aus den Realitäten der veränderten Situation ergeben werden.

Es scheint, daß es im heutigen Stadium zweckmäßiger wäre, nicht so sehr über den konkreten Mechanismus und die Struktur des Systems der europäischen Sicherheit zu sprechen als über die Prinzipien, auf denen sie aufgebaut werden müssen. Was die Prinzipien anbetrifft, so können sie unserer Meinung nach der Erfahrung der internationalen Gepflogenheiten, dem Arsenal des internationalen Völkerrechts (dessen wichtigste Äußerung die UNO-Charta ist) entnommen werden. In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir, mich auf die am 16. Dezember 1970 von der UNO-Vollversammlung angenommene Deklaration über die Festigung der internationalen Sicherheit zu berufen, die „den allgemeinen und vollen Wert der Ziele und Prinzipien des UN-Statuts als Grundlage der Beziehungen unter Staaten, unabhängig von deren Größe, geographischen Lage, Niveau der Entwicklung oder von deren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung" bestätigt hat.

Besondere Bedeutung kommt unter diesen Prinzipien dem Prinzip der Wahrung des Friedens und der Gewährleistung der friedlichen Koexistenz zu, deren wichtigste Komponente die Pflicht aller Staaten ist, in ihren internationalen Beziehungen von Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung abzusehen. In demselben Zusammenhang muß man auch die Prinzipien der friedlichen Lösung zwischenstaatlicher Konflikte, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der staatlichen Souveränität, der Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker, der Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Staaten miteinander hervorheben.

Neben diesen wichtigen Prinzipien, die internationalen Charakter tragen, muß man auch die prinzipiellen Grundlagen des Völkerrechts im Auge behalten, die mit der Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene verbunden sind, sowie eine Reihe von speziellen internationalen Abkommen (wie vor allem das Potsdamer Abkommen), die die Rechte und Pflichten einer Reihe von Mächten in bezug auf bestimmte Probleme der friedlichen Nachkriegsregelung bestimmen.

Mit genügender Sicherheit kann man annehmen, daß mit der Verwirklichung einer Reihe von auf die Normalisierung der Lage in Europa gerichteten praktischen Schritten neue Perspektiven auch hinsichtlich der Lösung komplizierterer und langfristigerer Probleme eröffnet werden. Dazu gehören unserer Meinung nach insbesondere auch das Problem der allmählichen Abschaffung der sich gegenüberstehenden Militärblöcke. Zweifellos ist die Schaffung einer blockfreien Struktur in Europa ein langer und schwieriger Prozeß. Er kann nur etappenweise verwirklicht werden; dabei müßten seine wichtigsten Voraussetzungen Entspannung, Gewaltverzicht, Schaffung des Systems der kollektiven Sicherheit, Entwicklung allseitiger Zusammenarbeit sein. Dieser Prozeß enthält die vorbereitende Ausarbeitung einer Reihe von Völkerrechtsproblemen, Institutionalisierung des entsprechenden Mechanismus der militärischen Entspannung, Ausarbeitung eines annehmbaren Kontroll- und Inspektionssystems usw.

9) Die wachsende Bedeutung, die Vielseitigkeit und die Kompliziertheit der Probleme der europäischen Sicherheit bestimmen Aktualität und Wichtigkeit der breiten Entfaltung wissenschaftlicher Forschungen auf diesem Gebiet als Vorar-

beiten zu politischen Lösungen. Wir halten es für nützlich, daß die europäischen wissenschaftlichen Zentren, die sich mit den Problemen der internationalen Beziehungen befassen, in größerem Maße einander mit den Ergebnissen ihrer Forschungen bekanntmachen und in bestimmten Grenzen ihre Tätigkeit zur Erforschung der Probleme der Sicherheit in Europa koordinieren.

Das Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR möchte in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf die Ausarbeitung folgender Probleme lenken:

— Wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle Zusammenarbeit in Europa;

— Perspektiven der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und Herstellung der blockfreien Struktur in den internationalen Beziehungen in Europa auf dieser Grundlage;

— Ausarbeitung einer allgemeinen Theorie der Konflikt- und Krisensituationen sowie der Methoden der De-Eskalation militärischer und politischer Krisen;

— Fragen der Erhaltung des Friedens und Verbesserung der Umwelt. Unserer Ansicht nach wäre es nützlich, Meinungen und über das Wesen dieser Fragen sowie über die möglichen Formen der Zusammenarbeit in deren Erforschung auszutauschen.

Wie funktioniert die Inflation? Wem nützt sie?

Von Lorenz Knorr

> *„Jede Inflation ist Betrug im Großformat. Aber noch heimtückischer als die offene ist die verdeckte Inflation" (Hans Roeper in „Geschichte der D-Mark").*
>
> *„In der großen Mehrheit der Fälle aber sind die Inflationen entstanden durch schlechte staatliche Finanzpolitik oder noch häufiger durch Kriegs- und Rüstungskosten, die die steuerlichen Einnahmen überstiegen" (Hjalmar Schacht in „Magie des Geldes").*

Der Übergang von der „schleichenden" Inflation in der BRD zur „trabenden" bei einer jährlichen Geldentwertungsrate von über 4 Prozent ist mit vielen innen- und außenpolitischen Fragen verknüpft; nicht nur mit der sozialen Frage und mit der wirtschaftlichen Stabilität (und dadurch mit dem Schicksal der Regierung Brandt/Scheel). Der wachsende Kaufkraftverlust in der BRD ist zugleich Teil der internationalen Währungskrise, und diese wiederum ist ein Widerschein wirt-

schaftlicher und machtpolitischer Auseinandersetzungen, Veränderungen und „Talsohlen". Auch wenn häufig private Spekulationen von Kapitaleignern das Auf und Ab der Währungen beeinflussen, so sind selbst spontane Geldbewegungen von der einen Währung in die andere nur Reaktionen auf wirtschaftliche, finanzielle und politische Kräfteverschiebungen, die Stabilität oder Labilität von Valuten beeinflussen. Dabei haben wir zwischen dem „Binnenwert" der Währungen, der an der inneren Kaufkraft gemessen wird, und ihrem internationalen Kurswert, der ein ganz anderer sein kann, zu unterscheiden.

Bekanntlich wird das westliche Währungssystem seit Jahren in immer kürzeren Abständen von krisenhaften Erschütterungen erfaßt. Auch die jetzt durch eine befristete Freigabe des Wechselkurses der D-Mark zum Dollar erreichte relative Stabilität bei andauerndem Kaufkraftschwund kann nur von kurzer Dauer sein, weil man nicht einmal im Ansatz versucht hat, die erkennbaren Ursachen des innenpolitisch bedingten Geldwertverfalls und der internationalen Währungskrise zu beseitigen. Mit der Zusammenlegung des Wirtschafts- und Finanzministeriums ist bestenfalls die Krisenregulierung etwas erleichtert; die Krisenanfälligkeit wird dadurch nicht gemildert. Mit der vorübergehenden Flexibilität der Wechselkurse kann allenfalls das „heiße" Geld, die angeschwemmten Dollarmilliarden, aus den Tresoren der Bundesbank abfließen. Mehr nicht. Tatsächlich sind die Grundfesten des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems brüchig geworden. Das findet u. a. seinen sichtbaren Ausdruck in der wachsenden Produktivkraft bei zunehmendem Zerstörungspotential und dem daraus resultierenden Geldwertverfall. Es sind nicht nur Spötter und Zyniker, die die atlantische Gemeinschaft und EWG als „Geldentwertungs-Gemeinschaft" klassifizieren [1]). Walter Slotosch hatte schon 1962 in der „Süddeutschen Zeitung" nachgewiesen, daß die damalige Kaufkraft der D-Mark nur noch 66 Pf. ihres Wertes von 1950 betrug [2]). Als Brandt zum Bundeskanzler gewählt wurde, wies der gleiche Währungsexperte nach, daß die D-Mark nur noch 57 Pf. wert war. Diese Zahlen mögen den demagogischen Charakter der Kampagne verdeutlichen, mit der heute Sprecher der CDU/CSU gegen die Inflationierung zu Felde ziehen.

Krieg und Hochrüstung als Hauptfaktoren der Inflation

Als der zurückgetretene Finanzminister Möller am 29. 9. 1970 im Deutschen Bundestag in einer spontanen Reaktion auf provokative Zwischenrufe der CDU/CSU erklärte: „Diejenigen, die diese beiden Weltkriege und die darauf folgenden Inflationen zu verantworten haben, stehen Ihnen geistig näher als der SPD", stellte er — vielleicht ungewollt, dennoch aber richtig — den korrekten Zusammenhang zwischen Krieg, Hochrüstung und Geldwertschwund her [3]). Die meisten westlichen Lehrbücher klammern diesen Sachverhalt aus, weisen bestenfalls in einer Fußnote auf die, quasi in die Vergangenheit abgeschobene, Problematik der Kriegs- und Rüstungsfinanzierung hin [4]). Es ist in der hiesigen Wirtschafts- und Finanzwissenschaft üblich geworden, die schleichende Geldentwertung als Folge von Preissteigerungen — die, vom sozialen Unrecht zunächst einmal abgesehen, keinen volkswirtschaftlichen Vermögensverlust mit sich bringen — mit allen möglichen Rechtfertigungstheorien zu begründen, aber die Vernichtung von Sachkapital durch Krieg und Rüstung und die damit verbundenen Substanz-

1) Vgl. Harold Rasch, Die Finanzierung des Wirtschaftswunders — der Weg in die permanente Inflation, 1966 (Seewald-Verlag).
2) Protokoll des Deutschen Bundestages vom 23. 9. 1970, S. 3685 (B).
3) Ebenda, S. 3684 (B). Vgl. auch I. Geiss, 15 Millionen beleidigte Deutsche oder Woher kommt die CDU, 1970 (rororo-aktuell, Bd. 1414).
4) Z. B. H. Lipfert, Einführung in die Währungspolitik, 1969 (Verlag C. H. Beck). Auch im führenden Wirtschaftslexikon der BRD, dem Gabler, findet sich unter dem Stichwort Inflation kein Hinweis auf die Hauptursache.

und Vermögensverluste bzw. die davon bedingte „trabende" oder „galoppierende" Inflation zu verschweigen.

Ein lehrreiches und drastisches Beispiel für die Inflation liefert die Rüstungs- und Kriegsfinanzierung mit Hilfe der Notenpresse durch das Deutsche Reich unter Adolf Hitler und die dann folgende Währungsreform von 1948. Die Gesamtausgaben des Reichshaushaltes stiegen von 1938/39 mit 31,8 Mrd. RM auf 171,3 Mrd. RM in 1944/45. Bei ständiger Reduzierung der produktiven zivilen Wirtschaftsleistung und der auf Konsumgüterproduktion gerichteten zivilen Investitionstätigkeit zugunsten der Waffenherstellung bei anhaltender Kriegszerstörung von Sachwerten wurden die Gesamtausgaben in sechs Jahren verfünffacht. Die direkten Rüstungsausgaben stiegen von 18,4 Mrd. RM auf 128,4 Mrd. RM. Der Anteil des parasitären Sektors wuchs also während des Krieges von 58 Prozent auf 75 Prozent der Gesamtausgaben. Die Reichsschuld stieg in dieser Zeit von 30,7 Mrd. RM auf 379,8 Mrd. RM, das ist mehr als das Zwölffache. Der Notenumlauf wurde im gleichen Zeitraum von 8 auf 60 Mrd. RM erhöht. Rechnet man die 40—50 Mrd. RM Buchgeld dazu, so war bei Kriegsende ein Geldvolumen von über 100 Mrd. RM vorhanden. Dieser riesige Geldüberhang bei unübersehbaren Zerstörungen und völlig unzureichendem Warenangebot demonstrierte diese „aufgestaute", im Krieg selbst verdeckte Inflation. Sie wurde durch die Währungsreform vom 20. 6. 1948 „bereinigt". Der Münzen- und Notenumlauf wurde mit der Geburt der D-Mark auf 10 Mrd. Neugeld reduziert. Das entsprach der geschrumpften Wirtschaftsleistung und dem dadurch geringen Angebot. Die Umstellung des Geldvermögens erfolgte mit 10:1. Damit waren die Rüstungs- und Kriegskosten bzw. die dadurch erfolgte Staatsverschuldung bei weitgehender Verschonung der Sachwertbesitzer auf die Bevölkerung abgewälzt [5]). Vor allem der Kleine Mann trug die Lasten des machtpolitischen Größenwahns der Nazis und des deutschen Großkapitals. Mit der Währungsreform war aber noch nicht alles bezahlt. Die zerbombten Städte, verlorener privater Besitz und evtl. Reparationen für Zerstörungen im überfallenen Ausland lasteten als zusätzliche Hypothek auf den Nachgebliebenen.

Die USA gaben von 1941 bis 1945 im Staatshaushalt etwa 330 Mrd. Dollar aus, davon ca. 80 Prozent für Rüstung. In den fünf Jahren vorher hatten sie 41 Mrd. Dollar ausgegeben, davon durchschnittlich 12 Prozent für Rüstung. Die innere Staatsschuld der USA stieg von 1940 mit 43 Mrd. Dollar auf 260 Mrd. Dollar in 1945. Und das, obwohl der Zweite Weltkrieg für dieses Land das größte Geschäft seiner Geschichte war. Japan gab in der gleichen Zeit etwa 300 Mrd. Yen aus, davon 80 Prozent für Rüstung. Die Staatsschuld betrug 1937 zu Beginn des Tschunking-Krieges nur 13 Mrd. Yen, 1945 aber 200 Mrd. Yen. Die Lebenshaltungskosten stiegen in dieser Zeit, da die Inflation nicht „aufgestaut" wurde, um 350 Prozent [6])!

Die gesamte Wertvernichtung im Zweiten Weltkrieg einschließlich Kriegsschäden betrug 3300 Mrd. Golddollar. Die durchschnittliche jährliche Kapitalvernichtung durch Rüstung und Krieg wurde von 4 Mrd. Golddollar von 1900—1914 auf 65 Mrd. Golddollar im Ersten Weltkrieg gesteigert; von 1919—1939 betrug sie jährlich 13 Mrd. Golddollar, um im Zweiten Weltkrieg auf 730 Mrd. Golddollar zu klettern; von 1945—1955 betrug sie ca. 100 Mrd. Golddollar jährlich [7]). Es ist mühelos auszurechnen, welche Sozial- und Kultureinrichtungen die sogenannten zivilisierten Völker heute ihr eigen nennen könnten, wenn die Kriege

5) Vgl. H. Roeper, Die Geschichte der D-Mark, S. 7 ff., 1968 (Fischer-Bücherei, Bd. 890).
6) Vgl. L. Köllner, Rüstungsfinanzierung, S. 92/93, 1969 (Knapp-Verlag), ferner F. Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, S. 67.
7) Vgl. F. Vilmar, a.a.O., 1. Kapitel.

und die damit verbundenen Inflationen verhindert, wenn statt dessen internationale Verständigung und eine dauerhafte Friedenspolitik durchgesetzt worden wären.

Kriegs- und rüstungsbedingte Geldentwertung ist keine Sache der Vergangenheit. Von 1950 bis 1970 betrugen die offen ausgewiesenen Rüstungslasten der BRD mehr als 306 Mrd. DM [8]). Dazu müssen die indirekten Rüstungslasten gerechnet werden, die man zur Verschleierung des Primats der Rüstung und zur Ablenkung von der tatsächlichen Weiterführung expansionistischer Militärpolitik durch die CDU/CSU sachfremd in anderen Etattiteln versteckte, z. B. NATO-Beitrag, Grenzschutz, Wehrbeauftragter, strategischer Straßenbau, Rüstungsforschung, Offizierspensionen, Kriegsfolgelasten usw. Der SPD-Abgeordnete Dr. Schäfer wies im Deutschen Bundestag nach, daß die indirekten Rüstungslasten etwa so hoch sind wie die direkten [9]). Der größte Teil der sogenannten Devisenausgleichszahlungen für die USA und Großbritannien, sprich Stationierungskosten, ist im Gegensatz zum Art. 40 Abs. 2 des Grundgesetzes und zur Reichshaushaltsordnung nicht im Budget aufgeführt, sondern wird über die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank bezahlt. Etwa 40 Prozent des Bundeshaushaltes werden für den vergangenen Krieg und die gegenwärtige Militärpolitik ausgegeben. Allen Erfahrungen der Deutschen in der Vergangenheit zum Trotz wird der Geldwert laufend — und zwar vorwiegend verdeckt — durch den militärischen Größenwahn inflationiert. Daran änderte der Regierungswechsel im Herbst 1969 nichts!

Auf den für die Inflationierung unerheblichen Einwand, daß die BRD durch „sowjetische Angriffsdrohungen" sozusagen „als Preis für die Verteidigung der Freiheit" zu diesem enormen Rüstungsaufwand und dem daraus resultierenden Geldwertschwund gezwungen sei, braucht in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen zu werden. Diese durchsichtige Zweckargumentation ist längst wissenschaftlich sauber widerlegt [10]). Der Hinweis, „die Bundeswehr produziere Sicherheit", ist angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel nicht nur eine der Hauptlügen, auf denen unser Gesellschaftssystem beruht, sondern nichts als die aktuelle Variante der zu allen Zeiten üblichen Rechtfertigung des lukrativen Rüstungsgeschäftes. Selbst Bundeswehr-Generale geben zu, daß „die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation im Krieg zu schützen, unerfüllbar" ist [11]).

Der Einwand, daß bei der Inflationierung des Geldwertes zwischen Krieg und Friedensrüstung zu unterscheiden sei, ist nicht prinzipieller, sondern nur gradueller Natur. Gewiß ist das Mißverhältnis zwischen produktiver Wirtschaftskapazität, Geldumlaufmenge und Vernichtungsgrad von Sachwerten (Waffen, Produktionsstätten und -mitteln, Häusern, Gebrauchsgütern usw.) im Krieg wesentlich höher. Aber auch Wettrüsten ohne Krieg ist permanente Sachkapitalvernichtung, weil der rasante technische Fortschritt jede sowieso parasitäre neue Waffe in kurzer Zeit schrottreif macht und durch neue, ebenso parasitäre Waffensysteme ersetzt. Man denke nur an unsere senkrecht landenden Starfighter! Auch Waffenproduktion ohne Krieg stört das wirtschaftliche Gleichgewicht und schafft einen die Preise treibenden Geldüberhang, weil die Rüstungsarbeiter Geld verdienen, ihre Produkte jedoch dem wirtschaftlichen Kreislauf bzw. dem Konsum entzogen bleiben.

---

8) Vgl. Finanzbericht 1969 der Bundesregierung, S. 446 ff.; Finanzbericht 1970, S. 192 ff.; ferner: Der Staatshaushalt der BRD, DWI-Forschungshefte 1/1971, S. 21.
9) Vgl. Protokoll des Deutschen Bundestages vom 15. 3. 1961, S. 8591.
10) Vgl. H. W. Kahn, Die Russen kommen — nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, 1969 (Rütten & Loenig, München).
11) General Schmückle am 26. 2. 1962 in „Christ und Welt". Vgl. auch General v. Baudissin, in: Probleme der Friedenserziehung, S. 11 ff.

Ferner wird eingewendet, daß die BRD die meisten Waffen im Ausland kaufe, wodurch der preistreibende Geldüberhang hier nicht wirksam werde. Erstens ändert sich an der Vergeudung von Geld, Sachwerten und Energie im Prinzip dadurch nichts, daß parasitäre Güter aus dem Ausland bezogen werden. Zweitens ist die BRD von der Waffeneinfuhr über den Lizenzbau längst zur eigenen Rüstungsproduktion vorgestoßen, erzeugt den größeren Teil der Bewaffnung selbst und ist — z. B. mit dem Leopard-Panzer — bereits in den internationalen Waffenhandel eingestiegen. Der Waffenkauf im Ausland hat auch politische Gründe: dafür die Zustimmung zu den Grenzrevisionsforderungen, mindestens aber für die Diskriminierung der DDR, zu erhalten [12]). Die westdeutsche Wirtschaft ging außerdem davon aus, Waffenkäufe im Ausland mit Handelsverträgen zu koppeln und so den eigenen Export zu erhöhen [13]).

Lutz Köllner meint, Rüstungsfinanzierung führe nur dann zur Inflation, wenn Vollbeschäftigung herrsche [14]). Abgesehen davon, daß er diese These in seinem höchst widersprüchlichen Werk selbst mehrfach widerlegt: das Beispiel der USA von 1945 bis zur Eskalation in Vietnam zeigt erneut, daß Rüstungsproduktion, Arbeitslosigkeit und Geldwertschwund, im speziellen Fall ergänzt durch den Abbau der Goldreserven, miteinander auftreten können.

Rüstungs- und Kriegsfinanzierung höhlen also, wenn auch in unterschiedlichem Tempo bzw. mit ungleicher Intensität, unseren Geldwert aus — das gilt auch dann, wenn dadurch mögliche Arbeitslosigkeit gemildert würde. Das Zerstörungspotential gefährdet die gesamte Gesellschaft! Der volkswirtschaftliche Substanzverlust kann durch wachsende Staatsschulden verschleiert, verdeckt bzw. aufgestaut werden. Zur Zeit wirken in der BRD sowohl die direkte Inflationierung als auch vorwiegend die zunehmende Staatsverschuldung, also die verdeckte Inflation.

Etwa dreiviertel Millionen Menschen stehen in der BRD in Zivil oder Uniform in militärischen Diensten. Dazu kommt mindestens noch eine halbe Million Menschen, die in der Rüstungsproduktion, deren Zulieferbetrieben bzw. in der Rüstungsforschung wirken. Sie sind nicht nur der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung entzogen, sondern müssen von den in produktiver Arbeit stehenden Personen auch noch mitversorgt werden. Abrüstung müßte jedoch nicht zur Arbeitslosigkeit führen; es gibt genügend produktive Aufgaben [15]).

Die „importierte" Inflation und das Weltwährungssystem

Die USA unterhielten auch nach 1945 ein kriegsstarkes Rüstungspotential, weil sie davon ausgingen, daß die waffentechnische Revolution eine Kriegsentscheidung schon in den ersten Stunden ermögliche [16]). Sie wendeten jährlich etwa 10 Prozent des Bruttosozialproduktes für den militärischen Sektor auf. Etwa vier Billionen DM (eine Zahl mit zwölf Nullen hinter der 4) gaben die USA seit 1946 für „nationale Sicherheit", für die angemaßte Weltgendarmrolle bzw. für die Ausbreitung des „american way of life" aus [17]). Von jedem Etat-Dollar verbraucht die US-Regierung 70 Cent „für vergangene, gegenwärtige und zukünftige Kriege", während sie für Sozialinvestitionen, also „für die Verbesserung der amerikanischen Gesellschaftsstruktur", nur 11 Cent übrig hat [18]). Diese maßlose Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte für machtpolitische Zwecke steigerte

12) Vgl. F. Vilmar, a.a.O., S. 94 ff.
13) BDI-Berichte 1959/60, S. 523, 1962/63, S. 157 und 170.
14) Vgl. L. Köllner, Rüstungsfinanzierung, S. 15.
15) Vgl. das UNO-Dokument über „Die sozialen und die ökonomischen Konsequenzen der Abrüstung".
16) Vgl. F. Sternberg, Wer beherrscht die zweite Hälfte des XX. Jahrhunderts, S. 49 ff.; ferner R. E. Lapp, Kultur auf Waffen gebaut, dort Vorwort von R. Jungk, S. 7 ff., 1969 (Rütten & Loenig, München).
17) „Der Spiegel", 1—2/1970, S. 43. „Der Spiegel", 40/1969, S. 138.
18) Vgl. R. J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, S. 9, 1971 (rororo-aktuell).

sich vor allem während der völkerrechtswidrigen Aggression in Indochina. Die Folgen: die während des Zweiten Weltkrieges angesammelten Goldreserven betrugen 1950 22,8 Mrd. Dollar, das war damals viel mehr als der Goldbesitz aller europäischen Länder zusammen. 1960 war der Vorrat auf 17,8 Mrd. Dollar geschrumpft; Ende April 1971 betrug er noch 12,9 Mrd. Dollar, während die Gold- und Währungsreserven der westeuropäischen Länder etwa dreimal so hoch waren. Die internationale Verschuldung der USA stieg seit 1950 auf 42 Mrd. Dollar. Die 25prozentige Golddeckung für die US-Binnenwährung wurde schon am 14. 3. 1968 aufgehoben. Trotz dieses Substanzverlustes beträgt zusätzlich die gegenwärtige Inflationsrate etwa 5 Prozent. Selbst wenn ein Teil des Goldschwundes auf US-Käufe im Ausland zurückzuführen ist, wird erkennbar, daß die USA durch das Wettrüsten zum „schwerkranken Riesen" geworden sind. Inzwischen ließ Präsident Nixon wie weiland Adolf Hitler die Notenpresse in Gang setzen, um seinen schmutzigen Krieg mit Papiergeld zu finanzieren. Die Folgen sind absehbar.

Durch die Eigenart des internationalen Währungssystems der festen Wechselkurse und durch die seit 1958 übliche freie Austauschbarkeit der westlichen Währungen (Konvertibilität) werden jedoch die westeuropäischen Länder laufend in den Strudel der US-Entwicklung gerissen.

Das jetzige Währungssystem, 1944 in Bretton Woods den kriegsgeschwächten europäischen Ländern von den durch den Zweiten Weltkrieg gestärkten USA diktiert, war von Anfang an auf die US-Geschäftsinteressen zugeschnitten. Die in den Proportionen zueinander festen Wechselkurse (Parität) wurden vor allem an der 1944 bestehenden Wirtschaftsstärke, allerdings auch an nationalen Prestigefragen orientiert. Der damals durch genügend Gold gestützte Dollar bildete die „Leitwährung", das britische Pfund die Ersatz-Leitwährung. Notwendige Anpassungen der Relationen sollten durch Auf- bzw. Abwertungen erfolgen.

Die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Länder in der Nachkriegszeit und die daraus resultierenden Zahlungsbilanzüberschüsse oder -defizite sprengten bald die ursprünglichen Währungsrelationen. Generell verlor der Dollar durch die oben skizzierte Entwicklung, aber auch durch die Konsolidierung der westeuropäischen Staaten nach dem Krieg sowohl am internationalen als auch am inneren Realwert; aber er wurde aus Prestige- und anderen Gründen nicht abgewertet. Die D-Mark dagegen — die durch die Währungsreform von 1948 eine gesunde Ausgangsbasis erhalten hatte —, aber auch der holländische Gulden, der Schweizer Franken und andere Valuten steigerten ihren internationalen Kurswert durch das überdurchschnittlich wachsende Wirtschaftspotential ihrer Länder und wurden mehrfach aufwertungsreif. So kam es, daß die reale Kaufkraft des Dollars nur noch 2,— DM beträgt, während er bis zum Mai 1971 mit 3,68 DM Nominalwert gehandelt wurde.

Die verzerrte Währungsrelation hat für Westeuropa negative Folgen. Kurt Blauhorn wies schon vor Jahren nach, daß dadurch der Ausverkauf der westeuropäischen Wirtschaft, insbesondere der westdeutschen, zügig voranschreitet. Amerikaner können nämlich dadurch ein zum Verkauf angebotenes Wirtschaftsobjekt zum Schwindelkurs für 60 Prozent des Wertes erwerben. Umgekehrt erleichtert dieser unrealistische Wechselkurs — wenigstens theoretisch — die Ausfuhr der westeuropäischen Länder, während er den Warenimport der USA erschwert. Praktisch ist dieser quasi-Vorteil durch die bessere Konkurrenzfähigkeit der US-Mammutbetriebe ausgeglichen [19]).

[19]) Vgl. K. Blauhorn, Ausverkauf in Germany? 1966 (Moderne Verlags-GmbH).

Gefährlicher ist jedoch, daß die westeuropäischen Banken verpflichtet sind, jeden Dollar in eigene Valuta einzutauschen, während das Gegenversprechen der USA, jeden Papierdollar auf Wunsch in die entsprechende Menge Gold einzutauschen, nicht mehr einlösbar ist. Das bedeutet für die BRD, daß mit jedem Dollar-Umtausch 1,50 bis 1,70 DM in die Kriegskasse der USA bezahlt werden (von den Stationierungskosten und Waffenkäufen ganz abgesehen!), weil Nominalwert und Realwert der US-Währung so weit auseinanderklaffen. Es handelt sich um Milliarden-Beträge!

Als in den letzten Wochen durch die konjunkturbedingte Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank und durch die gezielte Niedrigzinspolitik der USA etwa 10 Mrd. Papier-Dollar in die BRD flossen, trieb der Geldzustrom die Preise verstärkt nach oben. Damit geriet die sowieso schon kräftige „importierte" Inflation in eine so heiße Phase, daß mit der — leider nur vorübergehenden — Freigabe der Wechselkurse reagiert wurde. „Die drucken Assignaten auf unsere Kosten", erklärte Prof. Schiller [20]). Gemeint war damit, daß in der BRD erwirtschaftete Werte durch den falschen Wechselkurs für Nixons Papierdollar ohne nennenswerte Gegenleistung in die USA transferiert werden.

Feste Wechselkurse bringen zwar für den Handel insofern Vorteile, als sie die Kalkulationen erleichtern und den Exporteuren mehr Sicherheit gewähren als flexible, d. h. je nach Angebot und Nachfrage schwankende Wechselkurse. Feste Wechselkurse und Währungskonvertibilität in Verbindung mit der Weigerung der USA, den Dollar auf den Realwert abzuwerten, ermöglichen jedoch eine teilweise Abwälzung der kriegsbedingten US-Inflation auf Westeuropa. Hier liegt eine der Hauptursachen für die Krisenanfälligkeit des westlichen Währungssystems.

Die Bevölkerung wurde niemals gefragt, ob sie durch zunehmenden Kaufkraftschwund die US-Aggression in Indochina und die Weltgendarmenrolle mitfinanzieren will. Tatsächlich wird sie von der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank dazu gezwungen. Solange nicht wirkungsvolle Maßnahmen gegen die importierte Inflation ergriffen werden, müssen sich Bundesbank und Bundesregierung vorwerfen lassen, daß sie ohne Ermächtigung durch den Souverän und im Widerspruch zum Grundgesetz durch Finanzhilfe am völkerrechtswidrigen US-Krieg in Indochina mitwirken.

Vermögensumschichtung durch rücksichtsloses Preisdiktat

Mit großem propagandistischen Aufwand versuchen die Unternehmerverbände aus durchschaubaren Gründen die Mär zu verbreiten, daß wachsende Löhne die Preise und damit die Geldentwertung treiben [21]). Wissenschaftlich ist die „Theorie" von der Lohn-Preis-Spirale unhaltbar. Der schnelle Produktivitätsfortschritt, d. h. die enorme Leistungssteigerung pro Arbeitsstunde — seit 1950 etwa auf das Dreifache —, oder anders: die Herstellung der gleichen Warenmenge in geringerer Zeit — durchschnittlich in einem Drittel nach zwanzig Jahren — ermöglichte Preissenkungen. Tatsächlich aber stiegen die Preise infolge der hemmungslosen Profitmaximierung [22]). Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind deshalb gezwungen, zur Abwendung der sonst rückläufigen Reallöhne bzw. sinkenden Lebensstandards Lohnerhöhungen durchzusetzen. Selbst wenn der jährliche Lohnzuwachs in Sonderfällen einmal die Produktivitätssteigerung überschreitet, so wird damit keineswegs das generelle Zurückbleiben der Löhne und Gehälter

[20]) „Der Spiegel", 19/1971, S. 21.
[21]) Vgl. O. A. Friedrichs in: „Dialog", S. 48 ff., und F. J. Strauß im „Bayern-Kurier" vom 22. 5. 1971.
[22]) Vgl. die detaillierte Tabelle im „stern", 11/1971, S. 88.

hinter dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausgeglichen. Der Hinweis, daß steigende Preise dementsprechende Profite und diese die für die Vollbeschäftigung erforderlichen hohen Investitionsraten ermöglichen, schließt bereits das Zugeständnis ein, daß die Preise nach oben getrieben werden. Dabei setzt Preisstabilität keineswegs Arbeitslosigkeit voraus. „Das wirtschaftliche Wachstum erfordert ... bei gleichbleibenden Preisen: eine Steigerung der Gesamteinkommen in Höhe der Arbeitsproduktivität und eine Steigerung der Gesamtnachfrage in Höhe der Einkommenssteigerung" [23]).

Bei jenem Teil des Kaufkraftschwundes, der durch unberechtigte Preissteigerungen bedingt ist, handelt es sich nicht um Kapitalvernichtung wie bei Krieg und Rüstung, sondern um Vermögensumschichtung zu Lasten der Arbeitnehmer. „Die Chance der Marktwirtschaft, die Preise auch ohne Kostensteigerung oder sogar bei sinkenden Kosten zu erhöhen oder Kostensenkungen nicht in Preissenkungen weiterzugeben, kommt daher unmittelbar nur den Unternehmern zugute" [24]). Folgende Zahlen zeigen den Lohnrückstand der Industriearbeiter und liefern den Beweis, daß nicht sie Preise und Geldwertschwund trieben: Bis zur Aufwertung der D-Mark im Jahre 1961 stieg die industrielle Arbeitsproduktivität von 100 im Jahre 1950 auf 194, die industriellen Bruttolöhne von 100 auf 237, die Lebenshaltungskosten auf 129 [25]). Die Realstundenlöhne (Bruttostundenlöhne geteilt durch Lebenshaltungskosten) auf 184,5, das Verhältnis von Reallöhnen zur Produktivitätssteigerung (industrielle Lohnquote) sank von 100 auf 95. Von 1962 = 100 stieg die industrielle Arbeitsproduktivität auf 160 in 1970, die industriellen Bruttostundenlöhne auf 170, die Lebenshaltungskosten auf 124 [26]). Somit stiegen die Reallöhne auf 137, die Lohnquote sank auf 85. Der Arbeitnehmeranteil pro Kopf am Volkseinkommen war also 1970 geringer als 1950. Zwar stieg die Gesamtlohnsumme von 58,6 Prozent auf 67,5 Prozent. Weil aber der Anteil der in abhängiger Arbeit Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 69 Prozent auf 82 Prozent der gesamten Erwerbspersonen zunahm, sank die gesamte Lohnquote von 58,6 Prozent auf 56,2 Prozent [27]). Noch drastischer zeigt sich die Vermögensumschichtung am Realvermögen. 1950 besaßen Arbeitnehmer und Rentner ca. 40 Prozent, 1967 nur noch 18 Prozent [28]).

Es ist offensichtlich, daß man in der BRD wie auch im übrigen Westeuropa der Nachkriegszeit einigen heftig umstrittenen Empfehlungen des bekannten britischen Nationalökonomen und Währungsexperten J. M. Keynes folgte. Dieser ging davon aus, daß wirtschaftliches Wachstum und steigende Realeinkommen (wegen der dann sinkenden Profitrate bzw. der dann fehlenden privaten Investitionsbereitschaft) unvereinbar seien. Er empfahl deshalb eine Politik der kontrollierten Verdünnung des Geldwertes, um mit steigenden Nominallöhnen das Stagnieren oder Sinken der Reallöhne zu verschleiern. Durch steigende Preise sollten sowohl entsprechende Profite als auch die Investitionsbereitschaft und damit wirtschaftliches Wachstum bzw. die Stabilisierung des krisenanfälligen Spätkapitalismus ermöglicht werden [29]).

Fazit: Jener Teil des Kaufkraftschwundes, der von permanent steigenden Preisen ausgeht, hat seine Ursache in der rücksichtslosen Marktausnützung der Konzerne. Was hier als Kaufkraftschwund erscheint, macht die Reichen reicher und mindert

23) Wilhelm Haferkamp, in: Schleichende Inflation? S. 80. 1965.
24) Ebenda, S. 88/89.
25) Statistisches Jahrbuch der BRD, 1961, S. 230, 457 und 486.
26) Statistisches Jahrbuch der BRD, 1970, S. 203, 430, 438, ergänzt nach Angaben der „Welt der Arbeit". Vgl. auch R. Skiba, Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, 1968, insbes. S. 19, 94 und 97.
27) Vgl. „Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen des DGB", 5/71, S. 152.
28) Vgl. B. Gleitze, Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, 1969, S. 6 und 12.
29) Vgl. J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldwertes, 1952, insbes. S. 15, 193 und 196.

den Anteil der Arbeitnehmer — und der Mittelschichten! — am Sozialprodukt. „Mit der verbreiteten Angst vor der Inflation will man die Einkommensforderungen ‚der anderen' dämpfen, damit die Chancen für die Durchsetzung eigener Einkommenserhöhungen größer werden", beschreibt Wilhelm Haferkamp das propagandistische Verhalten der Konzernherren [30]). Selbst Hjalmar Schacht gibt zu, daß Inflationen die Reichen reicher und die Armen ärmer machen [31]). „An der Inflation kann einer nur dann gewinnen, wenn ein anderer daran verliert" [32]).

Nachzutragen bleibt in diesem Zusammenhang, daß Rüstung zwar prinzipiell Vergeudung und Zerstörung von Sachkapital bedeutet, daß aber zugleich die Gewinnspannen im Rüstungsgeschäft wegen der fehlenden Öffentlichkeit wesentlich höher sind als in der Zivilgüterproduktion. Wenn sich z. B. Lutz Köllner zu der Aussage versteigt: „Die vielgeschmähten Kriegsgewinne der Rüstungsindustrie flossen größtenteils in die Staatskasse", so ist zu erwidern, daß die hohen Staatsausgaben nicht nur zur direkten Waffenproduktion, sondern auch zum Auf- und Ausbau von Waffenproduktionsstätten verwendet wurden. Diese blieben jedoch in privatem Besitz und setzten sich bald in wirtschaftliche bzw. politische Macht um. Für „hohe Profitchancen im Rüstungsgeschäft" in Friedenszeiten liefert gerade die BRD entsprechende Beispiele [33]). Weiter bleibt nachzutragen, daß die Rüstungsproduktion den wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß rascher forcierte als die Zivilgüterproduktion, daß dadurch geballte wirtschaftliche Macht entstand, die eine Eigengesetzlichkeit nicht nur im preistreibenden Sinne entwickelte, sondern auch eine aggressive Innenpolitik mit dem Ziel der Ausschaltung der Rüstungsgegner und eine aggressive Außenpolitik mit dem Ziel internationaler Spannungsverschärfung, die wiederum gesteigerte Rüstungsproduktion erlaubt [34]).

Inflation durch Finanzierung produktiver Reformen?

Ein neuer Trick der Nutznießer rüstungs- und preisbedingter Geldentwertung besteht darin, die beunruhigte Bevölkerung von den wirklichen Ursachen der Inflationierung abzulenken und die erhöhten Staatsausgaben für die Reformfinanzierung als Quelle des zunehmenden Kaufkraftschwundes darzustellen. Es soll vernebelt werden, daß die vom Kalten Krieg getriebene Inflation ähnlicher Natur ist wie die nach beiden Weltkriegen und daß die gegenwärtige Machtstruktur bzw. das Preisdiktat der Konzerne die Geldwertverdünnung mit sich bringt. Besonders die Springer-Presse ist auf diesem Gebiet sehr aktiv.

Tatsächlich stieg die Verschuldung der öffentlichen Hände in den letzten Jahren sprunghaft an. Ende 1965 z. B. war der Bund mit 34,4 Mrd. DM, die Länder mit 38,2 Mrd., die Gemeindeverbände mit 29,6 Mrd. DM verschuldet. Dazu kommen 7 Mrd. DM beim LAG-Fond und beim ERP-Sondervermögen [35]). Dazuzurechnen wären ferner die Verschuldung bei Bundesbahn und Post als weitere Sondervermögen des Bundes mit ca. 35 Mrd. DM. Insgesamt handelte es sich um ca. 144 Mrd. DM, pro Kopf also etwa 2800 DM [36]).

Zum Jahreswechsel 1969/70 waren die Schulden erheblich höher: 48,5 Mrd. DM beim Bund, 47 Mrd. DM bei den Ländern, 41,8 Mrd. DM bei den Gemeinde-

30) In: Schleichende Inflation? S. 94.
31) In: Magie des Geldes, 186/187. 1966 (Econ-Verlag).
32) Ebenda, S. 271.
33) Vgl. F. Vilmar, a.a.O., S. 109 ff.
34) Vgl. J. K. Galbraith, Wie man Generale bändigt, 1970 (Hoffmann und Campe); R. J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn. Ferner: DWI-Berichte, 4/1970, S. 12 ff.
35) Statistisches Jahrbuch der BRD, 1966, S. 448.
36) Die Position, daß die Schulden der Gebietskörperschaften wegen teilweiser Überlappung nicht zusammenzurechnen sind, wird hier nicht vertreten, weil sie nicht belegt ist.

Verbänden, dazu 9 Mrd. DM beim LAG-Fond und beim ERP-Sondervermögen [37]). Ferner ca. 35 Mrd. DM bei Bahn und Post. Zusammen etwa 181 Mrd. DM, pro Kopf ca. 3600 DM. (Die 400 Mrd. RM Reichsschulden ergaben ohne sonstige Sachwertverluste bei 60 Millionen verbliebener Deutscher etwa 6600 RM pro Kopf.)

Nach der Mittelfristigen Finanzplanung bis 1973 wächst die Staatsverschuldung in gesteigertem Tempo weiter [38]). Auch die Länder und Gemeinden wurden — von kurzfristigen und konjunkturbedingten Einsparungen abgesehen — zur weiteren Kreditaufnahme ermächtigt.

Die Regierung der Großen Koalition hatte 1968 große Mühe, die in Bevölkerung und Fachkreisen wachsende Sorge über die ansteigenden Schulden der öffentlichen Hände zu dämpfen [39]). Die Regierung der SPD und FDP dagegen trat die Flucht nach vorne an und benützt den weitverbreiteten Wunsch in der Bevölkerung nach Reformen, um die höhere Staatsverschuldung bzw. das überproportionale Anwachsen der Haushalte als im Interesse der Staatsbürger liegend zu begründen [40]). Damit liefert sie jedoch ihren Gegnern die Munition für die unwahre Behauptung, die Reformfinanzierung inflationiere unsere Währung. Auch die jetzige Regierung lenkt also von den wirklichen Inflationsgründen ab. Sozialinvestitionen zeitigen zum Unterschied von der Rüstungsfinanzierung keine parasitäre Wirkung; sie sind produktiv. Ob man mit einer verbesserten Bildung die Qualifikationen für gesteigerte Arbeitsproduktivität schafft, ob man mit ausgeweiteter Gesundheitsfürsorge und zusätzlichen Erholungsmöglichkeiten die Regeneration der verbrauchten Arbeitskraft bewirkt, ob man mit modernen Verkehrswegen und Kommunikationsmöglichkeiten Produktion und Güterverteilung rentabler gestaltet — immer entsteht ein volkswirtschaftlicher Nutzen, der den finanziellen Aufwand reichlich kompensiert. Natürlich kann auch bei der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben mit zu hohen Preisen gearbeitet werden, wodurch eine Inflationierung entsteht. Dieses Problem gehört jedoch in den vorherigen Abschnitt und hat mit Sozialinvestitionen wenig zu tun.

Die Aufblähung der Haushalte und der Staatsschulden hängt ursächlich mit dem unproduktiven Rüstungsaufwand sowie mit dem erhöhten Notenumlauf zusammen. Vergleicht man die Gesamtsumme der Staatsschulden mit den direkten Rüstungslasten seit 1950, so zeigt sich, daß letztere fast das Doppelte der Staatsschulden betragen. Mit anderen Worten: Wäre man in der BRD den Lehren der deutschen Geschichte gefolgt und hätte man nicht oder doch nur mäßig aufgerüstet, so gäbe es keine Staatsschulden! Der militärische Ehrgeiz, seit 1964 die größte Militärmacht der NATO auf dem alten Kontinent zu sein [41]), sowie das Streben nach den Grenzen von 1937 — das sind die Hauptursachen für das rasante Anwachsen der Staatsschulden. Eine gewisse Analogie zu 1914 und 1939 ist unverkennbar!

Es wird eingewendet, daß Länder und Gemeindeverbände kein Geld für Rüstung aufgewendet hätten, daß diese Rechnung insofern nicht stimmen könne und daß die Schulden des Bundes in keinem Verhältnis zu den Militärausgaben ständen. Dabei wird übersehen, daß die Schulden von Ländern und Gemeindeverbänden vor allem eine Folge der enormen Kriegsfolgelasten sind (Aufbau zerstörter

37) Statistisches Jahrbuch der BRD, 1970, S. 384. Im Finanzbericht 1970 der Bundesregierung ist die Schuldenlast noch etwas höher ausgewiesen, vgl. S. 191.
38) Vgl. Finanzbericht 1970, S. 124 und 132.
39) Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 4. 5. 1968, S. 442, und vom 16. 8. 1968, S. 860.
40) Vgl. die Haushaltsrede Alex Möllers am 23. 9. 1970, Protokoll des Deutschen Bundestages, insbes. S. 3687 (A) und (B).
41) Vgl. F. Vilmar, a.a.O., S. 30, 32 und 34.

Schulen, Brücken, öffentlicher Gebäude usw.), für die nach Art. 120 des Grundgesetzes eigentlich der Bund zuständig war. Der Bund aber verweigerte den über ein Jahrzehnt geforderten Finanzausgleich zugunsten der Länder und Gemeindeverbände sowie eine gerechte Verteilung des Gesamtsteueraufkommens, weil er die Milliarden für die Wiederaufrüstung verschwendete.

Manchmal wird darauf hingewiesen, daß die Staatsschulden vergleichbarer westeuropäischer Länder höher seien als die der BRD [42]). Dabei wird verschwiegen, daß andere Länder z. T. noch ihre Kriegsschulden unbeglichen zu Buche stehen haben, während die BRD durch die Währungsreform von 1948 diese Belastung fast 100prozentig tilgen konnte. Unsere Staatsschulden sind, das trifft sonst für keinen westeuropäischen Staat zu, erst nach 1948 entstanden.

Welche grundgesetzkonformen Alternativen bieten sich an?

Die offiziellen Reaktionen auf die Währungskrise vom Mai 1971 zeigten, daß sich weder die sogenannte Hüterin der Währungsstabilität, die Deutsche Bundesbank, noch die Bundesregierung grundgesetzkonform verhielten. Sowohl die deutschen Interessen als auch die sozialen Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern, Mittelstand und wissenschaftlich-technischer Intelligenz wurden mißachtet. Die Rücksichtnahme auf die kriegführenden USA sowie auf die Monopolinteressen der deutschen Großwirtschaft und Großbanken — die Gewinner bei der Inflationierung unseres Geldes! — stand im Vordergrund. Dadurch wurde an den Symptomen kuriert, anstatt die Wurzeln des Übels zu bekämpfen. Wer es für richtig hält, kann diese Feststellung auch umdrehen: weil man nur an den Symptomen kurierte und die wirklichen Ursachen des Kaufkraftschwundes bestehen ließ, begünstigte man jene Kräfte, die von der Ausplünderung der Bevölkerung durch Geldwertverdünnung leben. Das praktische Ergebnis ist so oder so dasselbe. Der Auftrag, „dem Wohle des deutschen Volkes" zu dienen, „seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden ... und Gerechtigkeit gegen jederman (zu) üben" [43]), wurde nicht erfüllt. Ziel aller Maßnahmen ist lediglich der Abfluß des „heißen" Geldes, der angeschwemmten Papierdollar-Milliarden durch die befristete Freigabe der Wechselkurse und eine kurzlebige wirtschaftliche Stabilität, die durch weiteres soziales Unrecht erkauft wird. Damit aber wird die latente Währungskrise nur in die Zukunft ausgedehnt, bis sie in einigen Monaten — wie schon Ende 1968, im Frühjahr 1969 und jetzt — wieder in ein akutes Stadium tritt. Die Intervalle der krisenhaften Erschütterungen werden kürzer, weil die inneren und zwischenstaatlichen Widersprüche sich erkennbar verschärfen und die Krisenursachen durch Fortsetzung des Indochinakrieges, der Hochrüstung und der uneingeschränkten Preistreiberei sich ausdehnen. Damit wächst die Dringlichkeit wirksamer grundsätzlicher Eingriffe, wenn der große Kladderadatsch vermieden werden soll. Bei den bisherigen Krisen kamen wir mit einem blauen Auge davon. Die nächsten Krisen können gefährlicher werden, weil das Krisenzentrum, die USA, einem fortschreitenden inneren Verfallsprozeß ausgesetzt bleibt und die BRD in vielfältiger Weise an den kriegskranken Dollar gebunden ist.

Eine Abwertung des Dollars auf seinen Realwert und eine sofortige Beendigung des Indochinakrieges, beides wichtige Voraussetzungen für den Abbau der importierten Inflation, sind z. Z. von uns nicht durchsetzbar, so berechtigt und notwendig auch Forderungen in dieser Richtung sind. Die westeuropäischen Staaten, die notfalls eine Dollarabwertung erzwingen könnten, wollen es z. Z. offenbar nicht. Das könnte sich nur ändern, wenn die Regierungen von der benach-

42) Vgl. z. B. den von F. J. Strauß zu verantwortenden Finanzbericht der Bundesregierung, 1969, dort S. 254/255.
43) Vgl. die Eidesformel des Grundgesetzes, Art. 56 und 64.

teiligten Bevölkerung bedrängt und zur Einlösung ihrer Papierdollars in Gold gezwungen würden. Selbst bei totalem Goldabfluß aus den USA, was dem Staatsbankrott ziemlich nahe käme, könnte die Nixon-Administration halsstarrig bleiben, sofern sie nicht durch die demokratische Aktivität der eigenen Bevölkerung zur Beendigung des Indochinakrieges und zur Bereinigung ihrer inflationierten Währung gezwungen würde. Noch aber konnte US-Finanzminister Conally während der internationalen Banken-Tagung in München in rücksichtsloser Deutlichkeit erklären, daß die USA weder den Dollar abzuwerten noch den Goldpreis zu ändern gedächten [44]). Die Nixon-Administration gibt damit zu erkennen, daß sie auf die Mitfinanzierung ihres Waffenarsenals und ihrer aggressiven Politik durch die westeuropäische Bevölkerung nicht zu verzichten gedenkt. Im Gegenteil: In Brüssel forderte US-Minister Laird höhere Beteiligung aller westeuropäischen Länder an den NATO-Kosten [45]), um die „Verteidigungsanstrengungen" gleichmäßiger auf alle Schultern zu verteilen.

Eine Änderung des Systems von Bretton Woods, also die Einführung flexibler Wechselkurse, um damit etwa in Jahresfrist den Dollar auf seinen Realwert einpendeln zu lassen, damit die importierte Inflation zu stoppen, scheitert z. Z. aus ähnlichen Gründen wie die direkte Abwertung der US-Währung — wenn die westdeutsche bzw. die westeuropäische Bevölkerung nicht entsprechenden politischen Druck auf die Regierungen ausübt.

Eine gewisse Abkehr von der kriegskranken „Leitwährung" vollzieht sich in der Praxis dennoch, weil immer deutlicher erkennbar drei Wirtschafts- und Währungszentren der spätkapitalistischen Staaten und ihrer Satelliten sich herausbilden: der Yen-Block unter Führung Japans, EWG und EFTA mit der stärksten Wirtschaftsmacht BRD sowie der verbleibende Dollar-Block unter Führung der USA. Dieser fortschreitende Polyzentrismus löst aber noch nicht das Problem der importierten Inflation. Dazu sind spezielle Maßnahmen erforderlich. Auch die erwogene Umgestaltung der Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfond als Ersatz für den Inflations-Dollar ist mehr eine technische, denn eine politische Lösung.

Die z. Z. optimale Lösung wäre die permanente Freigabe der Wechselkurse — gleich ob durch formellen Beschluß oder durch stillschweigende Praktizierung. Dabei ist zu bedenken, daß die Deutsche Bundesbank bislang selbst das Wenige sabotierte, was die Bundesregierung zum Schutz gegen die übermäßige Dollar-Schwemme beschloß. Bundesbankpräsident Klasen wehrte sich nach der befristeten Freigabe der Wechselkurse, „mit Dollarangeboten am freien Devisenmarkt der Aufwertungstendenz der Mark nachzuhelfen" [46]). Dem Festhalten der Deutschen Bundesbank an den Papierdollars haben wir es zu verdanken, daß der nominale Kurs der US-Währung und damit die importierte Inflation immer noch relativ hoch sind. Nur die Autonomie der Deutschen Bundesbank gegenüber Parlament und Bevölkerung — was keine Autonomie gegenüber den Konzernen bedeutet — ermöglichte solches Verhalten. Langfristig gesehen stellt sich deshalb die Aufgabe für die demokratisch-progressiven Kräfte in der BRD, die Deutsche Bundesbank so unter öffentliche Kontrolle zu bekommen, daß sie nicht länger ein nützliches Instrument der Konzerne und der US-Interessen bleibt.

Welche Schwierigkeiten eine Freigabe der Wechselkurse für die EWG mit sich bringt, die auf feste Wechselkurse bzw. auf den fiktiven „Euro-Dollar" gebaut ist, dürfte bekannt sein. Inzwischen ist es nämlich in unserem Währungssystem

---

44) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Frankfurter Rundschau" vom 29. 5. 1971.
45) „Süddeutsche Zeitung", Pfingstausgabe 1971.
46) „Der Spiegel", 21/1971, S. 27/28.

In Neuauflage ist erschienen:

Politik im Grundriß

Von Prof. Dr. Adolf Grabowsky †

2., neubearbeitete Auflage 1971
8°. XXXVIII, 264 Seiten. Kartoniert DM 18,00

Der Autor, Begründer der Zeitschrift für Politik und „Nestor der politischen Wissenschaften" (Theodor Heuss), hat diese Neuauflage eines seiner Hauptwerke nicht mehr erlebt. Er hat ihre Bearbeitung jedoch noch vor seinem Tode abschließen können.

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage hat die Durchdringung der politischen Problematik erhebliche Fortschritte gemacht, und es kam deshalb dem Verfasser jetzt vor allem darauf an, aus der Fülle der Einzelheiten die großen Linien herauszuarbeiten. Er begnügte sich nicht nur mit einer Ergänzung seiner früheren Ausführungen, sondern griff neue Materien auf, die nach intensiver Untersuchung verlangten. Dazu gehören beispielsweise die Themen der Geschichtlichkeit und des Imperialismus, die anderwärts häufig vernachlässigt wurden und denen deshalb von Grabowsky breiter Raum gewidmet ist.

Werden im ersten Teil des Werkes die Fundamente der Wissenschaft von der Politik gelegt, so enthält der zweite Teil eine systematische Kommentierung der politischen Grundprobleme, wobei der Verfasser bemüht war, keine wesentliche Einzelfrage zu übergehen. Sein Buch ist auch in der Neuauflage dazu bestimmt und geeignet, den angehenden Politologen und Historiker in das Wesen der Politik einzuführen, wie dem in der Politik stehenden Praktiker und politischen Journalisten die wissenschaftlichen Grundlagen für seine Arbeit zu liefern.

Carl Heymanns Verlag KG Köln Berlin Bonn München

so, daß man kein Loch mehr stopfen kann, ohne ein neues aufzureißen, wenn man sich nicht zu einer prinzipiellen Korrektur aufrafft. Eine gegen die importierte Inflation einige EWG, die gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Staaten alle Währungen gegenüber dem Inflations-Dollar aufwertet und damit auf umgekehrtem Wege die längst fällige Kurskorrektur erzwingt, die den dadurch zunächst erschwerten Export durch verbesserten Ost-West-Handel ausgleicht, könnte den Weg zur Gesundung unseres Währungssystems beschreiten. Die harte Konkurrenz der Monopole auf dem Weltmarkt — selbstverständlich auf dem Rücken der Lohn- und Gehaltsempfänger und der kleinen Zulieferbetriebe! — macht z. Z. einen solchen Schritt unmöglich. Nur wenn die Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen die Konzerne durchgesetzt werden — das ist eine Sache der demokratischen Entfaltung und Erneuerung — ist wirksame Abhilfe zu schaffen. Dabei bietet der „Ozean von Absatzmöglichkeiten", der zweifellos im Ost-Handel liegt, für unsere Wirtschaft durchaus interessante Wachstums- und Gewinnchancen. Hier stoßen wir auf eine politische Grundentscheidung: soll man durch die enge Verkettung mit den USA und deren kriegskranker Währung von der schleichenden über die trabende in die galoppierende Inflation stürzen — oder auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, des bestehenden Status quo und der gegenseitigen Nichteinmischung mit den aufstrebenden und wirtschaftlich wie währungspolitisch gesunden sozialistischen Ländern sich arrangieren? Diese Entscheidung wird für Westeuropa immer wichtiger.

Geht man den zweiten Weg, der hier vorgeschlagen wird, dann läßt sich nicht nur die importierte Inflation stoppen, sondern auch die Hauptursache der „hausgemachten" Inflation aufheben: unsere überdimensionalen Rüstungslasten. Es ist schlimm genug, daß nicht die Bundesregierung zur Entlastung ihres strapazierten Haushaltes und zur Entspannung in Mitteleuropa die Initiative für eine gleichwertige Truppenreduzierung beiderseits der Grenzen zwischen Ost und West ergriff, sondern daß nun erfreulicherweise die beiden Weltmächte, Breschnews Sechs-Punkte-Vorschlag während des XXIV. Parteitags der KPdSU [47]) und seiner Tifliser Rede [48]) folgend, über einen Truppenabzug in Mitteleuropa verhandeln wollen. Keinesfalls sollte nun die Bundesregierung solche Verhandlungsansätze durch die Forderung nach einer vorherigen Lösung des Westberlin-Problems oder durch andere hemmende Bedingungen blockieren. Die Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes [49]) und dessen politische Basis, die CSU, die NPD und ihre „Aktion Widerstand", Teile der CDU und der Landsmannschaften sowie revanchistische Jugendverbände, werden zwar jeden Schritt zur Normalisierung und zur Abrüstung zu blockieren versuchen und damit die „home made" Inflation verlängern. Aber eine Regierung, die mit dem Versprechen antrat, „mehr Sicherheit bei weniger Rüstung" sowie „stabile Preise" durchzusetzen und ein umfassendes Reformprogramm einzuleiten bzw. zu finanzieren [50]), sollte die neue Gelegenheit im wohlverstandenen Eigeninteresse nützen und ihren Wählern gegenüber jene Versprechen einlösen, die ihre Regierungstätigkeit überhaupt erst ermöglichten. Diese Bundesregierung sollte endlich aufhören, bei jeder berechtigten Lohnforderung der Gewerkschaften die Stabilität zu beschwören (wessen Stabilität?) und bei US-Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben den Musterknaben Helmut Schmidt solchem Ansinnen mit eigenen Angeboten zuvorkommen zu lassen.

47) „Deutsche Volkszeitung", 15/1971, S. 1.
48) Ebenda, 21/1971, S. 4.
49) Vgl. C. Grossner, Nachwort, in: R. J. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn, S. 128 ff.
50) Vgl. erste Regierungserklärung der Brandt-Scheel-Regierung, Protokoll des Deutschen Bundestages vom 28. 10. 1969.

Ohne grundsätzliche Veränderung jener von der CDU/CSU gesetzten Prioritäten, die vom Vorrang der parasitären Rüstung bei geplanter oder fahrlässiger Hintansetzung aller produktiven Gemeinschaftsaufgaben und gesellschaftlichen Erneuerungen gekennzeichnet ist, sind die inflatorischen Gefahren nicht abzuwenden. Verbal versuchte die jetzige Bundesregierung, von dieser politischen Rangordnung wegzukommen. In der Finanzplanung bis 1974, dem Prüfstein für die zukünftigen politischen Schwerpunkte, sind die alten Prioritäten nicht verändert [51]). Nur wenn die Rolle der BRD in Europa geändert wird, wenn sie von einem Instrument der US-Globalstrategie zur Störung der Systemalternative — gleich ob mit militärischen oder subversiven Mitteln oder mit beiden — zu einem Faktor ehrlicher koexistentieller Zusammenarbeit verwandelt wird, ist die vom Kalten Krieg bedingte Inflation endgültig abzubauen.

Bleibt jener Teil des Geldwertverfalls, der durch das Preisdiktat der Konzerne entsteht. Wenn wachsende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen durchgesetzt und der Mißbrauch des Staates für die Sonderinteressen der Monopole durch öffentliche Kontrolle von Produktion und Preisgestaltung beendet wird, kann auch diese Inflationsursache ausgeschaltet werden. Wenn man die überhöhten Gewinn- und Handelsspannen auf ein vertretbares Maß reduziert, können die Preise bei ständiger Produktivitätssteigerung sinken. Allerdings muß dann die private Investitionstätigkeit — die je nach Gewinnerwartung zu beschleunigtem Geldumlauf und damit zum konjunkturellen Aufschwung oder zu verlangsamtem Geldumlauf und damit zum Abschwung bzw. zur „Talsohle" führt — durch gesellschaftliche Investitionsfonds ergänzt werden. Der Einsatz deren Mittel wirkt konjunkturstabilisierend, weil nicht das Profitinteresse, sondern der gesamtgesellschaftliche Nutzen bzw. gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten als Orientierungsmaßstab gelten. Damit wird die Möglichkeit der Konzerne und Großbanken, bei angemessenen Lohnforderungen mit Krise und Arbeitslosigkeit zu drohen, weitgehend eingeschränkt. So wird auch das Abwälzen einer eventuell höheren Konzernbesteuerung über die Preise auf die Verbraucher unterbunden. Qualifizierte Mitbestimmung und gesellschaftliche Investitionsfonds sind Reformen, die den Staatshaushalt nicht belasten.

Aufklärungsarbeit und politische Aktivität sind erforderlich, um der Bevölkerung klarzumachen, daß die Inflationierung unserer Währung ebensowenig ein von der großen Politik isoliertes Ereignis wie blindes Schicksal ist, sondern logische Folge einer Politik, die wieder einmal auf militärische Stärke und Grenzrevision setzte. Was nach zwei Weltkriegen von der Bevölkerung an Lasten zu tragen war, muß sich als Folge von Kaltem Krieg und Indochina-Aggression nicht unbedingt wiederholen, wenn rasch eine neue Politik durchgesetzt und die Hauptverantwortlichen zur Kasse gebeten werden.

An die Regierung zu appellieren, mag für die Gewerkschaften vielleicht sinnvoll erscheinen, obwohl sie besser daran täten, ihre Macht und das Gewicht ihrer 6½ Millionen Mitglieder zur Verwirklichung des Grundgesetzes und ihres Grundsatzprogrammes durch Aktionen einzusetzen. Von der Mobilisierung der gewerkschaftlichen Basis wäre einiges zu erwarten, gerade jetzt, wo durch den Währungsverfall fast jeder an der eigenen Brieftasche die Folgen unmittelbar spürt. Insofern ist die Lage anders als bei der atomaren Bewaffnung und bei den Notstandsgesetzen.

Alle demokratischen Kräfte sollten gerade jetzt die Entwicklung demokratischer Selbsttätigkeit als Hauptaufgabe erkennen.

---

51) Vgl. Finanzplan des Bundes von 1970 bis 1974, Drucksache VI/1101, Deutscher Bundestag, S. 97.

Die Frühjahrsoffensive der Opposition in den USA

Von Martin Hall, Los Angeles

I

Die „Frühjahrsoffensive für den Frieden" hat in den USA ein neues Kapitel im Kampf der Bevölkerung für Frieden und Gerechtigkeit eröffnet. Sie begann mit einem Camp von zweitausend Veteranen des Vietnamkrieges auf der „Mall" in Washington. Danach folgen am 24. April die bisher größten Friedensdemonstrationen in Washington und San Francisco und die dramatischen Ereignisse der ersten Maiwoche.

Es handelt sich in mehr als einer Hinsicht um ein neues Kapitel. Nie zuvor sind so gewaltige Massen auf die Straße gegangen, um den sofortigen Abzug aller US-Truppen aus Indochina zu fordern. Eine halbe Million in der Hauptstadt der USA, 300 000 in San Francisco und Zehntausende in jeder größeren Stadt des Landes. Kriegsveteranen, aktive Angehörige der Streitkräfte, Jugendliche, Frauen, Arbeiter und Angehörige höherer Berufe, Geistliche aller Konfessionen, kurz: Menschen jeder Altersgruppe und aus allen Bereichen der Bevölkerung haben ihre Stimme erhoben und die Beendigung von Krieg, Armut, Rassismus und Unterdrückung gefordert. Es war eine beredte Antwort an die Adresse all derer, die in den vergangenen Monaten vom Ende der Friedensbewegung gesprochen hatten; es war eine Warnung an den Kongreß, daß die Geduld der Bevölkerung mit hinhaltenden Kompromissen und dem bisherigen Politikastern zu Ende geht; und es war eine einstimmige Antwort auf Nixons Behauptung, die Mehrheit des amerikanischen Volkes sei mit seiner Interpretation des Krieges und der dringenden innenpolitischen Probleme zufrieden. Es war wirklich eine lebendige Illustration einer Tatsache, die mittlerweile von allen Meinungsumfragen bestätigt wird: die Mehrheit ist gegen die Politik der Regierung und nicht mehr bereit, die von dieser an den Tag gelegte Arroganz der Macht noch länger hinzunehmen. Was die Ereignisse der letzten April-Wochen und der ersten Mai-Woche von früheren Massenaktionen der Friedensbewegung unterschied, waren die geplanten, langfristigen und konsequent durchgehaltenen Anstrengungen zur Mobilisierung aller Opfer der Innen- und Außenpolitik der Regierung zu einer konzertierten Aktion nicht nur für die Beendigung des Krieges, sondern gegen ein System, das Krieg, Rassismus und Unterdrückung hervorbringt.

Mit ihrer breiten Repräsentanz von Männern und Frauen aus allen Lebensbereichen hat diese Frühjahrsoffensive für Frieden und Gerechtigkeit alle überrascht, am meisten die Regierung. Da war zunächst das einzigartige Auftreten der zweitausend Vietnamkriegsveteranen, die bereits Tage vorher in die Hauptstadt kamen, während die halbe Million der übrigen Teilnehmer erst für den 24. April erwartet wurde. Die Veteranen errangen ihren ersten Sieg durch die Mißachtung eines Gerichtsbeschlusses, der ihnen das Recht verweigert hatte, auf dem Denkmalsgelände von Washington ihr Lager aufzuschlagen. Die Regierung konnte nicht gut eine Konfrontation mit diesen Männern erzwingen, die von den Schlachtfeldern Vietnams zurückgekehrt waren, viele verwundet, einige in Rollstühlen und viele mit ihren Kriegsauszeichnungen. Sie errangen einen zweiten Sieg, als

die Weigerung, einer großen Delegation von Veteranen und „Gold Star"-Müttern (Mütter, die in Vietnam Söhne verloren haben) den Zutritt zum Nationalfriedhof Arlington zu gestatten, innerhalb von 24 Stunden zurückgenommen werden mußte. Die Absicht der Delegation war, dort nicht nur der amerikanischen Verluste zu gedenken, sondern auch der toten Vietnamesen. Eine starke Gruppe Veteranen begleitete ihren Sprecher, den früheren Marineleutnant John Kerry, am 22. April zum Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen, vor dem Kerry eine Stunde lang aussagte. Kerry, der vier Reihen Kriegsauszeichnungen trug — unter ihnen die Orden des „Silver Star" und „Purple Heart" —, verurteilte die Weiterführung des Krieges, „mit der wir die unglaubliche Arroganz begehen, die Vietnamesen zu vietnamisieren". Kerry, Sohn eines Karriereoffiziers, 27 Jahre alt und mit abgeschlossener Ausbildung an der Yale-Universität, erklärte: „Die USA haben ein Ungeheuer geschaffen, eine Armee, die für Kriegsverbrechen ausgebildet wird." Er sei selbst Augenzeuge von „Folterungen und der Enthauptung von Kriegsgefangenen und Zivilisten in der Art Dschingis Khans" geworden. Als er erklärte: „Unser entscheidender Auftrag ist es jetzt, das letzte Überbleibsel dieses barbarischen Krieges zu suchen und zu zerstören", standen die Mitglieder des Senatsausschusses auf und brachten diesem jungen Offizier eine Ovation dar. Und Millionen Amerikaner erlebten an ihren Fernseh- und Rundfunkgeräten mit, wie er vor dem Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen seine Zeugenaussagen machte.

Auf die Frage, was er von der Verurteilung Leutnant Calleys wegen des Massakers in My Lai halte, antwortete Kerry: „Ich bin der Meinung, daß das, was er getan hat, eine furchtbare, schreckliche Sache ist. Aber die Verantwortung für diese Ereignisse liegt anderswo ... Wenn man Leutnant Calley den Prozeß macht, dann muß man auch allen anderen den Prozeß machen, die Verantwortung für das Geschehene tragen. Man kann nicht ihn allein verurteilen."

Eine Gruppe Veteranen marschierte zum Justizministerium — begleitet vom Abgeordneten Pete McClosky, einem kalifornischen Republikaner, der angekündigt hat, er werde sich als Nixons Gegenkandidat für die Präsidentschaftswahlen 1972 nominieren lassen, und der jetzt erklärte, es sei „eine Ehre, mit den Veteranen zusammen zu marschieren". Am Justizministerium gaben einige Veteranen bekannt, sie wollten gegen sich selbst Anzeige erstatten, da sie Kriegsverbrechen begangen hätten. Man erlaubte ihnen jedoch nicht einmal ein Gespräch. In einer abschließenden eindrucksvollen Aktion zogen die Veteranen zusammen mit einigen „Gold Star"-Müttern vor das Weiße Haus und warfen dort ihre Kriegsauszeichnungen über einen Zaun auf das Gelände des Weißen Hauses. Der Zaun war übrigens kurz vor der Demonstration errichtet worden, um die Veteranen daran zu hindern, das Gelände zu betreten und dem Weißen Haus ihre Auszeichnungen in einer symbolischen Geste zurückzugeben, um auf diese Weise ihre Ablehnung der Kriegspolitik zum Ausdruck zu bringen.

Einen Tag nach dieser letzten Aktion der Veteranen traf ein Demonstrationszug von Wohlfahrtsempfängern und anderen wirtschaftlich benachteiligten Bürgern ein; diese Delegationen wurden von Maultieren begleitet, dem Symbol des vom ermordeten Martin Luther King begonnenen Kreuzzuges der Armen.

In der Zwischenzeit strömten die ersten Kontingente von Demonstranten für die Aktion am 24. April in die Hauptstadt. Von den 500 000, die schließlich durch die Straßen Washingtons zogen, und den 300 000 in San Francisco waren die meisten junge Leute. Sie sind diejenigen Amerikaner, die vom Krieg und von der immer noch zunehmenden Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen werden. Aber wie

schon eingangs erwähnt, sie wurden von vielen anderen repräsentativen Gruppen der Bevölkerung begleitet, obwohl die Beteiligung der Schwarzen in einer Stadt wie Washington mit ihrer schwarzen Majorität in der City nicht sehr groß war. Zu beiden Demonstrationen hatte die „Peace Action Coalition" aufgerufen, die weitgehend von der „Sozialistischen Arbeiterpartei" und ihrer Jugendorganisation beherrscht wird. Das Programm dieser „Koalition für Friedensaktionen" konzentriert sich auf Massendemonstrationen zur Beendigung des Indochinakrieges. Das „Volksbündnis für Frieden und Gerechtigkeit" andererseits betont die Notwendigkeit von Massenaktionen seitens aller Opfer der Kriegspolitik und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen: der Armen, der rassischen Minderheiten, der Arbeitslosen und der alten Leute. Die letztgenannte Organisation ruft nicht nur zur Beendigung des Indochinakrieges auf, sondern auch zur Beseitigung eines Systems, das auf Kriege und ständig weitere Kriege, Arbeitslosigkeit, Rassenverfolgung und Unterdrückung angelegt ist und auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert. Viele Monate hindurch hatte das Volksbündnis für Frieden und Gerechtigkeit Pläne entworfen, in der ersten Mai-Woche eine sich ständig vergrößernde Serie von gewaltlosen Massenaktionen durchzuführen, einschließlich Aktionen des zivilen Ungehorsams. Sie sollten am 5. Mai in einem nationalen Moratorium kulminieren, während man in allen Teilen des Landes den Versuch unternehmen wollte, den normalen Arbeitsablauf der Regierungsstellen zu unterbrechen. Als die Koalition für Friedensaktionen nicht überzeugt werden konnte, dieses Programm zu unterstützen und ihren Demonstrationsplan für den 24. April aufzugeben, beschloß das Volksbündnis für Frieden und Grechtigkeit, im Interesse der Einheit auch das Programm des 24. April zu unterstützen. Als Gegenleistung unterstützte die Koalition für Friedensaktionen dann wiederum die Aktion am 5. Mai.

Obwohl sich daran riesige Menschenmengen beteiligten, verliefen die Demonstrationen am 24. April diszipliniert, gewaltlos und, abgesehen von einigen Ausnahmen, wie geplant. Sie gaben all denen eine überzeugende Antwort, die ihr Scheitern vorhergesagt hatten. Es gab am 24. April nur sehr wenige Festnahmen. Das Problem war, genügend Leute für die Mai-Aktionen in Washington zu halten. Rennie Davis, einer der Angeklagten im Prozeß gegen die „Sieben von Chicago", hatte vorausgesagt, es würden 50 000 für die permanenten Aktionen während der ersten Mai-Woche dableiben. Die Regierung rechnete mit höchstens 20 000. Wie üblich erwiesen sich die Schätzungen der Regierung als falsch.

II

Präsident Nixon, der während der Demonstrationen am 24. April in Washington geblieben war, verließ die Hauptstadt kurz danach. Die Aufgabe, in Washington „Gesetz und Ordnung" aufrechtzuerhalten, überließ er seinem bewährten Justizminister Mitchell und dem Washingtoner Polizeichef Wilson. Während der Präsident in seinem „Weißen Haus des Westens" in San Clemente (Kalifornien) den kalifornischen Sonnenschein genoß, wurde die Hauptstadt des Landes in ein einziges Militärlager verwandelt. Für über eine Million Dollar wurde die 5100 Mann starke Polizei der Hauptstadt durch 1400 Soldaten der Nationalgarde verstärkt; zusätzlich wurden 10 000 Angehörige der Armee und des Marinecorps mit Hubschraubern nach Washington geflogen. Washington glich einer Stadt im Belagerungszustand.

Das waren die von der Regierung unternommenen Vorbereitungen, um auf den Versuch zu reagieren, eine Taktik des massiven zivilen Ungehorsams in einer Reihe von Aktionen zu praktizieren. Für keine dieser Aktionen waren Gewalt-

maßnahmen geplant; und es gab auch keine. Polizei und Truppen waren zur Bekämpfung von Gewalt ausgebildet worden. Sie wußten nicht, wie sie sich verhalten sollten angesichts der großen Zahl entschlossener, aber gewaltloser Bürger; entschlossen, den Leiden der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, den Folgen des ständigen Krieges und der Verschleuderung des nationalen Reichtums für militärische Zwecke in einer Zeit, in der die Inflation sich ungehindert ausdehnt und die nationale Arbeitslosenquote den Durchschnittswert von 6 Prozent überschritten hat. Auf einer strategischen Notsitzung am 1. Mai brachte der Stellvertretende Justizminister Kleindienst die städtischen Behörden dazu, daß sie eine den Demonstranten usprünglich gegebene Erlaubnis zurückzogen, den West-Potomac-Park als Lagerplatz zu benutzen. Dort sollten den Demonstranten die letzten Anweisungen für ihre verschiedenen Aufgaben erteilt werden. Überraschend wurde der Park in den frühen Morgenstunden des 2. Mai von der Polizei geräumt. Zu einem ernsten Zwischenfall kam es nicht. Wenn jedoch die Regierung erwartet hatte, die gerade evakuierten Menschen würden Washington verlassen, dann hatte sie sich erneut verrechnet. Nur wenige reisten ab; die meisten zogen durch die Straßen, und einige fanden in Kirchen und anderen Gebäuden Unterkunft.

Man suchte die Büros der Kongreßabgeordneten auf, um dort als Lobby für den Resolutionsentwurf der Abgeordneten Bella Abzug aufzutreten. Dieser Entwurf sieht vor, alle amerikanischen Truppen bis zum 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, aus Indochina zurückzuziehen. Andere starteten Lobbyaktionen für den von Senator Kennedy eingebrachten Entwurf eines nationalen Gesundheitsgesetzes. Es gab einige Sit-ins in Regierungsbüros, aber keine Gewalttätigkeiten, keinen Vandalismus.

Als es am Morgen des 3. Mai hell wurde, begannen 12 000 Demonstranten mit einer Blockade der Hauptverkehrsadern, die in die Stadt führen. Der Zweck war, Regierungesangestellte daran zu hindern, „wie üblich" zur Arbeit zu fahren und ihrer normalen Tätigkeit nachzugehen; mindestens einen Tag lang sollte das nicht möglich sein. Da alle Pläne der Mai-Aktion breit und im voraus publiziert worden waren, hatte die Regierung gewisse Vorkehrungen getroffen. Fünftausend Regierungsangestellten hatte man befohlen, bereits um 5 Uhr früh zur Arbeit zu erscheinen, damit sie unterwegs nicht aufgehalten werden konnten. Am DuPont-Circle, dem Schlüsselpunkt des Verkehrs von den nordwestlichen Vororten zur Innenstadt, hatte man eine starke Abteilung Marineinfanteristen postiert. Jede Brücke über den Potomac wurde auf beiden Seiten von Soldaten scharf kontrolliert.

Der vereinigten Streitmacht von 17 500 Polizei- und Truppenangehörigen standen 12 000 Demonstranten gegenüber. In kleinen Gruppen stürmten sie auf die Highways, wobei sie Ketten bildeten oder sich in einigen Fällen auch vor den Autos auf die Straße legten. Andere warfen ihren eigenen Wagen in den Verkehr, fuhren an strategischen Punkten nur noch im Schrittempo und zwangen dadurch alle Autos auf ihrer Spur praktisch zum Stehenbleiben. Wieder andere Demonstranten rollten Abfalltonnen in den Strom der Fahrzeuge. Und noch viele andere neue und erfindungsreiche Methoden wurden angewandt.

Um 6.25 Uhr morgens ließ Polizeichef Wilson über Funk an alle Polizisten und Soldaten durchgeben, man solle mit den normalen Prozeduren bei Festnahmen im Freien beginnen. Danach ist der Name des Festgenommenen zusammen mit dem Namen des festnehmenden Beamten aufzuschreiben; Zeit und Ort der Festnahme sind festzustellen, Fotos des Festgenommenen und des festnehmenden Beamten dem Bericht beizufügen, damit gegen die festgenommene Person später

gerichtlich vorgegangen werden kann. Das alles wurde nicht eingehalten. Es fand eine Massenfestnahme statt, die in wenigen Stunden die phantastische Zahl von 7200 Festgenommenen allein für diesen einen Tag erbrachte. In enger Zusammenarbeit mit dem Justizministerium ließ Polizeichef Wilson praktisch jeden festnehmen, der in Sichtweite war. „Newsweek" schilderte die Szenerie mit folgenden Worten: „Von der Verpflichtung befreit, ein Verbrechen anzugeben oder ihren Namen unter einen Festnahmebericht zu setzen, warf die Polizei auf den Straßen Washingtons ihre Netze aus. Festgenommen wurden nicht nur Demonstranten, die sich ordnungswidrig verhalten, sondern auch solche, die kein einziges Gesetz verletzt hatten, und Personen, die absolut nicht zu den Demonstranten gehörten. Ein junger Teilnehmer an den Mai-Aktionen namens Chris Morningstar ging zu einem Bullen und fragte ihn nach dem Weg zu einem Kaffeehaus, wo er frühstücken könnte. Seine nächste Station war das Staatsgefängnis, Ein Jura-Professor der George-Washington-Universität, Roger Kuhn, beobachtete das Vorgehen der Polizei außerhalb des Studentenzentrums. Er wurde von einem Polizisten angerempelt und wegen Widerstandes gegen einen Polizeibeamten festgenommen. Der betreffende Polizist trug weder ein Nummernschild noch irgendein Abzeichen, nach dem man ihn hätte identifizieren können; das war an diesem Tage übrigens keineswegs außergewöhnlich. Oft schienen ein jugendliches Gesicht oder etwas längere Haare schon ein hinreichender Grund zu sein, um einen Passanten in einen Gefängnisbus zu verfrachten. Ein Psychiater berichtete, sechs zusammen mit ihren Pflegern spazierengehende Patienten seien alle mitgenommen worden. Viele erfuhren weder, wessen man sie beschuldigte, noch, daß sie überhaupt unter Arrest standen.

Diese Taktik war atemberaubend wirksam. Gegen 9 Uhr waren die Straßen von Mai-Demonstranten und allen möglichen anderen Fußgängern derart leergefegt, daß Spätaufsteher mühelos in ihre Büros rasen konnten. Im Weißen Haus strahlte man angesichts der Berichte, aus denen hervorging, daß die Anwesenheit von Regierungsangestellten ein wenig über dem Durchschnitt lag. Und nach seiner Rückkehr in die Stadt setzte der Präsident in einem Dienstagmorgengespräch mit führenden republikanischen Politikern das Siegel seiner Zustimmung unter Wilsons Generalstabsaktionen. ‚Ich bin der Meinung', erklärte er, ‚Jerry Wilson und die Polizei haben prächtig gearbeitet. Das gilt auch für John Mitchell und das Justizministerium. Ich hoffe, Sie werden darin mit mir übereinstimmen, wenn Sie uns wieder verlassen'."

An den folgenden Tagen wurden die Festnahmen übriggebliebener Mai-Demonstranten fortgesetzt, so daß schließlich insgesamt nicht weniger als 13 400 Menschen festgenommen waren.

Das Hauptproblem für die Polizei war, was sie mit den vielen Inhaftierten tun sollte. Die Gerichte begannen, in einigen Fällen Freilassungen gegen eine Kaution von 250 Dollar zu verfügen, bis sie eine Stunde später erfuhren, daß die Polizei zur gleichen Zeit Festgenommene gegen eine Zahlung von 10 Dollar freiließ. Aber selbst dann noch war es unmöglich, Tausende von Häftlingen unterzubringen. Die Gefängnisse waren im Handumdrehen überfüllt, und die Polizei griff schließlich auf das Kolosseum zurück, eine alte Sportarena, die jetzt in eine Art Konzentrationslager verwandelt wurde.

Dieses Gefangenenlager unter freiem Himmel hatte keine sanitären Einrichtungen, kein Wasser, und es gab stundenlang nichts zu essen. Einige der Gefangenen entfachten Lagerfeuer, andere bauten einen Verschlag, hinter dem sich Frauen Erleichterung verschaffen konnten. Die Situation war so schlimm, daß die Ge-

sundheitsbehörden die Entstehung von Seuchen befürchteten. Schließlich wurden einige Lebensmittel gebracht, und die Feuerwehr lieferte Wasser. Als einige Gefangene versuchten, einen drei Meter hohen Sturmzaun einzudrücken und damit fast Erfolg hatten, besprühte die Polizei sie mit Tränengas und mit dem Nervengas Mace.

Unter den auf diese Weise Festgehaltenen befand sich Dr. Benjamin Spock, der bekannte Kinderarzt. Außerdem Abbie Hoffman und Rennie Davis von den „Sieben von Chicago" und verschiedene weitere prominente Führer der Friedensbewegung .1500 Personen wurden im Hof eines überfüllten Gefängnisses festgehalten. Die Gerichte brauchten bis zum 6. Mai; dann waren endlich alle Verfahren gegen die Inhaftierten abgeschlossen.

Es gab einige Fälle von Verbrüderung zwischen den Häftlingen und der Polizei. Soldaten reichten Bonbons und Zigaretten in das umzäunte Gelände. In einem Fall veranstalteten Militärpolizisten unter sich eine Sammlung für diejenigen Gefangenen, die keine 10 Dollar für ihre Freilassung hatten. Alle Berichte sprechen von einem besseren Verhältnis zwischen Armeeangehörigen und Demonstranten als zwischen letzteren und der städtischen Polizei.

Obwohl die Regierung offensichtlich Massenfestnahmen geplant hatte, führte das Fehlen jeglicher Vorbereitung im Hinblick auf ihre Unterbringung und der Verstoß gegen alle gesetzlichen Vorschriften zu lebhaften Protesten von seiten solcher Organisationen wie der American Civil Liberties Union. Ihr Sprecher, Rechtsanwalt Neier, erklärte, es sei die gesetzliche Vorschrift verletzt worden, nach welcher Festnahmen nur im Falle „eines wahrscheinlichen Verstoßes gegen ein Gesetz" erlaubt sind. Man habe sich absichtlich nicht an das Gesetz gehalten. Er fügte hinzu: „Da es unmöglich war, bestimmte Beamte und festnehmende Personen zu identifizieren, ist jede anschließende Strafverfolgung unmöglich. Daher war die danach praktizierte Haft nicht in Ordnung. Sie wurde zur Vorbeugehaft, da eine Untersuchungshaft unmöglich war."

Ein Polizeisprecher rechtfertigte die Aktion mit der Erklärung, ohne die Außerkraftsetzung der normalen Bestimmungen „hätte es passieren können, daß von der Stadt nichts mehr übrig geblieben wäre".

Rennie Davis meinte: „Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes erst der Anfang. Wir kommen wieder. Sie werden jeden jungen Menschen in Amerika ins Gefängnis stecken müssen, bevor man uns aufhalten kann."

III

Die dramatischen Ereignisse in Washington überschatteten die zahlreichen zur gleichen Zeit stattfindenden Demonstrationen, die tatsächlich in allen größeren Städten der USA durchgeführt wurden. An der Staatsuniversität in Kent, wo vor einem Jahr die Nationalgarde vier Studenten erschoß, fand eine viertägige Gedenkveranstaltung statt. Es gab keine Zwischenfälle. In Kent sprach Julian Bond, der erste schwarze Abgeordnete des Staates Georgia, vor den Studenten und forderte sie auf, jedes Abenteurertum zu vermeiden und ihren Zorn in politische Aktivitäten zu kanalisieren, die das ganze Jahr hindurch stattfinden und „in Lehrbuchmanier zu wirklicher Macht werden". Am nächsten Tage sprach der schwarze Schauspieler Dick Gregory über einen breitangelegten Boykott gegenüber Firmen, die vom Kriege profitieren, um so eine Beendigung des Krieges zu erzwingen. In der gleichen Nacht begannen 4500 Studenten eine 26stündige Mahnwache bei Kerzenlicht an genau der Stelle, wo im vergangenen Jahr die Studenten getötet wurden. Zur Schlußveranstaltung kamen 7000 Studenten zusam-

men, um den Bürgerrechtsführer Jessie Jackson zu hören, sowie Dean Kahler, einen 21jährigen Studenten, der im vergangenen Jahr von einer Kugel ins Rückgrat getroffen wurde und dessen untere Körperhälfte zeitlebens gelähmt bleiben wird. Dean Kahler erklärte: „Dieser Krieg hat vier unserer Brüder und Schwestern getötet. Jetzt muß Kent eine wichtige Rolle bei der Beendigung dieses Krieges spielen. Wir sollten keine Angst davor haben, daß man uns wegen unserer Gewaltlosigkeit die Köpfe einschlägt."

Zur gleichen Zeit trafen Arthur Krause (Pittsburgh) und Mrs. Elaine Miller (New York) mit den Eltern der beiden anderen Studenten zusammen, die in Kent getötet wurden. Sie führen gemeinsam einen Prozeß gegen den früheren Gouverneur von Ohio, James A. Rhodes, gegen zwei ehemalige hohe Offiziere der Nationalgarde und gegen 36 Nationalgardisten. Sie fordern 57 Millionen Dollar Schadenersatz. Krause sagte: „Junge Menschen fragen sich, ob unser System funktioniert. Ich versuche ihnen zu zeigen, daß man es zum Funktionieren bringen kann, selbst wenn es zu spät ist, etwas für meinen Jungen zu tun."

Die Disziplin der Kent-Studenten war um so bemerkenswerter als die Grand Jury, die die Morde untersucht, die Nationalgarde von jeglicher Verantwortung freigesprochen und stattdessen einige Studenten angeklagt hat.

In New York, Boston, Chicago, San Francisco und LosAngeles wurden die „Maitage" mit gleichzeitigen Aktionen begangen wie beispielsweise massenhaften Lobby-Einsätzen in den örtlichen Büros der Kongreßabgeordneten und Senatoren, die man aufforderte, Gesetzentwürfe zu unterstützen, in denen der Truppenabzug aus Vietnam festgelegt wird, aber auch Gesetzentwürfe zur Unterstützung der Armen und insbesondere der Empfänger öffentlicher Wohlfahrtsgelder.

In Los Angeles versammelten sich Tausende im Ausstellungspark zu einem ökumenischen Gedenkgottesdienst für die in Vietnam Gefallenen, der von zehn Pfarrern und zwei Rabbinern gehalten wurde. Es war ein dramatischer Augenblick, als eine Abteilung aktiver Marinesoldaten mit einigen Offizieren — sämtlich mit ihren Kriegsauszeichnungen — einen Sarg durch die Menge zum Podium trugen. Während des Gedenkgottesdienstes wurde dieser Sarg als Symbol der Kriegsopfer von den Marinesoldaten und einer Gruppe von 50 Vietnamveteranen bewacht. Ein Geistlicher forderte die Anwesenden auf, sich diesen Sarg fest einzuprägen, der mit den Flaggen der USA, der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams bedeckt war. Die Kundgebung schloß mit Ansprachen von Cesar Chavez, dem mexico-amerikanischen Landarbeiterführer, und der Schauspielerin Jane Fonda. Jane Fonda hat zahlreiche militärische Einrichtungen in den USA während der letzten Monate besucht. Wo immer sie gegen den Krieg sprach, brachten die Soldaten ihr stehend Ovationen dar. Sie zitierte Nixon, der seinerzeit erklärt hat, er wolle nicht der erste amerikanische Präsident sein, der einen Krieg verliert, und sie fügte hinzu: „Er kann aber sehr wohl der erste Präsident werden, der eine Armee verliert."

Wie sieht man die bisherige Reaktion der Presse und der Öffentlichkeit auf die Frühjahrsoffensive aus? Ein Versuch des ultrarechten Pastors McIntire, in Washington eine Parade „für den Sieg in Vietnam" aufzuziehen, war ein spektakulärer Reinfall. 14 500 Menschen kamen zu seiner Kundgebung, eine armselige Zahl verglichen mit der halben Million, die genau an der gleichen Stelle nur wenige Wochen zuvor für den Frieden demonstriert hatten. Die Jahreskonferenz der Baptistischen Kirchen Amerikas hat ihre Entscheidung vom vergangenen Jahre revidiert, als sie eine Resolution für die Beendigung des Krieges abgelehnt hatte.

In diesem Jahr wurde eine Entschließung angenommen, in der der Abzug der amerikanischen Truppen bis Ende 1971 gefordert wird.

Es wird notwendig sein, zwischen der unmittelbaren Reaktion auf die Frühjahrsoffensive und ihren langfristigen Auswirkungen zu unterscheiden. Von der Regierung, dem Kongreß und den Nachrichtenmedien wurden die beiden zeitlich, aber nicht inhaltlich durch eine Woche getrennten Demonstrationen sehr unterschiedlich behandelt. Die Regierung beurteilte absichtlich die Demonstration vom 24. April als eine akzeptable, ja sogar respektable Äußerung oppositioneller Meinung. Ebenso der Kongreß, wo zahlreiche Abgeordnete ihre Sympathie mit den Demonstranten, vor allem mit den Veteranen zum Ausdruck brachten. Die „Tauben" begrüßten die Unterstützung, die ihnen die demonstrierenden Bürger angedeihen ließen. Und das, obwohl der Präsident erklärt hatte, er werde sich durch Demonstrationen nicht beeinflussen lassen. Im Gegensatz dazu wurden die Aktivitäten der „Maileute" als „Aktionen des Mobs" bezeichnet. Die permanenten Aktivitäten im Verlauf der ersten Mai-Woche haben das Establishment erschreckt, gerade weil sich der Protest gegen die Kriegspolitik mit all ihren militärischen, außen- und innenpolitischen Aspekten richtete. Diese Aktionen haben die Regierung gezwungen, die Maske der Legalität mit der Anordnung illegaler Massenverhaftungen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß fallen zu lassen. Es stimmt, daß nicht geschossen und niemand getötet wurde. Aber das ist den Hunderttausenden von Demonstranten zu danken, die der von ihren Organisatoren ausgegebenen Parole der Gewaltlosigkeit sowohl am 24. April wie auch in der ersten Maiwoche mit bemerkenswerter Disziplin Folge geleistet haben. Die Beteiligung von großen Kontingenten aktiver Soldaten am 24. April und dann an den Demonstrationen in zahlreichen Großstädten muß den Schlaf der Mächtigen denn doch empfindlich stören. Die Teilnahme der Arbeitslosen, der Wohlfahrtsempfänger und — wenn auch in einem noch nicht befriedigenden Ausmaß — der schwarzen und braunen Minderheiten sowie der permanente Charakter der Aktivitäten, wie sie für die bevorstehenden Monate geplant sind, schaffen neue und schwierige Probleme für eine Regierung, die sich einer ständig anwachsenden Arbeitslosigkeit und steigenden Preisen gegenübersieht; von der internationalen Vertrauenskrise gegenüber dem Dollar erst gar nicht zu reden.

Im Kongreß, wo die meisten Liberalen bis vor kurzem relativ stumm geblieben sind, muß der verstärkte Druck der Wähler sich auswirken. Daß Abgeordnete die Demonstranten aufsuchten und ihre Solidarität zum Ausdruck brachten, ist ein Beweis dafür. Die Zeugenaussage des Marineleutnants John Kerry, von der Ausschnitte im Fernsehen übertragen wurden, hat einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die Debatten über mehrere Gesetzentwürfe, in denen ein Datum für den Truppenabzug der USA festgelegt wird, haben eine starke Opposition gegen Nixons Globalstrategie demonstriert. Das innenpolitische Programm des Präsidenten ist in große Schwierigkeiten geraten, und schon werden die Messer für die Präsidentenwahlen des kommenden Jahres gewetzt.

Wenn die Friedensbewegung ihre Aktionen zu den vielen innen- und außenpolitischen Themen, die durch den Krieg verschärfte gestellt werden, durchhalten kann, wenn sich die Auffassung des Volksbündnisses für Frieden und Gerechtigkeit durchsetzt gegenüber der Konzentration auf nur ein Thema und auf Massendemonstrationen als alleinige Taktik, dann kann diese Frühjahrsoffensive der Anfang einer Volksbewegung werden, die politisch nicht mehr zu ignorieren ist. Es war Dwight D. Eisenhower, der einst gesagt hat: „Das Volk will den Frieden so sehr, daß die Regierung ihm eines Tages aus dem Wege gehen und ihm den Frieden geben muß." Dieser Tag ist unter Umständen gar nicht so weit entfernt.

Zur Funktion der integrierten Gesamtschule

Von Michael Gerhards und Wilhelm Wiegreffe

Kein Begriff steht heute so sehr im Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion wie das Reizwort „Gesamtschule". An diesem Wort — so meinten viele — ließen sich die Geister scheiden: links von rechts, fortschrittlich von rückschrittlich usw. Neuerdings verstärken sich aber auch im Lager der Befürworter dieses neuen Schultyps die Stimmen der Kritik, die sich vor allem mit der Kluft zwischen dem ideologischen Anspruch der Gesamtschule und ihren realen Möglichkeiten befassen.

Weitgehend unbeantwortet jedoch blieb bisher die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der Gesamtschule. Ihre Konzeption ist ja nicht — abgehoben von allen materiellen Gegebenheiten unseres Lebens — den Köpfen einiger Bildungspolitiker entsprungen, sondern entspricht einem realen Bedürfnis der Gesellschaft nach veränderter Ausbildung.

In der bürgerlichen Gesellschaft aber sind gesellschaftliche Bedürfnisse von denen des Kapitals nicht zu trennen. Wir erlangen deshalb erst dann Klarheit über die gesellschaftliche Funktion der Gesamtschule, wenn wir sie materialistisch aus dem kapitalistischen Reproduktionsprozeß ableiten. Das soll in diesem Aufsatz versucht werden. Wir gehen dabei von folgender These aus: Die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals machen eine beschleunigte Veränderung des Produktionsprozesses notwendig. Der Arbeitsprozeß als Mittel des Verwertungsprozesses erfordert heute eine veränderte Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft. Der Wandel der Qualifikation ist die Primärvoraussetzung wirtschaftlichen Wachstums. Zur Realisierung von Produktivitätsfortschritten muß sich die Qualitätsstruktur des Gesamtarbeiters ändern. Diese Veränderung kann das derzeitige Schulsystem nicht leisten. Deshalb braucht das Kapital für seine optimale Verwertung ein den veränderten Bedingungen des Produktionsprozesses adäquates Schulsystem.

Historischer Rückblick

Bei Beginn der Rekonstruktionsperiode in der BRD existierte bereits eine qualifizierte Arbeiterschaft. Die Arbeitsplatzstruktur brauchte deshalb lediglich der schon vorhandenen Berufsstruktur der Bevölkerung angepaßt zu werden. Als der Produktionsstand der Vorkriegszeit erreicht war, war der output des Bildungssystems an qualifizierten Arbeitskräften an sich schon zu gering. Dieser Mangel wurde aber nicht akut, da ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der DDR — großenteils qualitativ hochstehende Arbeitskräfte — ihn kompensierte und so das weitere wirtschaftliche Wachstum ermöglichte. Erst zu Beginn der 60er Jahre, als sich die Arbeitsplatzsstruktur infolge der — zur Erzielung höherer Produktivität notwendig gewordenen — technischen Neuerungen wandelte, erwies sich die Berufsstruktur als qualitativ unzureichend und damit als limitierender Faktor weiteren wirtschaftlichen Wachstums. Die ungenügende Qualifikationsstruktur wurde denn auch zu einer der Ursachen der Wirtschaftskrise 1966/67. Aus dieser Zeit datie-

ren die dringenden Forderungen, das Bildungssystem durch eine grundlegende Reform den Erfordernissen der ökonomischen Entwicklung anzupassen.

Erfordernisse des Arbeitsprozesses

Die Erfordernisse des künftigen Arbeitsprozesses dürften sich polarisierend auf die Qualifikationsstruktur auswirken. Der weiter fortschreitenden Dequalifizierung im unteren Bereich tritt eine Verbreiterung des mittleren Qualifikationsniveaus gegenüber. Der „Beruf" im herkömmlichen Sinne des Wortes weicht zunehmend Tätigkeitsinhalten und Qualifikationsmerkmalen, die den gewohnten Berufsbildern nicht mehr entsprechen. Auch das, was wir heute unter „Umschulung" verstehen, also der Wechsel von einer alten in eine neue — in sich abgeschlossene — Ausbildung, verliert an Bedeutung.

Deshalb ist es zweckmäßig, die Arbeitskraft von vornherein so auszubilden, daß Fundamente gelegt werden, auf die man bei fortschreitender Entwicklung in Form von Weiterbildung oder kurzzeitiger Zusatzausbildung aufbauen kann. Damit wäre eine ständige Anpassung des Arbeitsvermögens an neue Erfordernisse des Arbeitsprozesses bei minimalen Kosten gewährleistet [1]).

Im künftigen Arbeitsprozeß verschiebt sich die Struktur der Qualifikation immer mehr von Fertigkeiten auf Kenntnisse. Die Arbeitskraft muß „endlich operationale Fähigkeiten" erlernen und das Erlernte zuverlässig reproduzieren können [2]). „Schöpferische" Intelligenz und Improvisationsfähigkeit werden von der Mehrzahl der Arbeitenden nicht verlangt. Unterschiedliche Aufgaben, meistens auf gleichem, manchmal auf höherem Ausbildungsniveau, machen es zwingend notwendig, das Interesse an beruflicher Weiterbildung zu wecken und eine permanente Lernbereitschaft aufrechtzuerhalten — selbst dann, wenn die Aussicht auf beruflichen Aufstieg als Stimulans entfällt. Denn die Weiterbildung zielt nicht darauf, sondern auf die Anpassung an die sich vollziehende Weiterentwicklung [3]). Die Lernbereitschaft ohne Aufstiegserwartung ist aber nur zu verwirklichen, wenn die Arbeitskraft neben ihren arbeitsplatzspezifischen Kenntnissen sogenannte „prozeßunabhängige" Qualifikationen [4]) besitzt, die für den reibungslosen Ablauf des zukünftigen Arbeitsprozesses konstitutiv sind [5]).

Als derartige grundlegende Fähigkeiten gelten: Mobilität, Flexibilität, Kontinuität, Disziplin, Verantwortung, Leistungsbereitschaft, hohe Arbeitsmoral im allgemeinen etc. [6]).

Diese Verhaltenskriterien sind Garanten für die Elastizität der Arbeitsorganisation in den technisch sich ständig umwälzenden Produktionsabläufen (Ausbildungskriterien rangieren erst auf Platz zwei!).

Erst solche „prozeßunabhängigen" Qualifikationen und die innere Disposition zu „sozialpartnerschaftlichem" Verhalten befähigen den Lohnabhängigen, sich an die wechselnde Arbeitsplatzstruktur und die Strukturen einer autoritären Leistungsgesellschaft anzupassen.

Das Ziel von Erziehung, Bildung und Ausbildung im Spätkapitalismus ist deshalb im Endeffekt die „Dressur technologisch gefuchster Sozialanalphabeten" [7]).

---

1) Dazu: RKW-Studie, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, 1. Band, Frankfurt 1970, S. 228.
2) Kommunistische Erziehung II/III, Schule im Kapitalismus, o. Jg. und Ort, S. 18.
3) Dazu: RKW-Studie, a.a.O., S. 228.
4) Ausdruck von Kern/Schumann in der RKW-Studie, a.a.O.
5) Dazu: RKW-Studie, a.a.O., S. 91.
6) Dazu: RKW-Studie, a.a.O., S. 298.
7) JuSo-Bundeskongreß, München 69, in: Stellungnahmen des PV-SPD zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der JuSos in München 1969, Reihe „Jugend", Heft 1, Hrsg. SPD-Vorstand, Bonn 1970, S. 51.

Erfordernisse des Verwertungsprozesses

Der Ausbau des Ausbildungssektors ist für das Kapital von größter Notwendigkeit. Denn in ihm wird das Arbeitsvermögen, das erst wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, produziert. Für die Erfordernisse des Produktionsprozesses ist die Ausbildungsarbeit also notwendig, vom Verwertungsprozeß aus gesehen allerdings unproduktiv, da sie keinen Mehrwert schafft.

Dieser Widerspruch ist gleichzeitig der Widerspruch zwischen kurzfristiger Profitmaximierung und langfristiger Profitsicherung, zwischen den Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer und denen des forschungsexpansiven Monopolkapitals.

Zur Lösung des Widerspruchs zwischen kurzfristiger Profitmaximierung und langfristiger Profitsicherung setzt man deshalb in der technokratischen Bildungsreform auf Effizienz. Das heißt: Straffung und Verkürzung der Ausbildung im tertiären Sektor des Ausbildungswesens wie Fachschulen, Hochschulen etc. Daß demgegenüber die Ausbildungsdauer im Sekundarbereich, also in den allgemeinbildenden Schulen (obligatorischer Besuch des 10. Schuljahres), wächst, ist nur scheinbar widersprüchlich. Denn diese haben die Produktion des „abstrakten Arbeitsvermögens", die Befähigung zur allseitigen Anpassung, zu leisten — eine Aufgabe, die mit der derzeitigen Schulzeitdauer nicht zu erfüllen ist. Außerdem erspart die längere Sekundarschulzeit indirekt erhebliche Kosten. Denn „eine Ausbildung, die von vornherein für die Anpassung an die Weiterentwicklung tragfähige Elemente legt" [8]), ist durch die Hineinnahme der Berufsgrundausbildung und studienbezogener Fächer in das Gesamtschul-Konzept gewährleistet. Dadurch verringern sich die Investitionen des Kapitals in die Lehrlingsausbildung, und es wird möglich, von der langwierigen, kostspieligen Umschulung überzugehen zur kurzzeitigen, kostensparenden Zusatzausbildung. Gleichzeitig gäbe es weniger Studienabbrüche und -wechsel, so daß auch im tertiären Sektor des Ausbildungswesens die Investitionen sich — wenn auch relativ — verringern würden. Einen ebenfalls kostensparenden Effekt hat das Aufschieben der Berufszielentscheidung in der Gesamtschule. Die viel zu früh getroffene Berufsentscheidung im dreigliedrigen Schulsystem zieht es nach sich, daß Qualifikationen nach Zahl und Art am Arbeitsmarkt „vorbei" produziert werden, in dieser Form also für das Kapital unbrauchbar sind.

Durch den Aufschub der Berufszielentscheidung wird es möglich, den Beruf „arbeitsmarktnah" zu wählen und damit den aktuellen Bedürfnissen des Kapitals nach bestimmten Qualifikationen entgegenzukommen. Auch auf diese Weise entfällt von vornherein ein großer Teil an Investitionen für Umschulungen, für Studienplätze etc.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Die technokratische Bildungsreform soll durch notwendige erhöhte Investitionen in Bildung und Ausbildung einen optimalen output an qualifizierten Arbeitskräften erzielen. Den Profiterfordernissen des Verwertungsprozesses wird — trotz absolut höherer Bildungsausgaben — am Ende doch Genüge getan, denn die Ware Arbeitskraft wird sich — im Verhältnis Produktionskosten zu Produktivkraft — immer noch relativ verbilligen.

Die integrierte Gesamtschule (Reaktion auf die Anforderungen des Arbeits- und Verwertungsprozesses)

In Hinblick auf die oben beschriebenen zukünftigen Anforderungen des Produktionsprozesses ist für den Schulbereich das Modell der integrierten Gesamt-

8) RKW-Studie, a.a.O., S. 229.

schule konzipiert worden. Die Gesamtschule ist nur Teil einer umfassenden Bildungskonzeption, sie findet ihre Fortsetzung und Entsprechung in der Gesamthochschule. Diese Kontinuität bedeutet u. a. die Aufhebung der Trennung von Schule und Berufsausbildung, von Bildung und Ausbildung überhaupt.

Im folgenden soll die Gesamtschulkonzeption kurz dargestellt werden:

In der Gesamtschule ist die bisherige vertikale Dreigliedrigkeit des Schulsystems zugunsten einer horizontalen Differenzierung mit Kern-, Kurssystem, das allen Schülern angeboten wird, aufgehoben. Der Schüler wird entsprechend seiner Lernfähigkeit Niveaustufen von Fachleistungskurven besuchen, die teilweise obligatorisch, teils fakultativ sind, ohne daß er durch punktuelle Auslese auf einen bestimmten Bildungsweg und Schulabschluß festgelegt wird.

Den veränderten Anforderungen des zukünftigen Produktionsprozesses versucht die integrierte Gesamtschule durch eine veränderte Didaktik, veränderte Lerninhalte und neue Unterrichtsorganisationen Rechnung zu tragen:

Mobilität

Von den Lohnabhängigen wird zukünftig die Fähigkeit zu schnellerem Arbeitsplatzwechsel, d. h. zu größerer Mobilität und Flexibilität, verlangt. Die Didaktik der Gesamtschule steht deshalb unter der Forderung „Das Lernen lernen". Der Schüler soll nicht Fakten anhäufen, sondern Methoden erlernen, die es ihm ermöglichen, immer wieder neue Inhalte aufzunehmen. „Im Unterricht muß das Elementare, das Fundamentale, das Exemplarische und Paradigmatische bedeutsam werden" [9]). Der programmierte Unterricht bietet Lernschemata an, die auf beliebige Lerninhalte angewendet werden können. Die Inhalte sind nach dem Baukastensystem strukturiert (z. B. Einführung der Mengenlehre im Rechenunterricht), sie sind also nach Bedarf ausbaufähig.

Die Einführung des Faches Arbeitslehre überträgt einen Teil der Berufsausbildung auf die Schule. Jedoch ist das Fach Arbeitslehre so konzipiert, daß der Schüler nicht vorzeitig auf einen bestimmten Beruf festgelegt wird, sondern durch eine Grundausbildung („Technisch-naturwissenschaftliche Wirtschaftslehre") die Voraussetzung für verschiedene Berufsmöglichkeiten erhält. In der 9. und 10. Klasse durchläuft der Schüler vier verschiedenartige halbjährige Berufsvorbereitungskurse. Durch den dreimaligen Wechsel wird er psychisch darauf vorbereitet, den Beruf später einmal oder mehrmals zu wechseln. Außerdem verfügt er über Grundkenntnisse verschiedener Berufsgruppen, die bei Bedarf durch Zusatzausbildung nur wieder aktualisiert werden müssen.

Verschärfte Leistungsbemessung und Leistungskontrolle in der Gesamtschule sollen dem Schüler für die — durch Weiterbildung bedingte — lebenslange Prüfungssituation die notwendige psychische und physische Mobilität geben.

Während der Schüler im herkömmlichen Schulsystem durch Eintritt in einen der drei Sekundarzweige schon mit dem 10. Lebensjahr, also mindestens vier Jahre vor Schulabschluß, auf einen Berufsbereich festgelegt wird, wird die Berufsentscheidung in der Gesamtschule erst mit dem 15. Lebensjahr, ein Jahr ungefähr vor Verlassen der Schule, getroffen. Hier kann die Gesamtschule den aktuellen Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes eher Rechnung tragen. Die Vergabe eines nicht mehr nach Schultypen unterschiedenen Zeugnisses, sondern eines einheitlichen Zeugnisses mit Binnendifferenzierung ermöglicht es zudem, die Zulassungskriterien für bestimmte Berufe und Berufsgruppen dem Arbeitsmarktbedarf immer wieder neu anzupassen.

---

9) Carl-Heinz Evers, Modelle moderner Bildungspolitik, Frankfurt 1969, S. 85.

In der Gesamtschule wird die Fähigkeit zur Mobilität unterrichts-organisatorisch auch durch die Einführung des Kern-, Kurssystems, das eine häufige Neuorientierung des Schülers auf wechselnde Lernsituationen erfordert, geschult. Die Differenzierung in Großgruppen-, Kleingruppenunterricht und individuelle Arbeit bereitet den Schüler auf ständig wechselnde Arbeitsbedingungen vor.

Soziale Integration

Die Veränderungen des Produktionsprozesses verlangen von den betroffenen Arbeitern zum Teil arbeiterschichtatypische Verhaltensweisen und Fähigkeiten, die durch die traditionelle Sozialisation in der Arbeiterfamilie nicht produziert werden, z. B.: analytischen Wahrnehmungsstil im Gegensatz zum globalen, begrenzte Fähigkeit zum selbständigen Handeln, Selbstverantwortlichkeit, hierarchisches Gesellschaftsbild anstatt eines dichotomen. Die Gesamtschule versucht, diese gewünschten Fähigkeiten bei Arbeiterkindern zu produzieren. Unterschiedliche Leistungsniveaus in den Leistungsfächern (Fachleistungskursen) sollen dem Schüler Lern- und Leistungsmotivation vermitteln. Die Gesamtschule, die mindestens in den Kernfächern das Zusammensein von Schülern verschiedener Sozialschichten garantiert, ermöglicht die Identifizierung der Arbeiterkinder mit mittelschichtspezifischen Normen und deren Übernahme eher als die Hauptschule.

Das Fach Politik (bzw. Gesellschaftskunde oder Sozialkunde) ist in der Gesamtschule Kernfach und Politische Bildung als soziales Integrationsmedium konzipiert.

Die geplante Einführung des Ganztagsunterrichts hat u. a. die Funktion, Arbeiterkinder länger in der durch mittelschichtspezifische Normen geprägten Schule zu belassen, sie aus dem elterlichen Milieu herauszureißen und den eigenen klassenspezifischen Einflüssen zu entziehen. Der Ganztagsunterricht hat weiterhin zur Folge, daß Arbeiterkinder auch in der Freizeit mit Mittelstandskindern zusammenkommen.

Größere Zahl Höherqualifizierter

Aus arbeitswissenschaftlichen Untersuchungen läßt sich die Forderung nach Ausdehnung besonders des mittleren Ausbildungssektors herleiten. Das Rekrutierungsfeld für dieses Qualifikationsniveau ist die Arbeiterklasse, die durch übliche Bildungswerbungskampagnen (z. B. Zweiter Bildungsweg) nicht in ausreichendem Maße zu mobilisieren ist. Das kann nur durch eine strukturelle Veränderung des Schulsystems geleistet werden. Das herkömmliche Schulsystem, Ausdruck der Selbstrekrutierung der Klassen, erweist sich gegenüber der Forderung „Ausdehnung des mittleren Qualifikationsniveaus" als disfunktional. Eine, wenn auch nur wenigen Arbeiterkindern mögliche Überwindung der Bildungsbarrieren kann nur die Gesamtschule garantieren. Die Ziele der Gesamtschule: „Förderung jedes einzelnen bis zum höchsten Maß seiner Leistungsfähigkeit" und „Ausbildungsmöglichkeiten, die stärker auf die Befähigung des einzelnen eingestellt sind" [10]), bedeuten Abkehr von einem „fiktiven Durchschnitt" der Leistungen, der den über dem Durchschnitt liegenden Schüler eher hemmte und den unter dem Durchschnitt liegenden Schüler nachhinken ließ. Der Leistungsunterricht soll den Schüler individuell seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend fördern.

Eine weitaus größere Bedeutung als in den herkömmlichen Schulen wird in der Gesamtschule der Sprachausbildung zugesprochen. Bei Arbeiterkindern ist die

[10]) Merkblatt für die Eltern, Hrsg. Britz-Buchow-Rudow-Gesamtschule, S. 2.

Entwicklung der Artikulationsfähigkeit nicht so weit fortgeschritten wie bei Kindern gleichen Alters aus der bürgerlichen Klasse. In den ersten Schuljahren werden die Kinder deshalb einem intensiven Sprachtraining ausgesetzt.

Der Selektionscharakter der Gymnasien beruhte hauptsächlich auf der sprachlich-philologischen Ausrichtung; von denjenigen Arbeiterkindern, die die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium bestanden, verlassen 75 Prozent die Schule vor dem Abitur [11]). Diese Sprachbarriere wird in der Gesamtschule dadurch abgebaut, daß nur noch *eine* Fremdsprache obligatorisch ist. An die Stelle einer zweiten oder gar dritten Fremdsprache treten Schwerpunkte — technische, wirtschaftswissenschaftliche —, die eher der „Lebenswirklichkeit" der Arbeiterkinder — so die Schulreformer — entsprechen sollen als Sprachen.

In den herkömmlichen Schulen hindern mangelhafte Leistungen in einigen Fächern den Schüler oft am gehobenen Abschluß. In der Gesamtschule wird ein Schüler durch mangelhafte Leistungen in einer Fächergruppe nicht an einem gehobenen Abschluß in anderen Fächern gehindert, wenn er darin gute Leistungen vorweisen kann. Nicht eine „universelle Bildung", sondern Herausbildung eines spezifischen Arbeitsvermögens ist die Aufgabe der Gesamtschule.

Effektivität

In der Gesamtschule wird Bildung auf Kosten der Ausbildung immer weiter verdrängt. „Bildung" hat nur noch dort Berechtigung, wo sie — wie im Sozialkundeunterricht — eine soziale Integrationsfunktion hat. Der Ausbildungsvorgang wird gestrafft, um die Ausbildungskosten und den Wert der Ware Arbeitskraft, der sich zum Teil durch die in ihn eingegangenen Ausbildungskosten bestimmt, minimal zu halten. Der Schüler soll jeweils nur das lernen, was er später für seine berufliche Tätigkeit benötigt. Der programmierte Unterricht reduziert den Lernprozeß auf das absolut Notwendige, er paßt sich dem Aufnahmevermögen des jeweiligen Schülers an.

Im Fremdsprachenunterricht verlagert sich das Gewicht auf die Sprechfähigkeit der Fremdsprache, also auf den Gebrauch der Sprache. Der Unterricht in homogenen Leistungsgruppen (Fachleistungskursen) soll den Schüler individuell optimal fördern, obgleich auf Grund der Erfahrungen in den Berliner Gesamtschulversuchen die Rückkehr zu heterogenen Leistungsgruppen erwogen wird, da in solchen Gruppen der Leistungsanreiz und die daraus resultierende Lernmotivation eventuell größer und das Postulat, gleiche Lernziele bei verschiedener Methodik in den Fachleistungskursen derselben Altersstufe, nicht realisierbar ist.

Die Verlängerung des Schul-Arbeitstages in Form des angestrebten Ganztagsunterrichts erhöht quantitativ die Effektivität der Ausbildung.

Die zunehmende Funktionalisierung des Bildungswesens zu einem Berufausbildungswesen bewirkt die Integration von Elementen der Arbeitssphäre in das allgemeinbildende Schulwesen. Im Wahlpflichtunterricht der Gesamtschule wird für diejenigen, die nach Abschluß der Mittelstufe in den Beruf gehen, die Berufsausbildung zu einem Teil mit in die Schule hineingenommen (Fach Arbeitslehre). Dies geschieht nicht nur zur Verkürzung der Berufslehre oder Fachschulausbildung, sondern auch deshalb, weil die Berufsausbildung — bedingt durch die Verwissenschaftlichung der Produktion — eine qualitative Wandlung erfahren wird. Ein größerer Teil der Arbeiter wird über mehr theoretische Grundkenntnisse verfügen müssen, da die Anforderungen des Arbeitsprozesses auf Grund fortschrei-

11) Peter Sandmeyer, Arbeiterkinder an unseren Universitäten, unkorrigiertes Rundfunkmanuskript, SFB-Copyright, 1969, S. 9.

tender Rationalisierung und Automation zunehmen. Der Einzelkapitalist kann privat die veränderte Berufsausbildung nicht leisten. Zudem wird in der Oberstufe der Gesamtschule ein Teil des Studiums in den Schwerpunktfächern vorweggenommen.

Effizienzsteigerung in der Gesamtschule bedeutet Straffung des Ausbildungsprozesses, Ablösung alter Bildungsideale durch Ausbildung konkreten und abstrakten Arbeitsvermögens. Konvergent zur Gesamtschule ist die Gesamthochschule konzipiert worden. Kontinuität des Ausbildungssektors und -prozesses bedeutet Effizienzsteigerung, da Brüche — wie bisher zwischen Schulabschluß und Universität oder Berufsausbildung — vermieden werden. Es wird zukünftig nicht mehr gerechtfertigt sein, zwischen Schule, Universität und Berufsausbildung zu unterscheiden. Die gesamte Ausbildung ist dann stringent auf den Beruf ausgerichtet.

Zur Ideologie der Gesamtschule

Die Gesamtschule wird von bürgerlichen Pädagogen und Sozialwissenschaftlern [12]), von Verbänden und Parteien [13]) als Kernstück eines demokratischen Bildungssystems gepriesen und populär gemacht. Der Anspruch, „demokratisch" zu sein, gründet sich vor allem auf die wissenschaftlich unhaltbare Prämisse, die Gesamtschule gewährleiste für alle Kinder die „Gleichheit der Startchancen", die „Gleichheit der Bildungschancen", die „Gleichheit der Chancen" generell [14]). Die vertikal gegliederte „Drei-Klassen-Schule" — noch in den 50er und 60er Jahren mit demselben schmückenden Etikett „demokratisch" beklebt — wird wie eine heiße Kartoffel fallengelassen und als undemokratisch „entlarvt", obwohl diese Tatsache spätestens in den 20er Jahren bekannt war [15]). Grund für die Umetikettierung sind eben nicht plötzlich aufgetauchte ethische Bedenken, sondern die oben angeführten ökonomischen Notwendigkeiten. Die traditionellen selektiven Schulformen reichen nicht aus, „um den Bildungsstand weiter Bevölkerungskreise auf den Stand zu bringen, der erforderlich erscheint, um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben" [16]). Die wirtschaftlichen Interessen werden denn auch ohne ethische Umschweife als primärer Grund für die Schulreform angeführt, allerdings weniger in Wahlreden als im esoterischen Bereich wissenschaftlicher Veröffentlichungen.

Die Parole von der Chancengleichheit — Lieblingsargument „moderner" bürgerlicher Bildungspolitiker — erweist sich bei näherer Untersuchung als Demagogie: Psychoanalyse, Entwicklungspsychologie und Sozialisationstheorie belegen gleichermaßen, daß die psychostrukturellen Grundlagen des Menschen schon in den Säuglings- und Kleinkindphasen gelegt werden und nahezu irreversibel sind [17]). Bei der Einschulung ist die schulische Entwicklung des Kindes also schon weitgehend durch die Sozialisation in der Familie determiniert. Der Eintritt in die Schule bedeutet für das Kind aus der Arbeiterklasse — im Gegensatz zum Mittelstandskind — den Bruch mit der vorangegangenen Sozialisation, die bestimmt war durch unterschichtenspezifische Verhaltensnormen. Auch die „individuelle Förderung" und „kompensatorische Erziehung" in der Gesamtschule ist nicht in der Lage, die aus diesem Bruch resultierenden Schwierigkeiten der unterprivilegierten Kinder entscheidend zu beheben. Was durch kompensatorische Erziehung „bestenfalls" erreicht werden kann — und wohl auch im Inter-

12) Sander, Theodor; Rolff, Hans-G.; Winkler, Gertrud, Die Demokratische Leistungsschule, Hannover 1967.
13) Z. B. Modell für ein demokratisches Bildungswesen, Entwurf, Hrsg. SPD-Vorstand, Bonn 1969.
14) So die SPD in den „Sozialdemokratischen Perspektiven" und im „Modell für ein demokratisches Bildungswesen".
15) Vgl. z. B.: J. Tews, Freie Bahn dem Tüchtigen, Leipzig 1916, S. 75 f.
16) Gesamtschule, Hrsg. Pädagogisches Zentrum Berlin, Weinheim, Berlin 1967, S. 19.
17) Dazu: Sozialisation und Kompensatorische Erziehung, Soziologisches Seminar an der FU Berlin, SS 1968 und WS 1969, Berlin 1969.

esse der Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft angestrebt wird —, ist die „Anpassung unterprivilegierter Gruppen an die Leistungsnormen einer mittelklassenorientierten Schule und damit die Integration des Individuums in eine leistungsorientierte Mittelklassengesellschaft" [18]).

Rolff gibt zu bedenken, daß die Anpassung des Arbeiterkindes an die „bürgerliche Subkultur" nur durch psychische Konflikte des Kindes (z. B. Entfremdung vom Elternhaus und sozialer Umwelt) erkauft werden kann [19]), und stellt fest, daß Chancengleichheit der Kinder nur über die Emanzipation ihrer Eltern möglich ist, wenn also Berufsposition und Arbeitsplatzsituation, deren sozialpsychologische Implikationen für die Sozialisation der Kinder entscheidend sind, verändert werden. Aber auch dann wäre das Wort „Chancengleichheit" noch Euphemismus. Solange zum Beispiel mit abnehmendem wirtschaftlichen Status die Wohn- und Umweltbedingungen schlechter werden und sich negativ auf die Leistungswerte der Kinder auswirken [20]), ist Chancengleichheit eine Fiktion.

Die politische Reaktion bastelt sich mit dem Begriff „Chancengleichheit" nebenbei ein vordergründiges, aber politisch schlagkräftiges Argument zur Festigung ihrer elitären Herrschaft: Denn wenn alle „Begabungsreserven" durch die technokratische Bildungsreform „ausgeschöpft" worden sind, sind „die oben" eine wirkliche, durch Begabung und Leistung definierte Elite. Diejenigen aber, die trotz „Chancengleichheit" qua „individueller Förderung" und „kompensatorischer Erziehung" noch immer „unten" stehen, müssen dann erkennen, daß ihre kümmerliche Position nicht auf verbauten Chancen beruht, sondern daß sie selbst kümmerlich *sind!* [21]). So kann man der Unterschicht ihre eigene Inkompetenz zu politischer Macht „meßbar" vorzeigen, die eigene Macht aus der Höhe des Intelligenzquotienten „wissenschaftlich" legitimieren, die politische Apathie der Arbeiterklasse verstärken und die eigene Herrschaft festigen. Hier soll nicht etwa bestritten werden, daß in der Auseinandersetzung um die Verwirklichung einer integrierten Gesamtschule progressive Positionen sich entwickeln und entwickelt werden müssen.

Was hier nachgewiesen werden soll, ist: Auf der bildungspolitischen Tagesordnung steht das Thema „Gesamtschule" heute primär deshalb, weil die Verwertungsbedürfnisse des Großkapitals zunehmend auf eine flexiblere Form der Schule angewiesen sind, die disponiblere, anpassungsfähigere Arbeitskräfte ausbildet. Die inhaltlichen Forderungen nach Demokratisierung der Bildungseinrichtungen wie der Bildungsinhalte werden allein durch die Einrichtung von Gesamtschulen nicht eingelöst.

Die Gesamtschule ist — das sei anerkannt — tatsächlich demokratischer als die herkömmliche „Drei-Klassen-Schule". Der Prozentsatz der Arbeiterkinder an Abiturienten und Studenten wird steigen. Deshalb ist sie aber bei weitem noch nicht demokratisch (ganz zu schweigen von der *inneren* Demokratisierung, von der in den Entwürfen so gut wie nichts steht und die in den laufenden Gesamtschulexperimenten nicht stattfindet!).

Die Gesamtschule ist — auch das sei zugegeben — leistungsfähiger. Die output-Rate an Qualifikationen wird größer sein als im bisherigen Schulsystem. Doch der zugrundeliegende Leistungsbegriff ist technokratisch an den Erfordernissen des Verwertungsprozesses ausgerichtet. Die Schüler stehen unter ständigem rigo-

---

18) Ebd., S. 171.
19) H.-G. Rolff, Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1967, S. 107.
20) Vgl. J. W. B. Douglas, The Home and the School, London 1966.
21) Vgl. Michael Young, Es lebe die Ungleichheit, Auf dem Wege zur Meritokratie, Düsseldorf 1961, S. 107 f., nach H. v. Hentig, Systemzwang und Selbstbestimmung, Stuttgart 1969, S. 128.

rosem Leistungsdruck mit der Wirkung permanenter Auslese. Dieser Leistungsbegriff orientiert sich nicht am Menschen, ist nicht gerichtet auf Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung, auch wenn gerade das in den Propagierungen der Gesamtschule von den Bildungspolitikern immer wieder betont wird, sondern zielt vornehmlich auf die Erfordernisse des Profit-Systems, also auf die spätere Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft.

Ausblick

Auf den Widerspruch zwischen kurzfristiger Profitmaximierung und langfristiger Profitsicherung haben wir schon hingewiesen. Das bisher Dargestellte erweckt aber dennoch den Anschein, als sei die Anpassung des Bildungs- und Ausbildungswesens an die Bedingungen des technologischen Wandels zwangsläufig im Interesse des Gesamtkapitals. Tatsächlich jedoch sind die Anforderungen der Wirtschaft an das Ausbildungswesen nicht einheitlich. Ohne auf die verschiedenen Unterfraktionierungen einzugehen, kann man unterscheiden zwischen zwei Fraktionen mit unterschiedlichen, zum Teil divergierenden Interessen am Ausbildungssektor: „Auf der einen Seite das forschungsexpansive und expandierende Kapital, für das der technologische Fortschritt unmittelbar relevant ist, für das deshalb kurzfristige und langfristige Interessen konvergieren (vornehmlich vertreten durch die Monopole und Konzerne, die Verf.) — auf der anderen Seite das mittlere und kleine Kapital . . . , deren Haltung von der existentiellen Bedrohung durch die Monopole bestimmt ist" [22]). Die vom Staat finanzierte Produktion der Ware „qualifizierte Arbeitskraft" wird überwiegend in den Verwertungsprozeß des forschungsintensiven Monopolkapitals eingeschlossen. Deshalb hat das kleine und mittlere Kapital ein Interesse an der Reduzierung der Wissenschafts- und Bildungsausgaben, „da es diese Ausgaben in erster Linie zu zahlen hat, aber gerade der technologische Fortschritt ein Hebel ist, vermittels dessen die Monopole das mittlere Kapital aufsaugen" [23]).

Politisch verbunden ist das mittlere und kleine Kapital mit dem konservativen Bürgertum, parteipolitisch fühlt es sich heute am ehesten durch die CDU/CSU repräsentiert. Diese Partei versucht deshalb — obwohl sie die Rolle der Hauptpartei des großen Kapitals spielt — den Eindruck zu erwecken, sie schütze die Positionen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und „Mittelständler". Die Interessen der Monopole im Ausbildungssektor werden unter diesen Bedingungen heute in reinster Form von der SPD vertreten.

Wegen der weitgehenden Autonomie der Bundesländer im bildungspolitischen Bereich läßt sich abschätzen, daß das Gesamtschulsystem vorerst vorwiegend in SPD-regierten Ländern auf- und ausgebaut werden wird. Allerdings werden sich die übrigen Länder über kurz oder lang ebenfalls anschließen müssen, denn auch sie können es sich auf die Dauer nicht leisten, die Erfordernisse des Monopolkapitals zu negieren.

---

22) Arbeitspapier: Die Ausbildung der Arbeitskraft und das wirtschaftliche Wachstum; zum Seminar Bildungsökonomie am Otto-Suhr-Institut, SS 1970, S. 8.
23) H. Breger, Hochschule und Kapital, in: Rotes Forum, 2/70, S. 39, zit. nach o. a. Arbeitspapier.

Jugend im Betrieb

Zur Problematik betrieblicher Berufsausbildung in der BRD

Von Horst Kern

I

Entwickelte Industriegesellschaften sind durch ein hohes Maß gesellschaftlicher Arbeitsteilung gekennzeichnet — ein Umstand, der sich auch an der Struktur ihrer Erziehungssysteme deutlich ablesen läßt: die Vergesellschaftungsfunktion der Familie wird eingeschränkt, Schule und Betrieb übernehmen verstärkt wichtige Sozialisationsaufgaben. Diese für Industriegesellschaften typische Gewichtsverlagerung zwischen den Trägern des Sozialisationsprozesses verläuft jedoch je nach den konkreten gesellschaftlichen Gegebenheiten in unterschiedlichen Bahnen. Daraus resultieren nationale Unterschiede im Erziehungssystem, die sich unter anderem an einem unterschiedlichen Verhältnis zwischen schulischer und betrieblicher Sozialisation zeigen. Für das westdeutsche System ist nun charakteristisch, daß es dem Betrieb einen besonders großen und der Schule einen vergleichsweise geringen Einfluß auf den Sozialisationsprozeß zuerkennt. Dazu einige Daten:

1) Der Übergang aus der Schule ins Erwerbsleben findet bei uns relativ früh statt. Nach einer inzwischen neunjährigen Pflichtschulzeit [1]) wird die überwiegende Mehrheit unserer Jugendlichen direkt aus der Vollzeitschule in die Betriebe entlassen. Demzufolge standen 1967 bereits 70 Prozent der Sechzehnjährigen und 80 Prozent der Siebzehnjährigen als Lehrlinge oder Ungelernte direkt im Betriebsablauf [2]).

2) Die Berufsschulen — Teilzeitschulen, in denen die jugendlichen Arbeitnehmer nach den geltenden Schulgesetzen acht bis zwölf Stunden pro Woche unterrichtet werden sollen — können diese starke Bindung an die Betriebe kaum reduzieren. Ihre Pflichtstundenzahl ist viel zu gering und wird überdies in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal erreicht: mehr als die Hälfte aller Jugendlichen erhält heute realiter weniger als acht Wochenstunden Berufsschulunterricht [3]).

Diese Merkmale spiegeln das große Gewicht wider, das unsere Gesellschaft dem Betrieb im Sozialisationsprozeß zuspricht. Sie begründen zugleich einen wichtigen Unterschied zu den Erziehungssystemen anderer Industrieländer, die sich oft durch eine für die Schule günstigere Relation zwischen schulischer und betrieblicher Sozialisation ausweisen — sei es, weil die Schulzeit vor Eintritt ins Erwerbsleben länger ist, sei es, weil die Schule einen größeren Anteil an der Aus- und Weiterbildung bereits erwerbstätiger Jugendlicher hat [4]). Unter diesen Umständen lohnt es sich gerade bei uns, genauer nach dem Einfluß des Betriebs auf die Situation und das Verhalten junger Arbeitnehmer zu fragen.

---

1) Die in einigen Bundesländern vorhandenen Ansätze zur zehnjährigen Vollzeitschule haben bisher noch nirgends zu einer weiteren obligatorischen Veränderung der Schulzeit geführt.
2) Statistisches Jahrbuch für die BRD, 1969, S. 75.
3) W. D. Winterhager, Kriterien zur Überprüfung der Qualität von Lehrverhältnissen, in: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 11, Stuttgart 1970, S. 30.
4) Vgl. dazu vor allem die Verhältnisse in den USA, Frankreich und der Sowjetunion; einen Vergleich ermöglichen: W. Lempert und H. Ebel, Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Freiburg 1965, S. 86 ff.; M. Baethge, Ausbildung und Herrschaft, Frankfurt 1970, S. 209 ff.

Nach seinem Betriebseintritt erfährt der Jugendliche die Gesellschaft in einer ihm bisher unbekannten Dimension: als Produktionsprozeß. Dieses neue Erfahrungsfeld setzt neue Leistungsansprüche: es fordert die Ausbildung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Einstellungen — kurz: von Qualifikationen —, die für die Produktion wichtig erscheinen, unter Umständen verlangt es sogar mehr, nämlich die direkte Übernahme produktiver Funktionen. Die konkrete Gestalt dieser Anforderungen wird durch die nur historisch greifbare gesellschaftliche Verfassung des Produktionsprozesses bestimmt, wobei für analytische Zwecke zwei Anforderungselemente unterschieden werden können: die Produktionstechnik, die freilich ihrerseits gesellschaftlich präformiert ist, und die Arbeitsorganisation, deren Ziele und Methoden durch die jeweils vorherrschenden Interessen geprägt werden [5]). Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ist der Produktionsprozeß kapitalistischer Verwertungsprozeß, und als solcher dient er primär der Erzielung von Profiten; die in ihm verwendete Technik und die für ihn charakteristische Organisation der Arbeit erhalten ihre Form durch das kapitalistische Verwertungsinteresse, beide sind ausgerichtet am Gesichtspunkt profitabler Produktion. Für unser Problem ergibt sich durchaus die fraglos wichtige, aber doch noch zu allgemeine Bestimmung: daß der Jugendliche durch seinen Eintritt in den Betrieb in die kapitalistische Produktion eingegliedert und damit den dieser Produktionsform eigentümlichen Leistungsnormen ausgesetzt wird. Diese Bestimmung verlangt Konkretisierung: es gilt zu fragen, in welcher Form die Leistungsnormen des kapitalistischen Betriebs dem Jugendlichen entgegentreten und wie sie seine betriebliche Situation und sein Verhalten bestimmen. Diese Fragen will ich im folgenden diskutieren. Meine Überlegungen richten sich dabei an dem heute sicher vordringlichen erziehungspolitischen Problem aus: ob eine kapitalistisch verfaßte Gesellschaft in der Lage ist, in ihrem Erziehungssystem wenigstens ansatzweise die Ansprüche zu erfüllen, die an das Erziehungssystem einer demokratischen Industriegesellschaft gestellt werden müssen, genauer: ob und inwieweit es ihr gelingen kann, „Mobilität und Disponibilität zu ermöglichen und ein Situations- und Weltverständnis im Sinne eines aufgeklärt rationalen und demokratischen Bewußtseins zu vermitteln" [6]).

Ein Blick auf Stellungnahmen der Unternehmerseite zu den Zielen betrieblicher Sozialisation bestärkt den Verdacht, daß hier ein negatives Votum zu geben sei. Da heißt es z. B. in einem Vortrag von Herbert Studders, einem Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: „Als das erste und einfachste Ziel der Berufsausbildung muß ein wirtschaftliches Arbeiten gefordert werden. Das zweite Ziel sollte sein, den Menschen zu einem leistungsfrohen und leistungswilligen Arbeiter zu machen. Das dritte Ziel sollte sein, ihn zu einem sozialverträglichen Menschen zu erziehen. Als viertes Ziel schwebt mir vor, mit der Ausbildung und Erziehung der qualifizierten Fachkraft ihre optimale volkswirtschaftliche Einsatzfähigkeit zu erreichen. Und als letztes Ziel möchte ich bezeichnen, daß es erreicht werden muß, dem in einem Beruf und für eine erfolgreiche Arbeit in der Wirtschaft ausgebildeten Menschen eine wirtschaftliche, soziale und damit auch politische Standfestigkeit zu geben" [7]). Das Deutsche Industrieinstitut wiederholt gleiches, nur knapper, in einer neueren Veröffentlichung: „Das Ziel betrieblicher Bildungsarbeit ist es, den einzelnen in ein zufriedenstellendes Verhältnis zur Arbeit, zum Arbeitsplatz, zu den Mitarbeitern und Vorgesetzten, zum Betrieb, zum Staat und zur Gesellschaft zu führen" [8]). Die

5) In Anlehnung an Überlegungen, die M. Baethge hinsichtlich der Berufsausbildung anstellt; a.a.O., S. 167 f.
6) Baethge, a.a.O., S. 176.
7) H. Studders, in: P. Luchtenberg und E. Krause (Hg.), Beiträge zur Reform der Berufserziehung, Bielefeld 1952, S. 65.
8) Deutsches Industrieinstitut, Wirtschaft und Bildung, Köln 1966, S. 7 f. — Daß die hier zitierten Stellen nicht willkürlich ausgewählt wurden, zeigt die umfassende Arbeit von M. Baethge.

Ziele, die ein derart ausgerichtetes Erziehungssystem anvisiert, liegen auf der Hand: Hier geht es um die Vermittlung von Eigenschaften, die die Anpassung an die gegebenen betrieblichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gewährleisten und die die bedingungslose Übernahme der Funktionen garantieren, deren der Produktionsprozeß in seiner gegenwärtigen Form bedarf. Nicht die Autonomie des Individuums soll durch die Sozialisation im Betrieb gesichert werden, nicht die sich in seiner Umwelt selbstbewußt und kritisch bewegende Persönlichkeit soll gefördert werden, sondern die wirtschaftlich handelnde, leistungsfrohe, leistungswillige, sozial-verträgliche, einsatzfähige, zufriedene Arbeitskraft. Die „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung", die berufskundliche Zentralstelle der Unternehmer, hat die gewünschten Eigenschaften in einem „Beurteilungsbogen für Lehrlinge" in aller Klarheit offengelegt. Danach zeichnet sich der gute Lehrling (hier „Spitze" genannt) durch folgende Merkmale aus: sehr sauber, sehr ordentlich, besonders kräftig, hält körperliche Anstrengung mühelos aus, über sein Alter hinaus gereift, energiegeladen, tatkräftig, unternehmungslustig, frisch, lebendig, Augen überall, konzentriert, unermüdlich, behält sehr gut, weiß sofort Bescheid, gewitzt, voller Einfälle, klar vorausdenkend, scharfsinnig, findig, ausgesprochener Praktikus, Arbeitsinteresse nie erlahmend (auch bei unangenehmer Arbeit), schwungvoll, unermüdlich, sehr sorgfältig, peinlich genau, sehr gewissenhaft, ausgesprochener Ordnungssinn, immer zur Stelle, termingenau, selbstsicher, zuvorkommend, sehr höflich, taktvoll, sofort einspringend, aufopfernd [9]). Das unternehmerische Idealbild vom Arbeitnehmer als dem fungiblen und überdies selbstgenügsamen Produktionsfaktor wird hier in nicht zu überbietender Deutlichkeit formuliert.

II

Daß die Unternehmer die betriebliche Sozialisation gerade in diese Richtung lenken, entspricht durchaus ihrer objektiven Interessenlage. Den Unternehmern muß es zunächst darum gehen, den Jugendlichen in ihren ersten Betriebsjahren diejenigen Qualifikationen zu vermitteln, die der Arbeitsprozeß unter den gegebenen bzw. in absehbarer Zeit sich realisierenden Bedingungen braucht, um (im unternehmerischen Sinne) erfolgreich abgewickelt zu werden. Wie aber sehen die durch die Produktionstechnik definierten Qualifikationsbedürfnisse heute im einzelnen aus?

1) In der Literatur ist verschiedentlich der Vermutung Ausdruck gegeben worden, die gegenwärtige Phase des industriellen Wandels — vor allem der wenigstens partielle Übergang zur Automation — reduziere nachhaltig den Anteil jener unqualifizierten Industriearbeiten, die in der industriellen Produktion lange Zeit im Vordergrund standen [10]). Die Ergebnisse der neueren empirischen Forschung geben Anlaß zu einem zurückhaltenderen Urteil: Der Anteil der unqualifizierten Arbeiten hat sich im Zuge des technischen Wandels gewiß reduziert, dennoch haben diese Arbeiten im Bereich der Arbeitertätigkeiten nach wie vor große Bedeutung. Dies vor allem wegen der Beständigkeit, mit der Arbeiten dieser Art auch auf den höheren Stufen der Mechanisierung immer wieder auftreten; daneben auch infolge des Umstands, daß die Automatisierungsprozesse unter gewissen Bedingungen neue Formen restriktiver und unqualifizierter Arbeit entstehen lassen [11]). Da diese Arbeiten gerade dadurch bestimmt sind, daß sie den Arbeitern keine Chance zur Ausbildung und Entfaltung von Kenntnissen und

9) Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Beurteilungsbogen für Lehrlinge, W. Bertelmann Verlag KG Bielefeld, Bestell-Nr. 12 14 005 270.
10) Vgl. z. B. R. Blauner, Alienation and Freedom, Chicago/London 1964, S. 182 und passim.
11) Vgl. H. Kern und M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970, insbesondere S. 139.

Fertigkeiten bieten, entspricht es dem unternehmerischen Grundsatz der Wirtschaftlichkeit, jene Arbeiter durch bloße Verhaltensdisziplinierung in ihre beschränkte betriebliche Rolle einzupassen: Sie erhalten entweder gar keine systematische Ausbildung (12,9 Prozent der Berufsschüler blieben 1967 ungelernt [12]), wobei der Anteil der Ungelernten innerhalb der Teilgruppe der Jungarbeiter erheblich höher liegen dürfte) oder aber eine Berufsausbildung, die von vornherein auf geringe Verwendungsfähigkeit ausgerichtet ist und alsbald zum Übergang auf ungelernte Arbeiten zwingt [13]).

2) Eine zweite Hauptgruppe industrieller Tätigkeiten könnte als qualifizierte Produktionsarbeit gekennzeichnet werden. Diese Tätigkeitsgruppe gewinnt durch die Prozesse der Automatisierung Bedeutung [14]). Freilich benötigt der Arbeiter im Regelfall auch für diese Art von Arbeit keine umfangreichen theoretischen Vorkenntnisse und deshalb auch keine dementsprechende Ausbildung. Wichtig sind hier vor allem prozeßunabhängige Fähigkeiten wie Flexibilität, technische Intelligenz, Perzeption, technische Sensibilität, Verantwortung, die zwar an einem bestimmten Produktionsverfahren erlernt und trainiert werden müssen, an dieses aber nicht gebunden sind und ohne größere Schwierigkeiten auf neue Arbeitsbereiche übertragen werden können [15]). Daß die Unternehmer selbst die Ansprüche dieser Arbeit realistisch einschätzen, wird an den Auswahlkriterien deutlich, die sie bei der Besetzung neuer qualifizierter Produktionsarbeitsplätze anlegen: Die Auswahl der Arbeiter für diese Tätigkeiten orientiert sich vordringlich an Verhaltenskriterien: man erwartet große Flexibilität (intellektuelle Wendigkeit, Auffassungsbereitschaft, Aufnahmefähigkeit, gute Beobachtungsgabe, Umstellungsbereitschaft u. ä.) und hohe Arbeitsmoral (Leistungsbereitschaft, Fleiß, Zuverlässigkeit, Disziplin, Betriebstreue u. ä.) und sieht in diesen Eigenschaften die Garanten für die Elastizität der Arbeitsorganisation bei technischen Umstellungen [16]). Es ist leicht einzusehen, daß diese Qualifikationsbedürfnisse durch eine am Erziehungsideal der Unternehmer orientierte Ausbildung durchaus abgedeckt werden.

3) Schließlich ist eine Gruppe von Tätigkeiten zu nennen, deren Vollzug eine spezifische Fachausbildung voraussetzt. Um hierfür genügend qualifiziertes Personal verfügbar zu machen, muß die betriebliche Sozialisation wenigstens partiell auch Berufsausbildung im engeren Sinne sein. Sie kann sich darum nicht ausschließlich auf die Vermittlung der bloßen Verhaltenseigenschaften beschränken, die sonst im Zentrum des unternehmerischen Erziehungsideals stehen. Soll die moderne industrielle Produktion ihre Funktion, die profitable Gütererzeugung unter Verwendung komplizierter Techniken, erfüllen, so bedarf sie — und dies sogar in wachsendem Umfang [17]) — auch qualifizierter Fachkräfte, vor allem in folgenden Qualifikationsbereichen:

„1) Grundkenntnisse der Metallerzeugung und -verarbeitung. 2) Grundkenntnisse für Büroarbeit und Verwaltung. 3) Grundkenntnisse der Maschinenbedienung und -wartung. 4) Grundkenntnisse des Verkaufs. 5) Grundkenntnisse der Textilherstellung und -verarbeitung" [18]). Allerdings steht auch die Ausbildung dieser Fachkräfte unter restriktiven Bedingungen: vermittelt wird nur, was der

12) W. Grevens und W. Albert, Statistiken zur Lehrlingsausbildung, in: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 11, S. 137.
13) Genaueres zum Problem des Berufswechsels weiter hinten.
14) Kern/Schumann, a.a.O., S. 139 und passim.
15) a.a.O., vor allem S. 122 ff.
16) H. Kern und M. Schumann, Soziale Voraussetzungen und Folgen des technischen Wandels, in: RKW (Hg.), Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Bd. 1, Frankfurt 1970, S. 298.
17) Der Anteil der Lehr- und Anlernlinge an der Gesamtgruppe der Jugendlichen steigt allmählich an; vgl. Grevens/Albert, a.a.O., S. 129.
18) H. Ebel, Die Konzentration der Berufe und ihre Bedeutung für die Berufspädagogik, Köln/Opladen 1962, S. 59.

Produktion nützt, mehr nicht. „Oft werden die erhobenen Bildungs- und Ausbildungsforderungen ausschließlich aus betrieblichen Notwendigkeiten deduziert, weitergehende pädagogische Maßnahmen dagegen explizite abgelehnt. Leitgedanke der Industriepädagogik ist also nach wie vor die Versorgung der Betriebe mit qualifiziertem Fachpersonal" [19]). Notwendig ist diese Beschränkung freilich nicht. Fortgeschrittene Industriegesellschaften wie die unsrige verfügen über ein ausreichendes ökonomisches Fundament und über genügend wissenschaftliche Kapazität, um das Rentabilitätsprinzip zu relativieren und die Humanisierung der Arbeit als selbständige Handlungsmaxime bei der Gestaltung industrieller Produktionsprozesse einzuführen. Daraus folgern Lempert/Ebel für das Berufsbildungssystem zwingend: „Die weitgehende Freiheit der Aufteilung und der Veränderung industrieller Arbeitsfunktionen stempelt jede bündige Deduktion von Ausbildungszielen aus Arbeitsplatzanalysen zur Ideologie ... die Ausbildung (könnte) mehr ermöglichen als die bloße Anpassung an gegebene oder erwartete Arbeitssituationen. Sie könnte zugleich deren Veränderung intendieren — ihre Veränderung im ... Sinne eines selbständigeren Leistungsvollzugs ..." [20]).

III

Die bisher vorgetragenen Überlegungen scheinen mir in ausreichendem Maße die Adäquanz von unternehmerischem Erziehungsideal und technisch vermittelten Qualifikationsbedürfnissen zu belegen. Es zeigte sich, daß die Unternehmer mit der betrieblichen Sozialisation diejenigen Qualifikationen anstreben, die zum Funktionieren der Produktion hier und heute erforderlich sind: Man vermittelt, was verwertet werden kann, und verzichtet auf all das, was der Verwertung nicht (oder noch nicht) zugänglich ist. Unsere Überlegungen würden aber zu kurz geraten, wollten sie nur diese Restriktivität des unternehmerischen Erziehungsideals herausstellen und sich mit dem bloßen Hinweis darauf begnügen, daß objektiv vorhandene Möglichkeiten zur Humanisierung nur nicht mit eingeschlossen werden. Das Erziehungsideal der Unternehmer ist nicht einfach restriktiv, weil es Mögliches ausschließt, es ist zugleich repressiv, weil es Veränderung bekämpft. Dies wird deutlich, wenn wir uns eine weitere Funktion betrieblicher Sozialisation vergegenwärtigen.

Kapitalistische Produktion ist gesellschaftliche Erzeugung von Werten bei privater Aneignung des Mehrwerts. Der kapitalistische Unternehmer steht unter diesen Umständen immer unter einem gewissen Legitimationsdruck, weil die Produzenten der Werte leicht an der Rechtmäßigkeit einer Produktionsverfassung zu zweifeln beginnen, die sie der Früchte ihrer Arbeit in starkem Maße beraubt. Das probate Mittel zur Abwehr derart kritischer Regungen besteht in der Vermittlung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die die Arbeitnehmer an die Legitimität des Systems glauben lassen und so ihre Identifikation mit dem Bestehenden sichern. Die Arbeitnehmer tatsächlich zur Aussöhnung mit der gegebenen Verfassung des Betriebs und der Gesellschaft zu bringen, ist seit jeher eine der Hauptfunktionen unternehmerischer Erziehungsbemühungen [21]). Heute erhalten diese identifikatorischen Ziele unternehmerischer Erziehung allerdings ein besonders großes Gewicht: der Ausbau betriebsexterner Bildungseinrichtungen, dem sich auch unsere Gesellschaft nicht gänzlich verschließen kann, gefährdet in besonders starkem Maße die Legitimitätsgrundlage kapitalistischer Herrschaft und gibt so zu verstärkter identifikatorischer Arbeit Anlaß. „Die nur von den gesell-

[19]) Lempert/Ebel, a.a.O., S. 37.
[20]) a.a.O., S. 61 f.
[21]) Baethge, a.a.O., S. 32 ff.

schaftlichen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen zu leistende Vorbildung der Arbeiter, Angestellten und Manager nimmt dem Betrieb — je länger diese Vorbildung dauert, desto mehr — eine Machtquelle und fördert den Einbruch von nicht spezifisch privatwirtschaftlichen... Elementen in den Betrieb" [22]). Diesen Einfluß müssen die Unternehmer zur Aufrechterhaltung ihrer eigenen Herrschaftsposition neutralisieren, und sie tun dies auf verschiedenen Wegen. Eine ihrer zentralen Methoden besteht in einer gegenläufigen Beeinflussung des jugendlichen Arbeitnehmers. Ihm versucht man nahezubringen, daß die betrieblichen und gesellschaftlichen Verhältnisse so sind, wie sie sein müssen und nur sein können; seine soziale Phantasie wird dadurch eingeschränkt, sein kritischer Intellekt verkümmert. Nicht Vorbereitung und Befähigung für gesellschaftlichen Fortschritt ist die Maxime dieser Erziehung, sondern Hinnahme der Stagnation. Als Beleg hierfür darf das schon eingangs skizzierte unternehmerische Erziehungsideal gelten, dem Momente wie kritisches Denken oder autonomes Handeln gänzlich abgehen. Wo die Unternehmerseite das ihr angemessen erscheinende Gesellschaftsbild direkt anspricht, werden die Ziele ihrer identifikatorischen Bemühungen freilich noch deutlicher. So schreibt zum Beispiel Anne Beelitz vom Deutschen Industrieinstitut: „Es geht ... darum, dem einzelnen in der Gesellschaft zum Selbstverständnis, zum Verständnis seiner Umwelt, zum Weltverständnis zu helfen, d. h. ihn zu bilden, und zwar in einer Art zu bilden, die der durch Wissenschaft und Technik gewandelten Wirklichkeit entspricht. Bei diesen Feststellungen handelt es sich um Fakten bzw. um Entwicklungstendenzen, die auch durch eine innere Ablehnung nicht zu umgehen sind. Die Gesellschaft, allen voran die Schule, muß sich auf diesen maßgeblich durch die Wirtschaft entstandenen Wandel einstellen, um den Gegensatz zwischen Gesellschaftsbewußtsein und Gesellschaftswirklichkeit zu beheben. Wenn der einzelne davon spricht, Teil der industriellen Gesellschaft zu sein, muß er im Denken und Handeln die Konsequenzen ziehen und lernen, ein mitverantwortliches ‚Ja' zu dieser Entwicklung zu sagen" [23]). Martin Baethge, der in seiner Studie über „Ausbildung und Herrschaft" die Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik umfassend analysiert, spricht auf Grund derartiger Äußerungen von einer „funktionalistischen Verformung von Bildung" im unternehmerischen Bildungsverständnis: „Diese Verformung findet ihren Ausdruck darin, daß Bildung und ‚Bildungsarbeit' um alle kritischen Elemente destruiert worden ist. Weder finden wir im unternehmerischen Bildungsverständnis Kritik, Widerstand, Distanz oder Negation als Ziele noch Irrtum, Widerspruch oder Umwege als Moment dessen, was uns als ‚Bildung im Betrieb' angeboten wird. ... Es geht, um es in einem Begriff zusammenzufassen, dieser Art von Bildung um ‚Anpassung' und nur um Anpassung" [24]).

Der Jugendliche im Betrieb ist — und davon war bislang die Rede — zunächst das Objekt eines Sozialisationsverfahrens, das ihn auf jene Rolle ausrichtet, die er normalerweise erst später voll wird ausfüllen können: auf die Rolle als Arbeitskraft. In diesem Sozialisationsprozeß wird — wie wir sahen — ein aufs Notwendigste beschränktes Potential an Arbeitsqualifikationen vermittelt und die unkritische Identifikation mit der überkommenen Arbeitnehmerrolle und der Gesellschaft, die diese Rolle definiert, angestrebt. Die ersten Jahre im Betrieb sind also primär Latenzzeit: Präparation für dauerhafte Funktionstüchtigkeit im Dienst kapitalistisch organisierter Produktion. Daneben erfüllen die Jugendlichen jedoch bereits in dieser Phase direkt produktive Funktionen, allerdings in unter-

[22]) a.a.O., S. 78.
[23]) A. Beelitz, Schule und Arbeitswelt, zit. nach Baethge, a.a.O., S. 229; Baethge führt zahlreiche weitere Belegstellen an.
[24]) Baethge, a.a.O., S. 230.

schiedlicher Stärke. Sie sind dadurch von vornherein nicht nur Gegenstand spezifischer Sozialisation, sondern zugleich auch direkt Objekt unternehmerischer Ausbeutung. Der Ausbeutungscharakter des Arbeitsverhältnisses, in dem viele Jugendliche heute stehen, wird an verschiedenen Momenten deutlich. Ich deute hier **nur zwei besonders wichtige Aspekte** an:

1) Die Mißachtung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen:

Das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960 regelt die Beschäftigung von Lehrlingen und jugendlichen Ungelernten. Es beschränkt die tägliche Arbeitszeit der Jugendlichen auf acht und die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 bzw. 44 Stunden, es verbietet Nachtarbeit und eine Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen, es legt eine Pausenzeit von einer Stunde pro Tag fest, es erläßt Beschäftigungsverbote für gefährliche Arbeiten sowie für Akkord- und Fließbandarbeiten, und es verbietet körperliche Züchtigung. Diese Vorschriften sollen vor allem die Arbeitsbelastung der Jugendlichen erträglich halten und dem Verwertungsinteresse der Arbeitgeber Grenzen setzen. Seine Funktion vermag das Gesetz freilich praktisch nicht zu erfüllen. Nicht nur, weil die Schutzregeln nicht weit genug gehen (ist es z. B. vertretbar, für einen Arbeitnehmer unter 16 Jahren 40 Stunden Arbeit pro Woche vorzusehen?), sondern vor allem deshalb, weil sie in vielen Fällen nicht eingehalten werden. Das Ausmaß der Verstöße gegen das Gesetz wird durch empirische Untersuchungen angezeigt. So berichten Lempert/Ebel über die Ergebnisse einer Lehrlingsuntersuchung: „1) Die Auswertung des Arbeitsbeginns läßt bei einem Teil der Befragten gesetzlich nicht zulässige Nachtarbeit vermuten. 2) Eine Verletzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes läßt sich auch bei der Darstellung der Gesamtarbeitszeit feststellen. Die gesetzliche Arbeitszeit liegt — je nach der zutreffenden 5- oder 6-Tage-Woche — zwischen 8 und 8½ Stunden. 14 Prozent der Befragten haben eine Arbeitszeit von 10 und mehr Stunden gehabt. 3) Die gesetzlich vorgeschriebene Pausenzeit von 1 Stunde wird bei mindestens 7 Prozent der Befragten (Pausenzeit bis zu 30 Minuten) nicht eingehalten" [25]). Bestätigt wird dies durch eine neue Studie von Lutz/Seyfahrt, die feststellt, es gibt „so gut wie keinen Betrieb, in dem alle Bestimmungen eingehalten werden" [26]). Ein Gutachten von W. D. Winterhager für die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats kommentiert die Situation sicher richtig: „Unzureichend scheinen also weniger die gesetzlichen Regelungen als die Bereitschaft der Lehrherren, sie einzuhalten, und die Kontrollen" [27]). Diese Haltung ist kapitalistischen Ursprungs: sie erklärt sich aus dem Interesse der Unternehmer an einer möglichst ergiebigen Nutzung bereits der jugendlichen Arbeitskraft.

2) Die Fehlleitung der Ausbildung:

Die Unternehmer gestalten und kontrollieren unser System der Berufsausbildung, lediglich lose überwacht durch die Wirtschaftsverwaltung, die sich ihrerseits privatwirtschaftlichen Grundsätzen verpflichtet weiß. Dies gibt die Möglichkeit, die Ausbildungspraxis so festzulegen, daß die ökonomischen Interessen der Unternehmer möglichst nachhaltig erfüllt werden: Jugendliche Arbeitskraft ist bekanntlich billige Arbeitskraft, zumal dann, wenn sie nur mit dem entlohnt wird, was das Lehrlingsrecht „Erziehungsbeihilfe" nennt. Dieser Umstand verführt gewiß zur „Lehrlingszüchterei": zur Ausbildung von Lehrlingen in Berufen ohne Zukunft, für die objektiv kein oder nur ein vergleichsweise geringer Ausbildungsbedarf besteht. Das quantitative Ausmaß dieser Überproduktion an Fach-

---

25) Lempert/Ebel, a.a.O., S. 289.
26) B. Lutz und C. Seyfahrt, Informationen zur Situation des Jugendarbeitsschutzes, München 1970, zit. nach einem Vorbericht in: Der Spiegel, 1970, Nr. 9, S. 54.
27) Winterhager, a.a.O., S. 36.

kräften in bestimmten Berufssparten ist exakt nur schwer auszumachen. Fest steht aber, daß die Berufswechslerquoten in Deutschland überdurchschnittlich hoch sind und daß diese hohen Fluktuationsraten auch daher kommen, daß vor allem im Handwerk zu viele Lehrlinge ausgebildet und damit in eine Berufsbahn gelenkt werden, die über kurz oder lang in einer Sackgasse endet. „Nach einer Untersuchung von Wilhelm Kost kamen im Jahre 1960 auf 100 handwerkliche Fachkräfte etwa 20, auf 100 industrielle Facharbeiter jedoch nur 10 Lehrlinge. Nach einer Nachwuchsquote von 26 Prozent (bis 1956) ging etwa die Hälfte der ausgebildeten Gesellen dem Handwerk verloren. In einem Zeitraum von 6 Jahren war das etwa eine halbe Million. Nach nicht veröffentlichtem Material wanderten von den Gesellen, die zwischen 1951 und 1957 ihre Lehre beendeten, rund 60 Prozent aus dem Handwerk ab, in einzelnen Berufen sogar 80 Prozent und mehr. Da die Industrie ihren Facharbeiterbedarf heute weitgehend selbst ausbildet, werden die handwerklichen Abwanderer überwiegend zu einem Berufswechsel gezwungen, der im bestehenden Ausbildungssystem seine Hauptursache hat" [28]).

Freilich: die partielle Überproduktion von Lehrlingen ist nur *eine,* wenn auch die offenkundigste Form der Ausbildungsfehlleitung unter ökonomischen Gesichtspunkten. Stärker verdeckt findet Ausbeutung heute im Rahmen vieler Lehrverhältnisse statt. Sie nimmt dabei vor allem die Form einer verkürzten, einseitig auf die jeweils vorherrschenden Betriebszwecke zugeschnittenen Ausbildung an. Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats stellt in ihren Empfehlungen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung fest: „Viele Lehrlinge werden im Betrieb unvollständig ausgebildet. Die Ursachen dafür sind in der Einseitigkeit der Einrichtungen und Arbeitsprogramme der Lehrfirmen zu suchen, die in vielen Fällen nicht durch eine Ausbildung in anderen Betriebsstätten kompensiert wird. Vielfach sind die nötigen Einrichtungen vorhanden, auch werden alle berufstypischen Arbeiten in der Lehrfirma ausgeführt, die Lehrlinge werden aber nur einseitig beschäftigt oder in unvertretbarem Umfang zu unqualifizierten Routine-, Hilfs- und Nebentätigkeiten herangezogen" [29]). Daß dieser Zustand nicht einfach eine Folge individuellen Versagens darstellt, sondern einen Systemdefekt: nämlich die Unterordnung der Ausbildung unter die ökonomischen Interessen der Unternehmen anzeigt, scheint nahezuliegen.

Das Fazit der vorgetragenen Daten und Überlegungen ist bedrückend: Es zeigt, daß unsere Gesellschaft — die ihrem eigenen Anspruch nach an demokratischen und sozialstaatlichen Prinzipien zu messen ist — die werktätige Jugend, also 70 bis 80 Prozent unserer Jugendlichen, frühzeitig und ungefiltert Verhältnissen aussetzt, die demokratischen Ansprüchen nicht zu genügen vermögen. Eine demokratische Industriegesellschaft muß ihren Jugendlichen die Chance einer Persönlichkeitsentwicklung geben, die autonomes Handeln in allen Lebensbereichen zum Ziel hat. Den Jugendlichen im Betrieb wird diese Möglichkeit heute vorenthalten. Der Eintritt in den Betrieb ist für sie unter den obwaltenden Verhältnissen gerade mit dem Verzicht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und dem Zwang zur Übernahme beschränkter produktiver Funktionen verbunden. So zeigt sich auch hier die für unsere Verhältnisse typische Schere zwischen demokratischem Anspruch und antidemokratischer Praxis, die nachhaltige Systemkorrekturen verlangt, wenn die Gesellschaft ihre eigenen Ansprüche nicht vollends verwirken will.

---

[28]) H. Abel, Das Berufsproblem im gewerblichen Ausbildungs- und Schulwesen Deutschlands (BRD), Braunschweig 1963, S. 184.
[29]) Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommision, Zur Verbeserung der Lehrlingsausbildung, 1969, S. 15.

Die Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten

Von Kenneth M. Lewan

Im Laufe der letzten Jahre haben Amnesty International, das Rote Kreuz und ein Sonderausschuß der UNO-Vollversammlung Berichte veröffentlicht, die die Beachtung der Menschenrechte durch die israelische Militärbesatzung zum Gegenstand hatten. Der Bericht von Amnesty International erschien im April, der vom Roten Kreuz im August/September und der vom Sonderausschuß im Dezember 1970. Diese Quellen bilden die Grundlage für diese Untersuchung über die Einhaltung der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten.

Diese Berichte wurden mit dem Ziel veröffentlicht, die Weltöffentlichkeit auf bestimmte Umstände aufmerksam zu machen. Für das Rote Kreuz war es das erste Mal, daß es davon abgegangen ist, Untersuchungsbefunde geheim zu halten. Schon aus diesem Grunde müßte man ein lebhaftes Echo in der Presse erwarten können. Am Beispiel der als liberal geltenden, regierungsnahen „Süddeutschen Zeitung" wollen wir dann sehen, welchen Niederschlag diese Berichte gefunden haben.

Amnesty International [1])

Diese Organisation beschränkt sich auf Untersuchungen über die Behandlung von politischen Häftlingen. Vertreter dieser Organisation durften „ein paar Zivilgefängnisse" in Israel besuchen, worauf sie berichteten, daß die Lage dort zufriedenstellend sei. Durch umfangreiche Untersuchungen bei Flüchtlingen außerhalb des israelischen Herrschaftsbereichs ist Amnesty International jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß es gute Beweise dafür gibt, daß eine erhebliche Anzahl von Arabern während der Untersuchungshaft in Polizeirevieren oder Internierungslagern gefoltert wurde. Auch glaubt man, gute Beweise dafür gefunden zu haben, daß den Gefangenen während der manchmal mehrere Monate dauernden Untersuchungshaft der Zugang zu Rechtsanwälten und Vertretern des Roten Kreuzes verwehrt wurde.

Mit Art. 5 der Menschenrechtserklärung vom Jahre 1948 lehnte sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen gegen Folterungen auf. Ein Verbot gleichen Inhalts befindet sich in Art. 32 des Genfer Abkommens vom Jahre 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, an dem auch Israel beteiligt war. Dieses Abkommen stellt weiter die Forderungen, daß jeder Angeklagte „so schnell wie möglich" vor Gericht gebracht wird und die Möglichkeit hat, einen Anwalt seiner Wahl in Anspruch zu nehmen, der ihn „ungehindert besuchen kann" (Art. 71, 72). Durch weitere Bestimmungen des Abkommens haben Zivilpersonen das Recht, sich an das Rote Kreuz zu wenden, außer in Fällen, wo zwingende Sicherheitsgründe vorliegen (Art. 32, 63).

Zur Bekräftigung der Vermutung, daß Folterungen tatsächlich geschehen seien, beruft sich Amnesty International auf zahlreiche Beweise. Diese bestehen aus weitgehend übereinstimmenden Zeugenaussagen über Ort und Zeit der Folterungen, Namen und Beschreibungen der Folterer sowie Fotoaufnahmen, Arzt-

1) Report on the Treatment of Certain Prisoners under Interrogation in Israel, Press Statement from Amnesty International, April 1/2, 1970.

berichte usw. Aus einer größeren Anzahl von untersuchten Fällen veröffentlichte die Organisation vier als „typisch". In diesen Fällen sollen Israelis in der Hauptsache versucht haben, Auskunft über die Fedayin oder Zugeständnisse zur Mitgliedschaft in einer Guerillaorganisation zu erpressen. Die Folterung nahm u. a. folgende Formen an: Schläge, Messerschnitte, Verbrennungen mit Zigaretten, elektrische Schocks und Schläge mit Gummiknüppeln auf die Geschlechtsteile, während der Gefangene mit auf dem Rücken gefesselten Händen am Fensterkreuz hing.

Im April 1969 schlug Amnesty International die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission vor, die die Aufgabe gehabt hätte, ihre Arbeit in die besetzten Gebiete hineinzutragen und dort zu einem Abschluß zu bringen. Auch ein Israeli sollte der Kommission beitreten. Amnesty International ließ erkennen, daß sie kein Vertrauen in die israelische Beteuerung setzte, die Beschuldigungen selbst zu untersuchen [2]).

Nach einem Jahr vergeblicher Versuche erhielt Amnesty International eine Antwort, die in der Formulierung weder ein Ja noch ein Nein darstellte. Daraufhin wandte sie sich mit ihrem Bericht an die Öffentlichkeit.

Das Rote Kreuz [3])

In seinem Bericht über den Nahen Osten räumte das Rote Kreuz der Zerstörung von Gebäuden, der Ausweisung von Zivilisten und der Behandlung von Häftlingen in den besetzten Gebieten breiten Raum ein.

Am Anfang des Berichts gibt das Rote Kreuz bekannt, daß es bald nach dem Kriege die Israelis zu bewegen versucht habe, ihre Verpflichtungen aus dem Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilisten anzuerkennen. Die Israelis hätten aber geantwortet, daß sie die Frage noch offen lassen wollten, ob sie an das Abkommen gebunden seien oder nicht. Wie das Rote Kreuz mitteilt, handelte es sich bei dieser Auseinandersetzung hauptsächlich um jene Bestimmungen des Genfer Abkommens, die die Zerstörung von Gebäuden und die Ausweisung von Zivilisten verbieten [4]). Die in Frage kommenden Artikel lauten wie folgt. Art. 49: Einzel- oder Massenzwangsverschickungen sowie Verschleppungen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder dem eines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf deren Beweggrund untersagt. Art. 53: Es ist der Besatzungsmacht untersagt, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu zerstören, das individuell oder kollektiv Privatpersonen oder dem Staat ... gehört, außer in Fällen, in denen die Kampfhandlungen solche Zerstörungen unbedingt erforderlich machen. Art. 33: Keine geschützte Person darf wegen einer Tat bestraft werden, die sie nicht persönlich begangen hat. Kollektivstrafen sowie jede Maßnahme zur Einschüchterung oder Terrorisierung sind untersagt... Vergeltungsmaßnahmen gegen geschützte Personen sind untersagt.

Aus dem Bericht des Roten Kreuzes geht nicht hervor, mit welchen Argumenten die Israelis ihre hinhaltende Stellungnahme erklären wollten. In Presseberich-

[2]) General Burns, der während der Besetzung des Gazastreifens 1956/57 Stabschef der UNO-Organisation zur Überwachung des Waffenstillstandes war, berichtet von dem Widerwillen Israels, seine eigenen Leute wegen der Mißhandlung von Arabern zu bestrafen. E. L. M. Burns, Between Arab and Israeli, 1963, S. 191.

[3]) „The Middle East Activities of the International Committee of the Red Cross, June 1967 — June 1970", International Review of the Red Cross, August and September 1970, S. 424 ff.

[4]) Das Rote Kreuz ist nicht auf die anderen Formen von Kollektivstrafen, außer der Zerstörung von Gebäuden, eingegangen, die während der israelischen Besetzung eine große Rolle spielen, nämlich Ausgangssperren, Beschlagnahme von Eigentum und Reiseverbote. Das Rote Kreuz betrachtet die Besiedlung der besetzten Gebiete durch Israel selbstverständlich als Verletzung von Artikel 49 des Genfer Abkommens, das ausdrücklich ein derartiges Verbot aufstellt. Aber es beschäftigt sich in diesem Bericht nicht eingehend mit diesem Tatbestand, da es seine Fürsprache zugunsten der Araber auf solche Fälle beschränken wollte, in denen ihre Lebensbedingungen unmittelbar beeinträchtigt wurden. „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 459.

ten kam allerdings zum Ausdruck, daß sie sich bei manchen ihrer Handlungen in den besetzten Gebieten auf die Notstandsgesetze aus der englischen Mandatszeit beriefen. Dieser Gedanke wurde von dem israelischen UNO-Botschafter etwas genauer ausgeführt, als er behauptete, daß diese Gesetze auch während der jordanischen Herrschaft in Kraft gewesen seien, — was nichts anderes bedeuten kann, als daß er sich hier auf Art. 64 des Genfer Abkommens stützte, der den Fortbestand von früheren Strafgesetzen unter Militärverwaltungen anordnet. Jedoch übersieht der israelische Vertreter einige wesentliche Tatsachen. Auch wenn Jordanien diese Gesetze nicht ausdrücklich abgelehnt hätte, hätten sie unmöglich in Kraft bleiben können, weil auch Jordanien am Genfer Abkommen beteiligt war und diese Notstandsgesetze dem Genfer Abkommen widersprechen [5]).

In der Frage der Vertreibung von Zivilisten aus den besetzten Gebieten beschränkte sich das Rote Kreuz in seinem Bericht auf die Zeit ab Juli 1967, als es sich, abgesehen von den Militärsperrgebieten, frei bewegen konnte. In dieser Zeit hat es „viele" Fälle von Ausweisungen aufgenommen.

Das Rote Kreuz wies darauf hin, daß die moslemische Bevölkerung auf den Golanhöhen vor dem Kriege etwa 110 000, aber danach nur noch 8000 betrug, und bemerkte dazu, daß die Vertreter des Roten Kreuzes in Israel „... schon 1967 mehrmals versucht haben, die verschiedenen Arten von Druck zu unterbinden, der eingesetzt wurde, um die übrig gebliebenen Einwohner der Golanhöhen nach anderen Teilen von Syrien zu vertreiben". Die „amtliche israelische Stellungnahme" war, die Besatzungsmacht habe nichts unternommen, um die Bevölkerung zur Flucht oder zum Bleiben zu bewegen. Es habe keine Ausweisungen gegeben, sondern nur freiwillige Ausreisen, die verständlich seien, da es für die zurückgebliebenen Familien in der nahen Zukunft keine Aussichten auf ein normales Leben geben könne [6]). In Zusammenhang mit dieser Voraussage sei darauf hingewiesen, daß schon im Oktober 1967 israelische Siedlungen auf den Golanhöhen entstanden waren und daß man die Einführung des israelischen Zivilrechts im Jahre 1969 mit dem Hinweis auf das „blühende wirtschaftliche und politische Leben auf den Golanhöhen" begründete [7]).

Zu den allseits bekannten Ausweisungen aus Westjordanien wegen „staatsgefährdender politischer Betätigung" bemerkte das Rote Kreuz, daß es sich um etwa 80 Fälle handele und daß die israelische Regierung folgende Erklärung abgegeben habe: Die Betroffenen kämen in den Genuß der menschlicheren Lösung, da man sie sonst interniert hätte. Es handele sich auch nicht um Ausweisungen, da sie Jordanier seien und nach Jordanien umgesiedelt würden [8]). Das Rote Kreuz betonte, daß das Genfer Abkommen hier verletzt wurde, was angesichts des Wortlauts und des Zwecks von Art. 49 jedem klar sein müßte.

Als das Rote Kreuz erfuhr, daß Israel im Gazastreifen Druck ausübte, um die Flüchtlinge loszuwerden, forderte es nach einer Untersuchung die Schließung der in den Flüchtlingslagern von Israel unterhaltenen Büros, die die Aufgabe hatten, den Auswanderungsentschluß von Arabern mit klingender Münze zu entgelten. In diesem Falle konnte sich das Rote Kreuz durchsetzen [9]).

---

5) Vor dem Sonderausschuß der Vollversammlung berichtete Jordanien, daß es diese Notstandsgesetze abgeschafft habe. Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Occupied Territory, General Assembly Official Records: 25th Session, 26 October 1970, A/8089. Diese Gesetze aus der Mandatszeit sind in Sabri Geries/Eli Lobel, Die Araber in Israel, 1970, S. 95 ff., ausgeführt und besprochen.

6) „The Middle East Activities . . .", S. 454/55.

7) „Süddeutsche Zeitung", 10. Oktober 1967, 23. Oktober 1969.

8) „The Middle East Activities . . .", S. 455/56.

9) „The Middle East Activities . . .", S. 456.

Das Rote Kreuz befaßte sich auch mit der Rückführung der Flüchtlinge. Es sei daran erinnert, daß laut UNO 350 000 Zivilisten in den ersten Wochen über den Jordan, weiter nach Syrien hinein und über den Suezkanal geflüchtet waren [10]). Am 2. Juli 1967 machte die israelische Regierung bekannt, daß die Flüchtlinge vom Ostufer des Jordans zurückkommen dürften [11]). Das Rote Kreuz überreichte Anträge von 140 000 der 200 000 Menschen, die in Frage kamen. Israel bewilligte die Anträge von 19 000, erlaubte aber nur 14 000 die Rückkehr. Die Rückführung begann am 18. August und dauerte bis zum 31. des Monats, wonach Israel sich trotz der Bitte des Roten Kreuzes sowie der UNO weigerte, die Frist zu verlängern, außer für die Zusammenführung von Familien [12]). Israel bestimmte die Bedingungen zur Familienzusammenführung am 22. Oktober. Diese Richtlinien wurden vom Roten Kreuz beanstandet, da sie „im Ergebnis besonders die erwachsenen Männer daran hinderten, zu ihren Familien in den besetzten Gebieten zurückzukehren". Weiterhin: Die lange Frist, die verging, bevor das Innenministerium die Härtefälle, wie z. B. die Zusammenführung von Müttern und ihren Kindern, bearbeitete, war „manchmal kaum mit menschlichen Erwägungen in Einklang zu bringen. Auch wurde ein Drittel der Anträge abgelehnt, obwohl nur besonders dringende Fälle ausgewählt worden waren." Die Familienzusammenführung auf den Golanhöhen wurde erst 1969 erlaubt. Bis Juni 1970 war nur etwas mehr als 600 von 100 000 Flüchtlingen die Rückkehr erlaubt worden [13]).

Das Rote Kreuz sprach sich schon im Oktober 1967 gegen die israelische „Gewohnheit" aus, arabische Häuser in die Luft zu sprengen. Es hob hervor, daß die israelische Politik der „Bestrafung von Nachbarn" Art. 33 des Genfer Abkommens verletze, auch wenn es sich um eine Bestrafung wegen Terrors handele. Als in den letzten Monaten 1967 vier Dörfer vollkommen zerstört wurden, wies das Rote Kreuz mit seinem Einspruch die Auffassung zurück, daß diese Handlungen als notwendige Militärmaßnahmen zu rechtfertigen seien [14]). Die letzten Fälle dieser Art, von denen das Rote Kreuz berichtete, ereigneten sich in Halhul und Gaza im Oktober 1967. Die erste dieser umfangreichen Zerstörungen erfolgte nach der Tötung eines israelischen Offiziers. Ein Berichterstatter der „London Times" zählte zwischen 60 und 70 Häuser, die gleich nach der Festnahme von Verdächtigen gesprengt wurden [15]). Ein anderer englischer Journalist schätzte, daß eine Fläche von 150 mal 60 m vollständig zerstört worden war [16]). Das Rote Kreuz stellte fest, daß dies eine Fortsetzung der israelischen Politik der Bestrafung von Nachbarn darstelle. Auf seinen Protest bei der israelischen Regierung kam folgende Antwort: Diese Zerstörungen seien „im Zuge der Regierungspolitik vorgenommen worden, die Häuser von Personen zu zerstören, die Mitgliedern von El Fatah geholfen haben" [17]).

In seinen Ausführungen über Inhaftierungen gab das Rote Kreuz bekannt, daß die Israelis ihrer in Art. 106 des Genfer Abkommens festgelegten Meldepflicht gegen-

10) Report of the Commissioner-General of the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, General Assembly Official Records: 22nd Session, July 1st, 1966 — June 30th, 1967, S. 11, 14.
11) Diese Erklärung wurde zwei Tage vor der Abstimmung in der UNO-Vollversammlung abgegeben.
12) Am 8. Oktober 1968 bot Israel den verbleibenden 5 000 Flüchtlingen, die eine Genehmigung bekommen hatten, die Rückkehr an. „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 448. Die USA und England hatten gerade während einer Debatte im Sicherheitsrat die Rückkehr aller Flüchtlinge vom letzten Kriege gefordert.
13) „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 450—454. Das Rote Kreuz gibt nicht an, wieviele Flüchtlinge im Rahmen dieses Planes in den Gazastreifen oder zum Westufer zurückgegangen sind.
14) „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 486—88.
15) 27. Oktober 1969.
16) Brief von Michael Adams an Kenneth M. Lewan vom 22. Oktober 1970.
17) „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 488/89. Der Präsident des Roten Kreuzes erklärte auf einer Pressekonferenz vom 25. Januar 1971: „Nous avons en Israël certains soucis — nous ne pouvons pas le cacher, dont les trois principaux sont les suivants: le problème des expulsions; il y a chaque mois un certain nombre de personnes qui sont expulsées par les autorités israeliennes, par le pont Allenby, sur le Jourdain, vers la Jordanie. Il y a les expropriations, qui amènent un certain nombre de familles a devoir quitter leurs maisons et leur terrains et, enfin, la destruction de maisons, par mesures de sécurité ou de représailles; ces destructions de maisons s'étaient ralenties, elles ont malheuresement repris depuis quelque temps dans la zone de Gaza."

über dem Roten Kreuz gar nicht nachgekommen seien. Nur bei gezielten Erkundigungen — und auch dann erst nach einer Wartezeit von etwa einem Monat — bekam das Rote Kreuz Auskunft darüber, ob bestimmte Personen inhaftiert waren [18]).

Das Rote Kreuz bekam Zutritt zu den israelischen Gefängnissen, aber nicht zu den Haftanstalten in Militärlagern oder zu den Polizeistationen. Es beklagte sich darüber, daß seine Möglichkeiten, mit Häftlingen zu sprechen, auch wo ihr Verhör schon stattgefunden hatte, ab Herbst 1969 stark beschränkt waren. Vorher hatte es mit Häftlingen, deren Verhör abgeschlossen war, unter vier Augen sprechen dürfen, außer mit ein paar von jenen, denen jeglicher Kontakt mit der Außenwelt untersagt war, und es durfte den Gesundheitszustand der Häftlinge prüfen, deren Verhör noch im Gange war. Von Herbst 1969 an durfte es keinen sehen, dem der Kontakt mit der Außenwelt untersagt war. Als Grund für diese Maßnahme gaben die Israelis die große Zahl der Häftlinge an. Das Rote Kreuz bestand jedoch auf dem Recht der Häftlinge, sich an diese Organisation zu wenden, weil es sonst sehr schwierig festzustellen sei, ob menschliche Untersuchungsmethoden angewendet wurden [19]). Schließlich sprach sich das Rote Kreuz gegen „die israelische Gewohnheit" aus, „Häftlinge in Gefängnissen zu behalten, nachdem sie ihre Strafe verbüßt hatten" [20]).

Der Sonderausschuß [21])

Im Dezember 1968 beschloß die Vollversammlung die Gründung eines Sonderausschusses zur Untersuchung der Menschenrechte in dem von Israel besetzten Gebiet und bat Israel, den Ausschuß einzulassen. Der Präsident der Vollversammlung sollte drei Ausschußmitglieder ernennen. Nach dem frühzeitigen Tode des Präsidenten gab die Vollversammlung die Aufgabe an die Vizepräsidenten weiter. Diese bestimmten, daß einer von ihnen, der Vertreter Perus, die Wahl treffen solle, worauf er Ceylon, Somalia und Jugoslawien ernannte.

Israel weigerte sich, den Ausschuß einreisen zu lassen. Zur Erklärung gab es bekannt, daß die Vollversammlung Vorurteile gegenüber Israel hege und Israel in dieser Sache diskriminiert habe. Es bezeichnete die Resolution als reine Propaganda. Vielmehr seien die Menschenrechte der Juden in arabischen Ländern brutal mißachtet worden; „. . . ihre Lage, viel eher als die der Araber in den besetzten Gebieten, die von Zehntausenden von ausländischen Besuchern frei beobachtet werden könnte, müßte untersucht werden." Israel behauptete schließlich, daß ein Urteil dieses Ausschusses nicht glaubwürdig sein könne: Somalia habe Israel nicht anerkannt, Jugoslawien habe seit dem Krieg 1967 die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen und die Araber unterstützt, und Ceylon habe im allgemeinen für die arabischen Resolutionen, wie die vorliegende, gestimmt [22]).

An einer Stelle in dem Bericht des Sonderausschusses spricht man von der „besonderen Lage", aus der die Resolution der Vollversammlung entstanden war, was sicher diese Sonderaktion gegen Israel rechtfertigen sollte. Der Ausschuß wies auf die von Israel nicht befolgten Resolutionen des Sicherheitsrates und der

18) „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 507.
19) Kurz vor Abschluß des Berichts gab die israelische Regierung dem Roten Kreuz die Versicherung, keinen *Häftling zu behalten*, wenn das Rote Kreuz ihn spätestens bei seinem zweiten Besuch im Gefängnis nach seiner Verhaftung nicht gesehen hätte, außer wenn Sicherheitsgründe vorlägen. „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 503. Zu diesem Thema der Präsident des Roten Kreuzes auf der Pressekonferenz vom 25. Januar 1971: „Nous visitons, àraison de deux fois par mois, les détenus qui se trouvent en Israël, c'est-à-dire, selon les périodes, entre 3'000 à 3'500 personnes. Nous pouvons voir tous les détenus, mais nous ne sommes pas autorisés à voir les détenus qui se trouvent sous interrogatoire; mais, dès que les interrogatoires sont terminés, nous pouvons prendre contact avec ces détenus."
20) „The Middle East Activities . . .", a.a.O., S. 499.
21) Report of the Special Committee . . ., a.a.O.
22) Report of the Special Committee . . ., a.a.O., S. 8—14.

Vollversammlung hin, die die Rückführung der Flüchtlinge forderten. Weiterhin: Die Vollversammlung wurde durch einen Bericht der Expertengruppe der Menschenrechtskommission, die Verletzungen des Genfer Abkommens in den besetzten Gebieten untersucht hatte, zu dieser Resolution angeregt [23]). Diese Gruppe bestand aus Fachleuten, die keine Staatenvertreter waren. Jedes Lager war vertreten: Afrika, Südamerika, der Westen und die sozialistischen Länder.

Eine gesonderte Behandlung Israels stellt m. E. keine Willkür dar. Es gibt zwar Diskriminierungen von Juden in arabischen Ländern, aber gute Beweise deuten darauf hin, daß sie in keinem Verhältnis zu der Behandlung der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten stehen [24]). Die Tatsache, daß die UNO-Mitglieder, deren Vertreter zu dem Ausschuß gehörten, die arabische Seite in dieser Auseinandersetzung unterstützt haben, berechtigt Israel, eine vorurteilsfreie Beurteilung durch diesen Ausschuß in Frage zu stellen. Jedoch sollte die Arbeit des Ausschusses nicht von vornherein abgewertet werden. Die Achtung, die ein solcher Ausschuß verdient, wird von der Beweiskraft seiner Untersuchungsbefunde abhängen.

Die Untersuchung fand zwischen dem 25. März und dem 15. Juni 1970 statt. In seinem Bericht drückte der Ausschuß die Überzeugung aus, daß „... die Besatzungsmacht eine bewußte Politik treibt, die besetzten Gebiete von Arabern zu entvölkern". Als Beweise für die unmittelbare oder mittelbare Vertreibung gab der Ausschuß u. a. folgendes an: Aussagen von Flüchtlingen, die vom Ausschuß gehört wurden; die oben erwähnten Berichte des Roten Kreuzes und der Expertengruppe; Berichte in israelischen und anderen Zeitungen über die Ausweisung insbesondere führender Araber, die der staatsgefährdenden politischen Betätigung beschuldigt wurden; desgleichen Berichte über die Verwehrung der Rückkehr von Flüchtlingen und die umfangreiche Besiedlung der besetzten Gebiete durch Israel; ebenso Reportagen über „drakonische" Kollektivstrafen in der Form von Beschlagnahme und Zerstörung von Häusern, andauernden Ausgangssperren, wiederholten Verhaftungen in großem Ausmaß, „wodurch den Menschen nichts als die Flucht übrig blieb"; und ein Presseinterview des israelischen Transportministers, in dem dieser erklärte, Israel werde das Westufer des Jordans behalten, die moslemische Bevölkerung nach Ostjordanien und die Drusen auf die Golanhöhen schicken [25]).

Der Ausschuß kam weiter zu dem Schluß, daß es in bestimmten Haftanstalten, vor allem im Sarafand Lager, gang und gäbe war, die Häftlinge zu mißhandeln. Er führte u. a. folgende Beweise an: Aussagen einer großen Anzahl früherer Häftlinge und anderer Zeugen über Folterungen, die inhaltlich weitgehend übereinstimmten und durch Fotos, ärztliche Atteste usw. bestätigt wurden; einige Briefe der israelischen Anwältin Felicia Langer, in denen sie öffentlichen israelischen Stellen Beweise für die Folterung ihrer arabischen Klienten unterbreitete und darauf hinwies, daß bei polizeilichen Untersuchungen über Folterungen weder Anwälte noch Augenzeugen zugelassen wurden; den Bericht von Amnesty International und die darauffolgende Erklärung eines Mitglieds des Exekutiv-Komitees, die folgenden Inhalt hatte: „Wir haben nie behauptet, daß die Be-

---

23) Report of the Special Committee . . ., a.a.O., S. 19—21. Die Expertengruppe wurde auch nicht in die besetzten Gebiete eingelassen. Durch ihre Untersuchung außerhalb der von Israel beherrschten Gebiete kam sie jedoch zu der Überzeugung, daß die Besatzungsmacht insbesondere durch verschiedene Zwangsmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung ernste Verletzungen des Genfer Abkommens begangen hätte. Unter anderem wies sie darauf hin, daß Intellektuelle (Richter, Anwälte, Ärzte, Lehrer und religiöse Führer) ausgewiesen wurden, weil sie nicht kollaborierten oder passiven Widerstand leisteten. Report of the Special Working Group of Experts Established under Resolution 6 (XXV) of the Commission on Human Rights (E/CN.4/1016/Add.1—5).

24) Vgl. Appendix III zu dem Bericht von Amnesty International und den Artikel von Rudolph Chimelli, „Süddeutsche Zeitung", 21. August 1969.

25) Report of the Sepcial Committee . . ., a.a.O., S. 25—30, 33—39.

schuldigungen über Folterungen bewiesen worden sind ... aber wir haben sehr umfangreiches Material in unserem Besitz, das die Vermutung unterstützt, daß Folterungen tatsächlich geschehen... Wir haben selten — wenn überhaupt jemals — solch glaubwürdiges Material gehabt, womit das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Folterungen in einem Land belegt werden kann" [26]). Der Sonderausschuß sprach die Hoffnung aus, daß die Weltmeinung Israel unter Druck setzen werde, damit es sich von den besetzten Gebieten zurückzieht, und daß neutrale Staaten oder eine internationale Organisation die Gebiete zeitweilig verwalten werde, um die Menschenrechte der Bevölkerung zu schützen [27]).

Zusätzliche Beweise

Diese Berichte bedürfen einiger Ergänzung. Erstens muß hervorgehoben werden, daß die Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung schon in den ersten Monaten der Besatzung, d. h. zu einer Zeit, als man überhaupt nicht von einem ernstzunehmenden Widerstand sprechen konnte, eingesetzt wurden. Es hatten bloß kleinere Zwischenfälle, gewöhnlich amateurhafte und unwirksame „Terrorakte", stattgefunden. Dies wird in ausführlichen Berichten von John Reddaway, dem stellvertretenden Bevollmächtigten der UNRWA, sowie von englischen Journalisten verschiedener Zeitungen bestätigt, die zu der betreffenden Zeit Flüchtlingslager, Dörfer und Städte in den besetzten Gebieten besichtigten und die Gelegenheit wahrnahmen, sich mit Flüchtlingen, UNRWA-Angestellten, Bürgermeistern, Muktars und israelischen Beamten zu unterhalten [28]). Um anschaulich zeigen zu können, wie die Lage war und was sie für die Bevölkerung bedeutete, möchte ich einige Auszüge aus den Berichten von John Reddaway und Michael Adams anschließen.

John Reddaway: „Die harte Linie in der Besatzungspolitik wurde unmittelbar in den Tagen und Wochen nach dem Ende der Feindseligkeiten eingeschlagen. Zu einer Zeit, da Großmut des Siegers das gesamte politische Klima im Nahen Osten hätte verändern können, wurde Israel durch die Handlungen seiner militärischen Führer, die sich mit der bedrückenden und entmenschlichenden Aufgabe konfrontiert sahen, die Sicherheit im besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten, auf den abschüssigen Weg brutaler Unterdrückung der Zivilbevölkerung geschoben.

Ich wurde zum erstenmal gegen Ende 1967 Augenzeuge des Ausmaßes an Grausamkeit, zu dem die Besatzungsmacht zu schreiten bereit war, um sich die arabische Bevölkerung gefügig zu machen. Es handelte sich um das Flüchtlingslager Rafah an der Südkante des Gazastreifens, wo die Ärmsten der Armen hausen. Eine ganze Sektion des Lagers mit den kümmerlichen Unterkünften von 144 Familien war systematisch dem Erdboden gleichgemacht worden. In der unmittelbaren Umgebung wurden die Wände und Dächer von etwa 60 Behausungen teilweise zerstört, offensichtlich durch die Einwirkung von Sprengstoff und Feuer.

Die Flüchtlinge erklärten mir, daß dies als Repressalie für das Werfen einer Handgranate auf ein israelisches Militärfahrzeug getan worden sei. Die Bewohner des ersten Gebiets seien vor der Zerstörung ihrer Wohnstätten entfernt worden, aber in dem zweiten Gebiet hätten die Menschen noch in ihren Betten gelegen, als in den frühen Morgenstunden Granaten auf die Dächer ihrer Häuser und in ihre Gärten flogen. Viele der Häuser seien zusammengestürzt, und ungefähr 40 Menschen — Männer, Frauen und Kinder — seien bei dem Angriff ums

---

[26]) Report of the Special Committee . . ., a.a.O., S. 39—51; Annex VI, S. 10—16; Annex VII, S. 1—6.
[27]) Inzwischen hat die Menschenrechtskommission gegen die „ständigen Verletzungen der Menschenrechte" in den besetzten Gebieten Stellung genommen. Die Kolonisierung durch Israel sei als nichtig zu betrachten. „Süddeutsche Zeitung", 17. März 1971.
[28]) John Reddaway, „The Times", 3. November 1969.

Leben gekommen. Mitten unter den Ruinen und auf den Pfaden durch das Lager wurden mir ein Massengrab und einige kleinere Gräber gezeigt.

Einige Wochen später erhielt UNRWA die Erlaubnis, aus Gründen der öffentlichen Hygiene die Toten zu exhumieren und neu zu bestatten. Dies wurde unter der Aufsicht erfahrener UNRWA-Beamter aus dem Gazastreifen getan. 23 Leichen wurden in den Gräbern gefunden."

Michael Adams am 26. Januar 1968: „Als ich heute morgen Gaza verließ, standen drei Flüchtlinglager mit 100 000 Einwohnern unter Tages- und Nachtausgehverbot. Es gab sporadisches Schießen in der Stadt Gaza, das keinen anderen offenbaren Zweck haben konnte als die Einschüchterung der Zivilbevölkerung. UNRWA, die für das Wohl der Flüchtlinge im Gazastreifen verantwortlich ist, wird nicht im voraus von den Ausgangssperren unterrichtet, die in den letzten zwei bis drei Wochen einander auf dem Fuße folgten.

Die Gründe für diese Maßnahmen sehen sonderbar dürftig aus. Für zwei der drei heutigen Ausgangssperren wurden keine Gründe angegeben. Ein Armeesprecher, Oberst Mart, sagte mir, daß die drei Ausgangssperren, die gestern morgen über das Lager Jabaliyeh (mit etwa 40 000 Flüchtlingen) verhängt wurde, eine Repressalie für die Sprengung eines israelischen Fahrzeugs ... darstellten. Der Sprecher sagte, daß Spuren vom Tatort über offene Felder und Zitrusplantagen zum Lager geführt hätten. Er stimmte mir zu, ‚Ihnen und mir wäre es schwer gefallen, die Spuren zu finden, aber Experten können das'.

Shati, das Lager an der Küste außerhalb Gazas, das heute auch unter Ausgangsverbot stand, mußte vor 14 Tagen ein ähnliches Schicksal während 5 Tagen und Nächten erdulden. Während der ersten 28 Stunden durfte niemand unter irgendeinem Vorwand das Haus verlassen, was im Lager ein oder zwei kleine Zimmer ohne Toilette bedeutet. Am zweiten Tag wurde die Sperre auf Drängen der UNRWA für eine Stunde aufgehoben, damit die Flüchtlinge Wasser holen könnten. Die Flüchtlinge durften noch nicht das Lager verlassen, und keine Verteilung von Nahrungsmitteln wurde erlaubt. Da es viel Zeit beansprucht, 35 000 Menschen bei der begrenzten Anzahl von mit Handpumpen ausgerüsteten Wasserstellen mit Wasser zu versorgen, bekamen nur wenige etwas in der einen Stunde.

... In Jabaliyeh wurden die männlichen Flüchtlinge 25 Stunden ohne Wasser und Nahrung in einem sumpfigen Gebiet gefangen gehalten; während der meisten Zeit regnete es stark, und 4 Tage vergingen, ehe die Israelis der UNRWA erlaubten, Nahrungsrationen zu verteilen, und sogar dann wurde die Sperre vor Abschluß der Verteilung wieder verhängt. Die UNRWA-Beamten fanden viele der Frauen im Lager, besonders die mit kleinen Kindern, in einem Zustand gesteigerter Aufregung vor.

Der Grund, der für die fünftägige Sperre in Shati angegeben wurde, war die Explosion einer winzigen selbstgemachten Bombe (der offizielle israelische Bericht sprach von einem halben Pfund Dynamit in einer Pepsicoladose) in der Nähe des Fischmarkts in Gaza, die keinen Schaden anrichtete. Der Schuldige soll entlang der Küste in Richtung des Flüchtlingslagers entkommen sein. Als die Israelis ihn nicht identifizieren konnten, haben sie auch noch die Lagerschuppen von neun Fischern gesprengt, in denen diese ihre Netze und Ausrüstungen aufbewahrten, und eine Anzahl von Fischerbooten zerstört.

... Als ich Oberst Mart fragte, wie er diese Maßnahmen mit Israels Unterschrift unter das Genfer Abkommen vereinbare, zeigte er Interesse. ‚Was ist

das für ein Abkommen?', fragte er, und als ich ihm erklärte, daß es Kollektivstrafen gegen Zivilisten und die Zerstörung von Privateigentum sogar zu Kriegszeiten verbiete, zuckte er nur mit den Achseln. ‚Unsere Soldaten lieben die Arbeit nicht', sagte er, ‚aber Sie müssen verstehen, sie müssen die Sicherheit aufrechterhalten' . . ."

Michael Adams am 19. Februar 1968: „Der Flüchtlingsstrom geht ständig und unwiderruflich von einem Ufer des Jordans zum anderen. So gehen während der Öffnungszeiten der Brücke täglich ein- bis zweihundert Menschen hinüber, so daß die Flüchtlingsbevölkerung in Ostjordanien sich um zwei- bis dreitausend pro Monat vermehrt. Der Flüchtlingsstrom ist unwiderruflich, weil die Israelis darauf bestehen, daß jeder fliehende Palästinenser eine Erklärung unterzeichnet, daß er nie wieder in die Heimat seiner Vorfahren zurückkehren wird.

Was soll eine Frau tun, die fünf Kinder zu versorgen hat und die binnen zehn Minuten ihr Haus verlassen muß, damit es in die Luft gesprengt wird, und deren Mann zu unter ‚Untersuchung' abgeführt wird — alles, weil die Israelis vorgeben, daß jemand einem Widerstandskämpfer einen Schluck Wasser gegeben habe? In diesem besonderen Fall wurde der Mann nach ein paar Tagen entlassen, und die Israelis sagten, es sei ‚ein Fehler' gewesen, aber das gesprengte Haus wurde natürlich nicht ersetzt.

Vor drei Wochen schrieb ich einen kritischen und gründlich dokumentierten Bericht über die Repressalien, die von der israelischen Besatzungsmacht in Gaza angewendet wurden. In einem darauffolgenden Interview mit einem hohen israelischen Sicherheitsbeamten wurde mir gesagt, daß die Tatsachen, die ich dargestellt hatte, stimmten, daß jedoch der Eindruck, den ich gab, irreführend sei.

Es mag sein, daß die Terrorisierung der arabischen Bevölkerung nicht die offizielle Politik der israelischen Regierung darstellt. Es ist aber gewiß wahr, daß in den letzten acht Monaten in gewissen Abständen ernsthafte Versuche gemacht wurden, Teile der arabischen Bevölkerung an verschiedenen Stellen des Westufers zu terrorisieren, und das Resultat war und ist weiter die fortgesetzte Flucht von Arabern über den Jordan."

Am 28. Oktober des Jahres 1969 erschien ein Bericht in der „London Times" vom Auslandschef dieser Zeitung über die israelische Besetzung des Westufers, die er als „zutiefst bedrückend" bezeichnete [29]). Er sagte dazu: „Natürlich sagen die Israelis, alles sei die Schuld der Guerillas, der Fedayin. Wenn sie mit ihren Angriffen aufhören und keine Bomben werfen würden, wäre eine Unterdrückung nicht notwendig. Vielleicht nicht. Doch erscheint es etwas widersinnig, zu erwarten, daß die palästinensischen Araber nicht ebenso auf eine fremde Militärbesatzung reagieren, wie andere Menschen dies andernorts tun. Sie haben sogar stärkere Gründe, sich nicht ruhig zu verhalten, weil sie befürchten, daß die Besetzung nur das Vorspiel zur Annektion darstellt.

Ich muß gestehen, daß ich bei meinem Aufenthalt auf dem Westufer zu der Schlußfolgerung kam, daß die Absichten Israels wirklich dahin gehen. Die Israelis betrachten den Jordan als vom historischen wie vom strategischen Standpunkt gesehen natürliche Grenze. So entstehen immer neue Siedlungen auf dem

[29]) Er schilderte u. a. die Umstände, wie verdächtigte Personen oft monatelang ohne Gerichtsverfahren oder Verbindung mit Anwälten oder Familien festgehalten wurden; Die Härte von Strafen, auch wenn sie Jugendliche betreffen; die sofortige Sprengung von Häusern, in denen Verdächtigte verhaftet wurden, ohne Rücksicht darauf, ob schuldig oder unschuldig, ob Eigentümer oder nicht; eine einwöchige totale Ausgangssperre in Beit Sahur, nachdem zwei Raketen auf Jerusalem abgeschossen wurden, ohne jedoch Schaden anzurichten: „Da sich die Latrinen außerhalb der Häuser befinden und es in Palästina im August sehr heiß ist, war das Ergebnis nicht angenehm. Draußen ging das Vieh der Dörfler zugrunde, oder es wurde beschlagnahmt. Eine etwas einschränkende Sperrstunde blieb noch einige Wochen länger in Kraft."

Westufer, Neubauten schießen in und um Jerusalem wie die Pilze aus dem Boden, neue Militärstraßen und Verbindungswege werden geschaffen. All dies beweist, daß ein Volk entschlossen ist, da zu bleiben, wo es ist."

Die These, daß Israel weitgehende Gebietsübernahmen beabsichtige, und zwar unabhängig vom Ausgang möglicher Verhandlungen mit den Arabern, konnte schon längst durch die israelische Haltung bestätigt werden [30]). Hodgkin führt weiter aus, daß das einzige Hindernis zu diesem Ziel die Anwesenheit einer beträchtlichen Anzahl von Arabern sei. „Die einfacheren Leute bringt man mit einfachen Mitteln zur Abwanderung. Während der Ausgangssperre in Beit Sahur gab man beispielsweise der Bevölkerung wiederholt zu verstehen, wenn sie zu König Hussein nach Jordanien gehen wolle, so ständen Militärtransportmittel bereit, um sie an die Grenze zu bringen. ... In allen Bevölkerungsteilen sorgt man sich insbesondere um die Kinder. Was wird mit den arabischen Schulen geschehen? Für den Fall von Streiks der Schüler oder von Demonstrationen gegen die Besatzungsmacht hat man mit der Schließung der Schulen gedroht. Tatsächlich sind während meines Aufenthalts zwei Schulen in Nablus und eine von der UNO geleitete Schule in Jenin geschlossen worden. Darüber hinaus mußten sich alle regierungseigenen Schulen im annektierten Gebiet von Jerusalem von den jordanischen auf israelische Lehrbücher und Examina umstellen, so daß also jetzt die Kinder ihre ersten Leseübungen mit solchen Sätzen wie ‚Ich bin ein israelischer Bürger' beginnen müssen. Die Aussicht, daß ihre Kinder nach einem fremden System unterrichtet werden — oder überhaupt keinen Unterricht erhalten —, reicht aus, um selbst die Patriotischsten soweit zu bringen, das Spiel aufzugeben und wegzugehen."

Das Verhalten der Israelis setzt eine langjährige Politik fort. Schon vor der Entstehung des Staates Israel und in den darauffolgenden Jahren wurden Hunderttausende von Palästinensern gezwungen, ihr Land zu verlassen [31]). General Burns, ehemaliger Stabschef der UNO-Waffenstillstandskommission, berichtet davon, daß die Israelis „... äußerst brutale Druckmittel gegen arabische Zivilisten einsetzten und dabei eine große Anzahl von ihnen töteten", als sie sie während der Militärbesetzung nach dem Suezkrieg aus dem Gazastreifen entfernen wollten [32]). Sein Nachfolger, General v. Horn, schildert die Ereignisse an der syrischen Grenze, wo israelische Soldaten syrische Bauern von ihren Feldern vertrieben, um das israelische Gebiet zu vergrößern [33]). Bald nach dem Kriege 1967 stellte der Sonderbeauftragte der UNO fest, daß israelische Soldaten arabische Zivilisten während und nach den Kampfhandlungen vertrieben haben [34]).

Aufgrund des Artikels von Hodgkin wurde die „London Times" von einem Mitglied des englischen Parlaments des Antisemitismus beschuldigt. Die Redaktion antwortete, daß eine solche Beschuldigung unterstelle, Israel sei ein Staat besonderer Art, der überhaupt nichts Übles tun könne oder angesichts des Leidens, das den Juden früher durch andere Völker zugefügt wurde, nicht kritisiert werden dürfe. „Es ist besonders notwendig, die Haltung einer Militärmacht in einem fremden, feindlichen Besatzungsgebiet eingehend zu prüfen." Die Untaten an den Juden „schreien zum Himmel. Aber sie schreien nicht so laut, daß die Untaten Israels gegenüber den Arabern überhört werden dürfen" [35]).

30) Vgl. Kenneth M. Lewan, Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, 1970, S. 159—63.
31) Vgl. den Artikel von Erskine Childers in „The Spectator", 12. Mai 1961: Geries/Lobel, a.a.O., passim.
32) Burns, a.a.O., S. 197.
33) Carl v. Horn, Soldaten mit beschränkter Haftung, 1967, S. 66 ff.
34) Report of the Secretary General under General Assembly Resolution 2252 (ES-V) und Security Council Resolution 237 (1967), S. 9, 13/14. Weiteres dazu Lewan, a.a.O., S. 124 ff.
35) „The Times", 1. November 1969.

Das Echo in der „Süddeutschen Zeitung"

Nach der Veröffentlichung des Berichts von Amnesty International schrieb der Berichterstatter der „Süddeutschen Zeitung" in Israel, Peter Philipp, daß dieser Bericht über Mißhandlungen von Gefangenen in Israel große Empörung ausgelöst habe. Er wendet ein, daß der Bericht „auf den Zeugenaussagen von vier Arabern basierte" [36]), obwohl diese vier Fälle ausdrücklich als typisch für eine größere Anzahl von Fällen ausgewählt worden waren. Außerdem bestand das Beweismaterial von Amnesty International nicht nur aus „Zeugenaussagen".

Während die Untersuchung des Sonderausschusses der Vollversammlung noch im Gange war, schrieb Philipp folgendes über die Frage der Mißhandlung von Häftlingen: „Daß die Phantasie vieler Araber sehr stark ist, dürfte weitgehend bekannt sein. Dennoch gibt es Organisationen und natürlich viele Privatpersonen, die ihren Aussagen glauben . . . Die Geschichten, die sie später im arabischen Ausland zum besten geben, sind aber derart übertrieben, daß es schwer fällt, zu verstehen, wie jemand sie glauben kann." Weiterhin: Die Mitglieder des Sonderausschusses „waren auf Geschichten angewiesen, die sie nicht nachkontrollieren konnten". Philipp nahm diese Gelegenheit wahr, auch Amnesty International vorzuwerfen, ihren Bericht ungeprüft veröffentlicht zu haben [37]).

In einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung" vom 9./10. Mai 1970 nahm ein Vorstandsmitglied der deutschen Sektion von Amnesty International, Brigitte Gmelin, Stellung zu Peter Philipps Bemerkung und führte u. a. aus, daß es immerhin eine Reihe von übereinstimmenden Aussagen von Zeugen gebe, die einander nicht kennen, und dazu Fotoaufnahmen und ärztliche Atteste. Dieser Einwand gilt ebenso für Philipps Kritik am Sonderausschuß.

Philipp behauptete weiter, daß der Ausschuß die Beschuldigungen von einem Taysir Nabulsi „sicher für bare Münze nimmt", da er „seine Sache so glaubhaft vertritt". Philipp glaubt einen „Schönheitsfehler" entdeckt zu haben: Der Araber sei nie inhaftiert gewesen. Er sei sogar ein Kollaborateur. „Er begann jedoch auf einmal, Schülerstreiks zu organisieren, versprach dann aber, sich auf diesem Gebiet nicht mehr zu betätigen, und verließ schließlich auf seinen eigenen Wunsch das besetzte Gebiet mit seiner Familie und übersiedelte nach Jordanien." Philipps Überzeugung, daß der Mann nie inhaftiert war, beruht sicher darauf, daß er die Auskunft der Israelis für bare Münze nimmt. Doch ist die Glaubwürdigkeit der Israelis in dieser Sache sehr gering. Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten das Rote Kreuz bei der Feststellung von Inhaftierungen hatte. Wie der Ausschuß die Aussage von Herrn Nabulsi bewertete, können wir nicht beurteilen, da der Bericht nicht darauf eingeht.

Als der Bericht des Sonderausschusses erschien, brachte die „Süddeutsche Zeitung" einen kurzen Hinweis von „Associated Press" auf die Tatsache, daß der Ausschuß Israel Vorwürfe wegen der Verletzung von Menschenrechten gemacht hatte [38]). An keiner Stelle ist die „Süddeutsche Zeitung" auf die Einzelheiten dieser Berichte eingegangen.

Neben seinen Bemerkungen über den Sonderausschuß hatte Peter Philipp das Rote Kreuz dafür gelobt, daß es im Gegensatz zu den anderen Organisationen seine Untersuchungsergebnisse vertraulich behandelte, so daß die Araber damit

---

36) „Süddeutsche Zeitung", 3. April 1970.
37) „Süddeutsche Zeitung", 25./26. April 1970.
38) „Süddeutsche Zeitung", 17. Dezember 1970.

keine „Propaganda treiben" konnten. In der Überschrift zu diesem Artikel frohlockte die „Süddeutsche Zeitung": „Keine Schwarzmalerei vom Roten Kreuz". Der Untertitel lautete dementsprechend: „Das IRK läßt sich nicht vor den Propagandakarren spannen". Philipp führte weiter aus: „Auf jeden Fall aber bemüht sich das IRK, jeglichen Mißstand, den es irgendwo vorfindet, sofort abzustellen, eine Arbeit, die der Sache sicher dienlicher ist als aufsehenerregende Berichte ohne große Fundierung. Daß die Berichte des Roten Kreuzes von Wert sind, daran besteht kein Zweifel. Die Vertreter der Weltorganisation können jeden Gefangenen treffen und sprechen, wenn er sich nicht gerade unter Verhör befindet ... Zweifellos verstoßen die Israelis in verschiedenen Punkten gegen die vierte Konvention, so z. B. wenn sie Häuser von Leuten einreißen, die den Freischärlern geholfen haben sollen, und wenn sie Araber aus den besetzten Gebieten ausweisen. Diese Dinge sind bekannt, dennoch kommt es zwischen dem Roten Kreuz und den Israelis darüber nicht zu Streitigkeiten. Man läßt diese Frage eher offen."

Als das Rote Kreuz allen Erwartungen zum Trotz die Flucht in die Öffentlichkeit nahm und bekanntgab, daß es vergeblich versucht habe, die Israelis davon abzuhalten, wiederholt ernste Verletzungen des Genfer Abkommens zu begehen, und die Einzelheiten in einem Bericht niederlegte, brachte die „Süddeutsche Zeitung" kein Sterbenswörtchen darüber. Und das, obwohl ihr Israel-Fachmann, wie oben zitiert, erklärt hatte, daß die Untersuchungen des Roten Kreuzes von großem Wert seien. Auch wenn der Bericht Philipp und die Redaktion sehr enttäuscht hat, waren sie angesichts ihres journalistischen Auftrags verpflichtet, diese für sie peinliche Veröffentlichung bekanntzugeben.

Bücher

Justiz im Dritten Reich

Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 16/I). Teil I: Hermann Weinkauff, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick; Albrecht Wagner, Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1968, 383 S., 46,— DM.

„Der reine Historiker kann sich damit begnügen, bei der Darstellung der Lage der Justiz unter dem Nationalsozialismus zu zeigen, ‚wie es war'" (177). Weinkauff jedoch, „der Historiker, der zugleich Jurist ist, kann das nicht" (ebd.). Er gibt deshalb in dem ersten Halbband, den er dem unter seiner Leitung entstehenden mehrbändigen Werk an die Spitze gestellt hat, „einen Überblick über die Gesamtentwicklung und ihre tieferen Gründe und zieht gewissermaßen das Fazit aus ihr" (Weinkauffs Vorwort zur Gesamtausgabe).

Vorab unternimmt der Verfasser den Versuch einer Würdigung des Richtertums vor 1933, insbesondere des „rechtlichen Status", der „geistigen Grundlagen" und der „inneren Haltung". Im Ergebnis charakterisiert er die Richter der Weimarer Zeit als „... unabhängig, in rechtsstaatlichem Denken und in unbedingter Gesetzestreue erzogen, sachlich, unparteiisch und pflichttreu ..." (37). Aber: „Gemeinsame rechtliche Grundüberzeugungen, in denen sich Volk, Juristen

keine „Propaganda treiben" konnten. In der Überschrift zu diesem Artikel frohlockte die „Süddeutsche Zeitung": „Keine Schwarzmalerei vom Roten Kreuz". Der Untertitel lautete dementsprechend: „Das IRK läßt sich nicht vor den Propagandakarren spannen". Philipp führte weiter aus: „Auf jeden Fall aber bemüht sich das IRK, jeglichen Mißstand, den es irgendwo vorfindet, sofort abzustellen, eine Arbeit, die der Sache sicher dienlicher ist als aufsehenerregende Berichte ohne große Fundierung. Daß die Berichte des Roten Kreuzes von Wert sind, daran besteht kein Zweifel. Die Vertreter der Weltorganisation können jeden Gefangenen treffen und sprechen, wenn er sich nicht gerade unter Verhör befindet... Zweifellos verstoßen die Israelis in verschiedenen Punkten gegen die vierte Konvention, so z. B. wenn sie Häuser von Leuten einreißen, die den Freischärlern geholfen haben sollen, und wenn sie Araber aus den besetzten Gebieten ausweisen. Diese Dinge sind bekannt, dennoch kommt es zwischen dem Roten Kreuz und den Israelis darüber nicht zu Streitigkeiten. Man läßt diese Frage eher offen."

Als das Rote Kreuz allen Erwartungen zum Trotz die Flucht in die Öffentlichkeit nahm und bekanntgab, daß es vergeblich versucht habe, die Israelis davon abzuhalten, wiederholt ernste Verletzungen des Genfer Abkommens zu begehen, und die Einzelheiten in einem Bericht niederlegte, brachte die „Süddeutsche Zeitung" kein Sterbenswörtchen darüber. Und das, obwohl ihr Israel-Fachmann, wie oben zitiert, erklärt hatte, daß die Untersuchungen des Roten Kreuzes von großem Wert seien. Auch wenn der Bericht Philipp und die Redaktion sehr enttäuscht hat, waren sie angesichts ihres journalistischen Auftrags verpflichtet, diese für sie peinliche Veröffentlichung bekanntzugeben.

Bücher

Justiz im Dritten Reich

Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 16/I). Teil I: Hermann Weinkauff, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick; Albrecht Wagner, Die Umgestaltung der Gerichtsverfassung und des Verfahrens- und Richterrechts im nationalsozialistischen Staat. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1968, 383 S., 46,— DM.

„Der reine Historiker kann sich damit begnügen, bei der Darstellung der Lage der Justiz unter dem Nationalsozialismus zu zeigen, ‚wie es war'" (177). Weinkauff jedoch, „der Historiker, der zugleich Jurist ist, kann das nicht" (ebd.). Er gibt deshalb in dem ersten Halbband, den er dem unter seiner Leitung entstehenden mehrbändigen Werk an die Spitze gestellt hat, „einen Überblick über die Gesamtentwicklung und ihre tieferen Gründe und zieht gewissermaßen das Fazit aus ihr" (Weinkauffs Vorwort zur Gesamtausgabe).

Vorab unternimmt der Verfasser den Versuch einer Würdigung des Richtertums vor 1933, insbesondere des „rechtlichen Status", der „geistigen Grundlagen" und der „inneren Haltung". Im Ergebnis charakterisiert er die Richter der Weimarer Zeit als „... unabhängig, in rechtsstaatlichem Denken und in unbedingter Gesetzestreue erzogen, sachlich, unparteiisch und pflichttreu..." (37). Aber: „Gemeinsame rechtliche Grundüberzeugungen, in denen sich Volk, Juristen

und Richter mit gefühlsmäßiger Wärme begegnet wären, gab es praktisch nicht" (ebd.). Insbesondere der vor 1933 herrschende Rechtspositivismus sei es gewesen, der die Richter zu Opfern des Nationalismus habe werden lassen. „Auf einen Widerstand grundsätzlicher Art gegen nationalsozialistische Rechtsetzung und Rechthandhabung waren die deutschen Juristen und die deutschen Richter kraft ihrer Organisation und ihrer überkommenen rechtlichen Grundhaltung keineswegs vorbereitet; dazu fehlten ihnen einfach die rechtlichen (!) Voraussetzungen" (37 f). Wären doch die Richter Naturrechtler gewesen oder hätte die Weimarer Verfassung wenigstens ein kodifiziertes Widerstandsrecht enthalten — es wäre alles ganz anders gekommen.

Ohne die einschlägige Forschung zum Verhalten der Justiz vor 1933 zu berücksichtigen, ohne auch nur mit einem einzigen Satz auf Stellung und gesellschaftliche Funktion des nationalsozialistischen Justizapparates einzugehen und insbesondere ohne die Judikatur einzubeziehen, erachtet der Jurist das „wie es war" offenbar ausreichend erörtert, um den „tieferen Gründen" nachzuspüren. Bereits auf S. 37 präsentiert er das Ergebnis seiner Untersuchungen: Der Rechtspositivismus war schuld an der Misere der Justiz und angesichts der von Weinkauff unterstellten Alternative Naturrecht/Positivismus ergibt sich daraus mit zwingender Logik die Forderung nach „Erarbeitung einer naturrechtlichen Grundlage des Rechts" (182). Indem Weinkauff also den Untersuchungsgegenstand in dem Umkreis der Auseinandersetzung Positivismus/Naturrecht ansiedelt, reduziert er ihn zugleich auf seinen geistesgeschichtlichen Aspekt und bewirkt eine Entpolitisierung. Auf dieser Basis sind die geradezu leidenschaftlich formulierten Forderungen nach Rechtsreform, Justizreform usw. im Klartext Plädoyers für eine Beibehaltung des Überkommenen.

Dem vorgezogenen Fazit folgt eine Darstellung der justizpolitischen Konzeption der NSDAP und der Versuche zu deren Durchsetzung. Dieses methodische Vorgehen ist symptomatisch für die Anlage der gesamten Arbeit: Für Weinkauff ist aus einer unabhängigen Justiz von vor 1933 über Nacht ein bedauernswertes Opfer nationalsozialistischer Terrorherrschaft geworden. Dieses Verständnis findet seine Widerspiegelung nicht nur im Umfang des — mit 130 von insgesamt 188 Seiten weitaus größten — zweiten Teils der Untersuchung, sondern auch in der Relation zu Abschnitt „E. Die allgemeine Haltung der deutschen Justiz unter dem Nationalsozialismus. Versuch einer Wertung." Abschnitt E. umfaßt nämlich knapp sechseinhalb Seiten.

Davon abgesehen, vermittelt Weinkauff in diesem Hauptteil entgegen seiner Ankündigung alles andere als einen „Überblick über die Gesamtentwicklung" (Vorwort). In der thematischen Beschränkung einer Einzeluntersuchung bietet er unter den Überschriften „B. Die allgemeinen Leitgedanken des Nationalsozialismus zu Recht und Gericht", „C. Die Formen der Einwirkung des Nationalsozialismus auf die rechtsprechende Gewalt und ihre Träger in der Friedenszeit" und „D. Die Radikalisierung der nationalsozialistischen Einwirkung auf die Justiz während des Krieges" eine mehr oder weniger verbundene Zitatensammlung. Wohl gelingt es Weinkauff damit, anhand von authentischem Material die Brutalität und den Zynismus der Nazi-Größen aufzuzeigen. Aber der Auswahl der Zitate und insbesondere der Kommentierung — soweit überhaupt vorhanden — fehlt jegliche politische Dimension. Von einer Berücksichtigung sozialökonomischer Zusammenhänge ganz zu schweigen.

Schließlich befaßt sich Weinkauff, der „Schicksal und Haltung, Erleiden und Tun der deutschen Justiz unter dem Nationalsozialismus" (Vorwort zur Gesamtausgabe) beschreiben will, en passant mit dem aktiven Part der rechtsprechenden Organe. Aufgrund von Befragungen unter den beteiligten Juristen gelangt er zu einer Aufteilung nach überzeugten Nazis (ca. 10 Prozent), Mitläufern (ca. 70 Prozent) sowie bewußten heimlichen Gegnern (ca. 20 Prozent) und räumt sodann ein, daß sich in diesen Zahlen lediglich die persönlichen Erfahrungen des Urteilenden verallgemeinernd niederschlügen (171). Den Ausweg, eine Auswertung objektiv erfaßbarer Quellen, möchte Weinkauff nicht gehen: „Zunächst ist die Vielfalt des Materials, d. h. die ungeheure Zahl der in der Zeit von 1933 bis 1945 ergangenen richterlichen Entscheidungen und staatsanwaltschaftlichen und rechtsanwaltschaftlichen Rechtsakte weder zu reproduzieren, noch wäre sie, wenn sie zur Verfügung stünde, zu bewältigen. Es sind immer nur verhältnismäßig geringe

und verhältnismäßig zufällige Ausschnitte aus dem zu beurteilenden Material greifbar" (170).

Ein solcher „zufälliger Ausschnitt" der Judikatur — der einzige den Weinkauff heranzieht — ist der Produktion der Wehrmachtsjustiz entnommen. 1000 Akten seien aus den Urteilen der Militärgerichte aller drei Wehrmachtsteile — „ausgenommen allerdings die Urteile des Reichsgerichts" — blind ausgesondert und untersucht worden. „Dabei überwogen die korrekten und von NS-Vorstellungen freien Urteile die zu beanstandenden Urteile ganz außerordentlich" (176). Wie dieses „korrekt" zu verstehen ist, ergibt sich nicht nur aus Weinkauffs Einschätzung der Justiz der Weimarer Republik: „Sicher befanden sich unter diesen Urteilen viele solche, die nur ein Spiegelbild der damaligen offiziellen Rechtsanschauungen waren, an die sich die Richter als gebunden erachteten. Sie konnten sich zum Teil auch darauf berufen, daß in einem Weltkrieg, bei dem es um Sein oder Nichtsein ging, bei nicht wenigen Delikten härtere Strafen als gewöhnlich erforderlich erschienen. Den Unrechtscharakter dieses Krieges zu berücksichtigen, waren die NS-Gerichte natürlich praktisch außer Stande" (175).

So sieht sich Weinkauff denn auch legitimiert, von „Fehlurteilen" (!) zu sprechen, denen die „Masse der korrekten Urteile auf allen Rechtsgebieten" gegenüberstehe (175). Tatsächlich aber ist anhand umfangreicher Rechtsprechungsergebnisse nachgewiesen [1]), daß die gesamte Privatrechtsordnung durch Rezeption faschistischer Wertvorstellungen eine solch weitgehende interpretative Umgestaltung erfahren hat, daß der nationalsozialistische Gesetzgeber im Vertrauen auf die Anpassungsbereitschaft der rechtsanwendenden Organe nahezu darauf verzichten konnte, die Gesetze zu ändern. Und das, obwohl — wie Weinkauff ausdrücklich hervorhebt — im Bereich des Bürgerlichen Rechts „systematischer Druck von oben her" weit weniger fühlbar war, als z. B. auf dem Gebiet des Strafrechts.

Ist der besprochene Band insoweit Apologie und im übrigen ein Beitrag zur „ewigen Wiederkehr des Naturrechts", d. h. zu Leerformeln, die sich beliebig auffüllen und als das „wahre Recht" politisch durchsetzen lassen, so muß man dies wohl nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Biographie Weinkauffs sehen, der bis 1945 am Reichsgericht judizierte und später als Präsident des Bundesgerichtshofes (BGH) fungierte. An anderer Stelle [2]) weist er denn auch mit Befriedigung auf die während seiner Amtszeit unternommenen Versuche des BGH, mittels naturrechtlicher Argumentation dem Parlament in der Manier eines Richterkönigtums Gesetzgebungskompetenz zu entziehen und einem elitären Juristenzirkel zu überantworten, damit dieser das „wahre Recht" erschaue.

Auch wenn das Buch — insbesondere die von Wagner erstellte Einzeluntersuchung über die Umgestaltung des Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrechts — einen beträchtlichen Informationswert hat, so krankt es doch an einem konzeptionellen Mangel, wie er sich auch in der Justizpraxis tagtäglich beobachten läßt. Ebenso wie die Justiz strafbare Handlungen regelmäßig aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang herauslöst, legen die Verfasser ihren Arbeiten eine Anthropologie zugrunde, die nicht den vergesellschafteten Menschen der Industriegesellschaft konstatiert, sondern von isolierten Individuen ausgeht, die sich — je nach Charakterstärke — früher oder später nationalsozialistischen Forderungen unterwerfen mußten. Folglich beschränken sie sich in ihrer Therapie im wesentlichen auf einen Appell an das Gewissen der nachfolgenden Juristengenerationen, anstatt Stellung und Funktion der Justiz des Dritten Reiches einer sozialwissenschaftlichen Analyse zu unterziehen und Folgerungen daraus abzuleiten. Analyse und Therapie wirken denn auch in ihrer Beschränkung so hilflos wie die Warnung des Richters an den Delinquenten, nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt ja nicht wieder zu stehlen.

Karl Ihmels

Lehrbücher für den braven Bundeswehrsoldaten

Walter Flachsenberg, Bundeswehrzeit — verlorene Zeit? Deutsche Industrieverlags-

[1]) Vgl. Rüthers, Die unbegrenzte Auslegung. Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus. 1968.

[2]) Der Naturrechtsgedanke in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. In: „Neue Juristische Wochenschrift" 1960, S. 1689—1696.

GmbH, Köln 1970, 128 S., Einzelpreis 12,80 DM.

Diese „Broschüre", die „aber auch an Betriebsangehörige gegeben werden sollte, die zur Ableistung ihrer Bundeswehrpflicht einberufen sind", empfiehlt die Deutsche Industrieverlags-GmbH unter Gewährung beträchtlicher Mengenrabatte.

Schon der Lebenslauf des Autors, Flottillenadmiral a. D., ist Programm: U-Boot-Kommandant und Kommandeur des Torpedo-Erprobungskommandos im Zweiten Weltkrieg, von 1950—56 Führungsposition in der Industrie, nach der Remilitarisierung im Führungsstab der Gesamtstreitkräfte, heute in der Industrie. Die Verzahnung von Wirtschaft und Militär, vor allem im Bereich des Personaltausches, ist denn auch Thema seines Buches.

In den Kapiteln „Bundeswehr und Industriegesellschaft — Die Personalstruktur — Der Arbeitsplatz — Ausbildung für den Arbeitsplatz — Vorbereitung für den Zivilberuf — Menschenführung — Der Appell" stellt Flachsenberg die Bundeswehr „in den Zusammenhang des Ganzen der Gesellschaft, von der sie nur eine Funktion ist und mit der sie durch eine Fülle von Wechselbeziehungen verbunden ist" (S. 8). Dem Wehrpflichtigen sollen diese Zusammenhänge soweit bewußt gemacht werden, wie er in ihnen einen Vorteil für sein persönliches Weiterkommen sehen kann. Dargestellt wird deshalb das Bild eines Waffentechnikers, dessen Tätigkeit in der Bundeswehr sich von der zivilen nur durch Äußerlichkeiten — z. B. Formaldrill — unterscheidet. Einen Gegensatz zum Zivilberuf sieht Flachsenberg etwa in der „hierarchischen Struktur" (S. 44) der Bundeswehr. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften immer noch um die qualifizierte Mitbestimmung kämpfen, daß sich Lehrlinge gegen den Kasernenhofton in ihren Ausbildungsstätten erheben, läßt erkennen, daß diese Gegensätzlichkeit nicht vorhanden ist, daß die Bundeswehr vielmehr im Interesse dieser kapitalistischen Industriegesellschaft notwendige Schule des autoritätshörigen Staatsbürgers ist.

Die Reproduktion gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse in der Bundeswehr wird von Flachsenberg wohl gesehen, aber mit einigen banalen Sätzen abgegolten: dem Lamentieren über „sich ausbreitende Tendenzen einer sogenannten Demokratisierung aller Lebensbereiche" (S. 7) folgt die Feststellung: „Es ist aber falsch, in der Bundeswehr ein Betätigungsfeld zum Einüben demokratischer Spielregeln zu sehen" (S. 12). Übergeordnet ist für Flachsenberg das Leitbild des Waffentechnikers, ein Berufsbild des Soldaten, das wertfrei dargestellt wird. Existenz und Auftrag der Bundeswehr werden als selbstverständlich vorausgesetzt, die sonst gängigen Wertvorstellungen von der „Verteidigung der Freiheit" erst gar nicht angeführt. Dieser Soldat, der nicht weiß, wofür er kämpfen soll, kann seinen Kampfauftrag auch nicht reflektieren und — in Konsequenz — vielleicht zurückweisen. Dieser Standpunkt macht selbst die Thesen der Leutnants '70 verdächtig: „Die ‚Gestaltung des Friedens' ist eine gute Sache, das ‚wie' allerdings auch von den jungen Offizieren nicht zu beantworten" (S. 113). Der Grund der Skepsis gegenüber mehr Diskussion und Demokratie in der Truppe ist aus Flachsenbergs Auseinandersetzung mit der Begründung zu einer anderen Leutnants-These ersichtlich: „Erziehung und Bildung in der Bundeswehr wollen nichts anderes als das ‚mündige Verhalten' der Untergebenen erreichen; es darf aber zu Recht bezweifelt werden, daß die Mehrzahl von ihnen ‚aus Einsicht in die Pluralität aller Werte sich vernünftig, das heißt: sach- und auftragsgerecht verhalten und damit uns (den Vorgesetzten) folgen' werden" (S. 114).

So deutlich nennt Flachsenberg die Dinge allerdings nur selten beim Namen. Es ist zu bezweifeln, daß dem Wehrpflichtigen, der dieses Buch von seinem Arbeitgeber in die Hand bekommt, die Absicht deutlich wird. Den wenigen Passagen, die die gewünschte Effizienzsteigerung der Bundeswehr als Wirtschaftsstimulator und als Disziplinierungsinstrument kennzeichnen, stehen auf einer Vielzahl von Seiten praktische Ratschläge zur beruflichen Fortbildung entgegen. Flachsenbergs Buch ist Bestandteil in der Kampagne der Scheininformationen, die Zusammenhänge verschleiern. „Seit 1960 präsentieren sich Heer, Luftwaffe und Marine mit Wanderausstellungen in unseren Städten, ‚informieren' mit Schaubildern, Modellen und attraktiven Kampfmitteln" (S. 32). Flachsenberg „informiert" mit attraktiven Laufbahnen.

Denn die Bundeswehr „übernimmt", so Flachsenberg, „angesichts der Strukturveränderungen in unserer Arbeitswelt einen

Teil der Aufgaben, die der ganzen Wirtschaft in dem großen Umschulungsprozeß gestellt sind" (S. 80). Als Kronzeugen führt der Autor Prof. Balke an, ehemals Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Die Wirtschaft sieht vor allem die Bundeswehr — abgesehen von der willkommenen Tatsache, daß sie Auftraggeber für ebenso willkommene Lieferungen ist — als einen Faktor, der ... knappe Arbeitskräfte dem Arbeitsprozeß ... entzieht ... Dabei wird folgendes übersehen: ... Der nicht zu unterschätzende Erfolg ist, daß damit der Wirtschaft ... von der Bundeswehr wiederum Kräfte zugeführt werden, mit nicht geringerer, sondern durchaus höherer beruflicher Qualifikation" (S. 80). „Moderne Führungsmethoden" verbinden Wirtschaft und Militär, spielen Hand in Hand, leisten hier wie dort ihren Beitrag zur Verdummung: „Die Truppe — wie die Belegschaft — wird informiert, so oder so. Im eigenen Interesse (!) muß daher die Führung dieses Mittel nutzen, um Unkenntnis zu beseitigen, einzelne Zufallsinformationen in den richtigen Zusammenhang zu stellen und unruhestiftende Gerüchte auszuräumen" (S. 97).

Angesichts der Sicherheitsdebatte des Bundestages läßt sich dem Autor eine gewisse Weitsicht nicht absprechen. Die Bundeswehr darf, so Flachsenberg, „auch fordern, daß unsere Jugend in Schule und Beruf besser als bisher auf den Wehrdienst vorbereitet wird" (S. 75), denn „Staatsgegner sind oft zugleich Gegner jeglicher Verteidigungsbereitschaft" (S. 75). Und schließlich lasse sich auch „die Informationstätigkeit" der 700 Jugendoffiziere „durch eine feste Regelung in die Lehrlingsausbildung einfügen" (S. 117).

Die jüngsten Ereignisse lassen befürchten, daß Flachsenberg mit seinen Forderungen offene Türen einrennt: „Die Zusammenarbeit auf dem wehrtechnischen Gebiet, die zu einem laufenden und fruchtbaren Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen den Produzenten und Konsumenten, zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und der Industrie geführt hat, sollte in ähnlicher Weise auf dem Ausbildungs- und Personalgebiet erfolgen" (S. 115 f.).

Dem Wehrpflichtigen aber, der sich in dieser Armee der Generalskrisen und der Hauptmannsthesen zurechtfinden soll, der begreifen muß, was „Innere Führung" in der Vorstellungswelt der Wirtschaftsbosse und ihrer Autoren bedeutet, sei das zweite Buch mit auf den Weg gegeben:

Jürgen Schreiber, Pflichten und Rechte des Soldaten der Bundeswehr. Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt/M. 1970, 139 S., 6,80 DM.

Der Autor, Doktor der Rechte und Oberst im Generalstab, stellt die Pflichten in den Vordergrund, denn „die Rechte des Soldaten ... sind in Sondergesetzen und Rechtsverordnungen meist bis ins einzelne geregelt ... Es würde den beabsichtigten Rahmen dieser Arbeit völlig sprengen, wenn hier ausführliche Kommentierungen zu den vielfach sehr umfangreichen Sondergesetzen gegeben würden" (S. 8). Zu den Rechten seien deshalb nur „allgemeine Bemerkungen" gemacht. Dem Autor muß bei dieser Charakterisierung zugestimmt werden. Allerdings entsteht der Eindruck, daß die Bemerkungen so allgemein sind, daß man sie sich hätte schenken können. An den Quantitäten läßt sich das nur sehr unvollkommen aufzeigen: immerhin befassen sich 20 von 139 Seiten mit den Rechten des Soldaten. Auffallender als dieses schon etwas schiefe Zahlenverhältnis ist aber beispielsweise die Tatsache, daß im Katalog der Rechte jeder Hinweis auf das für Soldaten doch nicht so unwichtige Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung fehlt. Damit der Autor aber gegen diesen Vorwurf geschützt ist, nennt er unter „Die staatsbürgerlichen und die Menschenrechte" ganz korrekt „das Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der ungestörten Religionsausübung (Art. 4 GG)" (S. 100). Daß bei dieser Formulierung kein unvoreingenommener Leser auf den Gedanken kommt, das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung könne hierunter fallen, weiß der Autor so gut wie der Rezensent. Die Abhandlung des „Rechtes auf den Dienstgrad" nimmt denn schon mehr Platz ein als die Behandlung der Menschenrechte. Während die Menschenrechte auf knapp zwei Seiten aufgezählt sind, werden hingegen den „Rechten im Rahmen der Personalführung" ganze zehn Seiten ausführlichster Kommentierung eingeräumt. Daß dem Beschwerderecht nicht einmal eine Seite gewidmet wird, nimmt kaum mehr wunder.

Der Akzentuierung innerhalb des Rechtekatalogs entspricht die Gesamttendenz des Buches mit ihrer Überbewertung der Pflichten. Zwar werden „Wechselbeziehungen

zwischen Pflichten und Rechten" konstatiert, jedoch „zeigt sich im militärischen Pflichtenkatalog die *Einheit* des Soldatentums" (S. 12). Auch Schreibers Abhandlung, bewußt auf den Truppenalltag zugeschnitten, hat den autoritätsgläubigen, unkritischen Soldaten zum Vorbild, dessen Bewußtsein, auch Rechte zu haben, durch einen Wust von Pflichten zurückgedrängt werden soll. „Zahlreiche Beispiele aus der Praxis, in der der Autor zuhause ist, erhöhen die Brauchbarkeit des Buches" — soweit die Verlagsankündigung. Gerade diese Beispiele sind Programm: einerseits lenken sie ab von den wirklichen Problemen, die sich im Truppenalltag ergeben können, andererseits verfestigen sie — wo immer eine Problemstellung aufgezeigt wird — das Feindbild, das dem Soldaten eingeimpft wird: die Pflichten des Soldaten unter dem Aspekt der psychologischen Kampfführung.

So hat der Soldat wegen seiner Pflicht zum treuen Dienen Polizei und militärische Vorgesetzte natürlich sofort von „aktuellen Umsturzplänen einer Untergrundbewegung", von denen er „im Urlaub zufällig erfährt", zu unterrichten (S. 16). Wer denn sonst wohl sollte „Schäden für den Bestand des Staates" herbeiführen wollen? Dieser Soldat steht immer auf der richtigen Seite: „Kommt er, auch außer Dienst, in revolutionäre Machenschaften hinein, hat er sich aktiv auf die Seite der staatsbejahenden Kräfte zu stellen" (S. 41). Dennoch wird der Soldat keinesfalls politisch indoktriniert; der Pluralismus bleibt gewahrt, denn der Soldat „darf auch regierungsfeindliche Äußerungen tun" (S. 41). Und selbst die Äußerung politischer Ansichten ist erlaubt in dieser demokratischen Bundeswehr. Man beachte hierbei lediglich, daß nicht einer zu lange spricht: „Argumente und Gegenargumente werden vorgebracht. Statthaft!" (S. 45). Fast wäre man versucht zu fragen: Wo bleibt der Standpunkt?!

Schreibers Lehrbuch der Disziplin ist kaum dazu angetan, die Rechtsunsicherheit in wichtigen Fragen zu beseitigen. Während über das Verbot der Annahme von Belohnungen oder über die Ausübung der Nebentätigkeit Aussagen bis ins letzte Detail gemacht werden, muß sich der Soldat, der wissen will, wie weit die Einschränkung seines Grundrechtes der freien Meinungsäußerung reicht, mit folgender Antwort abfinden: „Was dem Ansehen der Bundeswehr gerecht wird, kann nicht im einzelnen abschließend aufgezählt werden. Jedenfalls ist alles zu unterlassen, was ihrem Ansehen schadet. Das gilt insbesondere hinsichtlich unqualifizierter Reden in der Öffentlichkeit" (S. 39). Diese Tendenz ist durchgängig: Wer nicht sicher ist, ob er den Mund aufmachen darf, schweigt besser. Auf diese Weise wird man zum guten Soldaten, ohne Fehler zu begehen.

Nicht dem mündigen Staatsbürger in Uniform gibt Schreiber eine Entscheidungshilfe zur Hand, sondern dem Soldaten, der im Kadavergehorsam alten Stils den Weg des geringsten Widerstandes sieht. Das so geförderte Bewußtsein wird den Soldaten immer weiter von seinen Rechten entfernen, ihn gleichermaßen für Einflüsse von rechts jedoch mehr und mehr öffnen. Hierzu muß der Soldat jedoch den „inneren Schweinehund überwinden" und erkennen, daß „die Gehorsamspflicht ... die schlechthin typische Soldatenpflicht" ist (S. 18). Wird die Gehorsamspflicht nicht ernst genommen, kommt es laut Schreiber zu Zerfallserscheinungen wie bei — bezeichnenderweise — „gewissen Söldnertruppen in den Bürgerkriegen der unterentwickelten Länder Afrikas" (S. 19).

Man hüte sich deshalb vor falschen Konsequenzen. Zwar gibt es — selbst von Schreiber unbestritten — Befehle, die nicht befolgt werden müssen oder dürfen, jedoch „deshalb darf der Soldat keinesfalls glauben, er habe ein Recht oder gar eine Pflicht, die Befehle seiner Vorgesetzten zu überprüfen" (S. 20). Man sollte meinen, es sei gelernt worden aus der Blindgläubigkeit der Mörder von Auschwitz und Dachau, von Buchenwald und Theresienstadt. Schreiber aber weiß die Wehrpflichtigen, deren Gewissen wach geworden ist angesichts ihrer Kenntnis der millionenfachen Morde auf Befehl, wieder zu beruhigen. Die Frage der Recht- oder Unrechtmäßigkeit von Befehlen wird verlagert in den Bereich der Vergangenheit und der Theorie, denn „unter Tausenden von Befehlen wird kaum ein einziger sein, bei dem Überlegungen über Recht- und Unrechtmäßigkeit am Platze sind; und unter den wenigen, die vielleicht einmal solche Erwägungen rechtfertigen, wird immer noch die Mehrzahl als zum Gehorsam verpflichtend anzusprechen sein" (S. 20). So einfach ist das also heute wieder. Kein Wort bei Schreiber von Auschwitz, keine Silbe von My Lai.

Mit der amtlichen Begründung der damaligen Bundesregierung zum Soldatengesetz kann Schreiber seine wissensbegierigen Soldaten dann endlich in den Massenschlaf der Gewissen entlassen: „Der gewissenhafte Soldat kann sicher sein, daß er die Ausführung keines Befehls zu scheuen braucht. Eine Prüfungspflicht wird dem Soldaten nicht auferlegt. Zu erkennen, was als verbrecherisch einem Befehl schon auf der Stirn geschrieben steht, bedarf es keiner Prüfung" (S. 27). Welcher KZ-Prozeß, in dem nicht ähnliche Worte gefallen wären?! Der Rezensent wurde schon gefragt, ob dieses Buch eine Satire sei. Es sei hier nochmals versichert: es ist Ernst mit dieser Bundeswehr. Todernst.

Winfried Schwamborn

Massaker in Indonesien

Philippe Gavi, Konterrevolution in Indonesien. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M., 100 S., 8,— DM.

Batjo Daeng Bintang/Einar Schlereth, Indonesien — Analyse eines Massakers. März Verlag, Frankfurt/M., 282 S., 12,— DM.

Ein Zehnjähriger, gefragt, was ihn im Fernsehen am meisten interessiere, meinte kurz und entschieden „Mord". Liest man unsere Presse, so kommt man für die Erwachsenen zur selben Antwort.

In der Geschichte der Völker haben sich denn auch Einzelmorde und ihrer Größe entsprechend Massenmorde als Kriegsfolgen, aber auch aus religiösen, politischen oder dynastischen Gründen, vom Kindermord zu Bethlehem, der Sizilianischen Vesper und der Bartholomäusnacht tief ins Gedächtnis eingegraben. Im Deutschen haben wir dafür den Ausdruck Blutbad, im Französischen Massaker, Niedermetzelung und im Englischen für denselben Hergang die Neubildung genocide.

Unter diese Bezeichnung gehören neuerdings der Massenmord von Flandern und Verdun, der an und von Juden, die Bombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, Templers Feldzug in Malaya, der Krieg in Nigeria und Vietnam, sowie verhältnismäßig unbemerkt der Massenmord an einer halben Million Kommunisten in Indonesien. Wir waren über ihn von keiner Seite mehr unterrichtet, obwohl und vielleicht gerade weil die Zahl der Opfer ganz ungeheuerlich erscheinen muß und Südostasien auch immer weiter in den Blickpunkt unserer besonderen allgemeinpolitischen und wirtschaftlichen Interessen gerückt ist.

Unmittelbar einander folgend, haben sich aber zwei Studien mit dem Massenmord in Indonesien befaßt. Zunächst griff der französische Publizist Philippe Gavi in seiner Schrift „Konterrevolution in Indonesien" und kurz danach sein Übersetzer Einar Schlereth in „Indonesien — Analyse eines Massakers" die Frage auf. Gavi tat es als Journalist, Südostasien verbunden und unbefriedigt von den der Öffentlichkeit gebotenen Mitteilungen und Erklärungen. Wie mancher mit den Verhältnissen einigermaßen Vertraute konnte er nicht annehmen, daß die von der Armee wegen ihrer Größe und guten Organisation beargwöhnte, sich aber ihrer Schwäche wohlbewußte Kommunistische Partei durch einen spektakulären Generalsmord sich einem bis dahin sorgsam vermiedenen Gegenschlag ausgesetzt haben sollte.

Seit Jahren war die Kommunistische Partei (PKI) bei den sozial unhaltbaren Zuständen in ganz Inselindien gewachsen. Ihr überlegener Führer D. N. Aidit hatte in politischer Weisheit schon Anfang der fünfziger Jahre die der Partei ihrer Stärke nach zufallenden Posten im Kabinett Sukarno nicht eingenommen, nur um machtüberlegene Gegner nicht zu reizen. Seine getreuen Anhänger sollten nun sechs Generäle ermordet und in einen Brunnen, wie es hieß, geworfen und damit die ganze Lawine militärischer Macht gegen sich in Bewegung gebracht haben! Gavi ist den Ereignissen nicht nur nach-, sondern auf den Grund gegangen. Kurz, aber plastisch führt er den mit den Entwicklungen ab Gründung des Staates weniger Bekannten vor allem in Indonesiens Parteiengeschichte ein; darüber hinaus in die Organisation der Befreiungsarmee mit ihrem ausgebauten Wirtschaftsapparat.

Auf der anderen Seite erleben wir die von Sukarno auch als Oberbefehlshaber besonders entwickelte Technik des Zusammenraufens durch Beförderung revoltierender, genauer: meuternder militärischer Unterführer. Wir erfahren, wie der Kredit der Armee und ihrer Führer im Inland und Ausland steigt und der der Regierung sinkt.

Dieser Entwicklung gegenüber bildete sich aus jüngeren, an der Korruption ihrer Vorgesetzten unbeteiligten Offizieren eine zahlenmäßig schwache Gruppe loyaler Putschisten, geführt vom Kommandanten der Leibwache des Präsidenten. Sie wollten einem auf Sukarnos baldiges Ableben rechnenden „Rat der Generäle" zuvorkommen. Nach einer Festnahme der Generalsverschwörer — so kann man sie wohl nennen — wurden zwei von ihnen auf der Flucht erschossen. Vier weitere putschistische Generäle kommen in derselben Nacht auf unbekannte Weise um. Noch verhandelt Suharto, der Führer der Generalsgruppe, mit seinem Oberbefehlshaber Sukarno, dessen Volkstümlichkeit er berücksichtigen muß. Er erteilt aber schon unbeauftragt im Namen des Präsidenten und unter Mißbrauch des Rundfunks Befehle, mit denen er sich die militärische Macht sichert.

Dann bricht der Sturm los. Ein teils blindwütendes, teils gezieltes Blutbad beginnt. Gavi hat es nicht selbst erlebt, wie auch kein anderer europäischer Journalist, aber er hat zahlreiche Zeugen in den verschiedensten Teilen des Archipels vernommen; kaum Kommunisten, denn soweit Augenzeugen noch lebten, saßen diese in Gefangenenlagern oder waren schwer zu Aussagen zu bewegen. Aber die ausführenden Organe des Massakers, die getigerten Paras, waren in blutiger Unbefangenheit durchweg zu plaudern bereit. Man rühmte sich der Zahl und Grausamkeit der Morde. Menschen bedeuteten nichts, schon gar nichts Tote.

Die Rolle der CIA wurde als bekannt vorausgesetzt, hatte sie doch schon in Süd- und Mittelamerika, Santo Domingo, Thailand und Laos die Hand im Spiel gehabt. Das systematische Vorgehen der den Generälen unterstellten Elitedivisionen schilderten ihre Angehörigen in allen Einzelheiten. Gavi untermalt sie mit wirtschaftlichen Details und zeichnet uns ein Bild eines Militärstaates, denn „die Armee ist heute nicht mehr der Staat im Staate, sondern der Staat selbst". —

Einen etwas anderen Weg zur Analyse des Massakers geht Einar Schlereth unter Mitarbeit des Mitglieds der indonesischen Widerstandsbewegung Batjo Daeng Bintang. Er ergänzt Gavi, den er häufig zitiert, mit Angaben zur indonesischen Geschichte, vor allem der Wirtschaft und Parteien. Sein Hauptverdienst aber ist ein Tagebuch für die kritischen Tage und Wochen. Ohne dieses wäre der Weg aus dem Labyrinth der sich kreuzenden Verschwörungen gegen und für Sukarno nicht zu finden. Das Tagebuch beruht sowohl auf eigenen Beobachtungen wie auch auf Auszügen aus der indonesischen Presse, die entsprechend gewertet werden. Weiterhin untermauert er Kenntnis und somit Urteil über Ursachen und Stand der Entwicklungen durch eine Fülle fester Daten von Art und Umfang der auch bei Gavi überschlagenen Zahl der Morde in den einzelnen Gauen des Archipels. So wird dessen journalistische Leistung in bester zeitgeschichtlicher Wissenschaftlichkeit ergänzt.

Werner Otto v. Hentig

Neue Arbeiterklasse?

Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus; herausgegeben und eingeleitet von Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1970, 221 S., 9,— DM.

Im vorliegenden Sammelband sind Texte von Manuel Bridier, Serge Laurent, Jacques Leenhardt, Serge Mallet, Ernest Mandel, Joe Metzger und Alain Touraine zusammengestellt. Sie problematisieren jene Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Aufkommen des Begriffs der „neuen" Arbeiterklasse in Frankreich ergaben. Entfacht wurde die Diskussion 1963 durch zwei Arbeiten von Serge Mallet („La nouvelle classe ouvrière", Edition du Seuil) und Pierre Belleville („Une nouvelle classe ouvrière", René Julliard). Eine erste Stellungnahme zu diesen beiden Arbeiten, die Alain Touraine 1964 veröffentlichte, wurde in den Sammelband aufgenommen. Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse von Mallet und Belleville in diesem Text ist allzu verkürzt ausgefallen und zudem durch Touraines eigene Vorstellungen geprägt. Für eine Unterrichtung über Thesen und Hypothesen zur „neuen" Arbeiterklasse, die eine Textsammlung wie die vorliegende ja wohl anstrebt, wäre es dienlicher gewesen, einen Abschnitt aus Touraines eigener Studie „La conscience ouvrière", die 1966

in Paris erschienen ist, abzudrucken. Denn, wie die Herausgeber selber bemerken, der Tenor der Touraineschen Überlegungen wirft ein bezeichnendes Licht auch auf die Arbeiten von Mallet und Belleville:

„Insgesamt läßt die Theorie deutlich den Doppelcharakter der auf die ‚neue' Arbeiterklasse und auf die innerbetriebliche Kontrolle konzentrierten Strategien erkennen. Er bestreitet das Fortbestehen des grundlegenden Klassenwiderspruchs im organisierten Kapitalismus, die profitorientierte Verwertung von Kapital und die organisierende Funktion des Staatsapparates für die Lebensfähigkeit der Kapitalverwertung, behauptet aber zugleich die Möglichkeit der Demokratisierung der Unternehmungen durch Kontrolle und Mitbestimmung. Dieser Widerspruch reproduziert in wesentlichen Punkten die Schwächen des traditionellen Reformismus der Arbeiterbewegung, obwohl er sich der Sprache und der Kategorien der modernen soziologischen Systemtheorien bedient. Er trennt die Politisierung und Mobilisierung der Arbeiterschaft von dem Problem der politischen und ökonomischen Machtzentralisierung, eliminiert daher die Frage des kapitalistischen Staates aus der strategischen Konzeption der Arbeiterbewegung und weist ihr gesellschaftliche Teilbereiche als den ausschließlichen Ort ihrer Praxis zu" (Deppe/Lange/Peter, S. 41). Diese Kritik, die sich unmittelbar mit dem gegen Mallet und Gorz gerichteten Vorwurf der Herausgeber trifft, ihre Strategiediskussion befände sich in der Nachfolge des französischen Syndikalismus (vgl. u. a. S. 38), ist völlig berechtigt. Gerade wegen des zentralen Stellenwerts eines solchen Vorwurfes hätte man sich als Beleg etwas mehr Material gewünscht. So bleibt z. B. die besonders ausführliche Argumentation, die Pierre Belleville in diesem Zusammenhang zu führen versucht, sowohl in der Einleitung unerwähnt als auch in der Textauswahl unberücksichtigt. Das letzte Kapitel seines Buches „Une nouvelle classe ouvrière" („Perspectives d'action syndicale", a.a.O., S. 273—316) hätte zumindest auszugsweise erwähnt werden müssen, weil dort besonders deutlich wird, wie die syndikalistischen Revisionisten sich ausmalen, daß „le vieux problème ouvrier est en train de se résoudre, sans crise révolutionnaire, par le simple effet du progrès technique et économique" (a.a.O., S. 7).

Das ist der Springpunkt der ganzen Theorie von der „neuen" Arbeiterklasse. Sie vertritt ein evolutionistisches Konzept (vgl. Belleville S. 90) — gegen die Forderung einer Diktatur des Proletariats für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und vor allem gegen die zentrale Rolle der Partei der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf, wie sie Engels in einem Brief vom 18. Dezember 1889 in einem Brief an Gerson Trier noch einmal ausdrücklich betont hat:

„Daß das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Tür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig. Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig — und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten —, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen andern und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei" (MEW, 37, S. 326). An einer exakten Stellungnahme zu dieser Frage läßt es die Einleitung der drei Herausgeber mangeln. Daher mögen sich gewisse Widersprüche ihrer Argumentation ergeben; während nämlich im ersten Teil der Einleitung der Syndikalismus eindeutig kritisiert und abgelehnt wird, bleibt der abschließende dritte Teil seinerseits im Ausblick auf eine mögliche zukünftige Entwicklung nicht frei von einer Anlehnung an syndikalistische Gedanken. Die Rolle der Partei im gegenwärtigen Klassenkampf und ihre Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz wird vernachlässigt.

Gerade diese Zusammenarbeit aber ist es, die besonders eindringlich reflektiert werden muß, damit sich aus ihrer Einschätzung keine strategischen Fehler ergeben können. Manuel Bridier, dessen Stellungnahme zur Theorie der „neuen" Arbeiterklasse der vorliegende Sammelband auf den Seiten 116—126 reproduziert, beachtet diese Forderung, wenn er zu der folgenden Einschätzung kommt:

„Die neue Bourgeoisie (denn als ‚neue Arbeiterklasse' wird man sie wohl nicht mehr bezeichnen wollen) kann sicher einen wertvollen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus liefern. Mit ihren technischen und administrativen Kenntnissen konnte sie nach 1917 dem russischen Proletariat aushelfen, das noch nicht fähig war, den Produktionsapparat selbst zu leiten. Je mehr sie aber zunächst in die Arbeiterbewegung und später in die sozialistische Gesellschaft ihre eige-

Wolfgang Abendroth zum 65. Geburtstag

BRD—DDR
Vergleich der Gesellschaftssysteme

Anne Hartmann Stefan Schardt Gerhard Weiß	Zur Entwicklung der Spaltung Deutschlands
Jürgen Harrer Heinz Jung	Das ökonomische System in der BRD und der DDR
Frank Deppe	Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in der BRD und der DDR
Eberhard Dähne	Zu einigen Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten
Margarete Tjaden-Steinhauer Karl Hermann Tjaden	Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR
Georg Fülberth Helge Knüppel	Bürgerliche und sozialistische Demokratie
Reinhard Kühnl	Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in der BRD und der DDR
Peter Römer	Die Grundrechte in der BRD und der DDR
Herbert Lederer Hans-Jochen Michels	Sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung am Beispiel der DDR und der BRD
Helga Deppe-Wolfinger Jutta v. Freyberg	Materialien zur sozialen Lage der Frauen in der BRD und der DDR
Hans-Ulrich Deppe Erich Wulff	Medizinische Versorgung und gesellschaftliche Arbeit: Der werksärztliche Dienst und die Betreuung geistig schwerbehinderter Kinder
André Leisewitz Rainer Rilling	Wissenschafts- und Forschungspolitik in der BRD und der DDR
Dieter Kramer Paul Schäfer Helga Schuler Michael Schuler	Probleme des Bildungswesens in der BRD und der DDR: Das System der Berufsausbildung
Kurt Steinhaus	Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland

Pahl-Rugenstein *Kleine Bibliothek Band 13, 442 S., DM 12,80*

nen Begriffe und Interessen einbrachte, die nicht, wie sie es sich gern vorstellt, den Begriffen und Interessen der Arbeiter entsprechen, desto gefährlicher ist sie als Verbündete der Arbeiterbewegung geworden. Von Herkunft und Erziehung her glauben die Angehörigen dieser Schicht nicht an die Arbeiterdemokratie. Wollten sie nicht mehr nur technische Berater der Bourgeoisie sein, so wollen sie sich nun auch nicht dem Proletariat zur Verfügung stellen. Die Kompliziertheit der Probleme erfordere es, daß sie die wichtigen Entscheidungen für die Allgemeinheit allein treffen" (S. 124).

Ganz in diesem Sinne hat einer der entschiedensten Vertreter technologischer Ideologie in der BRD, Karl Steinbuch, in seiner Arbeit „Falsch programmiert" (München 1969 = dtv 598, S. 171) seine Auffassung zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung resümiert: „Hoffnung ist eine politische Notwendigkeit. Hoffnung heftet sich an ausgezeichnete Menschen ... Wir müssen unserer Gesellschaft Menschen vorstellen, welche diese Aufgabe erfüllen können." Und da „(n)eue Ideen ... zuerst in den Köpfen sensibler Individuen, kaum durch gesellschaftliche Kommunikation" (ebda., S. 76) entstehen sollen, wobei „die öffentliche Zustimmung kein Prüfstein" (ebda.) sein kann, ergibt sich für Steinbuch zwangsläufig die Forderung nach einer Herrschaft der Technokraten. Bereits bei Bridier findet sich die Kritik solcher Ansichten.

Hier bleibt es das unbestreitbare Verdienst der Herausgeber, in ihrer umfangreichen Einleitung den Versuch unternommen zu haben, die spezifischen Bedingungen, auf welche jeder Versuch einer Übertragung der Theorie von der „neuen" Arbeiterklasse auf bundesrepublikanische Verhältnisse stoßen muß, ansatzweise aufgezeigt zu haben. Kapitel III, 4 („Gesellschaftliches Bewußtsein und gewerkschaftliche Organisation der technischen Intelligenz", S. 86—95) verdeutlicht die Komplexität dieser Bedingungen. Die zur Verfügung gestellten Daten lassen indes ahnen, daß auch für die diversen Gruppierungen der technischen Intelligenz in der BRD die Befürchtungen Manuel Bridiers nicht von der Hand zu weisen sein dürften. Die zitierten Ausführungen des Vorsitzenden des Verbandes der angestellten Akademiker der chemischen Industrie, Karl Vester, sind von faschistoidem Zynismus: „Man muß sich fragen, ob es sich ein moderner Staat ... leisten kann, diejenigen Familien zu diskriminieren, die ihm trotz ihrer relativ kleinen Zahl mit Abstand den am meisten qualifizierten Nachwuchs heranziehen. Während die Arbeiterschaft in Deutschland 50 Prozent der Bevölkerung stellt, beträgt der Anteil der Studenten aus dieser sozialen Gruppe nur 5 Prozent" (in: Der leitende Angestellte, 4, 1968). In der selben Zeitschrift (11, 1968) heißt es: „Unter Wahrung der Koalitionsfreiheit hat der leitende Angestellte bei Auseinandersetzungen, die nicht den leitenden Angestellten betreffen, grundsätzlich auf der Seite des Unternehmers zu stehen."

So entsteht der Widerspruch, daß zwar im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution immer weitere Kreise der geistig Arbeitenden den Bedingungen der Lohnarbeit unterliegen, ohne jedoch diese Bedingungen auch reflektieren zu können, so daß sie zu einer ablehnenden und reaktionären Haltung gegenüber den Zielen der Arbeiterklasse kommen. Als möglichen Ansatzpunkt zur Abweichung dieser Verhältnisse betrachten die Herausgeber den universitären Ausbildungsprozeß der technischen Intelligenz: „In dem Maße, wie die Wissenschaft unmittelbar in die Produktion integriert wird, steigt der Anteil der Akademiker, die nach Abschluß ihrer Ausbildung als abhängig Arbeitende in den Prozeß der Kapitalverwertung einbezogen werden. Die künftigen Auswirkungen der gegenwärtigen Studentenbewegung gründen daher ... auch in der Übernahme von Formen des Kampfes, die traditionell auf die Arbeiterbewegung beschränkt waren" (Deppe/Lange/Peter S. 95). Es ist unbedingt notwendig, solche u. ä. Möglichkeiten zu analysieren und wahrzunehmen. Gleichzeitig aber darf man nicht dem Fehler erliegen, ins Konzept antikapitalistischer Strukturreformen einzustimmen, wie es die Theoretiker der „neuen Arbeiterklasse" entwickelt haben. Für die Begegnung solcher Gefahr leisten die kritische Ausgabe ihrer Texte und deren Einordnung und distanzierte Bewertung durch die Herausgeber — trotz der vorgebrachten Einschränkungen — wertvolle Hilfe.

Wulf D. Hund

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Evelyne Sullerot, Die Frau in der modernen Gesellschaft. Kindler Verlag, München, 256 S., 71 Abb., Diagramme und Tabellen, Ln. 18,— DM (Kindlers Universitäts-Bibliothek).

Klaus v. See, Deutsche Germanen-Ideologie. Vom Humanismus bis zur Gegenwart. Athenäum Verlag, Frankfurt, 105 S., br. 9,80 DM.

Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsberichte. Herausgegeben von Johannes Feest und Rüdiger Lautmann. Westdeutscher Verlag, Opladen, 202 S., kart. 16,— DM.

Winfried B. Lerg, Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels. Zweite Auflage. Verlag Knecht, Frankfurt, 408 S., 4 Bildtafeln, Linson 32,— DM (Beiträge zur Geschichte des deutschen Rundfunks, Bd. 1).

Bernhard Vogel / Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schultze, Wahlen in Deutschland. Theorie, Geschichte, Dokumente 1848—1970. Verlag de Gruyter, Berlin, XIV, 466 S., Groß-Oktav, Paperback 38,— DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945. Herausgegeben von Lothar Gall. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 452 S., br. 26,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek / Geschichte / Bd. 42).

Wladimir Uljanow-Lenin, Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Juri Achapkin. Aus dem Russischen übersetzt von Helmut Gennys, Emanuel Margulis, Leonid Steinmetz. Berlin Verlag, Berlin, 200 S., Balacronbd. 28,— DM. — Die Sammlung beginnt mit dem Aufruf des Petrograder Revolutionären Militärkomitees „An die Bürger Rußlands" vom 7. November 1917 und wird mit der Verfassung (Grundgesetz) der Russischen Sozialistischen Föderation der Sowjetrepubliken (RSFSR) vom 10. Juli 1918 abgeschlossen. Die Auswahl (64 Texte aus den ersten 250 Tagen nach der Oktoberrevolution) erfolgt auf der Grundlage des ersten und zweiten Bandes der „Dekrete der Sowjet-Macht" (Moskau 1957 und 1959).

Michail Trusch, Lenin und die Außenpolitik der UdSSR. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 236 S., Paperback 9,50 DM (Marxistische Taschenbücher). — Mit vielen kaum bekannten Details über die Schaffung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten und des nachrevolutionären diplomatischen Dienstes der Sowjetunion. Das Buch enthält auch eine umfangreiche Chronik „Die wichtigsten Daten im außenpolitischen Wirken Lenins" sowie einen „Quellennachweis der wichtigsten außenpolitischen Werke Lenins".

Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938—1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler. Herausgegeben von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch unter Mitarbeit von Hildegard v. Kotze. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 594 S., Ln. 38,— DM (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 19).

Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Westdeutsche Innenpolitik im Zeichen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Ungekürzte, vom Autor durchgesehene Ausgabe. Bd. 1—2. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 280 + 313 S., br., je Band 5,80 DM (DTV / Wissenschaftliche Reihe / Bd. 4065/66). — Die Originalausgabe erschien im Oldenbourg Verlag, München (VIII, 492 S., br. 28,— DM, Ln. 38,— DM).

Aktuelle Themen

Die Presse in Europa. Ein Handbuch für Wirtschaft und Werbung. Bearbeitet von Fritz Feuereisen. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 328 S., Linson 40,— DM.

Axel Görlitz, Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland. Luchterhand Verlag, Neuwied, 330 S., kart. 24,80 DM.

Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz). Boorberg Verlag, Stuttgart, 191 S., kart. 15,80 DM (Ergänzung zum „Boorberg Taschenkommentar"). — Aus dem gleichen Verlag liegt vor: Sieghart Ott, Reform des Demonstrationsstrafrechts mit Straffreiheitsgesetz 1970 (36 S., kart. 1,80 DM).

Wolfgang Piepenstock, Politische Vereinigungen unter dem Grundgesetz. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 153 S., br.

29,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 139).

Gerhard Heuer, Politische Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen. Carl Heymanns Verlag, Köln, 88 S., kart. 16,— DM.

Josef Kühne, Das Bodenrecht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Bodens. Kommissionsverlag: Springer-Verlag, Wien, 140 S., geheftet 17,40 DM (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung, Bd. 10).

Francesca Schinzinger, Die Mezzogiorno-Politik. Möglichkeiten und Grenzen der Agrar- und Infrastrukturpolitik. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 328 S., br. 59,60 DM. — In der Reihe „Wirtschaftskybernetik und Systemanalyse" erscheint als Bd. 2: Herbert Biermann, Kybernetische Prognosenmodelle in der Regionalplanung (249 S., br. 56,60 DM).

Rudi Maslowski, Der Skandal Portugal. Land ohne Menschenrechte. Hanser Verlag, München, 275 S., Paperback 19,80 DM. — Mit einem Anhang statistischer Daten, Karten und Dokumenten.

Dokumente zum Zeitgeschehen

UNO-Dokumentation über Kriegs- und Kolonialverbrechen Portugals in Angola*)

Ein fünfköpfiger Unterausschuß der Menschenrechtskommission der UNO hat am 2. Februar 1971 einen Bericht über die Politik der Regimes des südlichen Afrika (Republik Südafrika, Südrhodesien, Angola, Mozambique, Guinea-Bissau) gegenüber den dort lebenden afrikanischen Völkern und deren politischen Organisationen vorgelegt. Es handelt sich dabei um das UNO-Dokument E/CN. 4/1050. Als Informationsgrundlage dienten diesem Untersuchungsausschuß vor allem die Legislativ- und Exekutivakten der genannten Regimes im Berichtszeitraum 1969/70 sowie die Aussagen von 146 Zeugen, die bis vor kurzem in den betreffenden Gebieten lebten oder noch dort leben.

Als Vorabdruck aus dem „Antiimperialistischen Informationsbulletin" (Redaktion: p. Adr. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46, Telefon 06421/2 46 72) dokumentieren wir nachstehend eine Übersetzung jener Aussagen, die portugiesische Kriegs- und Kolonialverbrechen in Angola betreffen. D. Red.

Ermordungen und Folterungen von Mitgliedern der angolesischen Befreiungsbewegung

Alberto Pinto, ein weißer portugiesischer Soldat, der 1961 während seiner Dienstzeit in Angola desertierte, sagte als Zeuge aus, daß er den Feldwebel Costa zu einer Ortschaft begleitet habe, die ungefähr 1 km außerhalb des Dorfes Negage lag, und daß er beobachtet habe, wie portugiesische Soldaten Gefangene folterten. Die Gefangenen wurden brutal mit Knüppeln geschlagen, bis Haut und Fleisch zerschunden waren; auf diese Weise sollten sie zum Sprechen gezwungen werden. An dem genannten Ort wurden 18 Personen in einer Garage gefangen gehalten, in die die Abgase landwirtschaftlicher

*) Auszüge aus UNO-Dokument E/CN. 4/1050, S. 136 f., S. 141—147. 179 f., 183 f. Anmerkungen und Zwischenüberschriften vom Übersetzer.

29,60 DM (Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 139).

Gerhard Heuer, Politische Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen. Carl Heymanns Verlag, Köln, 88 S., kart. 16,— DM.

Josef Kühne, Das Bodenrecht, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Bodens. Kommissionsverlag: Springer-Verlag, Wien, 140 S., geheftet 17,40 DM (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung, Bd. 10).

Francesca Schinzinger, Die Mezzogiorno-Politik. Möglichkeiten und Grenzen der Agrar- und Infrastrukturpolitik. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 328 S., br. 59,60 DM. — In der Reihe „Wirtschaftskybernetik und Systemanalyse" erscheint als Bd. 2: Herbert Biermann, Kybernetische Prognosenmodelle in der Regionalplanung (249 S., br. 56,60 DM).

Rudi Maslowski, Der Skandal Portugal. Land ohne Menschenrechte. Hanser Verlag, München, 275 S., Paperback 19,80 DM. — Mit einem Anhang statistischer Daten, Karten und Dokumenten.

Dokumente zum Zeitgeschehen

UNO-Dokumentation über Kriegs- und Kolonialverbrechen Portugals in Angola*)

Ein fünfköpfiger Unterausschuß der Menschenrechtskommission der UNO hat am 2. Februar 1971 einen Bericht über die Politik der Regimes des südlichen Afrika (Republik Südafrika, Südrhodesien, Angola, Mozambique, Guinea-Bissau) gegenüber den dort lebenden afrikanischen Völkern und deren politischen Organisationen vorgelegt. Es handelt sich dabei um das UNO-Dokument E/CN. 4/1050. Als Informationsgrundlage dienten diesem Untersuchungsausschuß vor allem die Legislativ- und Exekutivakten der genannten Regimes im Berichtszeitraum 1969/70 sowie die Aussagen von 146 Zeugen, die bis vor kurzem in den betreffenden Gebieten lebten oder noch dort leben.

Als Vorabdruck aus dem „Antiimperialistischen Informationsbulletin" (Redaktion: p. Adr. Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46, Telefon 06421/2 46 72) dokumentieren wir nachstehend eine Übersetzung jener Aussagen, die portugiesische Kriegs- und Kolonialverbrechen in Angola betreffen. D. Red.

Ermordungen und Folterungen von Mitgliedern der angolesischen Befreiungsbewegung

Alberto Pinto, ein weißer portugiesischer Soldat, der 1961 während seiner Dienstzeit in Angola desertierte, sagte als Zeuge aus, daß er den Feldwebel Costa zu einer Ortschaft begleitet habe, die ungefähr 1 km außerhalb des Dorfes Negage lag, und daß er beobachtet habe, wie portugiesische Soldaten Gefangene folterten. Die Gefangenen wurden brutal mit Knüppeln geschlagen, bis Haut und Fleisch zerschunden waren; auf diese Weise sollten sie zum Sprechen gezwungen werden. An dem genannten Ort wurden 18 Personen in einer Garage gefangen gehalten, in die die Abgase landwirtschaftlicher

*) Auszüge aus UNO-Dokument E/CN. 4/1050, S. 136 f., S. 141—147, 179 f., 183 f. Anmerkungen und Zwischenüberschriften vom Übersetzer.

Maschinen einströmten. Die Soldaten sagten den achtzehn, daß sie am nächsten Morgen erschossen werden sollten. Der Zeuge berichtete, daß am nächsten Morgen mit einem Traktor eine Grube ausgehoben wurde, vor der die Menschen sich aufstellen mußten und erschossen wurden. Unter ihnen befanden sich zwei Männer in Zivilkleidung, die nicht zusammen mit den anderen erschossen wurden. Sie wurden mit der stumpfen Seite einer Machete ins Genick geschlagen, bis sie tot waren.

Justino Katuya bezeugte, daß er und mehrere andere Angolesen im Januar 1963 von der PIDE [1]) verhaftet worden seien, weil sie ausländische Sendungen abgehört hätten. Als er sich weigerte, ein Geständnis abzulegen, wurde er, nachdem er achtzehn Stunden lang verhört worden war, in einer zwölf Quadratmeter großen Zelle eingekerkert, in der sich schon dreißig weitere Gefangene befanden. Während der Inhaftierung soll der Zeuge gesehen haben, wie Gefangene mißhandelt wurden und hungern mußten; ebenso sah er, daß Gefangene von portugiesischen Soldaten gezwungen wurden, ihre eigenen Gräber auszuheben; daraufhin wurden sie erschossen und fielen in die Gräber. Der Zeuge behauptete, gesehen zu haben, wie sein Schwager auf die gleiche Weise in Cago Coutinho auf Anordnung des Francisco Freitas da Costa ermordet wurde. Chinoya Kayawe aus Kangamba, Tolosi Kapalingwa und Paulino Kalengo erlitten das gleiche Schicksal.

Der Zeuge Samuel Augusto Kongo sagte aus, daß in Gefangenschaft geratene Freiheitskämpfer in der Regel auf der Stelle erschossen würden; er berichtete, daß 1969 zehn Mitglieder der angolesischen Befreiungsbewegung (UPA) [2]) in Zala, sieben in Kitexe und drei in Negage umgebracht worden seien. Fünf weitere, die von der PIDE gefangen genommen worden waren, wurden nach Carmona transportiert, verhört, gefoltert und totgeschlagen. Im Juni 1968 wurden Sympathisanten der Befreiungsbewegung in Militärfahrzeugen von dem Dorf Kissika zur portugiesischen Plantage José Maria transportiert, auf der sie dann verhört wurden. Als die Gefangenen keine befriedigenden Informationen lieferten, wurden sie mit Bajonetten umgebracht, und zwar deshalb, weil die portugiesischen Soldaten keine Munition an sie verschwenden wollten. Nach diesem Zeugen sind die Freiheitskämpfer in einem Polizeiquartier in der Nähe der Plantage getötet worden, das von einem Hauptmann der portugiesischen Armee, Felipe Alves de Souza, befehligt wurde. Dieser Vorfall ist ihm von Plantagenarbeitern berichtet worden, die gezwungen worden waren, den Exekutionen beizuwohnen. Der Zeuge sagte weiter aus, daß im Februar 1968 die portugiesischen Truppen fünf Personen verhaftet hätten, nämlich Alberto Jomba Massarico, Kina Dala, Pinto Fando, Casanda und João Fando; diese Personen wurden verdächtigt, mit der UPA zusammenzuarbeiten. Sie wurden zum Hauptquartier der PIDE in Carmona transportiert, verhört und erschlagen.

Dr. Anna Wilson bezeugte, daß am 1. September 1968 auf dem Weg zur Schule der zwölf Jahre alte Augusto Ngagula mit der Axt erschlagen wurde, weil er sich geweigert hatte, den portugiesischen Soldaten die Stützpunkte der MPLA [3]) zu zeigen. Die Guerillas, die in der dritten Region operierten, fanden seinen Körper und waren über seinen Fall genau informiert.

Die Zeugin Frau Vieira, die in Dakar befragt wurde, berichtete, daß ihr Mann angeblich Selbstmord begangen haben soll, indem er aus einem Fenster sprang; das fragliche Fenster befand sich jedoch nur zwei Meter über dem Erdboden.

---

1) PIDE (Policia Internacionale de Defesa do Estado), die 1945 gegründete portugiesische Geheimpolizei, die Salazar unmittelbar unterstand und ähnliche Vollmachten und Funktionen besaß wie die „Gestapo" innerhalb des deutschen faschistischen Herrschaftssystems. Per Regierungsdekret vom 24. 11. 1969 wurde die PIDE in die nun dem portugiesischen Innenminister unterstehende „Generaldirektion für Sicherheit" (Direcção General de Segurança, DGS) überführt, ohne daß sich damit am faschistischen Charakter dieser staatlichen Repressivgewalt etwas änderte.

2) UPA (União das Populações de Angola), „Volksunion von Angola", in der sich seit 1954 vornehmlich der im nördlichen Angola ansässige Stamm der Bakongo unter der Führung von Holden Roberto mit dem Ziele politisch organisierte, die politische Unabhängigkeit zu erringen, ohne daß damit soziale Umwandlungen angestrebt wurden. Sie erhielt, bevor sich die amerikanische Politik mit dem portugiesischen Kolonialregime in Afrika arrangierte, offenbar während der Kennedy-Administration amerikanische Unterstützung und verlor nicht zuletzt durch den Wandel der amerikanischen Politik zunehmend an Einfluß.

3) MPLA (Movimento Popular de Libertaçao de Angola), die „Volksbewegung für die Befreiung Angolas", die 1956 entstand und sich in einem harten Selbstbehauptungskampf gegen die Übergriffe der portugiesischen Kolonialmacht und gegen die beschränkte, gleichwohl nicht völlig einflußlose politische Praxis der UPA zur dominierenden sozialen und politischen Kraft innerhalb des Befreiungskampfes des angolesischen Volkes entwickelte. Die MPLA kontrolliert heute ungefähr ein Drittel des gesamten angolesischen Territoriums.

Polizei- und Justizterror gegen politische Häftlinge

Der Geistliche Murray McInnes sagte über Angola aus, daß ungeachtet strenger Gesetzesvorschriften ein Fehlen einschränkender Rechtsmittel es den portugiesischen Behörden immer leicht mache, jede beliebige Person mit oder ohne legale Anklagen zu verhaften oder zu mißhandeln. Die Techniken, Geständnisse zu erpressen und willkürliche Inhaftierungen zu sanktionieren, sollen seit dem März 1961 noch rücksichtsloser als vorher angewandt worden sein. Zu diesem Zeitpunkt erzwangen die (portugiesischen) Siedler, die um ihr Leben und um ihren Besitz fürchteten, die Beseitigung aller einschränkenden prozeßrechtlichen Regelungen, die anscheinend das Recht der einheimischen Bewohner oder der verdächtigten Weißen bislang zum Teil geschützt hatten.

Nach der Aussage dieses Zeugen wurden in den Jahren 1961 und 1962 viele seiner Kollegen in den Missionsstationen verhaftet und für Monate und Jahre inhaftiert, ohne daß sie jemals den Inhalt der gegen sie gerichteten Anklagen erfahren hätten. Ihnen wurde weder der gesetzlich garantierte Rechtsbeistand gewährt, noch wurde den meisten von ihnen erlaubt, mit ihren Familien Verbindung aufzunehmen.

Die Zeugenaussage des Geistlichen McInnes ergab, daß nur wenige Afrikaner von sich aus eine Aufklärung der gegen ihre Verwandten und Freunde erhobenen Beschuldigungen zu erreichen suchen, und zwar aus Furcht davor, bei der Sicherheitspolizei, der vormaligen PIDE, als Unruhestifter registriert zu werden. Er wies darauf hin, daß die portugiesischen Behörden konstant gegen Artikel 5 der Deklaration der Menschenrechte [4]) und gegen Artikel 270 ihrer eigenen Strafprozeßordnung [5]) durch rücksichtslose Gefangenenmißhandlungen verstoßen. So hätten ihm in mehreren Fällen Gefangene über unmenschliche Behandlung, schwerwiegenden Nahrungsmittelentzug und unhygienische Haftbedingungen berichtet. Er behauptete, erlebt zu haben, wie Menschen mit der „palmatoria" [6]) gefoltert wurden; ferner habe er die geschwollenen geschlagenen Hände von Männern gesehen, die kurz vorher in einem Gefängnis gewesen seien. Schließlich sprach er davon, daß viele Gefangene auf Grund der Mißhandlungen starben oder aber Selbstmord begingen, um der Folter zu entfliehen; er nannte die Namen von drei Mitgliedern einer Familie, Armando Cacunda, Julio Cacunda und des Geistlichen Gaspar Vanhale Cacunda, die angeblich während der Kerkerhaft verschwanden.

J. B. Nguvulo bezeugte, daß die Sicherheitspolizei in Angola gegenwärtig 2000 bis 3000 Escudos an Spitzel zahlt; diese hätten in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einzudringen und über das, was sie hörten, zu berichten. Jede Auseinandersetzung zwischen einem Weißen und einem Schwarzen, ein Brief aus dem Ausland, die Fotografie eines politischen Häftlings oder die Herkunft aus einem Land, das die Befreiungsbewegung unterstützt, könnte Grund für eine Inhaftierung sein.

Nach dem Geistlichen McInnes bleiben trotz des formellen Ersatzes der PIDE durch die DGS die bisherige Form repressiven und grausamen Vorgehens und das alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Spitzelsystem erhalten.

Der Zeuge Martin Ennals sagte aus, daß die geheime oder politische Polizei vor kurzem ihren Namen geändert habe, hingegen nicht ihren Charakter.

Der Zeuge A, ein angolesischer Student und früherer politischer Häftling, erwähnte, daß sich nur der Name geändert habe; denn die dort tätigen Polizeiagenten seien die gleichen geblieben, wie z. B. Dr. Sáo José, der Chef der Geheimpolizei in Angola, und der Brigadechef Varatojo, der besonders aktiv Studentendemonstrationen oder Widerstand aller Art unterdrückt hat ...

---

4) Art. 5 der UNO-Menschenrechtserklärung verbietet Folterungen und sonstige unmenschliche Behandlungen von Gefangenen.

5) Art. 270 der portugiesischen Strafprozeßordnung schreibt vor, daß Vernehmungen Angeklagter durch einen Richter in Gegenwart eines staatlichen Anklagevertreters und eines Rechtsbeistandes, der vom Angeklagten oder vom Gericht zu bestimmen ist, zu erfolgen haben.

6) Die „palmatoria" ist ein großes hölzernes Schlaginstrument, an dessen zum Schlagen bestimmten Ende sich viele Löcher befinden. Mit diesem Gerät schlagen die folternden Polizeibeamten dem zum Verhör vorgeführten Gefangenen auf die offene Handfläche, auf der sich die Löcher des Geräts festsaugen, so daß jeder Schlag einen intensiven und anwachsenden Schmerz verursacht.

Nach der Aussage des Geistlichen Henderson ist das portugiesische System der Behandlung politischer Gefangener repressiver und noch weitaus brutaler als die Methoden, die offenbar in Rhodesien und Südafrika bei der Behandlung der Gefangenen angewandt werden. Die offizielle Gefangenenakte enthält nur ein Geständnis, das der Gefangene in den meisten Fällen im Gefängnis — gewöhnlich in Einzelhaft und unter starkem Zwang — ablegt. Während des Verhörs werden die Menschen bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, und einige von ihnen erlangen niemals wieder das Bewußtsein.

Nachdem das Geständnis unterzeichnet und von den zuständigen Behörden geprüft worden ist, wird die betreffene Person in der Regel in eines der Konzentrationslager transportiert, die in Angola z. B. in São Nicolau oder in Serpa Pinto eingerichtet worden sind. Einige Gefangene werden auf die Kapverdischen Inseln verschleppt, andere bleiben in den Gefängnissen. Der Zeuge sagte aus, daß mehrere hundert Gefangene in dem „Erholungszentrum" von São Nicolau untergebracht worden seien; darunter befänden sich 35 protestantische Geistliche.

Der Zeuge Nguvulo sagte aus, daß die Gefangenen in den Konzentrationslagern in Menongue und in Ba dos Tigres ununterbrochen Monate und Jahre Zwangsarbeit zu verrichten hätten, bis sie völlig verkrüppelt seien. Im Gefängnis von Menongue sind bekannte Gefangene wie der Häuptling Tambue, die Lehrer Filipe Diamantino und André Eyuva, der Pfarrer Andre Kapinje und andere während des Verhörs gefoltert worden. Die Zwangsarbeit bestand offenbar darin, Steine mit den Fingernägeln auszugraben. Im Gefängnis von Ba dos Tigres sollen die Gefangenen den Raubfischen zum Fraß vorgeworfen worden sein; jeder, dem es gelang, lebend an Land zu kommen, war für sein Leben verkrüppelt. Der Diakon Bastos Zangawe aus Tchissamba (Bié) und sein Assistent Paulo Thindombe sollen dort von PIDE-Agenten umgebracht worden sein. 15 Studenten aus Bela Vista sollen mitten in der Nacht verhaftet und ohne Erklärung mit einem Sonderflugzeug nach Ba dos Tigres transporteiert worden sein. Sieben von ihnen kamen hier um; die acht anderen warten noch immer auf ihren Prozeß. Der Zeuge sagte ferner aus, daß das Gefängnis von Mombaka in Mittelangola das entsetzlichste sei und daher das „Schlachthaus für Angolesen" genannt würde. In diesem Gefängnis wurden acht bis zehn Gefangene in einer feuchten, gesundheitsschädlichen Zelle auf engstem Raum zusammengepfercht. Zu den Mahlzeiten gab es manchmal ein wenig Licht, sonst wurde die Zelle nur beleuchtet, wenn der PIDE-Offizier eintrat. Die Nahrung wurde durch ein kleines Loch hereingeworfen. Pastor Gaspar Vanyale, seine Söhne Armando und Julio Kakunde, die Lehrer David Tschamba-Suku und Alvaro Lutukuta und der Student Arao Kunga Kassoma sollen dort nach den Folterungen umgekommen sein.

Der Zeuge Nguvulo beschrieb die Verhörtechniken, die in allen Gefängnissen der PIDE angewandt werden: er wies darauf hin, daß die Befragungen inhaftierter Personen von einem PIDE-Agenten zusammen mit acht oder zehn Helfershelfern durchgeführt werden. Der Gefangene wird gezwungen, sich auf einen elektrisch geladenen Stuhl zu setzen, der sich sehr schnell dreht, während ein Offizier der PIDE zehn Minuten lang sandhaltiges Salzwasser über ihn gießt. Während der Befragung stehen auf jeder Seite des Gefangenen zwei PIDE-Offiziere, die ihn immer dann mißhandeln, wenn er nicht antwortet. Wenn die Antworten öfter negativ als positiv ausfallen, wird der Gefangene erneut gequält, in seine Zelle gebracht und geschlagen. Diese Prozedur wird zweimal täglich wiederholt, und sehr oft stirbt der Gefangene unter den Auswirkungen der Folterungen. Manchmal wird er nackt auf dem Stuhl verhört, an eine Tonne mit Sand gefesselt und gefoltert, indem Holzstäbchen in seine Nase gesteckt werden, bis er nicht mehr atmen kann, und seine Fingernägel ausgerissen oder Holzstäbchen in seine Sexualorgane gesteckt werden.

Martin Ennals bezeugte, daß eine Anzahl von Einwohnern aus Angola und Mozambique, die in Portugal studierten oder arbeiteten, zur Zeit der Wahlen im letzten Oktober [7])

---

7) Dabei handelt es sich um die Wahlen vom 26. 10. 1969, bei denen ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung Portugals und 1 Prozent der Bevölkerung der portugiesischen Kolonialbesitzungen wählen konnten. Da aufgrund des Fehlens politischer Grundrechte, wie der Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit usw., politische Oppositionsgruppierungen in Portugal keine Chancen besitzen, fielen alle Sitze an die einzig zugelassene faschistoide Einheitspartei, die União Nacional.

wegen der Unterstützung der Befreiungsbewegungen in ihren Territorien verhaftet worden seien. Unter ihnen befand sich der Pater Pinto de Andrade, der afrikanische Sekretär des Erzbischofs von Luanda, der zehn Jahre entweder im Gefängnis oder in Hausarrest verbracht haben soll, seitdem er erstmals 1960 in Portugal inhaftiert wurde. Ein anderer Priester, Pater Lino de Guimarães, soll kurz nach seiner Rückkehr nach Angola Anfang 1970 tot aufgefunden worden sein, mit Symptomen, die auf Mord hindeuteten. Nach diesem Zeugen sind in Luanda im Oktober 1969 ungefähr 70 weitere Angolesen aus denselben Gründen verhaftet und unbegrenzt ohne Urteil in Haft gehalten worden. Er erklärte, daß einige in das Gefängnis von São Nicolau transportiert worden seien, andere seien in dem Gefängnislager Tarrafal (cháo Bom) auf einer der Kapverdischen Inseln festgehalten worden. In diesen Fällen sei kein Gericht eingeschritten, um die Tatbestände zu überprüfen. Die Anordnungen zur Internierung wurden von der Kolonialregierung auf der Grundlage von Informationen erlassen, die von der portugiesischen Polizei stammten. Dem Zeugen Ennals zufolge gibt es zur Zeit allein im Lager São Nicolau 2900 Häftlinge. Der Zeuge Marques Munucapuyi sagte aus, daß er unter den Gefangenen Freiheitskämpfern, alte und blinde Menschen sowie Frauen gesehen habe, die ermordet worden seien und deren Leichen verstümmelt wurden, indem die portugiesischen Soldaten Ohren, Finger und sogar Geschlechtsorgane abschnitten und ihnen in den Mund steckten. Um von seinem Freund Fulai ein Geständnis zu erzwingen, seien ihm die Hoden mit Zangen zerquetscht worden. Dies sei am 2. Juni 1969 in der Region Luatomba (Angola) geschehen.

Der Zeuge berichtete, daß seine Gruppe am 6. September 1969 eine Frau begraben habe, die Rodrina hieß und die gefangen genommen worden war, als das Dorf, in dem sie lebte, durch Brand völlig vernichtet wurde. Sie und ihr Säugling wurden getötet. Darauf wurde ihr der Bauch geöffnet und das tote Kind hineingelegt. Die Leichen seien für jeden sichtbar auf dem Boden liegen gelassen worden. Der Zeuge sagte weiter aus, daß am 1. Dezember 1969 einige Häftlinge mit der Machete geköpft worden seien.

Der Lehrer Buanja Horacio bezeugte, daß er am 8. November 1969 anwesend war, als die Dorfältesten und andere Einwohner eines Dorfes gegen die portugiesischen Truppen protestierten, die ihnen ohne Bezahlung Vieh, Vorräte und Früchte weggenommen hatten. Nach dem Bericht des Zeugen töteten die Portugiesen daraufhin einige der Dorfältesten ... Sie wurden im Dorfe Lucussi mit einem Knüppel totgeschlagen, weil sie die anderen dazu ermuntert hatten, Widerstand zu leisten.

Weiter berichtete der Zeuge Horacio, daß am 12. März 1969 um zwei Uhr nachmittags im Dorfe Canachi ein zwölfjähriges Mädchen, Eshiwunda, ermordet worden sei, als es vergeblich zu verhindern suchte, daß seine Mutter von portugiesischen Soldaten vergewaltigt wurde. Er sagte ferner aus, daß, als er mit einigen Freiheitskämpfern dem von portugiesischen Truppen überfallenen Dorf zu Hilfe eilen wollte, sie zu spät kamen; sie konnten nur noch das kleine Mädchen begraben. Er versicherte, daß er am 9. September 1969 in Chizambula eine verstümmelte 45jährige Frau, Patricia Chisengo, gesehen habe, deren Ohr von portugiesischen Soldaten abgeschnitten worden war; sie hatten vorher versucht, die Frau zum Sprechen zu bringen, indem sie ihr mit dem Bajonett in den Magen und dann in den Hals stachen. Horacio bezeugte außerdem, daß die portugiesischen Soldaten am 10. Oktober 1969 in dasselbe Dorf Chizambula zurückkehrten und 25 Männer töteten; einem der Männer schlitzten sie den Bauch auf und füllten ihm zum Austrocknen mit Salz, das sich wie eine Art Einbalsamierung auswirkte; die Soldaten ließen eine Mitteilung zurück, nach der diese Tat den Leuten zeigen sollte, daß die Portugiesen die Herren Angolas seien. Schließlich berichtete er noch, daß die Portugiesen während der Volkszählung im Juni 1969 in dem Dorf Chitembo den jungen Frauen befahlen, sich zu entkleiden; darauf wählten sie diejenigen unter ihnen aus, die ihnen am besten gefielen, und schleppten sie in ihre Jeeps.

Der Zeuge C sagte aus, daß er 1962 als Mitglied einer Partei nach Angola gekommen sei, die von den portugiesischen Behörden anerkannt worden war, und daß er ein Abkommen mit den Territorialbehörden in Nordangola geschlossen hatte. Diese Partei hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die im Wald lebenden Flüchtlinge zurückzurufen und die Dörfer

in dieser Region wieder zu bevölkern. 90 Tage später hätten die portugiesischen Behörden alle Distriktchefs und Mitglieder dieser Partei in Angola verhaftet und ins Gefängnis von Sao Paulo (Luanda) transportiert, wo viele von ihnen ermordet und andere lebendig begraben wurden.

Der Zeuge A sagte, daß er während seines dreimonatigen Aufenthalts im Gefängnis von Sao Paulo drei Tage und Nächte lang von dem Polizeiagenten Varatojo verhört und gefoltert worden sei. Jedesmal, wenn er einzuschlafen begann, wurde er von einer Wache mit Schlägen gezwungen, wieder aufzustehen. Er sprach davon, daß es in dem Gefängnis viele Menschen gegeben habe, die gefoltert wurden. Dies sei den Stimmen und dem Lärm zu entenehmen gewesen, die er wahrgenommen hatte, als die Gefangenen geschlagen wurden. Meistens wurden Eisenstangen oder Teile von Gummireifen als Schlaginstrumente benutzt; die jeweils der Folter ausgesetzte Person wurde gezwungen, sich zu entkleiden und auf den Boden zu legen. Daraufhin wurde sie mit Teilen von Gummireifen geschlagen. Nach dem Zeugen A wurden einige politische Häftlinge von Luanda in ein Konzentrationslager auf die Insel Sao Tomé im Atlantik verschleppt. Den portugiesischen Truppen soll es bei solchen Transporten erlaubt sein, die Flugzeuge zu öffnen und Menschen in den Atlantik zu werfen. Andere werden einfach erschossen.

Der Zeuge Paulo Jorge sagte, daß überall in Angola die Händler, Geschäftsleute und Landbesitzer eine Reihe von Deportationen veranlaßt hätten, weil das Land, wenn die Eigentümer abwesend sind, konfisziert werden darf. Der Zeuge wies darauf hin, daß in der Regel die Gefangenen eine unmenschliche Behandlung durch die Polizei erfahren. So werden ihnen nach seiner Aussage die Nägel abgerissen, sie werden mit Zigaretten gebrannt, sie werden gezwungen, 24 bis 72 Stunden wach zu bleiben. Weiter gehört es zu den Foltermethoden, daß die Gefangenen bis zu einem Monat in Einzelhaft gehalten und mit der „palmatoria" auf die Handflächen, Füße und Sohlen geschlagen werden, bis diese bluten.

Den Männern werden mit Zangen die Hoden zerquetscht. Sie werden in Zellen inhaftiert, die nur einen Quadratmeter groß sind und die ein Loch in der Mitte der Decke haben, von dem jeweils 30 Minuten lang abwechselnd kochendes und kaltes Wasser auf den Gefangenen geschüttet wird.

Massaker an der angolesischen Zivilbevölkerung durch die portugiesischen Truppen

Dr. Anna Wilson bezeugte, daß die portugiesischen Truppen unter dem Vorwand, Stützpunkte der Terroristen zu zerstören, täglich mit Napalmbomben schutzlose angolesische Dörfer und ihre Einwohner bombardierten. Die Zeugin berichtete, daß sie auf ihren Reisen ins Innere des Landes Dörfer gesehen habe, die niedergebrannt worden und deren Einwohner in den Wald geflohen waren. Frau Wilson berichtete, daß sie im Januar 1970 in der unter der Kontrolle der MPLA befindlichen Zone 3 ein zweijähriges Kind am rechten Arm und am Leib gegen Brandwunden als Folge von Naplambombardierungen behandelt habe, bei denen die Mutter des Kindes umgekommen sei. Andere Opfer der Bombardierungen litten an Schocks und anderen Verletzungen, wie z. B. Dr. Americo Boavida, der vor zwei Jahren in der als dritte Region bekannten Zone gearbeitet hatte. Sie sagte ferner aus, daß sie mehrere Personen behandelt habe, die von Hubschraubern aus mit Maschinengewehrfeuer angegriffen worden waren. Diese Hubschrauber terrorisieren die Bevölkerung. Bei ihren Angriffen werden viele Menschen sofort getötet; anderen werden Arme und Beine von Maschinengewehrkugeln völlig verstümmelt. Frau Wilson berichtete von einem Freund, dessen Hände zerschossen worden waren.

Nach der Ausage von Frau Wilson tauchten portugiesische Truppen plötzlich bei einem Dorffest auf, bei dem die Bewohner bis zur Morgendämmerung tanzten, und schossen aus Maschinengewehren auf die Gäste. Zehn Menschen kamen dabei ums Leben; die Frauen, denen es gelang, die nächste medizinische Betreuungsstelle zu erreichen, befanden sich in einem beklagenswerten Zustand und litten bereits an Wundbrand. Frau Wilson berichtete, daß die portugiesischen Truppen mit Hubschraubern die Dörfer überfallen, die Ernte stehlen, die Bewohner foltern und zusammentreiben und sie in sogenannte „strategische

Dörfer" verschleppen, in denen sie verhungern. Um den Hubschrauberüberfällen zu entgehen, lebt die Bevölkerung im Busch. Dort fehlt es ihr an jeglichen hygienischen Einrichtungen. Die Folge ist, daß die Bewohner ganzer Dörfer an Ruhr, Augenkrankheiten, Parasitenkrankheiten und anderen Beschwerden leiden.

Pedro Hendrick Vaal Neto bezeugte, daß portugiesische Truppen das Dort Malange angriffen, das sie nur deshalb dem Erdboden gleichmachten, weil sie annahmen, daß sich in dem Dorf eine Zelle der Befreiungsbewegung gebildet habe. Bei diesem Angriff kamen 247 Menschen (Männer, Frauen und Kinder) um. Die übriggebliebene Bevölkerung floh in die befreiten Gebiete. Ein anderer Zeuge, Frederico Casimiro, sagte aus, daß am 23. Mai 1970 um 11.35 Uhr vormittags die Portugiesen die mit Erdnüssen und Mais bebauten Felder bei Quibumbe-Zala, im angolesischen Bezirk Luanda, mit Artilleriegeschossen und Maschinengewehren angegriffen haben. Ein dritter Zeuge, S. A. Kongo, berichtete, daß er und andere Dorfbewohner im Jahre 1968 ungefähr 778 Opfer der Bombardierungen von Feldern und Dörfern in Nordangola gezählt hatten ...

Der portugiesische Soldat Alberto Pinto berichtete, daß er sich während seiner Militärzeit in Angola vor seiner Desertion im Jahre 1961 am 13. Mai desselben Jahres im Dorf Catete aufgehalten habe, in dem die Soldaten auf Befehl die Häuser niederbrannten. Anschließend drangen sie in Cambatela ein und brannten auch dieses Dorf völlig nieder. Vor diesen Überfällen war den Soldaten gesagt worden, daß sie die ganze Rasse ausmerzen sollten. Der Zeuge sagte, daß er nach diesen Vorfällen beschlossen habe, über die Grenze in die Demokratische Republik Kongo zu flüchten.

Einsatz chemischer Waffen gegen das angolesische Volk

Nach dem Zeugen Lara erfordert die Lage in Angola ein Einschreiten der Vereinten Nationen, um dem Verbot von Unterdrückungsmethoden Geltung zu verschaffen, die vom Völkerrecht verworfen, jedoch von den Portugiesen durch die Anwendung chemischer Waffen, z. B. von Herbiziden — insbesondere von Tordon — angewandt werden.

Die Zeugin Dr. Anna Wilson sagte aus, daß die portugiesischen Truppen besonders in letzter Zeit Chemikalien zur Vernichtung der Ernte benutzen. Sie berichtete, daß die chemischen Kampfstoffe zum ersten Male im April und Mai 1970 gegen die Bevölkerung der befreiten Gebiete der angolesischen Zone 3 verwandt wurden. Die Herbizide und Entlaubungsmittel sollen aus 2,4-D (Dichlorophenoxyessigsäure), 2,4,5-T (Trichlorophenoxyessigsäure), Kakodylsäure und Picloram bestehen [8]). Nach der Aussage der Zeugin greifen diese Chemikalien nicht nur die Pflanzen an, sondern rufen auch beim Menschen Erkrankungen der Lungen, des Magens und des Zahnfleisches sowie Durchfall hervor. Wenn diese giftigen Chemikalien unmittelbar gegen Menschen angewandt werden, sterben viele nach wenigen Minuten. Wenn z. B. Maniokstäucher oder Kartoffeln mit Entlaubungsmitteln besprüht werden, weisen sie spätestens nach 24 Stunden deutliche Verfallserscheinungen auf, und ihre Blätter verwelken.

Nach Aussage des Zeugen Kongo benutzen die Portugiesen große Flugzeuge der Lufttransportdivision in Angola, die geeignet sind, Plantagen aus niedriger Höhe, d. h. 60 m über der Erde, mit Chemikalien zu besprühen. Der Zeuge berichtete, daß zwei Tage nach dem Angriff die Wurzeln der Maniokpflanzen und der Bananenstauden zu verfaulen beginnen. Andere Pflanzen, z. B. Kassavesträucher, Stangenbohnen und Erdnüsse, werden ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen. Ferner sagte er aus, daß diese vergifteten Nahrungsmittel bei den Kindern Husten hervorrufen, der zwei Wochen andauert und zum Tode führen kann.

---

[8]) An anderer Stelle des UNO-Berichts heißt es, daß nach Aussage der Zeugin Dr. Anna Wilson diese auch in Vietnam angewandten chemischen Kampfstoffe aus der BRD stammten. Die vollständige Stelle im Bericht lautet: „Dr. Anna Wilson berichtete der Gruppe (dem fünfköpfigen Unterausschuß der UNO; d. Übers.), daß sie die von den Portugiesen angewandten Chemikalien auf ihre Zusammensetzung hin untersucht habe, und sagte aus, daß diese Chemikalien aus der BRD stammten" (vgl. E/CN. 4/1050, S. 197 f.).

Brief des Generalrats der Weißen Väter über die Einstellung ihrer Tätigkeit in Mozambique

(Wortlaut)

Am 15. Mai 1971 veröffentlichte der Generalrat der Weißen Väter einen aufsehenerregenden Brief, in dem die Einstellung der Tätigkeit dieser Katholischen Missionsgesellschaft in Mozambique mitgeteilt und mit dem Widerspruch zwischen christlichen Prinzipien und den Praktiken der portugiesischen Kolonialmacht begründet wird, der nicht länger hingenommen werden könne.

Die nach der früheren Kleidung ihrer Angehörigen kurz Weiße Väter genannte internationale „Gesellschaft der Missionare von Afrika", der sowohl Welt- als auch Ordensgeistliche angehören, wurde 1869 von dem französischen Erzbischof von Algier, Lavigerie, gegründet. Seit 1946 war die Gesellschaft — inzwischen eine der bedeutendsten derartigen Vereinigungen und in ganz Afrika aktiv — im Bildungs-, im Sozialwesen und in der Seelsorge Mozambiques tätig.

Kurz nach der Veröffentlichung des nachstehend im Wortlaut dokumentierten Briefes hat die portugiesische Regierung die Missionsgesellschaft in Mozambique verboten und die Weißen Väter aufgefordert, das Land binnen 48 Stunden zu verlassen. D. Red.

Liebe Patres und Brüder!

Der Generalrat möchte Euch heute über eine schwerwiegende Entscheidung, zu der er sich genötigt sah, informieren. Nach mehreren Monaten der Überlegung, des Gebets und wiederholter Kontakte mit den zuständigen Personen haben wir entschieden, die Weißen Väter aus Mozambique zurückzuziehen. Wir betrachten es als unsere Pflicht, Euch ganz klar die Gründe für eine solche Entscheidung vorzulegen.

Zunächst ist es offensichtlich, daß diese Maßnahme uns nicht durch Personalmangel diktiert wurde. Seit dem (General-)Kapitel (1967) haben wir jedes Jahr junge Missionare für Mozambique ernannt. Auch dieses Jahr waren wir bereit, dies zu tun. Diese Entscheidung wurde auch nicht aus äußeren Gründen gefällt, noch aus Gründen materieller Art. Die Sicherheit unserer Leute ist nicht bedroht. Die Lebensbedingungen sind nicht schlecht. Zudem wißt Ihr, daß ein derartiges Motiv uns nie bewegen könnte, eine Mission aufzugeben. Nirgendwo anders haben unsere Missionare von einer Regierung so direkte und substantielle materielle Hilfe erhalten (als in Mozambique). Und die Behörden in Lissabon haben nie eine Andeutung gemacht, daß die Gegenwart der Weißen Väter in Mozambique nicht länger erwünscht wäre.

Die Gründe für unsere Entscheidung sind viel ernster: Einerseits die grundlegende Zweideutigkeit einer Situation, in der unsere Anwesenheit zum Gegenzeugnis wird; zum anderen die Aufrichtigkeit einer Mission, die es ablehnt, in Afrika zwei gegensätzliche Gesichter zu haben.

Die Lage der Weißen Väter in Mozambique wird in der Tat mehr und mehr gezeichnet von einer schwerwiegenden Zweideutigkeit. Ausgesandt, um Zeugnis abzulegen für das Evangelium und die Kirche präsent zu machen als ein Zeichen und Mittel des Heils, müssen die Missionare feststellen, daß die Verwechslung zwischen Staat und Kirche, die durch staatliche und kirchliche Autoritäten ständig nahegelegt wird, der Verkündigung des Evangeliums und dem wirklichen Bild der Kirche sehr abträglich ist.

Es ist unglücklicherweise eine Tatsache, daß auf vielen Gebieten die Kirche in ihrer Aktionsfreiheit behindert ist. Mag sie sich theoretisch der Handlungsfreiheit erfreuen, in Wirklichkeit wird die Verkündigung gewisser Aspekte des Evangeliums ständig gehemmt. Es ist nicht unsere Absicht, hier Akten vorzulegen oder auf einzelne Punkte einzugehen. Es soll genügen, hervorzuheben, daß nur zu oft bestimmte Tätigkeiten apostolischen

Dienstes, besonders solche, die auf die Förderung einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit abzielen, als subversive Akte angesehen werden, und daß diese dann oft der Anlaß sind für schmerzvolle Schikanen oder gar Gefängnis und Mißhandlung führender Christen, die mehr mit der Mission in Kontakt stehen.

Wir baten darum und warteten lange Zeit darauf, daß die Hierarchie eine klare Stellung einnehme, um diese Zweideutigkeit angesichts von Ungerechtigkeit und polizeilicher Brutalität zu beseitigen. Konfrontiert mit einem Schweigen, das wir nicht verstehen können, verbietet uns unser Gewissen, als mitschuldig angesehen zu werden an einer offiziellen Unterstützung, welche die Bischöfe auf diese Weise einem Regime zu leisten scheinen, das auf schlaue Weise die Kirche benützt, um in Afrika eine anachronistische Lage zu festigen und zu verewigen, welche auf die Dauer eine Sackgasse bedeutet. Da uns Mittel und Wege fehlen, die Sachlage an Ort und Stelle richtigzustellen, ruft unsere Anwesenheit lediglich eine bedauerliche Verwirrung beim Volke hervor.

Eine stumme und mundtote Kirche kann noch ein lohnendes Zeichen bleiben unter einem Regime, in dem die Kirche offiziell verfolgt wird. Sie wird aber zum Gegenzeugnis in einem Lande, das sich öffentlich als katholisch bekennt und als Schutzherr der Kirche, aber auf die Dauer die Kirche mißbraucht für Ziele, die nichts zu tun haben mit dem Evangelium Jesu Christi.

Wie der hl. Paulus fühlen wir, daß es Situationen gibt, in denen wir nicht verschämt schweigen, uns nicht aufs Ränkespiel und die Verwässerung des Wortes Gottes verlegen dürfen (2. Kor. 4, 2).

Ein anderer Beweggrund für unsere Entscheidung ist die Frage der Aufrichtigkeit. Als die afrikanischen Länder unabhängig wurden, stellten wir uns ehrlich auf die veränderte Situation ein, nicht aus einem kirchlichen Opportunismus, sondern aus tiefer Überzeugung. Den ganz klaren Weisungen von (unserem Stifter) Kardinal Lavigerie folgend, haben wir immer versucht, nicht nur Zeugnis abzulegen für das Evangelium, sondern auch, soweit wie möglich (afrikanische) Ortskirchen aufzubauen mit dem Ziel, sie eines Tages selbständig zu sehen. Die Afrikanisierung sollte unserer Ansicht nach das normale Klima jeder missionarischen Tätigkeit im heutigen Afrika sein.

Darum fanden wir es schwierig, aufrichtig zu sein, solange wir nach zwei entgegengesetzten Prinzipien handeln: in Mozambique nach dem einen, in den übrigen Ländern Afrikas nach dem andern. Uns scheint es unvereinbar, mit den Maliern ein Malier zu sein, mit den Kongolesen ein Kongolese, mit den Tansaniern ein Tansanier, und dann auf einmal mit den Mozambiquanern ... ein Portugiese. Das ist eine Frage apostolischer Ehrlichkeit, die unsere gesamte Gesellschaft angeht. Scheint es Euch, die Ihr in anderen Gegenden Afrikas arbeitet, nicht natürlich, daß uns diese Ehrlichkeit verbietet, in Mozambique eine Maske zu tragen, die eine falsche Situation fördert und begünstigt, nur weil wir zum Schweigen verurteilt sind? Eine solche Situation ist in Afrika heute mehr denn je ein Gegen-Zeugnis.

Ihr versteht recht gut, daß es nicht leicht war, eine solche Entscheidung zu treffen. Sie ist erst nach reiflicher Überlegung und nach einer Befragung all unserer Mitbrüder in Mozambique gefällt worden.

Wenn die angeführten schwerwiegenden Gründe uns für einen Abzug der Weißen Väter entscheiden ließen, so sind wir uns doch bewußt, daß andere Gründe uns drängen könnten, zu bleiben, vor allem das derzeitige pastorale Wohl der Bevölkerung, der wir durch unsere Anwesenheit und durch unseren Dienst helfen. Wenn wir auch zuversichtlich hoffen, daß diese Leute nicht ohne Priester bleiben werden, und wenn wir auch überzeugt sind, daß unser Entschluß dem Volke Gottes in diesen Gegenden am Ende zugute kommt, so wünschen wir doch klar festzustellen, daß der Standpunkt, den wir eingenommen haben, auf keinen Fall als eine Art Vorwurf für die Missionsgesellschaften betrachtet werden kann, die dort ihren Dienst weiterleisten aus Gründen, die sie für richtig halten. Zudem haben wir sie ständig auf dem laufenden gehalten, bevor wir diese Entscheidung trafen.

Wir sind uns des schmerzlichen Opfers wohl bewußt, daß wir von unseren Missionaren in Mozambique verlangen. Es wird ihnen sehr schwer fallen, diese Menschen, die sie lieben, und dieses Land, für das sie ihr Bestes hergegeben haben, zu verlassen. Die meisten von ihnen werden die Ernennung für ein anderes Land in Afrika erhalten. Es braucht nicht eigens gesagt zu werden, daß wir Euch ans Herz legen, sie in Liebe willkommen zu heißen. Wir wissen, daß Ihr das tun und daß Ihr ihnen brüderlich helfen werdet, ihren Platz in einer neuen Diözese zu finden, wo sie den Mut aufbringen müssen, ganz von vorne anzufangen.

Beten wir für die ganze Bevölkerung von Mozambique in der Hoffnung, daß wir in nicht allzu ferner Zukunft dort wieder einer Kirche dienen können, die wieder zu einem unumstrittenen Zeichen des Heils und der Gerechtigkeit für alle Menschen geworden ist.
Rom, den 10. Mai 1971

Mit brüderlichem Gruß in Christus: Theo van Asten, Generaloberer — Robert Chaput — Wilhelm Grosskortenhaus — Waly Neven — Joseph Perrier, Generalassistenten.

Manifest des Weltfriedensrates

(Wortlaut)

Vom 13. bis 16. Mai 1971 tagte in Budapest die Assemblée des Weltfriedensrates. Neben einer Reihe von Resolutionen zu Fragen der Europäischen Sicherheit, des Nahost- und des Indochina-Krieges, der Entwicklungspolitik und der Abrüstung wurde ein Manifest verabschiedet, das wir nachstehend im Wortlaut dokumentieren. D. Red.

Wir, die Verteidiger des Friedens, kommen aus 124 Ländern und vertreten mehr als 30 internationale und 200 nationale Organisationen hier in Budapest und richten einen dringenden Appell an alle Nationen und Menschen guten Willens, ihre Anstrengungen im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit, gegen Imperialismus und Krieg zu vereinen.

Die Menschheit leidet unter dem Wettrüsten, der verstärkten Aufrüstung mit nuklearen, chemischen und biologischen Waffen, unter Hunger und Unwissenheit. Sie ist immer noch schrecklichen Kriegen und Massakern ausgesetzt; Menschen werden aus ihrem Heimatland vertrieben, andere sind Opfer des Kolonialismus und Rassismus.

Das Handeln der Menschen wird die Zukunft bestimmen: Entweder Zuspitzung oder Beilegung von Konflikten; entweder Wettrüsten oder allgemeine und kontrollierte Abrüstung; entweder Armut oder sozialer Fortschritt, Sicherung des Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Souveränität für alle Nationen in allen Teilen der Welt.

Seit dem Welttreffen für den Frieden 1969 in Berlin haben die Friedenskräfte beachtliche Erfolge erzielt. Gleichzeitig haben sich unsere Reihen gestärkt, und unser Ansehen ist gewachsen.

Der heldenhafte Widerstand der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha gegen die USA-Aggression in Indochina und besonders die Niederlage der USA in Laos, die Intensivierung der Friedensbewegung gegen die Nixon-Politik in den Vereinigten Staaten selbst und die wachsende Unterstützung für die gerechte Sache des Volkes von Indochina in der ganzen Welt sind ein bedeutender Beitrag zum Kampf der Völker für Frieden

und nationale Unabhängigkeit. Wir billigen den kürzlichen Vorschlag der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam sowie den Vorschlag der Patriotischen Front von Laos und der Nationalen Khmer Einheitsfront, die eine vernünftige Basis für eine friedliche Regelung in Indochina vorsehen. Die Bemühungen der arabischen Länder um eine politische Regelung der Nahost-Krise durch die Anwendung der UNO-Resolution vom 22. November 1967, die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression, die Gewährleistung der nationalen legitimen Rechte der arabischen Bevölkerung Palästinas und seines Rechts auf Selbstbestimmung sind eine gute Grundlage für die Liquidierung eines der gefährlichsten Brennpunkte der internationalen Spannung.

In Afrika sind wir Zeuge einer Entwicklung der Massenkämpfe, einer Stärkung der nationalen Befreiungsbewegung, insbesondere des bewaffneten Kampfes in den portugiesischen Kolonien.

Die bedeutenden Errungenschaften der nationalen und fortschrittlichen Kräfte in Lateinamerika und besonders in Chile sind Ansporn für alle Völker in diesem Teil der Welt.

Einige Länder haben sich aus dem Würgegriff der imperialistischen Wirtschaft befreit durch die Wiedergewinnung ihrer Bodenschätze.

Neue Schritte in Richtung Frieden und Sicherheit für die Völker sind unternommen worden. Die Verträge zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland sowie zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD stellen eine Grundlage für die Normalisierung der Lage in Europa dar. Sie sind ein Beweis der konsequenten Bemühungen der sozialistischen Länder um den Frieden und die Hinwendung einiger westeuropäischer Kreise zu einer realistischen Politik.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ist durchgesetzt worden. Die meisten Länder der Welt haben das internationale Abkommen über das Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf dem Meeresgrund unterschrieben. Zwischen der UdSSR und den USA sind Verhandlungen über eine strategische Rüstungsbegrenzung im Gange. Der Gedanke einer europäischen Konferenz über Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit ist auf Verständnis und Unterstützung gestoßen. Trotzdem werden Frieden und Sicherheit der Völker weiterhin bedroht.

Die Ausweitung des Krieges in Indochina und die fortdauernde Spannung im Nahen Osten sind Beispiele für die verstärkte Aggressivität der imperialistischen Politik. Überall versucht der USA-Imperialismus, seine Herrschaft geltend zu machen. Er mischt sich in die Angelegenheiten anderer Nationen ein, verletzt ihre legitimen Rechte und ihre Souveränität und versucht, ganzen Gebieten in der Welt seinen Willen aufzudrängen. Einerseits unterstützen die USA die Annexionspolitik der israelischen Regierung, andererseits bedienen sie sich aller direkten und indirekten Mittel bei dem Versuch, Druck auf die arabischen Länder auszuüben, ihre legitimen Rechte zu beschränken und so eine Beendigung der Krise im Nahen Osten zu verhindern. Die USA unterstützen die portugiesischen Kolonialherren, die einen Vernichtungskrieg gegen die Völker von Mozambique, Angola und Guinea-Bissau führen. Die Imperialisten unterstützen die Interventionsversuche der Kolonialherren im unabhängigen Guinea.

Gestützt auf die rassistischen Regime in Südafrika und mit Hilfe ihrer auf den Inseln des Indischen Ozeans errichteten Militärstützpunkte bedrohen sie die Länder dieses Gebietes. Die Provokation des US-Imperialismus gegen Kuba und die Koreanische Volksdemokratische Republik werden immer schärfer. Sie versuchen, die fortschrittlichen Staaten zu unterwandern und den Gang der Emanzipationsbewegung in Lateinamerika aufzuhalten. Sie ermutigen die gefährliche Tätigkeit der revanchistischen Kräfte in Westdeutschland und die Wiedergeburt und Stärkung des Militarismus in Japan.

Die ernsten, blutigen Ereignisse in Ostpakistan fordern Solidaritätsaktionen seitens der Friedenskämpfer, um die Massaker zu beenden und den Flüchtlingen zu helfen.

Rüstungsausgaben — Quelle der Inflation und Armut — werden immer unannehmbarer

für die Weltwirtschaft. In den letzten fünf Jahren sind etwa 400 Mrd. US-Dollar in den USA für militärische Zwecke ausgegeben worden. Das Atomwaffenpotential in der Welt — ganz zu schweigen von den anderen Massenvernichtungswaffen — hat sich in den letzten zwanzig Jahren millionenfach vervielfacht. Trotzdem läuft die Forschung an anderen Waffenarten weiter. Eine echte Gefahr für einen Weltbrand besteht weiterhin.

Es ist die lebenswichtige Aufgabe aller Friedenskräfte, eine solche Katastrophe zu verhindern. Wir begegnen dieser aggressiven imperialistischen Politik mit der aktiven Verteidigung des Friedens und dem Kampf für die Stärkung der internationalen Sicherheit. Unser Hauptziel bleibt weiterhin die Liquidierung des Kriegsherdes in Indochina. Es gilt den sofortigen und vollständigen Rückzug der Truppen der USA und ihrer Satelliten aus diesem Teil der Welt zu bewirken und die aggressive Politik der Vereinigten Staaten und der israelischen Regierung im Nahen Osten zu vereiteln.

Wir fordern die Einberufung einer Weltkonferenz über Abrüstungsprobleme. Wir unterstützen den Vorschlag einer Konferenz der fünf Atommächte, die umfassende Maßnahmen zur atomaren Abrüstung ergreifen sollen. Wir fordern das Verbot chemischer und bakteriologischer Waffen und die Vernichtung der vorhandenen Arsenale.

Wir kämpfen für die Abschaffung von Militärstützpunkten auf fremdem Boden und die Auflösung von Militärbündnissen. Durch die Kürzung des Militärbudgets sollten bedeutende Mittel für Fortschritt und Entwicklung frei werden. Wir fordern die Anwendung

---

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

der UNO-Resolution über die Abschaffung der noch vorhandenen Kolonialregime und die Beendigung jeglicher Rassendiskriminierung.

Wir treten ein für Sicherheit und europäische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Anerkennung des als Folge des Ausganges des Zweiten Weltkrieges entstandenen territorialen Status quo und der Herstellung von völkerrechtlichen Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern.

Die Universalität der UNO muß garantiert werden durch die Zulassung der Länder zu diesem Gremium, die dort noch nicht vertreten sind.

Diese Forderungen werden von allen Friedenskräften gestellt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Einheit dieser Kräfte den Erfolg garantiert. Das betrifft den Kampf gegen die US-Aggressionen in Indochina, es betrifft unsere fortwährende Unterstützung des Kampfes der Völker für Unabhängigkeit. Darin werden wir durch die Politik der sozialistischen Staaten und der nichtpaktgebundenen Länder, die für Frieden und Zusammenarbeit eintreten, unterstützt. Die Stärke unserer Bewegung liegt in ihrer Vielseitigkeit.

Die Menschheit hat neue Energiequellen erschlossen. Sie kämpft gegen Naturkatastrophen, erobert den Weltraum, überwindet Hunger und Krankheit. Diese Taten werden bewirken, daß die Rüstungslast und die Geißel des Krieges abgeschüttelt werden.

Wir reichen all denen die Hand, die ehrlich um das Schicksal der Menschen besorgt sind. Unsere Losung heute soll sein: Zusammenhalt, Einheit und Tatkraft.

Der Krieg versklavt die Menschheit, Frieden macht sie frei!

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo*, Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, dort Jurastudium, lebt als Doktorand in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. Gegenwärtig mit der Publizierung eines Buches über die portugiesischen Kolonien beschäftigt. *** *SCHWAMBORN, Winfried*, geb. 1949 in Köln, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner", dort Ersatzdienstreferent. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *INOSEMZEW, Nikolai*, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. *** *KNORR, Lorenz*, geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", ist heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GERHARDS, Michael*, geb. 1949 in Hagen/Westf., studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *WIEGREFFE, Wilhelm*, geb. 1943 in Posen, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *KERN, Prof. Dr. Horst*, geb. 1940 in Wien, studierte von 1959 bis 1964 Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, Berlin und Göttingen und arbeitete von 1964—1971 als Forschungs-Assistent und Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; Promotion bei Prof. H. P. Bahrdt, seit 1971 Wissenschaftlicher Rat und Professor am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover. Veröffentlichte zusammen mit Michael Schumann die Studie „Industriearbeiter und Arbeiterbewußtsein", 2 Bde., Frankfurt/Main 1970. *** *LEWAN, Prof. Kenneth M.*, geb. 1925 in Chicago/USA, arbeitete nach dem Studium zunächst als Rechtsberater für die Bundesregierung in Washington und lehrte danach an der Indiana University; lebt zur Zeit in der Bundesrepublik; verschiedene rechtswissenschaftliche Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Pahl-Rugenstein Verlag 1970. *** *IHMELS, Karl*, geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *v. HENTIG, Dr. Werner Otto*, geb. 1886 in Berlin, studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1909. Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1911, nach fünfzehn verschiedenen Posten zuletzt Botschafter der BRD in Djakarta/Indonesien. Heute lebt Dr. v. Hentig bei Mainz und befaßt sich mit völkerrechtlichen Studien. *** *HUND, Wulf, D.*, geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Helga Einsele
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Gertrud v. le Fort
Woligang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Friedhelm Nyssen
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *DE SOUSA FERREIRA, Eduardo*, Diplom-Volkswirt, geb. 1936 in Lissabon, dort Jurastudium, lebt als Doktorand in Heidelberg. Veröffentlichungen über politische und ökonomische Probleme des südlichen Afrika. Gegenwärtig mit der Publizierung eines Buches über die portugiesischen Kolonien beschäftigt. *** *SCHWAMBORN, Winfried*, geb. 1949 in Köln, studiert Germanistik und Geschichte in Köln, seit Oktober 1970 Mitglied des Bundesvorstandes der „Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner", dort Ersatzdienstreferent. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, studiert dort Germanistik und Geschichte. *** *INOSEMZEW, Nikolai*, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. *** *KNORR, Lorenz*, geb. 1921 in Eger/CSR, war ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", ist heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GERHARDS, Michael*, geb. 1949 in Hagen/Westf., studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *WIEGREFFE, Wilhelm*, geb. 1943 in Posen, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der FU Westberlin. *** *KERN, Prof. Dr. Horst*, geb. 1940 in Wien, studierte von 1959 bis 1964 Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven, Berlin und Göttingen und arbeitete von 1964—1971 als Forschungs-Assistent und Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen; Promotion bei Prof. H. P. Bahrdt, seit 1971 Wissenschaftlicher Rat und Professor am Sozialwissenschaftlichen Seminar der Technischen Universität Hannover. Veröffentlichte zusammen mit Michael Schumann die Studie „Industriearbeiter und Arbeiterbewußtsein", 2 Bde., Frankfurt/Main 1970. *** *LEWAN, Prof. Kenneth M.*, geb. 1925 in Chicago/USA, arbeitete nach dem Studium zunächst als Rechtsberater für die Bundesregierung in Washington und lehrte danach an der Indiana University; lebt zur Zeit in der Bundesrepublik; verschiedene rechtswissenschaftliche Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Pahl-Rugenstein Verlag 1970. *** *IHMELS, Karl*, geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *v. HENTIG, Dr. Werner Otto*, geb. 1886 in Berlin, studierte Rechtswissenschaften und promovierte 1909. Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1911, nach fünfzehn verschiedenen Posten zuletzt Botschafter der BRD in Djakarta/Indonesien. Heute lebt Dr. v. Hentig bei Mainz und befaßt sich mit völkerrechtlichen Studien. *** *HUND, Wulf, D.*, geb. 1946 in Dreveskirchen (DDR), studiert in Marburg Soziologie, Politik und Geschichte.